



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren

2. aktualisierte und verbesserte Auflage

1/2009
Sonderheft

**Ostdeutschlands Transformation seit 1990
im Spiegel
wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren**

2. aktualisierte und verbesserte Auflage

Halle (Saale), im Juli 2010

Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE – IWH

Das Institut ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53-60

Telefax: (0345) 77 53-8 20

Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis:

Blum, Ulrich; Buscher, Herbert S.; Gabrisch, Hubert; Günther, Jutta; Heimpold, Gerhard; Lang, Cornelia; Ludwig, Udo; Rosenfeld, Martin T. W.; Schneider, Lutz: Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. 2. akt. u. verbess. Aufl., Halle (Saale) 2010.

ISBN 978-3-941501-02-7

Diese Internet-Version ist eine aktualisierte Fassung der Druckversion „Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren“. IWH-Sonderheft 1/2009. Halle (Saale) 2009.

20 Jahre Deutsche Einheit – Rückblick und Ausblick

20 Jahre nach der „friedlichen Revolution“ und dem darauffolgenden Herstellen der staatlichen Einheit Deutschlands legt das IWH erneut eine Dokumentation der gesellschaftlichen, vor allen Dingen der wirtschaftlichen Entwicklung vor. Ziel ist es, anhand von Zahlen, Schaubildern und Tabellen mit entsprechenden Erklärungen die Vielschichtigkeit des Wandels der Neuen Länder aufzuzeigen. Damit fällt auch die Bewertung differenziert aus: Es gibt eine weitgehend modernisierte Infrastruktur, das erste, was an „blühende Landschaften“ erinnern mag. Einige Unternehmen und Standorte konnten sich mit großem wirtschaftlichen Erfolg die Weltmarktführerschaft in wesentlichen Technologien sichern. Aber es gibt auch einen massiven Bevölkerungsverlust, sich entleerende Gebiete. Manche Städte und erhebliche Teile des ländlichen Raums suchen eine neue Aufgabe in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung.

„Damit zusammenwächst, was zusammengehört“ – dieses Bild ist damit kontrovers zu beleuchten. Wenige haben gedacht, dass 40 Jahre Teilung und Zwangswirtschaft so lange in ihren Folgen vorhalten würden. Post-Transformationsgesellschaften, zu denen auch die der Neuen Bundesländer zählen, schütteln ihre Vergangenheit nur langsam ab: Der bürgerliche, insbesondere auch wirtschaftlich tätige Mittelstand entwickelt sich erst; noch viele Jahre des erfolgreichen Wirtschaftens liegen vor ihm, bis er in der Breite die hohe Internationalität Westdeutschlands erreicht hat. Denn dort sind Globale Mittelständische Unternehmen, so genannte „GMUs“, als spezialisierte Nischenanbieter weltbekannt. Internationale Unternehmenszentralen fehlen in den Neuen Bundesländern vollkommen, was in erheblichem Maße auch die weiterhin persistente Einkommenslücke gegenüber Westdeutschland erklärt und zugleich auf einige Folgeerscheinungen verweist, beispielsweise verringerte Erwerbstätigkeitschancen, eine gegenüber den Alten Ländern geringere Kaufkraft. Folgen für die Urbanität der Städte sind unausweichlich.

Wer erwartet hat, die schwierigen Startbedingungen des Jahres 1990 rasch überwinden zu können, sieht sich also getäuscht. Im Grunde ist es eine geschichtliche Erfahrung, dass ein Umsteuern aus gegebenen Entwicklungspfaden Zeit benötigt. Es sind neue Strukturen der Arbeitsteilung, meist auf Basis innovativer Technologien, historisch auch neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte, also Handelsbeziehungen, die bisher rückständigen Regionen zu einem Sprung verhelfen und sie in die vorderste Reihe katapultieren. So war es nach dem Zweiten Weltkrieg in Süddeutschland, nach dem Ersten Weltkrieg in den Südstaaten der USA und auch mit Beginn der Globalisierung in den Schwellenländern Asiens. Insofern liegt die wirtschaftliche Hoffnung der Neuen Länder in einer technologieorientierten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Kernkompetenzen im Bereich nachhaltiger Energien und der mit diesen verknüpften, ergänzenden Technologien werden bereits heute deutlich. Vor allem in der Solartechnologie haben sich industrielle Führer entwickelt, die die Länge der Produktlebenszyklen beeinflussen, wenn nicht gar festlegen. Die Technologiekonvergenz mit Nachbardisziplinen stellt eine wesentliche Triebfeder des Aufschwungs in verbundenen Sektoren dar. Damit wird die Ausstattung mit Wissenskapital zum zentralen Wettbewerbsfaktor. Auch hier ergibt

sich, wie die Dokumentation belegt, ein vielschichtiges Bild: Wird die Ost-West-Teilung sukzessive durch eine Nord-Süd-Differenzierung abgelöst? Die Betrachtung der gesamtdeutschen technologischen und wirtschaftlichen Dynamik legt dies nahe. Inwieweit die gegenwärtige Wirtschaftskrise hierbei einen beschleunigenden Effekt erzeugt oder nicht, erscheint offen, auch angesichts einer Vielzahl von politischen Interventionen. Im Regelfall führen derartige Krisen dazu, dass der sektorale Wandel mit sprunghaften Veränderungen die internationale Arbeitsteilung neu ordnet. Gerade der Süden der Neuen Länder besitzt eine große Chance, hiervon zu profitieren.

Der vorliegende Band gliedert sich in vier Teile: Neben einer zusammenfassenden Einordnung finden sich in den acht Kapiteln des Hauptteils die wesentlichen Dokumentationen des Vereinigungsprozesses. Vorangestellt ist ein Geleitwort, das *Dr. Klaus von Dohnanyi*, ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, verfasst hat und in dem er die historische Dimension des Einigungsprozesses noch einmal vor den Augen der Leser erscheinen lässt. Abgeschlossen wird der Band durch einen Beitrag von *Prof. Dr. Dr. h. c. Kurt Biedenkopf*, ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, der vor allem auch die Lehren – und damit ebenso die künftigen Herausforderungen – des Einigungsprozesses benennt.

In dieser Arbeit wurden Informationen des gesamten Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, das seit seiner Gründung auf dem Gebiet der Transformation und der Post-Transformationsprozesse forscht, zusammengezogen. Es ist ein Produkt des gesamten Hauses; die Autorenschaft bzw. Kernkompetenz ist am Anfang jedes Kapitels, nach einer Einleitung in das spezifische Thema, durch Angabe der Kontaktadresse für einzelne Bearbeitungsgebiete benannt.

Die Redaktionsgruppe, bestehend aus *Dr. Jutta Günther*, *Dr. Cornelia Lang*, *Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum*, *Dr. Herbert S. Buscher*, *Dr. Hubert Gabrisch*, *Dr. Gerhard Heimpold*, *Prof. Dr. Udo Ludwig*, *Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld* und *Lutz Schneider*, dankt besonders *Gabriele Hardt*, die mit akribischem Fleiß, großer Toleranz und Sinn für Ästhetik die Graphiken mit Unterstützung von *Anja Weißenborn* und *Nadine Schröter* gestaltet hat. Mit *Dr. Joachim Ragnitz*, *Dr. Marco Sunder*, *Dirk Trocka* und *Tobias Glufke* trugen auch „Ehemalige“ noch zu dieser Veröffentlichung bei. *Stefanie Müller* und *Ingrid Dede* führten die Endredaktion durch – auch diesem Team schulden wir Dank.

Halle (Saale), im August 2009



Zum Geleit

Wenn in Deutschland noch nicht ganz wieder zusammengewachsen ist, was einst zusammengehörte, dann müssen wir die Wurzeln hierfür in unserer Geschichte suchen.

Es ist über hundert Jahre her, dass das Deutsche Kaiserreich die Lehren Bismarcks vergaß und als Nachkömmling auf der Bühne der Weltmächte den Pfad behutsamer Nachbarschaft und „ehrlichen Maklertums“ verließ. Das so ausgelöste, neue europäische Ungleichgewicht ließ die großen Mächte in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges schlittern. Ein ungerechtes und törichtes Diktat beendete den Krieg, brachte aber keinen Frieden. Der nächste Weltkrieg, den Deutschland dann allein vom Zaun brach, führte die späteren Siegermächte 1945 in Jalta zusammen. Ein erneuter Anlauf zur Zähmung Deutschlands sollte unternommen werden: Die Teilung in West und Ost. Im Westen war sie zunächst von Absichten geprägt, die unter anderem in dem Deutschland vernichtenden Morgenthau-Plan ihren Niederschlag fanden; dieser wurde jedoch niemals Realität. Im Osten war vorhersehbar, dass durch die sowjetische Besetzung eine deutsche Kopie des siegreichen Sowjetsystems entstehen würde.

65 Jahre liegen die Entscheidungen von Jalta zurück, doch die Folgen der deutschen Aggression sind bis heute schmerzhaft zu spüren. Die 1945 vollzogene Teilung war unnatürlich, sie schnitt mitten durch deutsche Nachbarschaften, Dörfer und Städte. Weil sie auf Gewalt gegründet war und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen völkerrechtswidrig unterdrückte, musste sie schließlich dem Druck einer freiheitlichen, friedlichen Revolution weichen. Als der Eiserne Vorhang dann 1989 fiel, entblößten sich schonungslos die tiefen Unterschiede zwischen West und Ost, die in 45 Jahren gegensätzlicher Lebenswege entstanden waren: Demokratie und Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Parteidiktatur und Zentralplan in der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir können das, was uns heute vereint, und das, was uns zwischen West- und Ostdeutschland noch immer trennt, weder verstehen noch gerecht beurteilen, ohne an diese Geschichte zu erinnern. Denn die 45 Jahre gewaltsamer Teilung wurden nur in Westdeutschland zu Jahren äußerst fruchtbarer Freiheitsgewinne: Die Alte Bundesrepublik gründete ihre Zukunft auf Demokratie und eine soziale Marktwirtschaft, einen „gezähmten“ Kapitalismus. Dann entstand, kaum zehn Jahre nach Kriegsende, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Zollgrenzen fielen; Reisebeschränkungen wurden beseitigt; Devisen wurden frei konvertierbar; das europäische Sozialstaatsmodell wurde den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und den Folgen einer zweiten industriellen Revolution angepasst. Die Alte Bundesrepublik war wirklich „auferstanden aus Ruinen“ – ganz im Gegensatz zur DDR, die als Fossil in einem modernen Europa nicht Bestand haben konnte. Die Unzulänglichkeiten des 1945 übernommenen Sowjetsystems selbst, dessen Mängel von Jahr zu Jahr unerträglicher geworden waren, wurden Auslöser des Zusammenbruchs. Erinnern wir uns deswegen immer wieder: Die Mauer wurde von innen – nicht von außen – umgestoßen! Und der wirtschaftliche Zusammenbruch folgte

zeitgleich mit dem politischen, dem Fall der Mauer. Für die Freiheit waren eben weder Staat noch Wirtschaft noch Gesellschaft der DDR gerüstet.

Über Nacht wurde aus zwei völlig verschiedenen deutschen Teilstaaten wieder eine Nation. Niemand konnte diese Entwicklung aufhalten; niemand wollte schließlich die politische Vereinigung blockieren: Doch wie sollten diese so verschiedenen, so unterschiedlich erfolgreichen Teile wieder zusammenwachsen, wenn weder Produkte noch Maschinenparks, weder Managementmethoden noch Verwaltungen zusammenpassten? Aber die Nation war dennoch von der Geschichte wieder zusammengefügt worden: Die Menschen wollten ein Land, ein Deutschland.

Aus dieser Perspektive ist es eher bewundernswert als unvollkommen, was in den 20 Jahren deutscher Wiedervereinigung geleistet wurde, wie diese Dokumentation zeigt. Trotz aller Mängel, trotz vieler Fehler, die auf dem Weg sicher auch gemacht wurden: Langsamer konnten wir damals nicht gehen! Die Gegner eines schnellen, großen Schrittes zur Einheit wussten selbst (und hatten ja auch ganz konsequent vorgeschlagen!), dass ohne die sofortige politische und wirtschaftliche Vereinigung auf Jahre weiterhin Zollschranken und Reisebeschränkungen mitten in Deutschland unvermeidlich sein würden: Eine Variante, die nicht einmal theoretisch zu durchdenken lohnt.

Wenn heute von wachsenden Ungerechtigkeiten in Deutschland gesprochen wird, so ist das einerseits statistisch begründbar (wie übrigens in der ganzen, globalisierten Welt), aber diese Beobachtung macht vergessen, dass es uns während der zurückliegenden 20 Jahre auch gelungen ist, das Einkommens- und Rentenniveau in den Neuen Ländern für rund 17 Millionen Menschen von etwa 25% Westdeutschlands im Jahre 1989 auf heute rund 75% anzuheben. Ein Gebiet halb so groß wie die Alte Bundesrepublik wurde hervorragend saniert, mit moderner Infrastruktur ausgestattet: Rund 1,2 Billionen Euro kostete der „Aufbau Ost“ bisher, rund 75 Mrd. Euro beträgt noch immer der jährliche West-Ost-Nettofinanztransfer.

Zu den Schwächen des „Aufbaus Ost“ ist gewiss zu zählen, dass aus dem hohen (zu hohen) Industrialisierungsgrad der ehemaligen DDR kaum gewichtige Konzernzentralen entwickelt werden konnten. Denn von wenigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich auch bei größeren Betrieben in den Neuen Ländern eher um Teile von Unternehmen, deren Leitungs- und Forschungszentren weiterhin außerhalb der Neuen Länder angesiedelt sind.

Hätte sich diese Entwicklung vermeiden lassen? Wären ehemalige Kombinate der DDR in größerer Zahl zur selbstständigen Umstrukturierung in wettbewerbsfähige Konzerne fähig gewesen? Meine Erfahrung mit vielen ehemaligen Kombinat der DDR sagt mir, dass dies wohl nur in wenigen Ausnahmefällen möglich gewesen wäre: Es fehlten schon die wettbewerbsfähigen Produkte; es gab bekanntlich auch keine wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen, und – wohl der wichtigste Faktor! – es fehlten Märkte, echte Märkte für etablierte Marken aus dem ostdeutschen Raum. Wirkliche Märkte, also Kundenbindungen, entstanden aus Angebot und Nachfrage, hatten nämlich die verteilungsgewohnen, zentral geplanten Ostbetriebe nicht.

So dominieren heute bei größeren Betrieben verlängerte Werkbänke. Ihre Führungs- und Forschungskapazitäten liegen weitgehend in Westdeutschland, oft auch im Ausland. Selbstständige Unternehmen mit Standorten in Ostdeutschland sind weitgehend mittelständisch strukturiert und haben geringere Forschungs- und Entwicklungspotenziale als ihre erheblich größeren Wettbewerber in den Alten Ländern. Das ist ein Nachteil, den zu beheben weitere Anstrengungen unerlässlich sind. Allerdings sind heute in bestimmten Technologiefeldern Entwicklungen zu sehen, die dies in langer Sicht heilen könnten.

Wenn man die Entwicklung der weiter östlich gelegenen europäischen Staaten in der vorliegenden Dokumentation vergleicht, dann erkennt man dort auch die positiven Folgen einer „langsameren“ Öffnung. Aber dieser Weg war dem geteilten Deutschland unmöglich. Im Übrigen stehen diesen Vorteilen Osteuropas auch die erheblichen Nachteile einer sehr viel zögerlicheren Modernisierung von Infrastruktur und Produktionsstätten und der langsamere Anstieg des persönlichen Wohlstandes gegenüber.

Die überraschende Öffnung 1989 entblößte in Deutschland unnachsichtig und brutal die Schwächen der DDR und führte dann unmittelbar zu den beiden, wahrscheinlich größten Schwächen des deutschen Ostens heute: der Abwanderung junger, qualifizierter Menschen nach Westdeutschland und einer Arbeitslosenrate, die trotz dieser Entvölkerung noch immer etwa doppelt so hoch ist wie die in den Alten Ländern. Die gegenwärtige Krise könnte diese Nachteile sogar noch einmal verstärken. Offensichtlich war es von Anfang an schwer, Kurskorrekturen des „Aufbaus Ost“, vor allem im Sinne einer Förderung wissensbasierter industrieller Kerne, zu vollziehen, wie ich schon 1990 in „Das Deutsche Wagnis“ und noch einmal 2004 mit meiner Kommission zum „Aufbau Ost“ vorgeschlagen habe.

Dennoch: Im Ergebnis belegt die hier vorgelegte Dokumentation die große historische Leistung der deutschen Gesellschaft bei der schwierigen und kostspieligen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die immensen finanziellen Kraftanstrengungen haben sich gelohnt: Die öffentliche Verschuldung Deutschlands wuchs während dieses Zeitraums (bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008) nicht stärker als zum Beispiel in Frankreich! Schließlich macht die Studie auch Mut, dass die vor uns liegenden Herausforderungen der Weltwirtschaftskrise von den Deutschen auf dem Weg von Sozialpartnerschaft und Leistungsbereitschaft gemeistert werden können und werden. Politisch ist die Integration, wie an einer Bundeskanzlerin aus Mecklenburg-Vorpommern erkenntlich, weitgehend vollzogen – eine kurz nach der Wende 1990 undenkbare Vorstellung. Die hier vorgelegte Dokumentation der 20 Jahre Wiedervereinigung lässt die Erfolge glänzen, macht aber auch aus den fortbestehenden Schwächen des Vereinigungsprozesses – und ein Prozess bleibt es noch immer! – keinen Hehl.

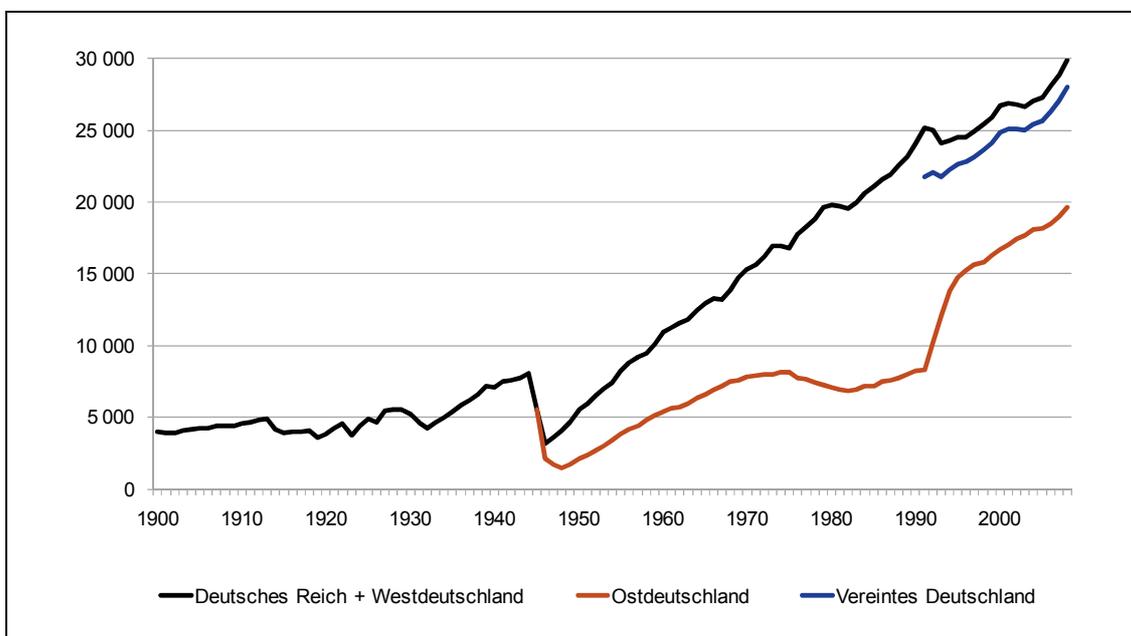
Hamburg, im Juli 2009

Klaus von Dohnanyi

Zusammenfassender Überblick

Die Entwicklung der Neuen Länder, des historischen Mitteldeutschlands, lässt sich gut verstehen, wenn man sie in die langanhaltende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands einordnet. Der Großraum Berlin und vor allen Dingen der Süden stellten zwei der Kraftzentren der Industrialisierung ab Mitte des 19. Jahrhunderts dar. Im Umfeld der Reichshauptstadt entstanden weltumspannende Konzerne mit ihren Sitzen, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg – oft nach Westdeutschland umgezogen – leuchteten. Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt waren Zentren des Erfindungsgeistes, die praktisch alle modernen, heute würde man sagen strategischen Sektoren abdeckten. Auf der Grundlage der Statistik der 30er Jahre lässt sich ableiten, dass die Region um Chemnitz-Zwickau seinerzeit wohl einer der reichsten Industriestandorte der Welt war.

Entwicklung des Nationaleinkommens in Deutschland, 1900 bis 2008^a
 - Pro-Kopf-Einkommen in Euro -



^a Ostdeutschland ab 1990 mit Berlin.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

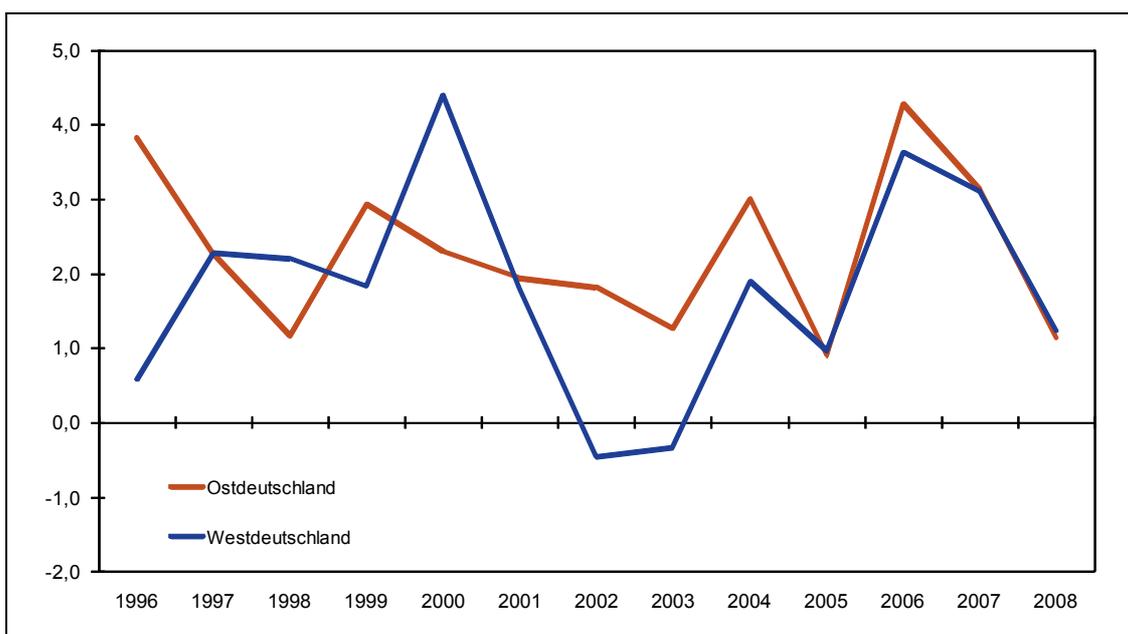
Mit der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, Gebietsverlusten und der Teilung des Landes wurde ein Keil in die deutsche Nation getrieben. Der westliche Teil integrierte sich in ein marktwirtschaftliches Umfeld, der östliche kam unter sowjetischen Einfluss. Beide Teile nahmen fortan eine unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Abgeschnitten von der weltwirtschaftlichen Integration war der wirtschaftliche Fall in dem, was nun als Ostdeutschland bezeichnet wurde, dramatischer als in Westdeutschland, das zunächst weit stärker durch den Krieg industriell verwüstet worden war. Fehlende Hilfen zum Aufbau, Konfiskation, Vertreibung, Flucht, Zwangsherrschaft, Demontage von Anlagen und Abwandern der Konzernzentralen in den west-

lichen Teil erodierte schnell die Wirtschaft, deren Entwicklungsdynamik in der Folgezeit deutlich hinter der Westdeutschlands zurückblieb.

Mit der Wende war nicht nur ein politisches und wirtschaftliches System abzulösen, es war auch ein völlig neuer Kapitalstock in das Land zu bringen, weil, ganz im Gegensatz zum Aufstieg Westdeutschlands nach dem Krieg, die vorhandenen Wirtschaftssektoren nicht durch die Entwicklung des Welthandels begünstigt waren. Ganz anders als in den Alten Bundesländern musste man sich die neuen Absatzmärkte erkämpfen, die weitgehend in Westdeutschland verteilt waren und anfangs in Ostdeutschland darniederlagen. Damit entstand am Anfang der 90er Jahre eine wichtige Phase des Übergangs und der Reorientierung. Zunächst brach die gesamtwirtschaftliche Leistung durch die krisenhafte Zuspitzung des Transformationsprozesses zwischen 1990 und 1992 um ein Drittel, die der industriellen Wertschöpfung um drei Viertel ein, und zunächst war es der Bau-sektor, der infolge des immensen Nachholbedarfs die gesamtwirtschaftliche Lage stabilisierte. Allerdings erlahmten diese Wachstumskräfte ab Mitte der 90er Jahre.

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung von Unternehmen in Ost- und Westdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

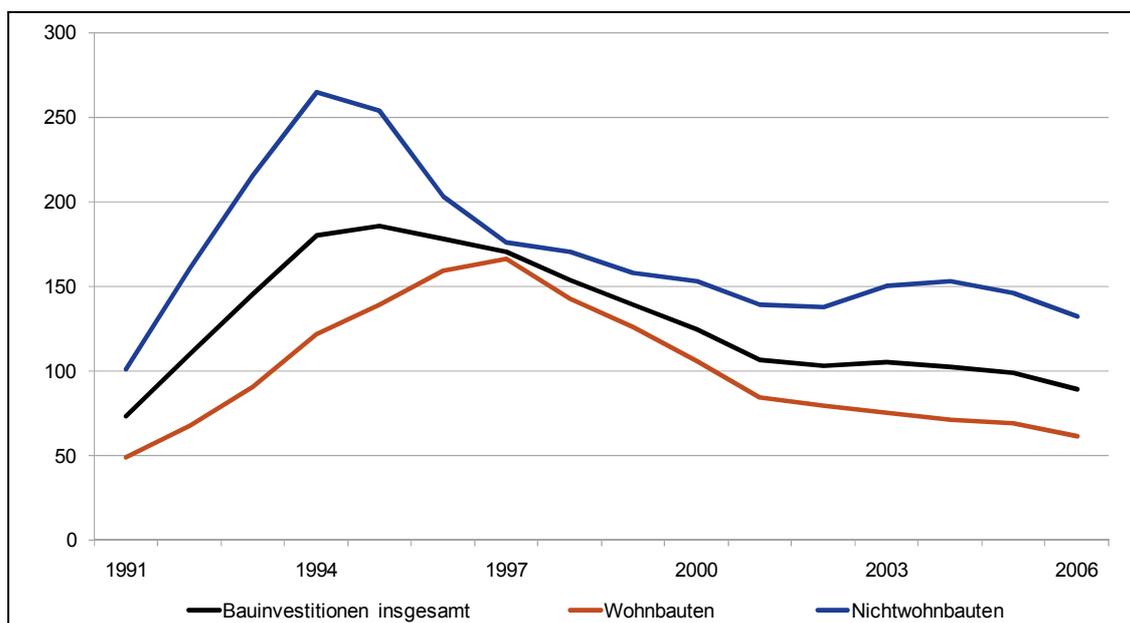
Dagegen war es im Verarbeitenden Gewerbe, das sich nach der Öffnung der Märkte im überregionalen und internationalen Wettbewerb behaupten musste, zunächst zu einschneidenden Marktvereinbarungen gekommen, in denen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der vormals staatlichen und inzwischen privatisierten Industrieunternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen hergestellt werden musste, sondern zugleich der Strukturwandel nachvollzogen wurde, der in den entwickelten westeuropäischen Marktwirt-

schaften bereits in den 60er Jahren stattgefunden hatte. Mit der Herstellung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der privatisierten und neugegründeten Industrieunternehmen und ihrer Orientierung auf die Außenmärkte erzielte bald auch das Verarbeitende Gewerbe hohe Wachstumsraten. Auch der private Dienstleistungssektor expandierte kräftig. Zusammengenommen reichte dies jedoch nicht, den Wachstumsvorsprung aus der ersten Hälfte der 90er Jahre zu halten. Der Aufholprozess stockte, und über die nächsten zehn Jahre blieb der Einkommensabstand zwischen West- und Ostdeutschland annähernd konstant.

Erhebliche Investitionen waren erforderlich, um die Transformationsprozesse zu beschleunigen, wollte man zügig die Lebensbedingungen in den Neuen Ländern verbessern. Dies galt gleichermaßen für den Infrastrukturbereich wie für den Wohnungsbau und schließlich die Anlagen der Unternehmen. Heute verfügt Ostdeutschland damit über eine moderne Verkehrsinfrastruktur, einen weitgehend sanierten Wohnungsbestand. Schließlich ist durch den wirtschaftlichen Neubeginn und gezielte Förderhilfen ein Unternehmenssektor entstanden, der mit modernsten Maschinen und Anlagen ausgestattet und damit – vor allem im industriellen Bereich – auch im Weltmaßstab wettbewerbsfähig ist.

Investitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten im Ost-West-Vergleich^a

- Niveaurelation je Einwohner, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

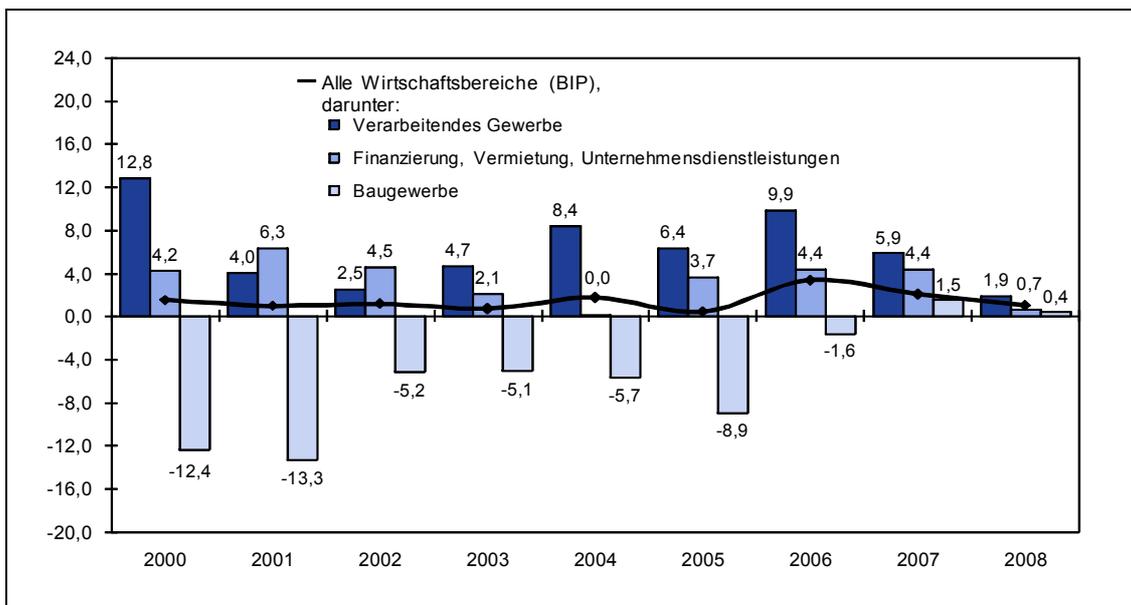
Durch die Zerlegung und schnelle Veräußerung alter Betriebe bzw. Unternehmensteile im Rahmen der Treuhandprivatisierung sind großbetriebliche Formen weitgehend in verlängerten Werkbänken ohne strategische Unternehmensfunktionen organisiert; daneben besteht ein kleinteiliger Mittelstand. Die Wettbewerbsfähigkeit wurde über nied-

rige Arbeitskosten hergestellt. Durch die Expansion der Weltwirtschaft konnte eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, die nicht nur die Beschäftigung erheblich ausweitete, sondern auch einen wichtigen Beitrag zum erneuten Verringern der Einkommenslücke leistete.

Deutlich wird dies an der strukturellen Veränderung der Wachstumskräfte im laufenden Jahrzehnt. Es ist gekennzeichnet durch einen Rückzug aus der überdimensionierten Bauwirtschaft, nachdem ein Großteil der Erneuerung bei öffentlicher Infrastruktur, der wirtschaftsnahen Infrastruktur und im Wohnungsbau geleistet war. Es war letztlich die Expansion des Verarbeitenden Gewerbes, weithin als „Industrie“ bezeichnet, einschließlich vieler unternehmensorientierter Dienstleistungen, die durch teilweise zweistellige Wachstumsraten den erneuten Umbau der Wirtschaft erleichterten. Damit rückte der Süden und Südwesten der Neuen Länder an die Wachstumsdynamik von Bayern und Baden-Württemberg heran.

Expansion und Schrumpfung in der ostdeutschen Wirtschaft^a

- Veränderung der realen Bruttowertschöpfung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

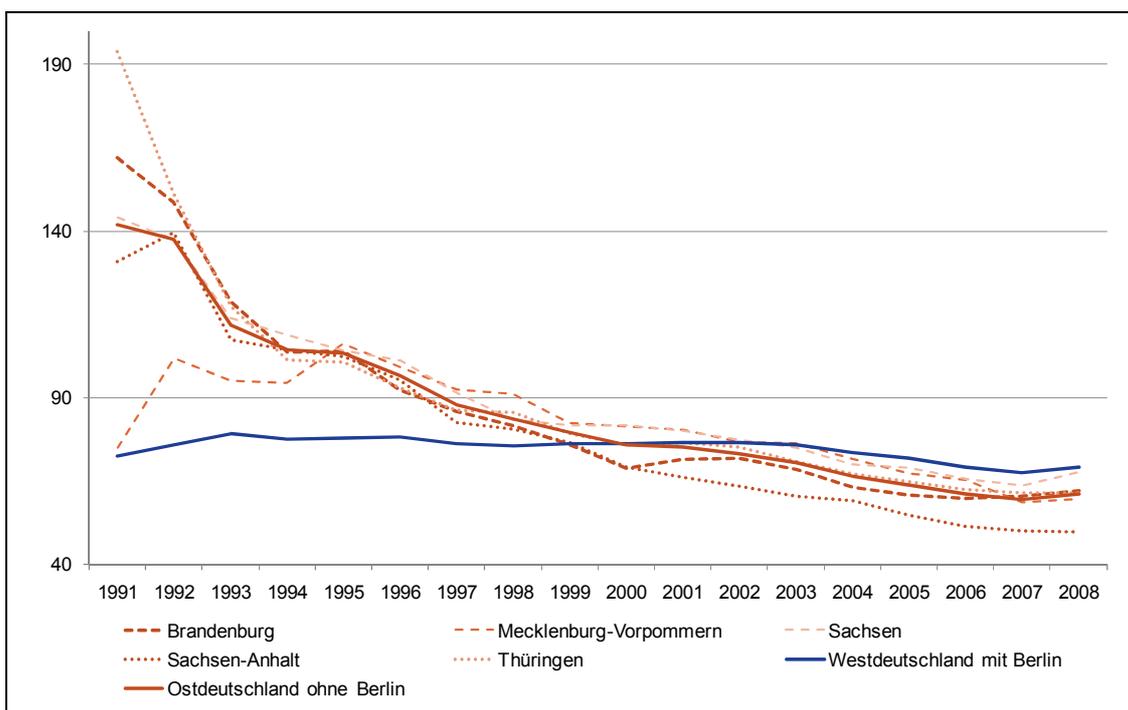
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hohe Investitionen in den industriellen Kapitalstock und ein Wachsen der Arbeitskosten unterhalb der Produktivitätsentwicklung einschließlich des Abbaus nicht mehr wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze haben schließlich zu einem Sinken der Lohnstückkosten geführt, der den Neuen Ländern gegenwärtig Wettbewerbsvorteile sichert. Allerdings hat dies seinen Preis: Die dadurch gegebene schwache Lohnbasis beschränkt die Steuereinnahmen und Beiträge zu den Sozialkassen. Weiterhin wird auch die Binnennachfrage geschwächt und damit die Beschäftigung in nachgelagerten Bereichen, vor allem des Einzelhandels und des Handwerks. Gleichzeitig werden einige Steuern auf die Betriebs-

stätten nach Maßgabe der Lohnsummen verteilt. Beides schwächt die originäre ostdeutsche Steuerbasis und induziert umfängliche Transferzahlungen zugunsten der Neuen Bundesländer, die ansonsten weniger deutlich ausfielen.

Ein weiteres deutliches Zeichen für die gewonnene Wettbewerbsfähigkeit stellt die Entwicklung der Exporte dar. Lagen diese im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 1991 bei knapp 15% (Westdeutschland: rund 27%), so stiegen sie bis zum Jahr 2008 auf beinahe 30% an (Westdeutschland: rund 44%). Diese Dynamik ist ein wesentlicher Treiber der industriellen Expansion der vergangenen zehn Jahre gewesen.

Ostdeutschlands Industrie mit Wettbewerbsvorteilen im Bereich der Lohnstückkosten

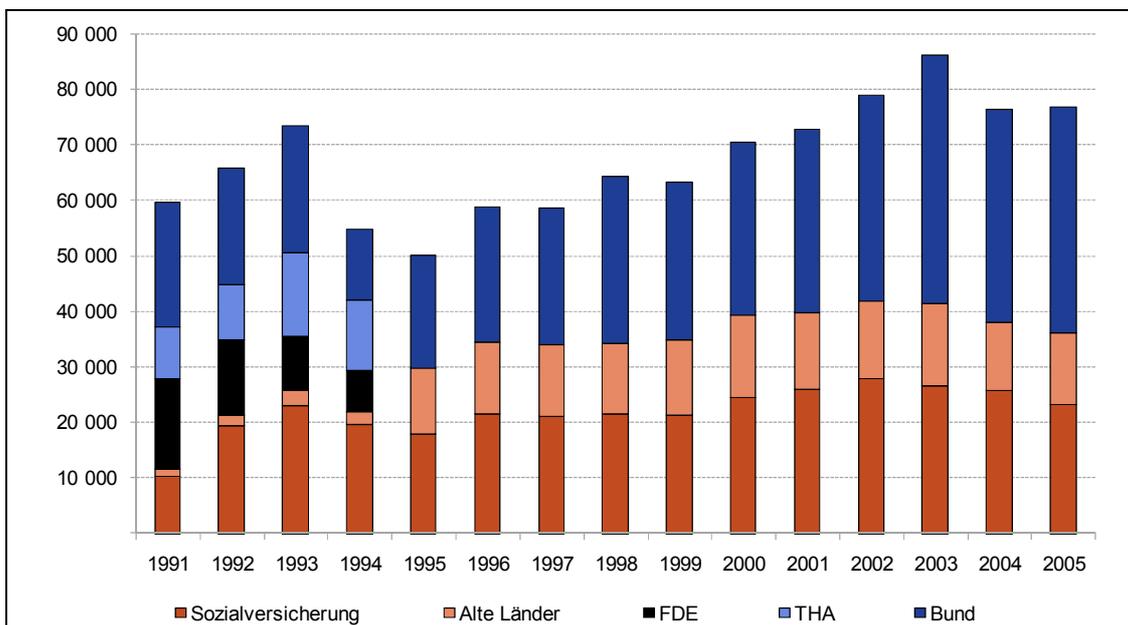


Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe = (Index der Arbeitnehmerentgelte im Verarbeitenden Gewerbe je Arbeitnehmer/Index der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Verarbeitenden Gewerbe je Erwerbstätigen) * 100, in Ostdeutschland ohne Berlin und in Westdeutschland mit Berlin in den Jahren 1991 bis 2008.

Quellen: Berechnungen und Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009/Februar 2010.

Deutlich werden die privaten und öffentlichen Aufbauleistungen ebenso wie die bereits beschriebene schwache Steuer- und Abgabenbasis auch in den Transfers, die von West nach Ostdeutschland geflossen sind. Nach einer ersten Phase der Expansion, getrieben von Treuhandinvestitionen, ergibt sich zunächst ein erheblicher Rückgang. Der darauffolgende erneute Anstieg ist einerseits der Dynamik des Sozialbereichs geschuldet und schmilzt daher durch die Hartz-IV-Gesetzgebung und die verbesserte Beschäftigungslage wieder ab, wurde aber auch durch Sondermaßnahmen verursacht, beispielsweise den Hauptstadttumzug. In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung sieht man deshalb auch ein stetiges Schließen der Produktionslücke, also des Abstandes zwischen eigener Produktion und Nachfrage, die von etwa 50% auf nunmehr 10% gesunken ist.

Nettozahlungen an die Neuen Länder (mit Berlin) nach Herkunft der Mittel
- in Mio. Euro -



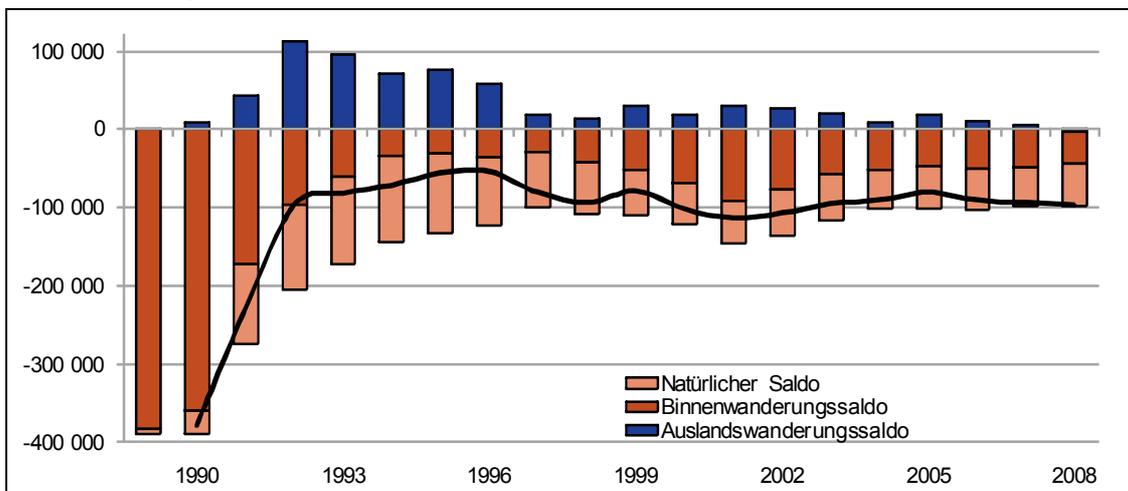
FDE = Fonds Deutsche Einheit, THA = Treuhandanstalt.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Dieser wirtschaftliche Umbau wurde begleitet durch eine massive Migration zwischen West- und Ostdeutschland. So fehlten für die Erneuerung in Führungsfunktionen der Wirtschaft und des Staates wesentliche Kompetenzen, die von den Alten in die Neuen Länder zu „importieren“ waren. Umgekehrt konnten viele Hochqualifizierte in Ostdeutschland infolge der Transformation keine angemessenen Arbeitsplätze finden, wanderten nach Westdeutschland und waren damit, vor allen Dingen ab Anfang dieses Jahrzehnts, eine wesentliche Grundlage der wirtschaftlichen Expansion, hauptsächlich in den süddeutschen Ländern. Per saldo hat Ostdeutschland damit rund 1,8 Millionen Menschen verloren, seine sehr positive demographische Reserve letztlich in die süddeutschen Flächenländer „exportiert“ und damit deren Bevölkerungs- und Humankapitalstruktur nachhaltig verbessert.

Mit der Wende haben sich die Fertilitätsmuster in den Neuen Bundesländern erheblich verändert. Was zunächst als ein dramatischer Geburtenrückgang zu interpretieren war, erscheint über einen längeren Zeitraum betrachtet vor allem als ein Verschieben des Kinderwunsches in ein höheres Alter. Trotzdem entstanden damit zunächst Geburtenausfälle, die heute fühlbar sind, vor allem im Bildungssektor. Damit harrt bereits heute die Frage einer Antwort, wie die künftige wirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund eines immer stärker werdenden Bedarfs an Hochqualifizierten aus Ostdeutschland heraus ermöglicht werden kann. Damit rückt ein verändertes (Aus-)Bildungsverhalten der vorhandenen Bevölkerung ebenso ins Zentrum der Diskussion wie Möglichkeiten der Rückwanderung ehemals Abgewanderter und schließlich eine qualifizierte Immigration.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-Ost)



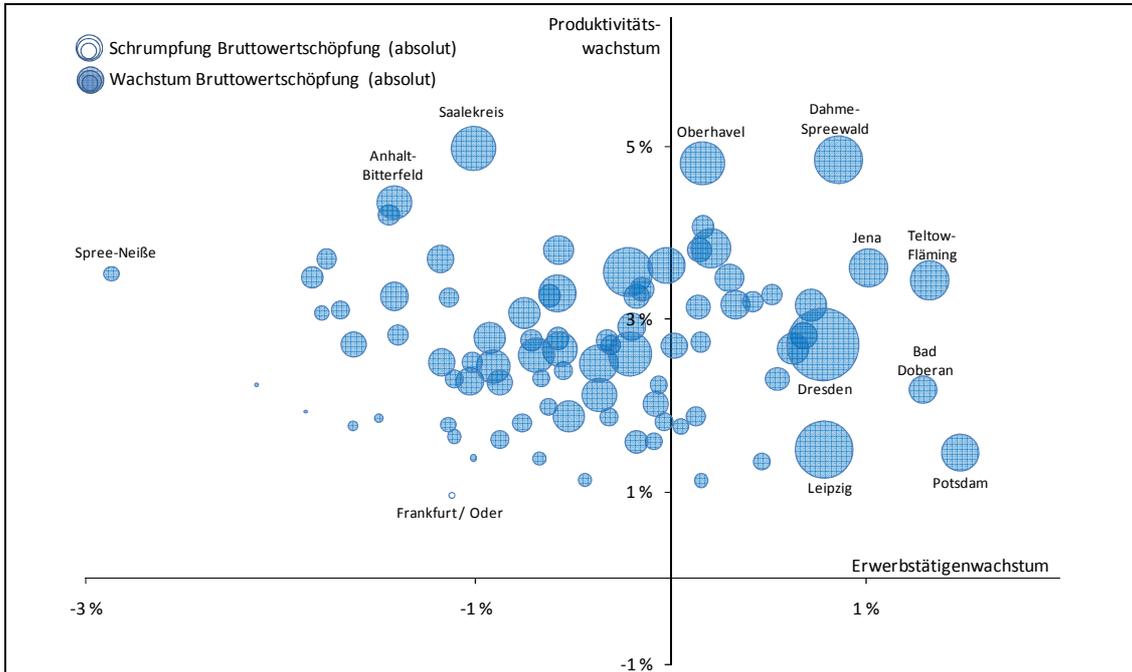
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die benannte wirtschaftliche und demographische Entwicklung haben die Heterogenität der Regionalstruktur in Ostdeutschland gegenüber der Ausgangslage erheblich verstärkt. Die starke Proportionalität der sektoralen und der regionalen Wirkung unter zentralverwaltungswirtschaftlichen Vorzeichen kommt bei Weitem nicht an das heran, was in Deutschland im Rahmen der grundgesetzlichen Forderungen nach „räumlicher Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ verlangt wird.

Diese Entwicklungen waren vor allen Dingen auf dem Arbeitsmarkt deutlich spürbar. Er besaß eine immense sektorale Dynamik allein dadurch, dass eine überdimensionierte Industriebeschäftigung abgebaut wurde, diese zunächst in der Bauwirtschaft zeitweise Arbeit fand, um schließlich teilweise in neue sektorale Wirtschaftsstrukturen und Erwerbsmuster überzugehen. War in den 90er Jahren die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen ein Spiegelbild der Beschäftigung, so hat sich dies heute an die Realität der westdeutschen Länder angeglichen; es sind vor allen Dingen die Geringqualifizierten, die ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko tragen.

In der Tat belegt ein Blick in die Aufteilung der Arbeitslosen nach der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen ständig zunimmt. Betrachtet man für diese Personengruppe ergänzend auch noch die Qualifikationsstruktur, dann zeigt sich, dass viele Langzeitarbeitslose keinen Schulabschluss aufweisen oder keine Lehre erfolgreich abgeschlossen haben. Diese Indizien dokumentieren, dass der Bildung und Qualifikation zukünftig eine herausragende Rolle zukommen wird. Eine der wesentlichen Voraussetzungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder zumindest ihre Dauer abzumildern, ist dann eine gute Bildung und Ausbildung, die den späteren Anforderungen an die Beschäftigung Rechnung trägt. Konkret muss dafür gesorgt werden, dass Jugendliche nicht ohne Abschluss die Schule verlassen und eine Chance erhalten, eine Ausbildung zu absolvieren. Denn: Ohne formale Qualifikation wird es zukünftig immer schwieriger werden, ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis begründen zu können. Und ein möglicher zukünftiger Fachkräftemangel stellt auf qualifizierte Arbeitnehmer ab.

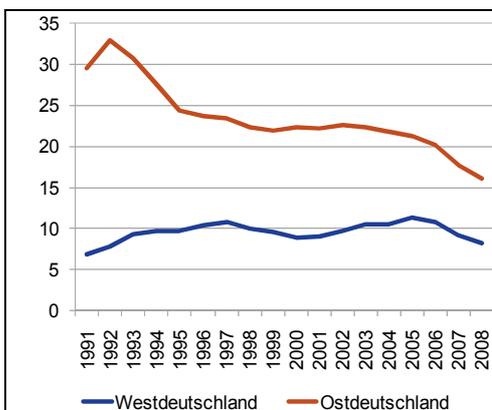
Veränderung der Erwerbstätigenzahl und Produktivität in den ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von 1996 bis 2007 (ohne Berlin)



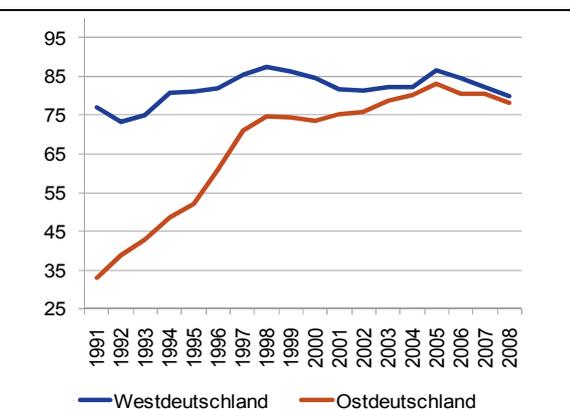
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Darstellung des IWH.

Ebenfalls angeglichen haben sich Erwerbsbeteiligungen, Unterschiede sind aber auch heute sichtbar: Diese lassen sich – neben Sozialisierungsgründen – auch auf eine erhöhte Teilzeitquote in West- und erhöhte Arbeitszeiten in Ostdeutschland zurückführen. In jedem Fall liegt die Zahl der zur Verfügung stehen Arbeitsplätze pro 1 000 Erwerbsfähiger in den Alten Ländern (747) über der in den Neuen (711) und ist die Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland (132 Personen pro 1 000 Erwerbsfähige) beim Doppelten Westdeutschlands (Werte für 2006).

Unterbeschäftigungsquote^a
- in % -



Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung^b
- in % -



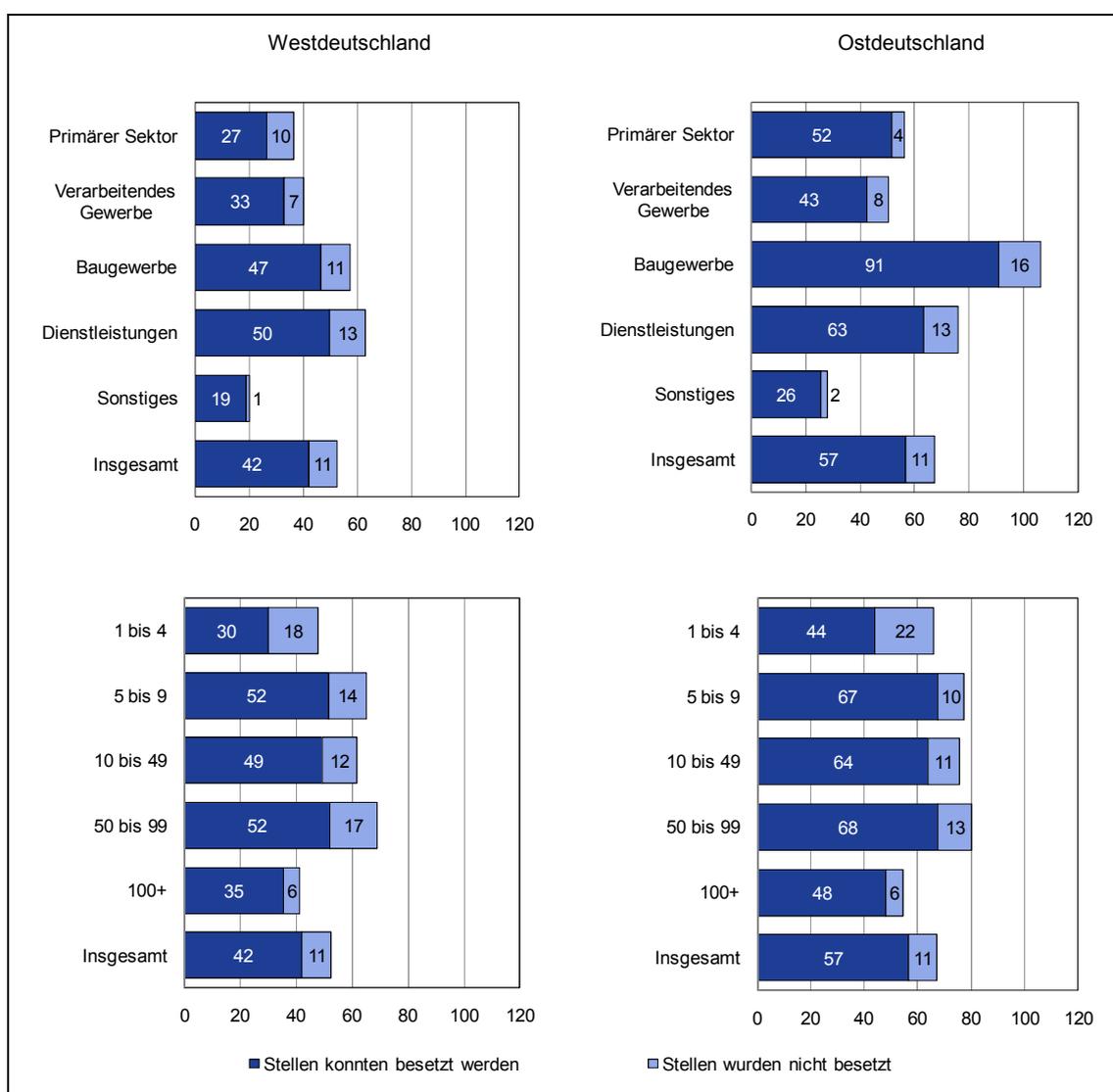
Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^a Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotenzial (ohne Stille Reserve i. e. S.). – ^b Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung (ohne Stille Reserve i. e. S.).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Damit ergeben sich mögliche Folgen für die Fähigkeit, Fachkräfte zu rekrutieren. In beiden Teilen Deutschlands konnte der Neueinstellungsbedarf zum überwiegenden Teil gedeckt werden, wie die Unterscheidung nach Sektoren und Betriebsgrößenklassen verdeutlicht. Es blieben allerdings jeweils elf Stellen je 1 000 qualifizierte Fachkräfte unbesetzt, sodass in dieser Hinsicht zwischen Ost- und Westdeutschland Gleichstand herrscht. Setzt man jedoch die unbesetzten Stellen ins Verhältnis zum gesamten Neueinstellungsbedarf der Unternehmen, ergibt sich für Ostdeutschland mit 16% ein niedrigeres Ausmaß ungedeckten Bedarfs als in Westdeutschland (20%), sodass sich dort die Suche nach geeigneten Fachkräften etwas schwieriger gestaltet haben dürfte.

Befriedigte und unbefriedigte Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften im ersten Halbjahr 2007^a

- je 1 000 beschäftigte qualifizierte Fachkräfte -



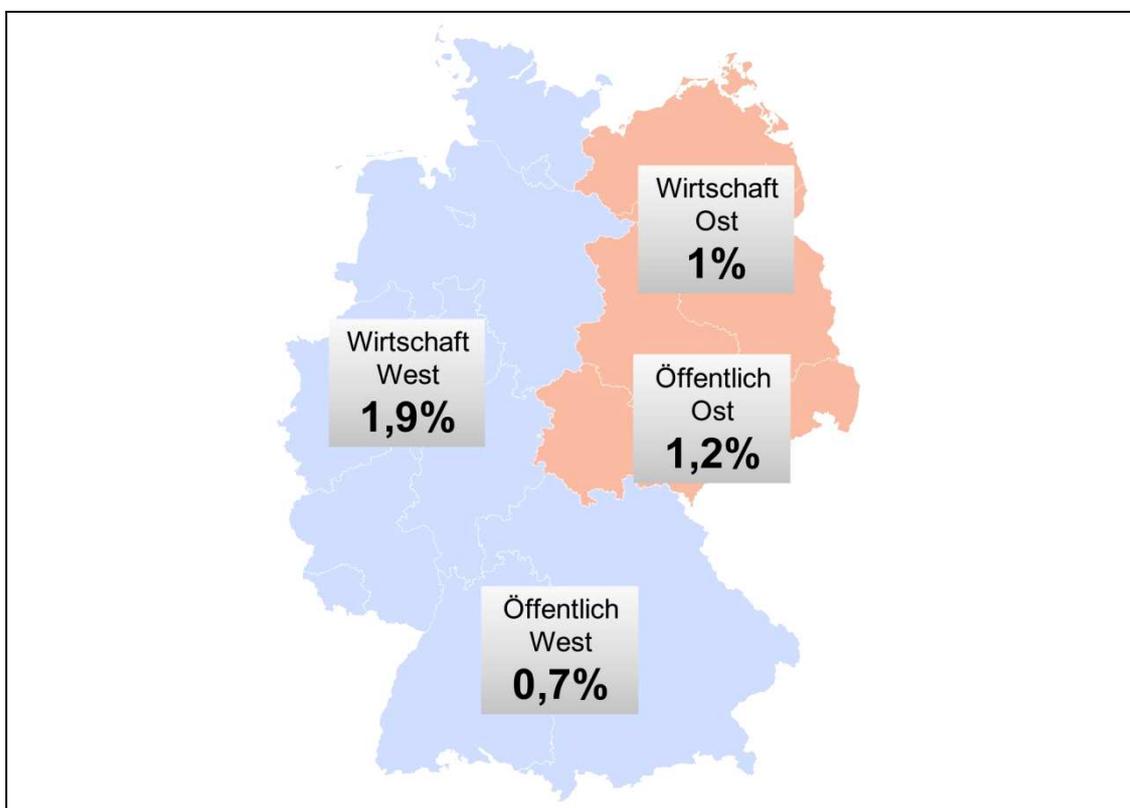
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ein Teil der besagten wirtschaftlichen Dynamik ist vor allen Dingen einer neu entstandenen hochinnovativen Wirtschaft zu verdanken, die allerdings ebenfalls räumlich sehr unterschiedlich verteilt ist. Durch die Transformation und insbesondere auch die Art der Reorganisation durch die Treuhand kam die Industrieforschung der DDR weitgehend zum Erliegen, und nur die südlichen Neuen Länder waren zum Teil in der Lage, an ihre Tradition der Industrieforschung anzuknüpfen. Sie sind auch heute diejenigen, die erheblich höhere Anteile an Forschung und Entwicklung (FuE) besitzen als der Rest der Neuen Länder und damit auch die Modernität ihrer Produkte stetig steigern konnten. Hier gelang es inzwischen auch, die entsprechenden Weltmarktnischen zu besetzen und eine Entwicklung einzuleiten, die langfristig die Chance bietet, Unternehmenszentralen in Ostdeutschland mit überkritischer Größe und Ausstrahlung zu organisieren.

FuE-Aufwendungen der Wirtschaft und der öffentlichen Forschung in Ost- und Westdeutschland^a

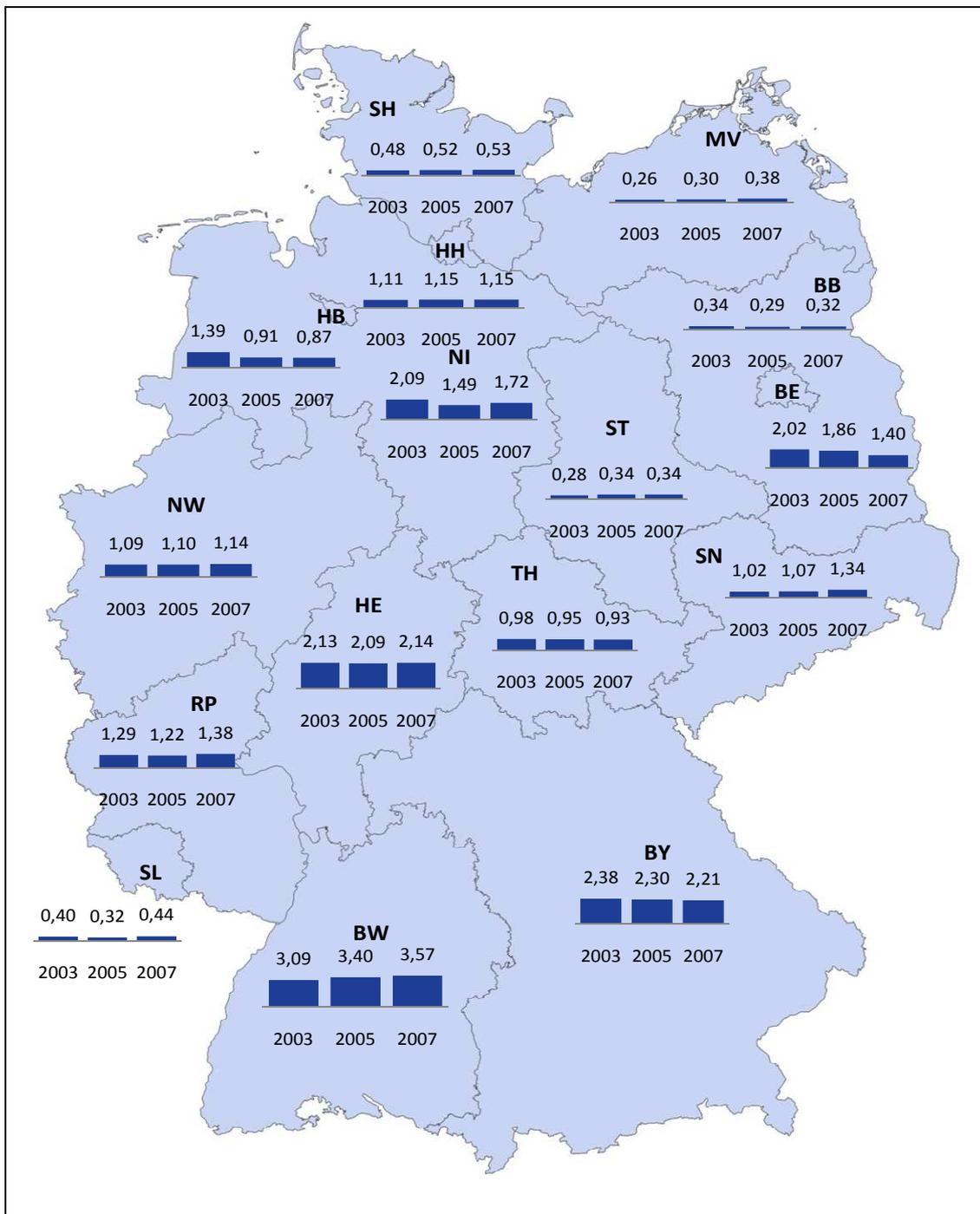
- in % des Bruttoinlandsprodukts 2007 -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Berechnungen und Darstellung des IWH.

FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in % des Bruttoinlandsprodukts nach Bundesländern in den Jahren 2003, 2005 und 2007

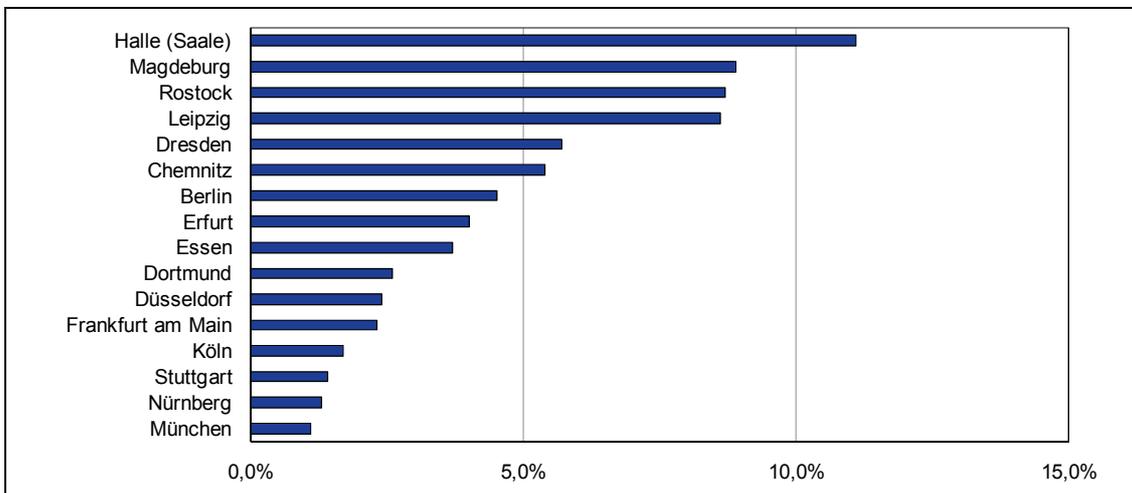


Dargestellt sind die internen FuE-Aufwendungen, d. h. Aufwendungen für die FuE-Projekte, die die Unternehmen selbst durchführen. BB: Brandenburg, BE: Berlin, BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, HB: Bremen, HE: Hessen, HH: Hamburg, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SH: Schleswig-Holstein, SL: Saarland, SN: Sachsen, ST: Sachsen-Anhalt, TH: Thüringen.

Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Berechnungen und Darstellung des IWH.

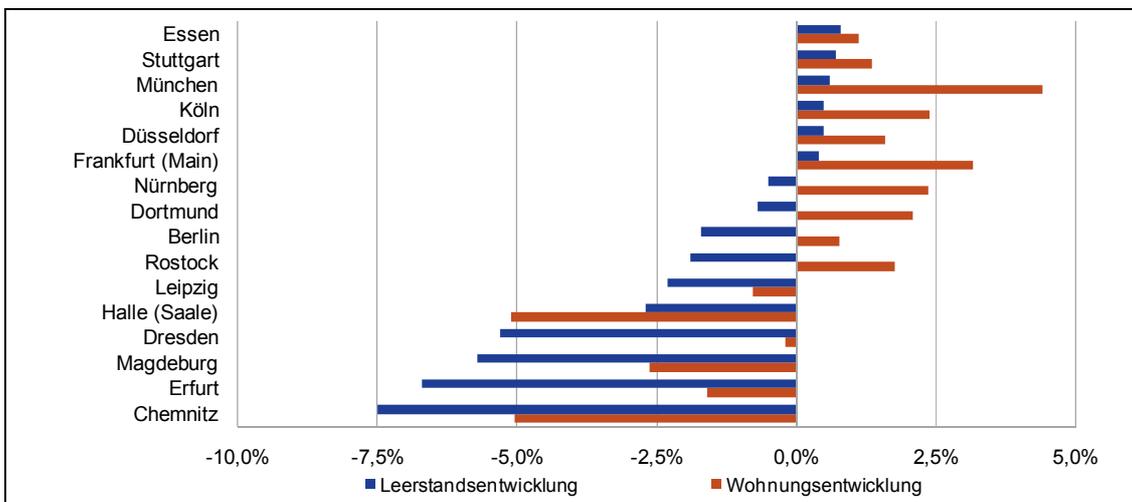
Die regional unterschiedliche Entwicklungsdynamik Ostdeutschlands spiegelt sich in seinen Städten wider. Denn der besagte Verlust von 1,8 Millionen Menschen vollzog sich regional sehr ungleichgewichtig: Grundsätzlich hat der ländliche Raum verloren und solche Städte gewonnen, deren industrielle Basis vor allen Dingen aufgrund der neuen internationalen Arbeitsteilung, an die sich die Neuen Länder anpassen mussten, benachteiligt war. Allerdings ist diese Entwicklung nicht auf die Neuen Länder beschränkt. Sie findet sich auch in den Alten Ländern infolge der Globalisierung wieder. Besonders deutlich wird dies an den Leerstandsquoten. Hinter diesen verbergen sich zum Teil erhebliche Turbulenzen, weil im Rahmen des Stadtumbaus und der Stadterneuerung massive Restrukturierungen, teils in der Altbausubstanz, vor allem aber auch in den Großsiedlungen erfolgten.

Leerstandsquote (jahresdurchschnittlicher Leerstand/Zahl der marktaktiven Wohnungen) im Jahr 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands



Quellen: Techem-Empirika-Leerstandsindex; Statistik Regional; Berechnungen und Darstellung des IWH.

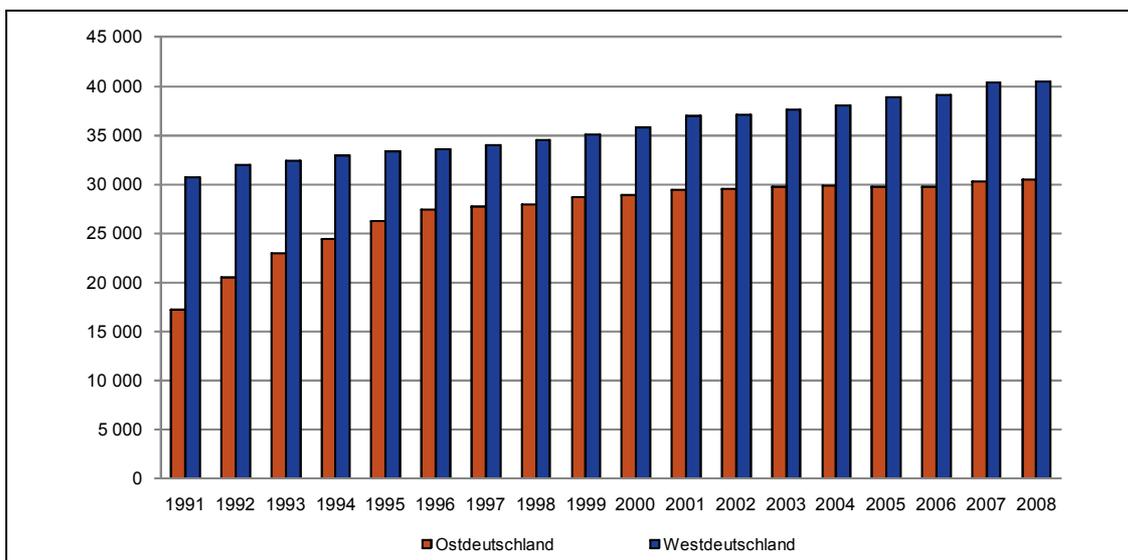
Entwicklung des Leerstands (im Jahresdurchschnitt) und des marktaktiven Wohnungsbestands 2001 bis 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands



Quellen: Techem-Empirika-Leerstandsindex; Statistik Regional; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Transformation und die Dynamik der anschließenden Entwicklung finden sich auch in der Lage der ostdeutschen Haushalte und Familien wieder. Noch immer ist die Angleichung der verfügbaren Einkommen nicht abgeschlossen. Die nachhaltig hohe Arbeitslosigkeit spielt hierbei eine nicht unwesentliche Rolle.

Verfügbares Einkommen (nominal) je Haushalt und Jahr^a - in Euro -

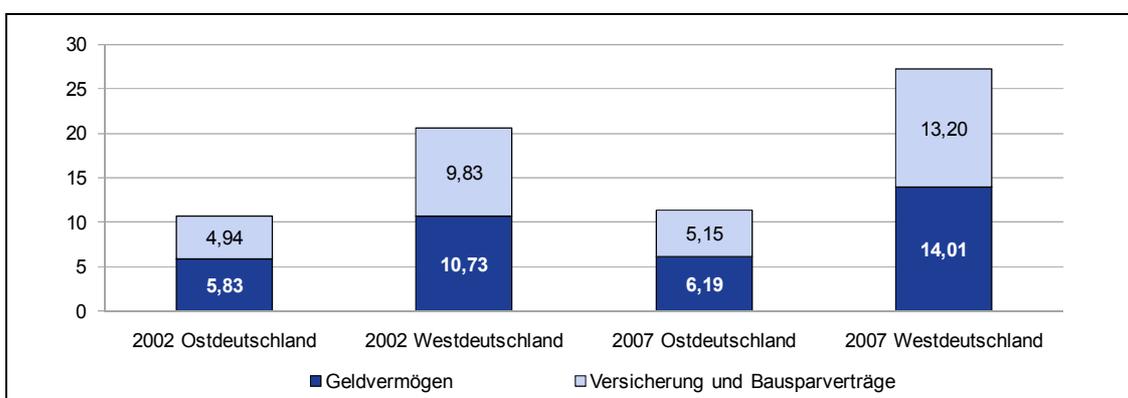


^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Damit war es den ostdeutschen Haushalten auch nicht möglich, nachhaltig Vermögen aufzubauen. Vor allem die Entwicklungsdynamik ist im Vergleich zu Westdeutschland sehr gering, was nicht allein auf die geringere Basis zurückzuführen ist. Auch das regionalisierte Erbschaftsteueraufkommen stützt diese Erkenntnis.

Geldvermögen^a und Höhe von Versicherung und Bausparverträgen^b (pro Person)^c - in 1 000 Euro-

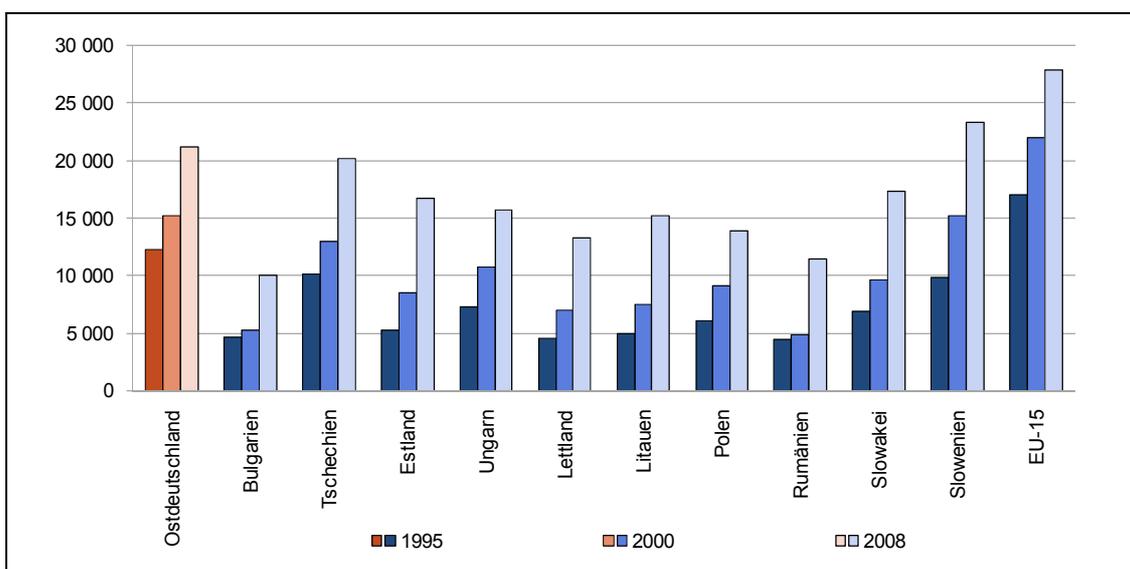


^a Durchschnittlich; Geldvermögen = Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile. – ^b Durchschnittliche Höhe der Rückkaufwerte von Lebensversicherungen, Rentenversicherungen und angesparten Beträgen in Bausparverträgen. – ^c Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Transformation in Ostdeutschland war einerseits erfolgreich im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern, offenbart aber auch eine Reihe von Defiziten. Die harten Anpassungen, vor allen Dingen im Sozialbereich, blieben Ostdeutschland erspart. Damit einher gingen allerdings auch einige Entwicklungen, die aus heutiger Sicht langfristig eher als problematisch einzuordnen sind: Die Neuen Länder sind in erheblichem Maß Vorleistungsgüterproduzenten, organisieren also ihre Märkte nicht selbst, sondern lassen sie über Konzernzentralen außerhalb der Region aufbauen. Damit entfallen Wertschöpfungsstufen, die einen erheblichen Teil des Aufholprozesses behindert.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro nach Kaufkraftparitäten (konstante Preise)



Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Eurostat; statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Inhaltsverzeichnis

20 Jahre Deutsche Einheit – Rückblick und Ausblick	3
Zum Geleit	5
Zusammenfassender Überblick	9
1 Gesamtwirtschaftliche Produktion, Einkommen, Nachfrage und Konvergenz	29
1.1 Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft ist nach anfänglichem Vorsprung gleichgezogen	32
1.2 Wandel der Wachstumskräfte	33
1.3 Schnelles Wachstum des Unternehmenssektors	34
1.4 Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	35
1.5 Aufholprozess stockt	36
1.6 Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt nimmt ab	37
1.7 Ostdeutscher Export mit hoher Dynamik	38
1.8 Bevölkerung und Kaufkraft: Sinkende Einwohnerzahl in Ostdeutschland bedeutet regionalen Kaufkraftentzug	39
1.9 Entwicklung der Anlageinvestitionen im Ost-West-Vergleich	40
1.10 Kapitalstock und Investitionen	42
1.11 Anlageinvestitionen im Pro-Kopf-Vergleich	44
1.12 Investitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten	45
1.13 Neue Chancen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt	46
1.14 Niedriglohnvorteil	47
1.15 Tarif- und Effektivverdienste auf Monatsbasis in der Gesamtwirtschaft Ost- und Westdeutschlands	48
1.16 Tarifbindung in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands	49
1.17 Hoher Anteil an Geringverdienern in Ostdeutschland	50
1.18 Geringverdiener nach Hauptwirtschaftsbereichen in Ost- und in Westdeutschland	51
1.19 Bruttostundenlöhne unter 7,50 Euro in ausgewählten Branchen in Ost- und in Westdeutschland	52
1.20 Industrielles Wachstum durch preislichen Wettbewerbsvorteil	53
1.21 Deutlicher Anstieg der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe	54
	23

1.22	Gewachsene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch Arbeitskostenvorteil	55
1.23	Kräftige Modernisierungsinvestitionen in den industriellen Kapitalstock Ostdeutschlands	56
1.24	Steigende Exportorientierung der ostdeutschen Industriebetriebe	57
1.25	Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe Ostdeutschlands stoßen auf äußere Märkte vor	58
1.26	Höhere Quote der Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland	60
2	Bevölkerung	61
2.1	Bevölkerungsstruktur – Erhebliche Alterungstendenzen	64
2.2	Geburtendefizit und Wanderungsverlust	65
2.3	Räumliche Verteilung der Wanderungsgewinne und -verluste	66
2.4	Ost-West-Wanderung – Wanderungsverlust von über 1,8 Millionen Menschen seit 1989	68
2.5	Verteilung der Zuwanderung nach Wanderungsform und Regionstyp	69
2.6	Periodenfertilität – Einbruch der Geburtenzahl nach 1990	70
2.7	Kohortenfertilität – Überholt Ostdeutschland die Alten Bundesländer?	71
2.8	Mortalität – Deutliche Erhöhung der Lebenserwartung seit 1990	72
3	Regionale Wirtschaftskraft und interregionale Ausgleichsmechanismen	73
3.1	Heterogenes Wachstum ostdeutscher Regionen zwischen 1996 und 2007	76
3.2	Lohnstückkostenvorteile für die ostdeutsche Wirtschaft	77
3.3	Strategien der Förderung von Unternehmensinvestitionen in den Neuen Ländern und Berlin: Ein Vergleich wichtiger Förderregelungen der Jahre 1991 und 2010	78
3.4	Zahlungsströme zugunsten der Neuen Länder	80
3.5	Entwicklung der „ostdeutschen Leistungsbilanz“	81
3.6	Öffentliche Länderhaushalte: Strukturvergleich	82
3.7	Steuerquoten	84
3.8	Niveau des Steueraufkommens in Ostdeutschland	85
3.9	Steueraufkommen nach Ebenen	86
3.10	Erbschaftsteueraufkommen der Länder 2005	87
3.11	Entwicklung der Schuldenstände der öffentlichen Haushalte	88
3.12	Entwicklung der Schuldenstände der Neuen Flächenländer	89
3.13	Zins-Steuer-Quoten der Flächenländer	90

4	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	91
4.1	Erwerbsbeteiligung auch 2007 in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland	94
4.2	Unterschiedliche Bildungswege der 30- bis 60-Jährigen in den Neuen und Alten Bundesländern	95
4.3	Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland	96
4.4	Gemeldete Berufsausbildungsstellen: Konstantes Angebot im Westen, leichte Abnahme im Osten	97
4.5	Fachkräftebedarf 2007	98
4.6	Werden Arbeitskräfte entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt?	100
4.7	Formale Qualifikationsstrukturen der Erwerbspersonen	101
4.8	Qualifikation und Erwerbslosigkeitsrisiko	102
4.9	Ist der vertikale Mismatch in Ostdeutschland größer als auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt?	103
4.10	Registrierte Arbeitslose in Ostdeutschland	104
4.11	Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit: Nur geringe Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland	105
4.12	Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen in Ost- und Westdeutschland	106
4.13	Arbeitslosengeldempfänger (Leistungen nach SGB III)	107
4.14	Durchschnittliche Höhe von Leistungen nach SGB II	108
4.15	Selbstständige im Ost-West-Vergleich: Seit 2005 höhere Selbstständigenquote im Osten	109
4.16	Erwerbsbeteiligungsquote: In Ostdeutschland nach wie vor höher als in Westdeutschland	110
4.17	Teilzeitquote: Deutliche Annäherung Ostdeutschlands an Westdeutschland	111
4.18	Arbeitsplatzausstattung in West- und Ostdeutschland	112
4.19	„Atypische“ Beschäftigung: Ostdeutschland gleicht sich an	113
4.20	Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland gesunken	114
4.21	„Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland	115
4.22	Langsame Anpassung der geleisteten Jahresarbeitszeit	116
4.23	Tarifliche Jahresarbeitszeiten in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland	117

5	Innovation, Forschung und Entwicklung, Humankapital und Bildung	119
5.1	Massiver Abbau von FuE-Personal endet Mitte der 90er Jahre	122
5.2	FuE-Aufwendungen je Erwerbstätigen: Zunahme in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf	123
5.3	Großer Abstand bei internen FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor zwischen führenden westdeutschen und ostdeutschen Ländern	124
5.4	Hohe öffentliche Forschungsintensität in Ostdeutschland	125
5.5	Regionale Disparitäten der privaten Forschungsintensität nicht nur ein Ost-West-Phänomen	126
5.6	Steigende Patentaktivitäten in Ost- und Westdeutschland	128
5.7	Innovationstätigkeit in den Neuen und Alten Bundesländern variiert im Zeitverlauf	130
5.8	Marktneuheiten in Ost- und Westdeutschland gleichauf	131
5.9	„Wissen und Technologie“ wichtiges Motiv für ausländische Investoren in Ostdeutschland	132
5.10	Ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen wichtiger Partner für ausländische Investoren in den Neuen Ländern	133
5.11	Brain Gain und Brain Drain im föderalen Deutschland	134
5.12	Tertiäre Bildung nimmt zu	136
6	Kommunale Entwicklungsstrategien und Wohnen in Ostdeutschland	137
6.1	Niveau der Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Städten insgesamt nach wie vor höher – in Einzelfällen aber Angleichung erkennbar	140
6.2	Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Städten sinkt unterschiedlich durch konjunkturellen Aufschwung 2007 bis 2008	141
6.3	Re-Industrialisierung wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt	142
6.4	Viel Leerstand trotz Abrissförderung in Ostdeutschland – Zunahme des Problems in Westdeutschland	143
6.5	Leerstands- und Wohnungsentwicklung	144
6.6	Gesamteinnahmen kommunaler Haushalte	145
6.7	Erträge aus kommunalen Unternehmen	146
6.8	Zuweisungen an Kommunen	147
6.9	Ostdeutsche Großstädte arbeiten personalintensiver als westdeutsche Großstädte	148
6.10	Geringe Ost-West-Unterschiede bei der kommunalen Kulturfinanzierung	149
6.11	Ausgaben für darstellende Kunst pro Einwohner in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland	150

6.12	Rentabilität der kommunalen Kultureinrichtungen in den ostdeutschen Städten geringer als in Westdeutschland	152
6.13	Mieten in Ostdeutschland: Nebenkosten erhöhen die Mietbelastung	153
6.14	Niedrigere Mietpreise mit steigender Tendenz in Ostdeutschland	154
6.15	Strom- und Gaspreise – Die „zweite Miete“ ist in ostdeutschen Großstädten höher als in Westdeutschland	156
6.16	Einwohnerentwicklung in den ostdeutschen Städten seit einigen Jahren durchaus unterschiedlich	157
6.17	Einwohnerentwicklung in den Städten in hohem Maß durch Zu- und Abwanderung beeinflusst	158
6.18	Einwohnerverluste ostdeutscher Städte am größten – aber auch westdeutsche Städte sind betroffen	159
6.19	Struktur des Wohnbestandes nach Besitzstatus: Weniger Wohneigentum in Ostdeutschland	160
6.20	Hoher Altbauanteil in Ostdeutschland – Teures Erbe	161
6.21	Neubauraten von Wohnungen sinken in West- und Ostdeutschland	162
6.22	Wohnfläche pro Person nach Besitzstatus: Die größeren Wohnungen sind in Westdeutschland	163
6.23	Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle bei der Energieeffizienz von Wohnimmobilien	164
6.24	Wohnungsausstattung in Ost- und Westdeutschland: Weniger Komfort in Ostdeutschland?	166
6.25	Gleichstand ostdeutscher Städte beim Zugang zum Autobahnnetz	167
6.26	Defizite ostdeutscher Städte bei der Bahnanbindung	168
7	Haushalte und Familien/Lebenslagen, Lebensformen und -gemeinschaften	169
7.1	Verfügbares Einkommen: Keine Anpassung an westdeutsches Niveau	172
7.2	Haushaltsgrößen im Vergleich: Zusammenleben bevorzugt	173
7.3	Haushaltseinkommen 2006: Ostdeutsche kommen schlechter zurecht als Westdeutsche	174
7.4	Private Konsumausgaben: Abnahme in Ostdeutschland – Konstanz in Westdeutschland	176
7.5	Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern: Ostdeutschland holt auf	177
7.6	Pkw-Bestand: Das liebste Kind der Deutschen in Ost- und Westdeutschland	178
7.7	Vermögen der privaten Haushalte: Westdeutsche sind besser abgesichert	179

7.8	Ersparnis der privaten Haushalte: Ostdeutschland spart weniger	180
7.9	Verschuldung der privaten Haushalte: Deutlich höhere Verschuldung in Westdeutschland	182
7.10	Kreditmarktschulden der Länderhaushalte pro Einwohner: Kräftiger Anstieg in Ostdeutschland bis 2006	183
7.11	Rentnereinkommen in West- und Ostdeutschland: Hohe Einkommen auch im Ruhestand	184
7.12	Beschäftigung von Frauen: Erwerbsmuster der Frauen gleicht sich an	186
7.13	Bereitschaft zur Ehe gleicht sich in Ost- und Westdeutschland an	187
7.14	Nicht eheliche Lebensgemeinschaften: Kinder ändern Lebensformen	188
7.15	Ehescheidungen: Nur noch geringe Ost-West-Unterschiede	190
7.16	Ost-West-Abstand bei Bewertung der Zufriedenheit relativ stabil	191
8	Ostdeutschland und die neuen EU-Länder im Vergleich	193
8.1	Höheres Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Ländern seit 1999	196
8.2	Reale Konvergenz zwischen Ostdeutschland, den MOE-Staaten und der „alten“ EU	197
8.3	Ostdeutschlands Lücke zwischen Produktion und Verbrauch entspricht bereits dem üblichen Post-Transformationsniveau	198
8.4	Exportorientierung Ostdeutschlands hat im Vergleich zugenommen	199
8.5	Industrielle Arbeitskostenvorteile der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer haben sich verringert	200
8.6	Nominale Konvergenz im Jahr 2008	202
	Nachwort	205
	Anmerkungen	208

1 Gesamtwirtschaftliche Produktion, Einkommen, Nachfrage und Konvergenz

Nach der Transformationskrise 1990 bis 1992, die mit einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Leistung um etwa ein Drittel und der industriellen Wertschöpfung um etwa drei Viertel verbunden war, schwenkte die ostdeutsche Wirtschaft von einem niedrigen Niveau aus auf einen Wachstumspfad ein. In einer kurzen, von Sonderentwicklungen im Baubereich geprägten Phase erzielte sie einen deutlichen Wachstumsvorsprung gegenüber Westdeutschland. Mitte der 90er Jahre erlahmten jedoch die Wachstumskräfte, die für eine nachhaltige und aufholende Expansion erforderlich gewesen wären. Zwar wurde mit staatlicher Hilfe ein moderner Produktionsapparat aufgebaut, der Produktivitätsabstand zu Westdeutschland hat sich jedoch in den Jahren nach 1997 nur noch in kleinen Schritten verringert. Viele Mittel sind in neue Bauten in Wirtschaft und Infrastruktur geflossen, zu gering waren jedoch die für hohe Produktivitätszuwächse ausschlaggebenden Investitionen in moderne Maschinen und Anlagen, um schnell den Rückstand gegenüber Westdeutschland abzubauen.

Im Ergebnis des wirtschaftlichen Neubeginns ist ein Unternehmenssektor entstanden, der mit modernen Maschinen und Anlagen ausgestattet ist, seine Wettbewerbsfähigkeit aber auch über niedrige Arbeitskosten hergestellt hat. Die Mäßigung bei der Angleichung der Tariflöhne nach dem Scheitern der raschen Angleichungsstrategie, vor allem aber die Flucht aus den Tarifverträgen haben seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre den Anstieg der Arbeitskosten soweit verlangsamt, dass der nach wie vor deutliche Produktivitätsabstand inzwischen überkompensiert wird. Nach dem Jahr 2005 strahlte dieser Vorteil auch auf die Beschäftigung aus. Diese Entwicklung wurde dominiert von der Industrie, die seit dem Boomjahr 2000 endgültig die Wachstumsführerschaft in Ostdeutschland übernommen hat.

Mit dem externen Mittelzufluss in Form von Direktinvestitionen des Staates und der Privaten, Sozialtransfers und Fördermitteln wurde die Nachfrage in Ostdeutschland auch in der Transformationskrise hochgehalten, während die Produktion einbrach. Der Nachfrageüberhang verringerte sich erst, nachdem die Anlageinvestitionen gesunken waren und die Ausgaben der privaten Haushalte für den Konsum auch wegen der sinkenden Einwohnerzahl zurückgingen. 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung hat sich die Produktionslücke noch nicht geschlossen.

Nach dem Verlust des Wachstumsvorsprungs aus der ersten Hälfte der 90er Jahre kam der Aufholprozess in der Pro-Kopf-Produktion absolut und relativ ins Stocken. Die relative Angleichung verharrte von 1996 bis 2001 bei rund 63% des westdeutschen Durchschnittsniveaus, absolut vergrößerte sich der Rückstand in dieser Phase sogar. Rein rechnerisch nahm die Angleichung zwar in der darauffolgenden Schwächephase wieder Schritt auf und kam im Aufschwung bis 69% an das westdeutsche Niveau heran, jedoch war dafür nicht mehr das stärkere Produktionswachstum in Ostdeutschland ausschlaggebend, sondern der weitere Rückgang der Einwohnerzahl, während sie in Westdeutschland noch geringfügig stieg. Absolut öffnete sich die Schere in den vergangenen Jahren wieder.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Matthias Brachert (1.13)

Matthias.Brachert@iwh-halle.de

Diemo Dietrich (1.4)

Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

Gerhard Heimpold (1.23, 1.24)

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Alexander Kubis (1.13)

Alexander.Kubis@iwh-halle.de

Brigitte Loose (1.9, 1.10, 1.11, 1.12, 1.16, 1.25)

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Udo Ludwig (1.1, 1.2, 1.3, 1.5, 1.6, 1.14, 1.15, 1.20, 1.22)

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Birgit Schultz (1.8, 1.15, 1.17, 1.18, 1.19)

Birgit.Schultz@iwh-halle.de

Mirko Titze (1.13)

Mirko.Titze@iwh-halle.de

Götz Zeddies (1.7)

Goetz.Zeddies@iwh-halle.de

Die verbleibenden Themenbereiche wurden von den Herausgebern bearbeitet. Für Rückfragen steht **Herbert S. Buscher** zur Verfügung (Herbert.Buscher@iwh-halle.de).

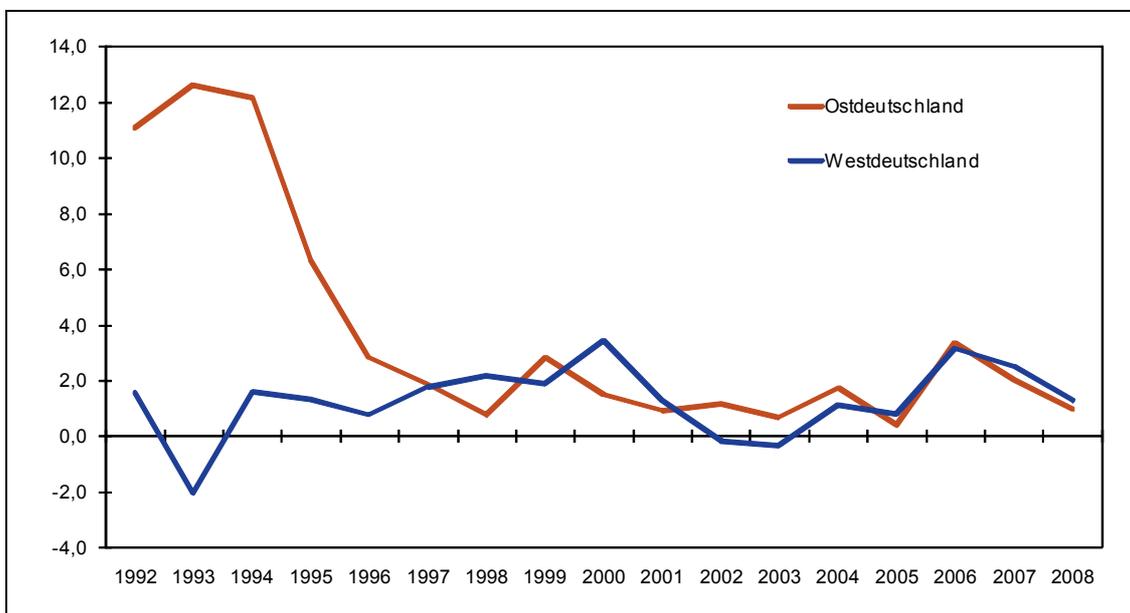
Kapitelübersicht

1.1	Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft ist nach anfänglichem Vorsprung gleichgezogen	32
1.2	Wandel der Wachstumskräfte	33
1.3	Schnelles Wachstum des Unternehmenssektors	34
1.4	Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	35
1.5	Aufholprozess stockt	36
1.6	Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt nimmt ab	37
1.7	Ostdeutscher Export mit hoher Dynamik	38
1.8	Bevölkerung und Kaufkraft: Sinkende Einwohnerzahl in Ostdeutschland bedeutet regionalen Kaufkraftentzug	39
1.9	Entwicklung der Anlageinvestitionen im Ost-West-Vergleich	40
1.10	Kapitalstock und Investitionen	42
1.11	Anlageinvestitionen im Pro-Kopf-Vergleich	44
1.12	Investitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten	45
1.13	Neue Chancen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt	46
1.14	Niedriglohnvorteil	47
1.15	Tarif- und Effektivverdienste auf Monatsbasis in der Gesamtwirtschaft Ost- und Westdeutschlands	48
1.16	Tarifbindung in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands	49
1.17	Hoher Anteil an Geringverdienern in Ostdeutschland	50
1.18	Geringverdiener nach Hauptwirtschaftsbereichen in Ost- und in Westdeutschland	51
1.19	Bruttostundenlöhne unter 7,50 Euro in ausgewählten Branchen in Ost- und in Westdeutschland	52
1.20	Industrielles Wachstum durch preislichen Wettbewerbsvorteil	53
1.21	Deutlicher Anstieg der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe	54
1.22	Gewachsene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch Arbeitskostenvorteil	55
1.23	Kräftige Modernisierungsinvestitionen in den industriellen Kapitalstock Ostdeutschlands	56
1.24	Steigende Exportorientierung der ostdeutschen Industriebetriebe	57
1.25	Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe Ostdeutschlands stoßen auf äußere Märkte vor	58
1.26	Höhere Quote der Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland	60

1.1 Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft ist nach anfänglichem Vorsprung gleichgezogen

Reales Bruttoinlandsprodukt im Ost-West-Vergleich^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

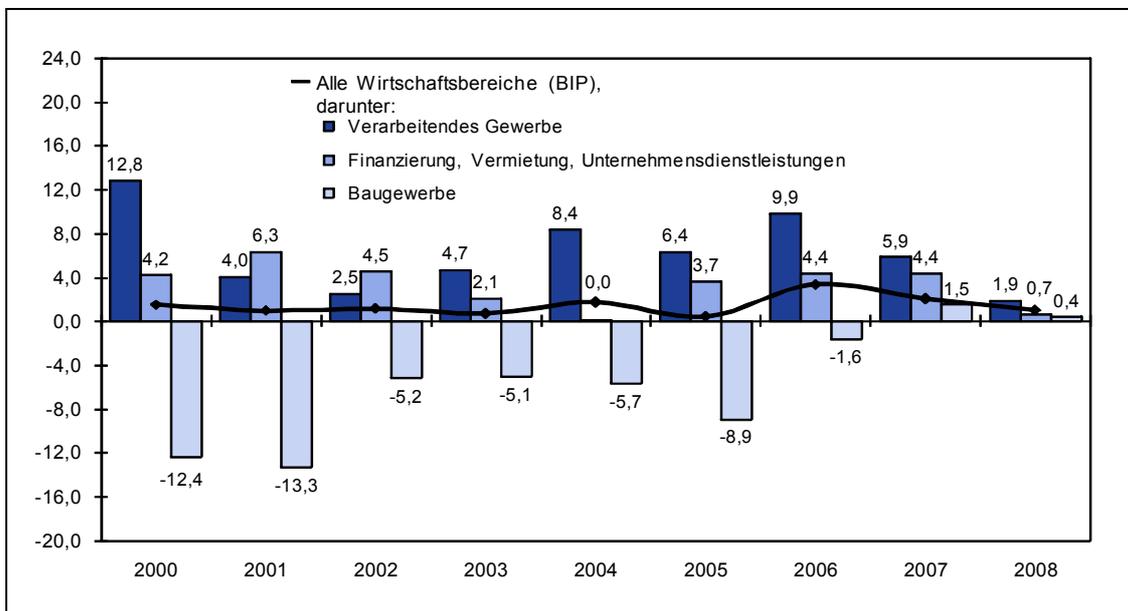
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg bis 1996 deutlich schneller als im früheren Bundesgebiet; selbst im Rezessionsjahr 1993 gab es einen Zuwachs. Treibende Kraft war in den Jahren 1992 bis 1994 das Baugewerbe, das nicht nur von den staatlichen Programmen zur Modernisierung der Infrastruktur, sondern vor allem von der steuerlichen Förderung im Immobilienbereich profitierte. Letztlich führte diese Politik zur Errichtung von Wohn- und Gewerbeimmobilien am Bedarf vorbei. Mit der Rücknahme der steuerlichen Förderung platzte die Blase im Immobiliensektor, die Bauproduktion stürzte ab und belastete das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung nach 1995 länger als ein ganzes Jahrzehnt. Der Verlust an Wachstumsvorsprung konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre weder von der aufstrebenden Industrie noch vom zulegenden Dienstleistungssektor aufgewogen werden. Im Aufschwung 1998 bis 2000 konnte die ostdeutsche Wirtschaft nicht mithalten. Erst in der jüngsten Phase von 2006 bis 2008 gelang ihr dies. In der konjunkturellen Schwächephase 2001 bis 2004 erwies sie sich als robust. Im Jahr 2008 wurden knapp 12% des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den Neuen Bundesländern erwirtschaftet, 1991 waren es 7,1%.

1.2 Wandel der Wachstumskräfte

Expansion und Schrumpfung in der ostdeutschen Wirtschaft^a

- Veränderung der realen Bruttowertschöpfung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

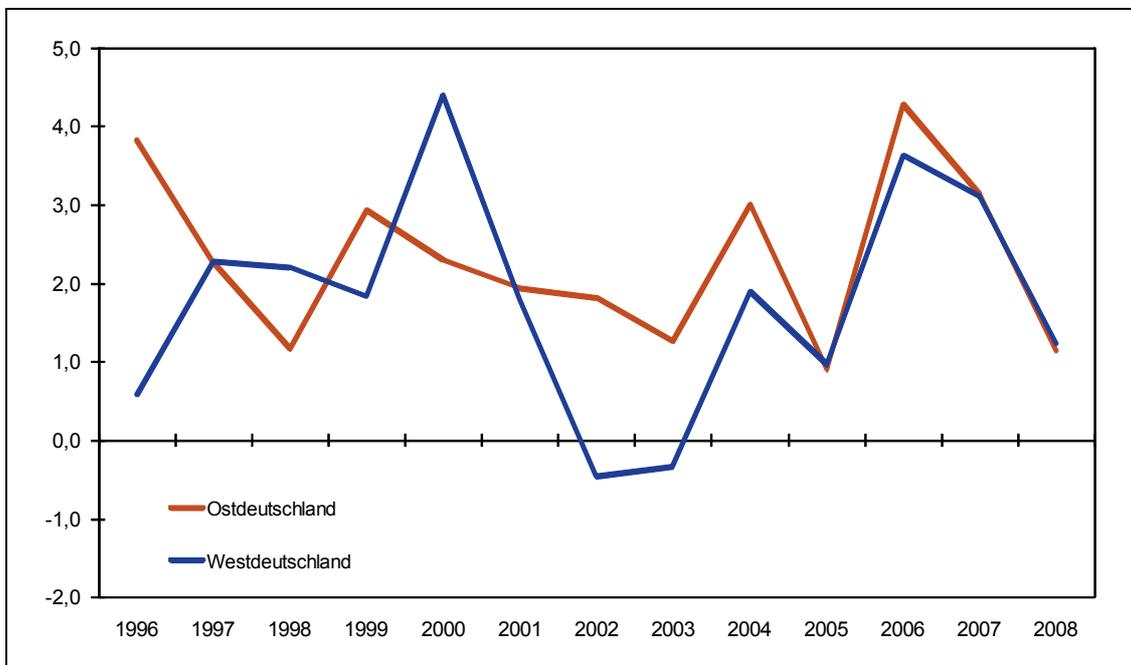
Der große Bedarf an modernen Bauten im Bereich von Wirtschaft und Infrastruktur sowie bei Wohnungen bot gleich zu Beginn der deutschen Vereinigung ein weites Feld für Bauaktivitäten. Programme zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur sowie Förderprogramme für den privaten Immobiliensektor hoben das Baugewerbe in den Rang des Wachstumführers. Mit der Rückführung der staatlichen Förderung verlor das Baugewerbe seine herausragende Stellung ab Mitte der 90er Jahre. Bis dahin hatte es mit reichlich 15% zur gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland beigetragen. Die Wachstumsführerschaft ging auf das Verarbeitende Gewerbe über.

Auch der private Dienstleistungssektor expandierte in den ersten Jahren kräftig. Er füllte zunehmend die Angebotslücke aus, die von der zentral geplanten Wirtschaft in der DDR hinterlassen worden war: Weite Teile außerhalb der Sachgüterproduktion wie der Finanzsektor und die Kommunal- und Wohnungswirtschaft galten als unproduktiv und waren zu Beginn der Deutschen Einheit unterentwickelt. Mit dem Einzug der Marktwirtschaft weitete der private Dienstleistungssektor seine Produktion bis 1995 mit zweistelligen Zuwachsraten aus, allerdings verlangsamte sich die Dynamik mit dem Auslaufen der Nachholphase.

1.3 Schnelles Wachstum des Unternehmenssektors

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung von Unternehmen in Ost- und Westdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



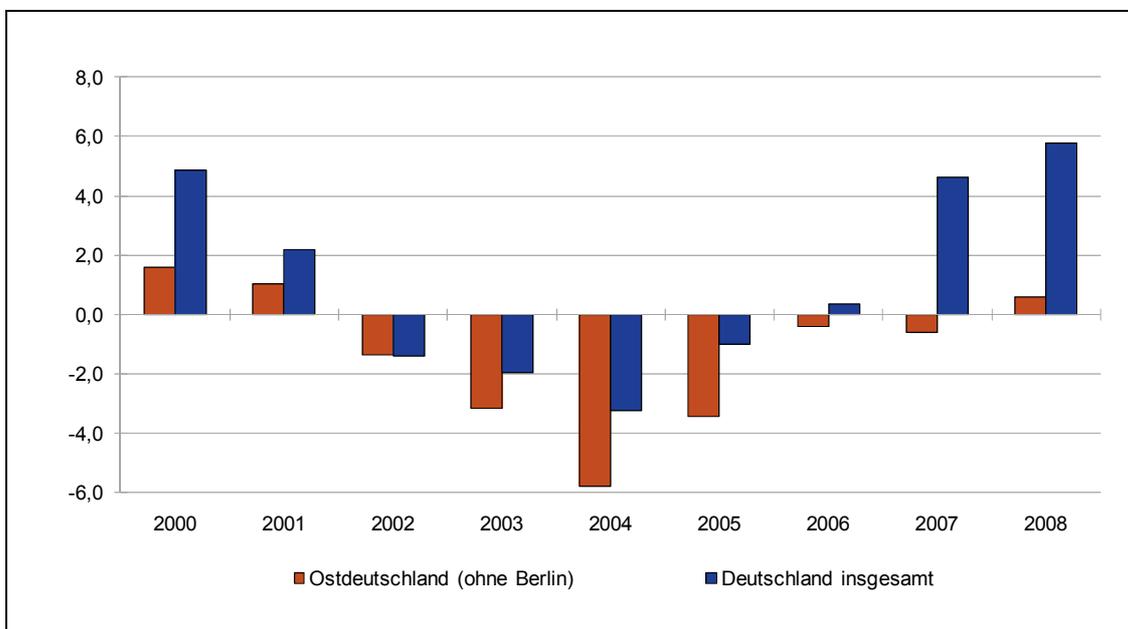
^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Angleichung der Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion verdeckt die gespaltene Entwicklung zwischen den Unternehmen und dem Staat. Während die Konsolidierung des Staatssektors mit einem Rückgang seines Beitrags zur Wertschöpfung verbunden ist und damit die Höhe des Bruttoinlandsprodukts absenkt, ist die wirtschaftliche Leistung des Unternehmenssektors in Ostdeutschland über den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2008 stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt. Mit dem Abklingen der Anpassungsprozesse im Bausektor ist sie nach dem Jahr 2000 zumeist schneller gewachsen als in Westdeutschland. Dies spricht für den Aufbau eines wettbewerbsfähigen Produktionspotenzials und damit für Fortschritte bei der Lösung einer der Grundaufgaben der Transformation im Bereich der Wirtschaft. Privatisierungen und Neugründungen führten vor allem im Dienstleistungssektor zur Verbreiterung der Produktionsbasis. Bereits Ende der 90er Jahre war das Gebiet der Neuen Länder bezogen auf die Einwohnerzahl mit etwa genauso vielen Betrieben ausgestattet wie das frühere Bundesgebiet. Allerdings bestehen große strukturelle Unterschiede, die einer nachhaltig schnelleren Expansion des Unternehmenssektors im Wege stehen. Während Führungszentralen fast völlig fehlen und Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten in den Neuen Ländern deutlich unterrepräsentiert sind, wird die Unternehmenslandschaft weitgehend von mittelgroßen, kleinen und kleinsten Unternehmen geprägt.

1.4 Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen

Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



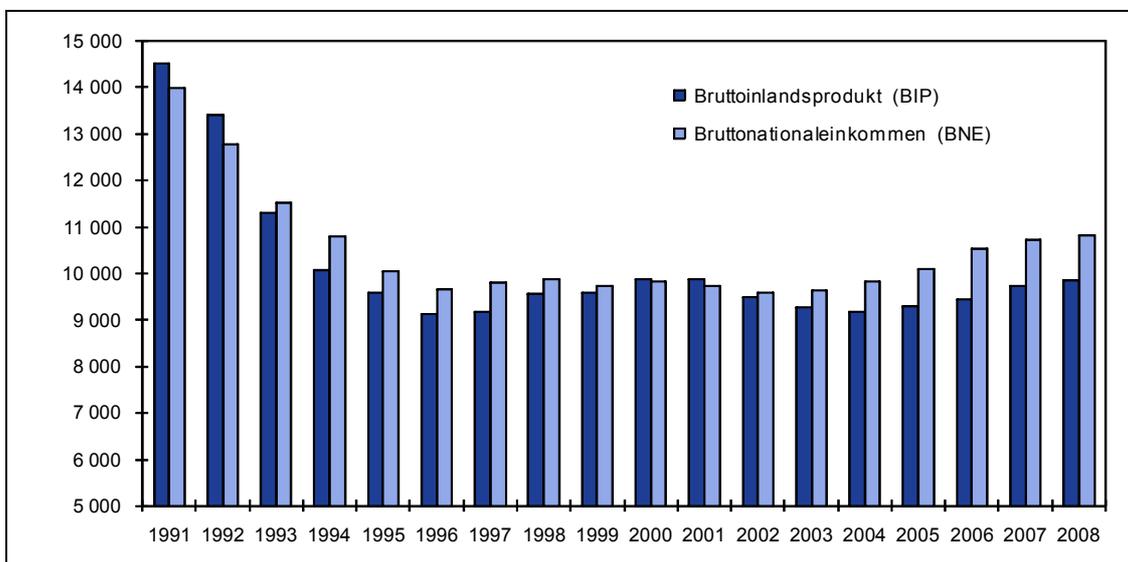
Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Jahr 2007 haben erstmals seit 2001 die Bestände von Krediten deutscher Banken an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen insgesamt zugenommen. In den Neuen Bundesländern waren die Kreditbestände, in deren Entwicklungsnachweis nicht nur Neugeschäft und Tilgungen, sondern auch Kreditausfälle eingehen, allerdings immer noch rückläufig, wenn auch nur geringfügig. Erst im Jahr 2008 stiegen sie etwas.

Die Finanzierung über Bankkredite ist in Ostdeutschland tendenziell schwächer ausgeprägt. Dies beruht vor allem auf strukturellen Unterschieden gegenüber Westdeutschland. So sind die Unternehmen im Osten Deutschlands im Durchschnitt kleiner, jünger und eigenkapitalschwächer als ihre Pendanten im Westen des Landes. Vor diesem Hintergrund ist von besonderer Bedeutung, dass die Innenfinanzierungsquote ostdeutscher Unternehmen und Betriebe in den vergangenen Jahren hoch war; sie liegt gegenwärtig auf einem mit Westdeutschland vergleichbaren Niveau. Vielfach wird eine hohe Innenfinanzierungsquote als Zeichen dafür interpretiert, dass externe Finanzierungsmittel, einschließlich Bankkredite, wenn überhaupt, dann nur schwer zugänglich sind. Insofern gilt ein hoher Innenfinanzierungsanteil als Makel. Jedoch kann er auch Ausdruck des Bestrebens der ostdeutschen Unternehmen nach einer grundlegenden Bilanzkonsolidierung sein. Diese leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass sich mittelfristig der Zugang dieser Unternehmen zur Bankfinanzierung erleichtert, was insbesondere im Krisenjahr 2008 vorteilhaft gewesen sein dürfte.

1.5 Aufholprozess stockt

Konvergenz und Divergenz bei Produktion und Einkommen pro Kopf in Deutschland
- Abstand Ostdeutschland (ohne Berlin) zu Westdeutschland (mit Berlin) bei BIP und BNE
je Einwohner in Euro -



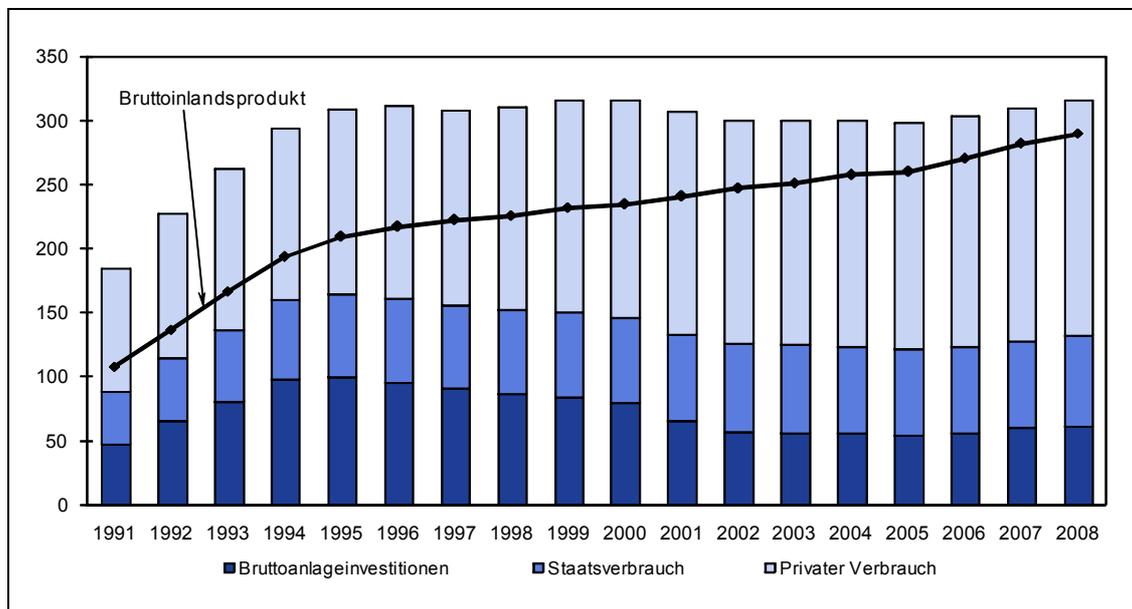
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In den ersten Jahren des wirtschaftlichen Um- und Neuaufbaus ist das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland selbst im Rezessionsjahr 1993 schneller gewachsen als in Westdeutschland. Der Rückstand in der Pro-Kopf-Produktion, mit der die wirtschaftliche Leistung am Standort Ostdeutschland gemessen wird, wie im Pro-Kopf-Einkommen, mit dem die wirtschaftliche Leistung der von den Inländern aus Ostdeutschland innerhalb und außerhalb der Region erbrachten Leistung gemessen wird, verringerte sich bis 1996 relativ und absolut. Danach schwächte sich die Wachstumsdynamik der Produktion deutlich ab und fiel im Aufschwung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre teilweise sogar hinter die in Westdeutschland zurück. Bis zum Jahr 2001 öffnete sich die Schere in den Pro-Kopf-Größen gegenüber den Alten Bundesländern. Der Aufholprozess stockt seitdem, auch wenn in der wirtschaftlichen Schwächephase 2002 bis 2004 der Abstand relativ und absolut kleiner geworden ist. Einfluss darauf hatte nicht nur das kräftigere Produktionswachstum in Ostdeutschland, sondern auch der anhaltende Rückgang der Einwohnerzahl. In den folgenden Jahren des konjunkturellen Aufschwungs zog das Produktionswachstum im Osten und Westen des Landes gleich, sodass die weitere relative Verringerung des Abstandes der Pro-Kopf-Größen allein der sinkenden Einwohnerzahl in den Neuen Bundesländern geschuldet ist. Im Jahr 2008 lag die Pro-Kopf-Produktion in Ostdeutschland bei 69% des westdeutschen Standes. Absolut, das heißt gemessen in Euro, hat sich der Abstand allerdings wieder vergrößert, und zwar beim Einkommen stärker als bei der Produktion.

1.6 Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt nimmt ab

Produktion und Absorption in Ostdeutschland^a

- Mrd. Euro in jeweiligen Preisen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; Schätzung der Nachfrageaggregate für 2008 durch das IWH.

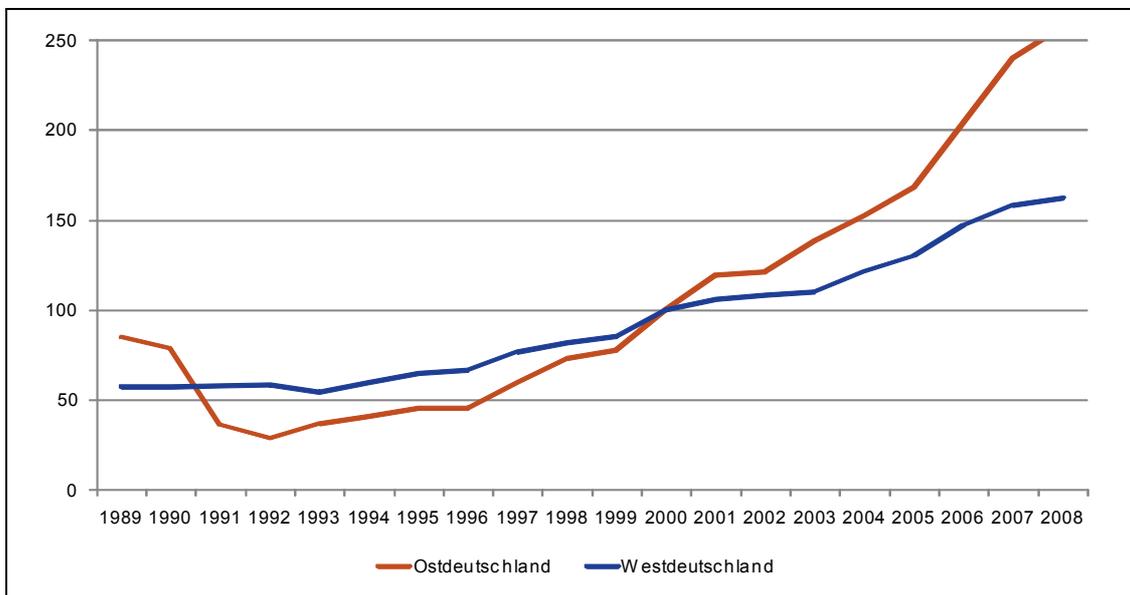
Die ostdeutsche Wirtschaft ist mit einem großen Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Produktion in das vereinte Deutschland gestartet. Während die Nachfrage nach Konsum- und nach Investitionsgütern infolge kräftiger Zuflüsse an öffentlichen und privaten Finanzmitteln vor allem aus dem früheren Bundesgebiet auch zu Beginn der deutschen Vereinigung hoch blieb, stürzte die Produktion transformationsbedingt zunächst regelrecht ab. Der Nachfrageüberhang wurde durch einen hohen Einfuhrüberschuss vor allem gegenüber dem früheren Bundesgebiet ausgefüllt. Im Jahr 1991 lag er bei 72% des Bruttoinlandsprodukts und entsprach damit vier Fünfteln der Ausgaben der privaten Haushalte in Ostdeutschland für den Konsum.

Obwohl die Produktion nach der Überwindung der Transformationskrise von niedrigem Niveau aus bald kräftig zulegte, erhöhte sich das Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Produktion in den ersten Jahren wertmäßig sogar noch. Dank der regen Investitionstätigkeit der Unternehmen sowie des Staates und der Erfüllung des Nachholbedarfs der privaten Haushalte an Konsumgütern stieg auch die Inlandsnachfrage in dieser Phase deutlich. Erst mit dem Rückgang der Investitionen in Wohn- und Gewerbeimmobilien und der verhaltenen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen öffnete sich die Schere zwischen Nachfrage und Produktion nicht weiter. Als nach dem Jahr 2000 auch der private Konsum nicht mehr stieg, ging der Nachfrageüberhang bei anhaltendem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts immer weiter zurück. Im Jahr 2008 belief er sich auf nur noch 9% des Bruttoinlandsprodukts.

1.7 Ostdeutscher Export mit hoher Dynamik

Entwicklung der Warenexporte^a

- Index 2000 = 100 -



^a 1989 und 1990: Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; ab 1991: Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

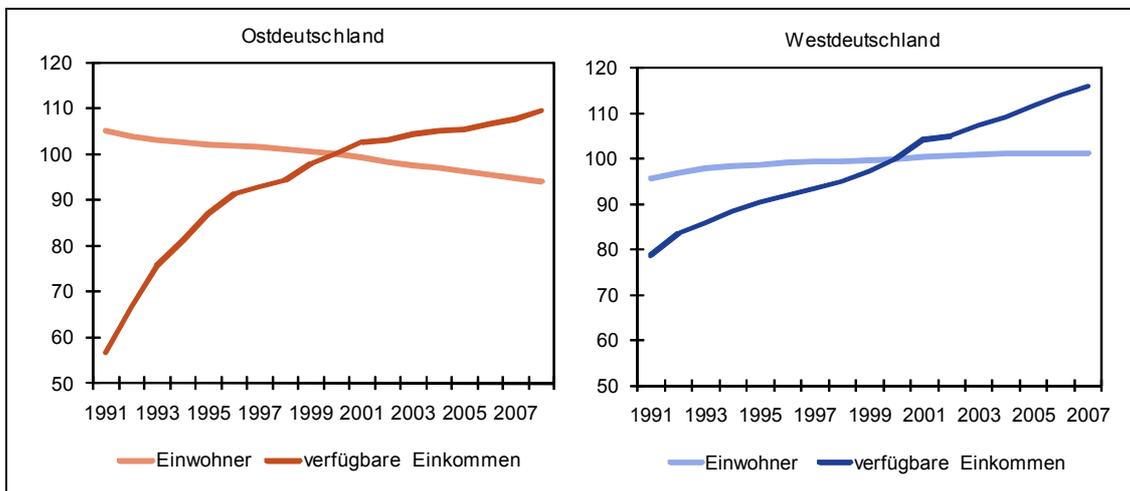
Nach dem Verlust der Hauptabsatzmärkte in Mittel- und Osteuropa Anfang der 90er Jahre wuchsen die ostdeutschen Warenexporte von niedrigem Niveau aus deutlich stärker als die westdeutschen. Zwischen 1995 und 2007 legten die Ausfuhren der Neuen Bundesländer mit jahresdurchschnittlich knapp 15% doppelt so stark zu wie die der Alten Länder. Damit trug der Außenhandel im Gegensatz zur Binnennachfrage durchweg positiv zur Produktionsentwicklung in Ostdeutschland bei. Trotz der kräftigen Expansion ist die Exportquote, gemessen an den Warenausfuhren in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, in den Neuen Bundesländern mit 22% derzeit erst halb so hoch wie die westdeutsche.

Anfang der 90er Jahre kam es zu einer rapiden Umlenkung der ostdeutschen Exportströme nach Zielregionen. Bereits im Jahr 1997 entsprach die regionale Struktur der Warenexporte der Neuen Bundesländer dem noch heute gültigen Muster. Während der Exportanteil nach Mittel- und Osteuropa im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung auf gut ein Viertel gesunken war, floss nun gut die Hälfte der Warenausfuhren nach Westeuropa. Obwohl sich die ostdeutschen Außenhandelsstrukturen den westdeutschen in relativ kurzer Zeit deutlich annäherten, bestehen nach wie vor einige Unterschiede, die sich in den vergangenen zehn Jahren auch nur sehr langsam abgebaut haben. So erwirtschaften Alte wie Neue Bundesländer rund drei Viertel ihrer Exportumsätze in Europa, allerdings sind für die Neuen Bundesländer die mittelosteuropäischen Staaten nach wie vor von größerer Bedeutung als für die Alten. Dies resultiert insbesondere aus den intensiven Außenhandelsbeziehungen Ostdeutschlands mit Tschechien und Polen.

1.8 Bevölkerung und Kaufkraft: Sinkende Einwohnerzahl in Ostdeutschland bedeutet regionalen Kaufkraftentzug

Entwicklung der Einwohnerzahl und der verfügbaren Einkommen in Ost- und Westdeutschland^a

- Index 2000 = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, (Stand: Mai 2008); Berechnungen und Darstellung des IWH.

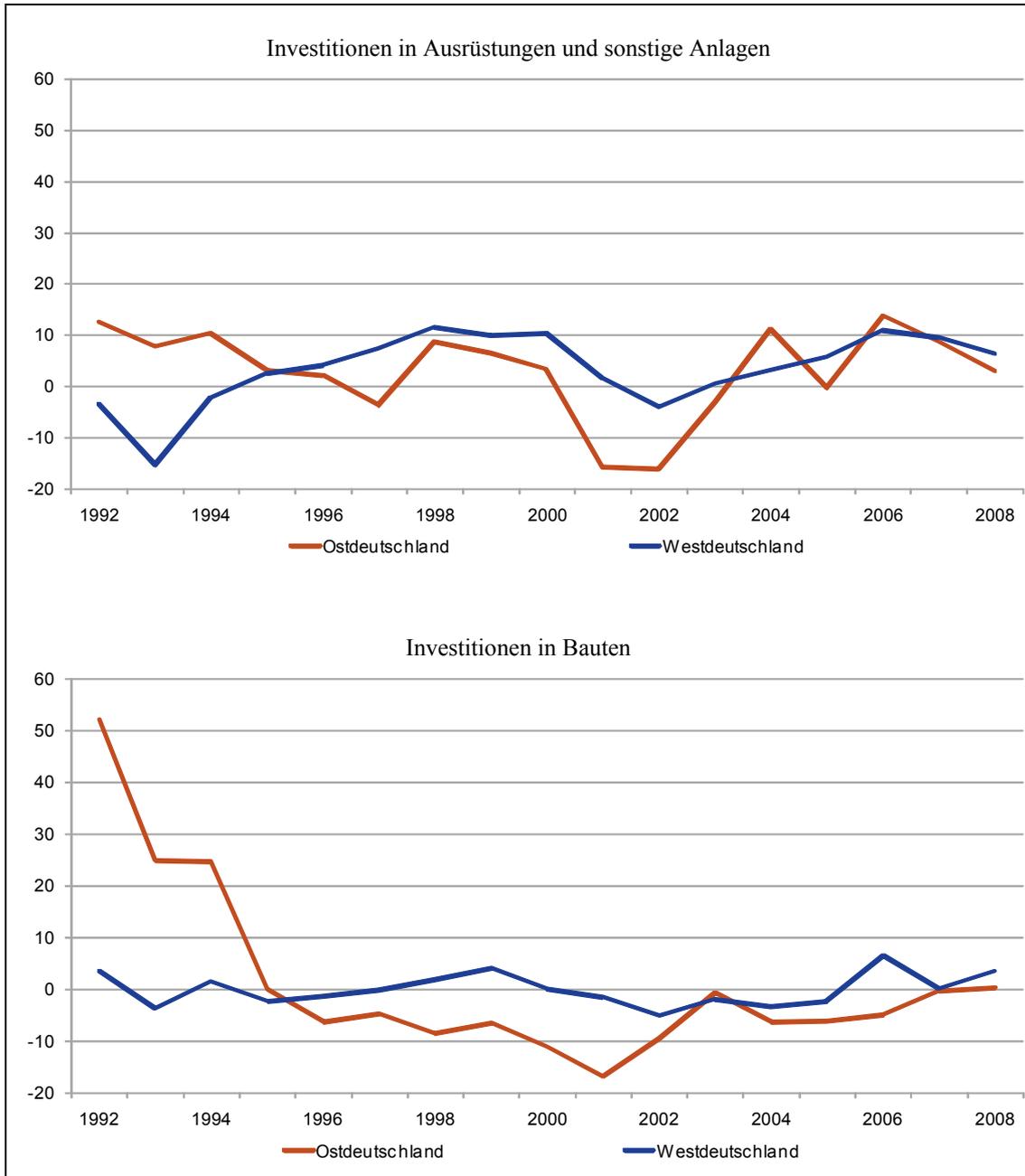
In Ostdeutschland sinkt seit Jahren aufgrund von Abwanderung und Altersstruktur die Einwohnerzahl. Im Vergleich dazu ist die Bevölkerung in Westdeutschland leicht angestiegen bzw. konstant geblieben.

Da Produktion und Nachfrage neben wirtschaftlichen Faktoren auch von der Bevölkerungsgröße beeinflusst werden, führt eine sinkende Einwohnerzahl – wie in Ostdeutschland – zu einem geringeren Einkommensanstieg als bei einer gleichbleibenden oder steigenden Bevölkerung. Dies mindert das Potenzial für den privaten Konsum, die mögliche Sparleistung wie auch die Basis für die Steuereinnahmen des Staates.

1.9 Entwicklung der Anlageinvestitionen im Ost-West-Vergleich

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen im Ost-West-Vergleich^a

- Investitionen in Preisen von 2000, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ (Stand: April 2010); 2008: Schätzung des IWH; Darstellung des IWH.

Einen Schwerpunkt des wirtschaftlichen Aufbaus bildete die Erneuerung des Kapitalstocks, um die Region Ostdeutschland und ihre Unternehmen weitgehend wettbewerbsfähig zu machen. Angesichts der mangelhaften Infrastruktur und eines überalterten Baubestandes wurden besonders die Bauinvestitionen deutlich ausgeweitet. Doch auch die Ausrüstungen stiegen in dieser Zeit stärker als in Westdeutschland. Eine solch kräftige Investitionstätigkeit erwies sich auf Dauer als überhöht, insbesondere war eine „Normalisierung“ der Baunachfrage vor dem Hintergrund hoher Leerstände bei Wohn- und gewerblichen Bauten und einer nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands angezeigt. Dies waren auch die wesentlichen Gründe dafür, dass die Bruttoanlageinvestitionen nach dem Ende des Baubooms 1995 bis zum Jahr 2005 rückläufig waren. Vom vergangenen Aufschwung in Deutschland und im Ausland in den Jahren 2006 bis 2008 wurde auch Ostdeutschland mit erfasst. Insgesamt blieb das Investitionstempo allerdings hinter dem Westdeutschlands zurück. Maßgeblich war die nur schwache Binnenkonjunktur, von der die ostdeutsche Wirtschaft weit mehr abhängt als die westdeutsche.

Trotz der Tempounterschiede glich sich der Investitionsrhythmus zwischen Ost- und Westdeutschland allerdings konjunkturbedingt weitgehend an. Der Tiefpunkt der Ausrüstungsinvestitionen, der nach zweistelligen Schrumpfungsraten im Jahr 2002 erreicht wurde, fällt zeitlich mit dem unteren Wendepunkt der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland zusammen. In den Folgejahren kam es auch in Ostdeutschland im Sog der kräftigen Exportkonjunktur zu Produktionsengpässen, und es wurde nachfragebedingt in beiden Gebietsteilen verstärkt investiert. In Ostdeutschland wird diese Tendenz allerdings durch das Auf und Ab um die Verlängerung der Investitionszulage überlagert, die in den Jahren 2004 und 2006 zu Vorzieh- und in dem jeweiligen Folgejahr zu Entzugseffekten bei den Investitionen führte. Auch bei den Bauinvestitionen deutet sich nach den außergewöhnlichen Bauaktivitäten im Gefolge der Flutkatastrophe 2002 eine Annäherung an den Investitionsverlauf in den Alten Ländern an, allerdings mit wesentlich geringeren Wachstumsraten.

1.10 Kapitalstock und Investitionen

Kapitalstock und Investitionen in Ost- und Westdeutschland^a

		Ost- deutschland	West- deutschland	West- deutschland = 100		
		<i>in Euro</i>				
Investitionen ^b in neue Anlagen je Erwerbstätigen	Insgesamt	1994	16 474	9 629	171	
		2007	10 348	12 034	86	
	<i>Darunter:</i> Produzierendes Gewerbe	1994	10 230	5 658	181	
		2007	9 790	8 299	118	
	Investitionen ^b in neue Ausrüstungen ^c je Erwerbstätigen	Insgesamt	1994	4 343	3 674	118
			2007	5 130	6 881	75
<i>Darunter:</i> Produzierendes Gewerbe		1994	5 717	4 517	127	
		2007	8 005	7 151	112	
Investitionen ^b in neue Bauten je Erwerbstätigen		Insgesamt	1994	12 188	5 992	203
			2007	5 307	5 235	101
	<i>Darunter:</i> Produzierendes Gewerbe	1994	4 497	1 140	394	
		2007	1 793	1 150	156	
	Kapitalstock ^d je Erwerbstätigen (Kapitalintensität)	Insgesamt	1994	130 109	258 480	50
			2007	245 998	298 364	82
<i>Darunter:</i> Produzierendes Gewerbe		1994	88 589	125 751	70	
		2007	156 539	139 734	112	
Kapitalstock ^d je Einwohner		Insgesamt	1994	54 152	121 543	45
			2007	106 905	146 831	73
	<i>Darunter:</i> Produzierendes Gewerbe	1994	12 692	19 418	65	
		2007	17 001	17 575	97	

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Verkettet, Basis 2000 = 100. – ^c Und sonstige Anlagen. –
^d Jahresdurchschnittlicher Bestand an Bruttoanlagevermögen, Basis 2000 = 100.

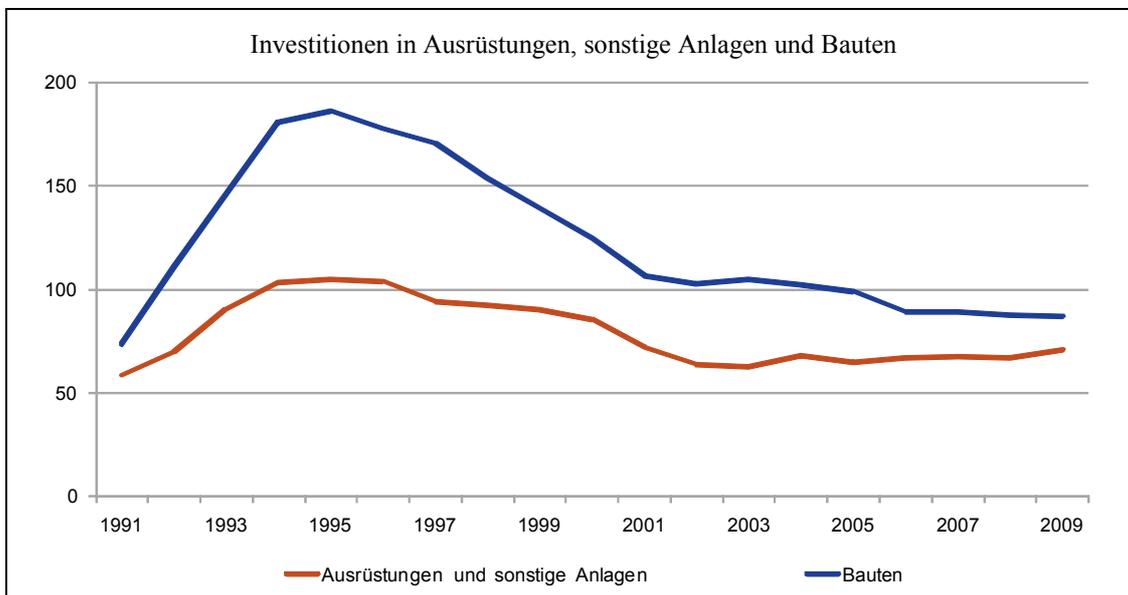
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen des IWH.

Die Produktionsmöglichkeiten der ostdeutschen Wirtschaft werden maßgeblich vom Bestand an modernen Sachanlagen bestimmt. Nach der Wiedervereinigung kam der Aufbau eines neuen Kapitalstockes wegen zahlreicher Hemmnisse wie ungeklärter Eigentumsverhältnisse, überteuerter Gewerbeflächen, überforderter Verwaltungen und mangelhafter Verkehrs- und Kommunikationsstruktur zunächst nur zögerlich in Gang. Doch bereits 1992 übertrafen die Investitionen je Erwerbstätigen dank umfangreicher Subventionen und Steueranreize den westdeutschen Wert um 10%, auf dem Höhepunkt des Investitionsbooms im Jahr 1994 sogar um 71%. Dieser Sonderkonjunktur folgte ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine Tendenz zur Normalisierung des Investitionstempos in Ostdeutschland. Die hohe Investitionsintensität sank, blieb jedoch bis zum Jahr 2001 über dem westdeutschen Vergleichswert. Seitdem wird pro Erwerbstätigen weniger investiert als in den Alten Bundesländern. Ausschlaggebend sind vor allem die deutlich geringeren Investitionsausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen (hier vor allem Software), während das Niveau bei den Bauten bis zum letztverfügbaren Jahr 2007 überschritten wird. Alles in allem liegt der durch die Kumulation der Investitionen erweiterte und modernisierte Produktionsapparat pro Erwerbstätigen in Ostdeutschland trotz anhaltender Aufstockung unter dem Niveau Westdeutschlands.

Deutliche Fortschritte sind allerdings bei der Ausstattung mit neuen Sachanlagen im Produzierenden Gewerbe erreicht worden. Seit dem Jahr 1992 übersteigen hier die Investitionen je Erwerbstätigen den westdeutschen Vergleichswert, und dies gilt sowohl für die Ausrüstungen als auch die Bauten. Bezogen auf einen Arbeitsplatz gingen dabei nach wie vor mehr Mittel in die Erneuerung der stark veralteten Bausubstanz und weniger Mittel in die Modernisierung der Maschinen und Geräte als in Westdeutschland. Allerdings nahm der Anteil der Bauten an den gesamten Investitionen kontinuierlich ab und der der Ausrüstungen zu. Durch die hohen Neuzugänge übersteigt die Kapitalintensität im Produzierenden Gewerbe das westdeutsche Niveau seit dem Jahr 2002, und dies mit zunehmender Tendenz. Im zuletzt verfügbaren Jahr 2007 wird der westdeutsche Referenzwert um 12% überschritten. Auch pro Kopf der Bevölkerung ist die Ausstattung mit neuen Anlagegütern kontinuierlich gestiegen, sie liegt allerdings am aktuell verfügbaren Rand immer noch um 27% unter dem Wert Westdeutschlands insgesamt bzw. um 3% im Produzierenden Gewerbe.

1.11 Anlageinvestitionen im Pro-Kopf-Vergleich

Bruttoanlageinvestitionen in Ostdeutschland und Westdeutschland im Pro-Kopf-Vergleich^a
- Niveaurelation je Einwohner, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ (Stand: November 2009); Statistisches Bundesamt; 2008 und 2009: Schätzung des IWH; Darstellung des IWH.

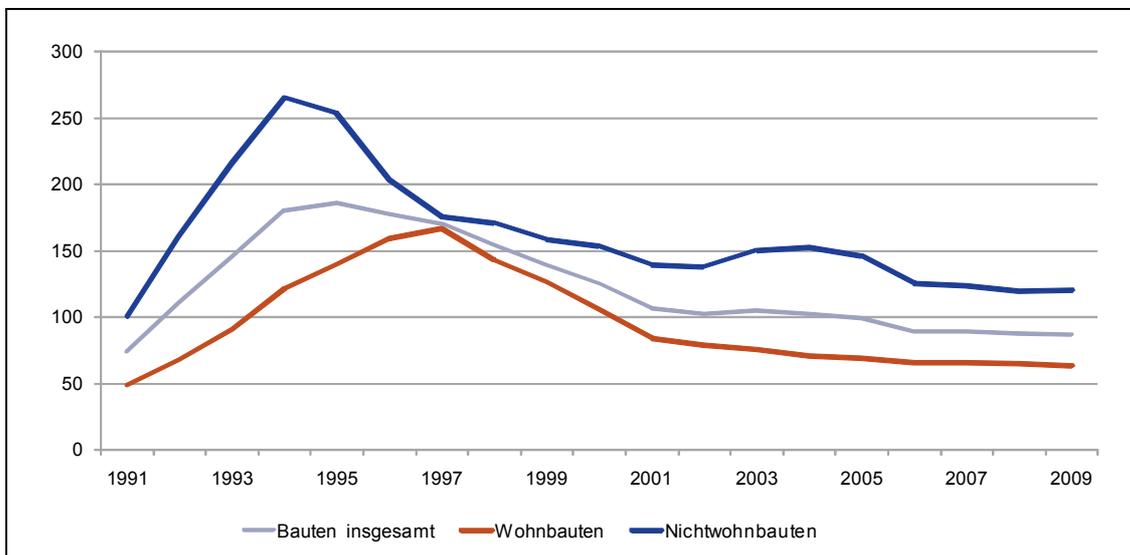
Dank der hohen Investitionsdynamik Anfang der 90er Jahre nahmen auch die Pro-Kopf-Investitionen in Ostdeutschland sehr kräftig zu. Auf dem Höhepunkt des Investitionsbooms 1995 überstiegen die Ausgaben für Anlagegüter pro Kopf der Bevölkerung das westdeutsche Niveau um 53%, was vor allem auf den sehr hohen Nachholbedarf einer Transformationswirtschaft an neuen, modernen baulichen Anlagen zurückzuführen ist und durch staatliche und private Transfers gefördert wurde. So wurde mit einer Pro-Kopf-Bauquote von gut 5 000 Euro pro Einwohner 1995 fast doppelt so viel in Bauten investiert wie in Westdeutschland. Die Ausstattung mit neuen Ausrüstungen und sonstigen Anlagen wurde ebenfalls vorangetrieben, auf ihrem Höhepunkt in den Jahren 1994 bis 1996 überstiegen die Ausrüstungsinvestitionen den westdeutschen Stand jedoch nur um etwa 5%. Das Niveau der Gesamtinvestitionen war zu dieser Zeit außergewöhnlich hoch und übertraf aus heutiger Sicht auch weit den Stand in fast allen aufholenden Volkswirtschaften Europas. Insbesondere die Investitionen in Wirtschafts- und Wohnbauten erfolgten vorbei an der Nachfrage und, wie die Jahre seit der Stockung des Aufholprozesses belegen, auch vorbei am längerfristigen Bedarf. Die ostdeutsche Wirtschaft wuchs nicht, wie eine Zeit lang erwartet, in die vorab geschaffenen Kapazitäten hinein. So folgte eine Phase der Anpassung an ein niedrigeres Nachfrageniveau.

Seit dem Jahr 2001 unterschreiten die Anlageinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung das westdeutsche Niveau. Die Investitionslücke gegenüber den Alten Bundesländern lag im Jahr 2007 bei 23%. Ausschlaggebend sind die deutlich geringeren Investitionsausgaben für Ausrüstungen.

1.12 Investitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten

Investitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten im Ost-West-Vergleich^a

- Niveaurelation je Einwohner, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

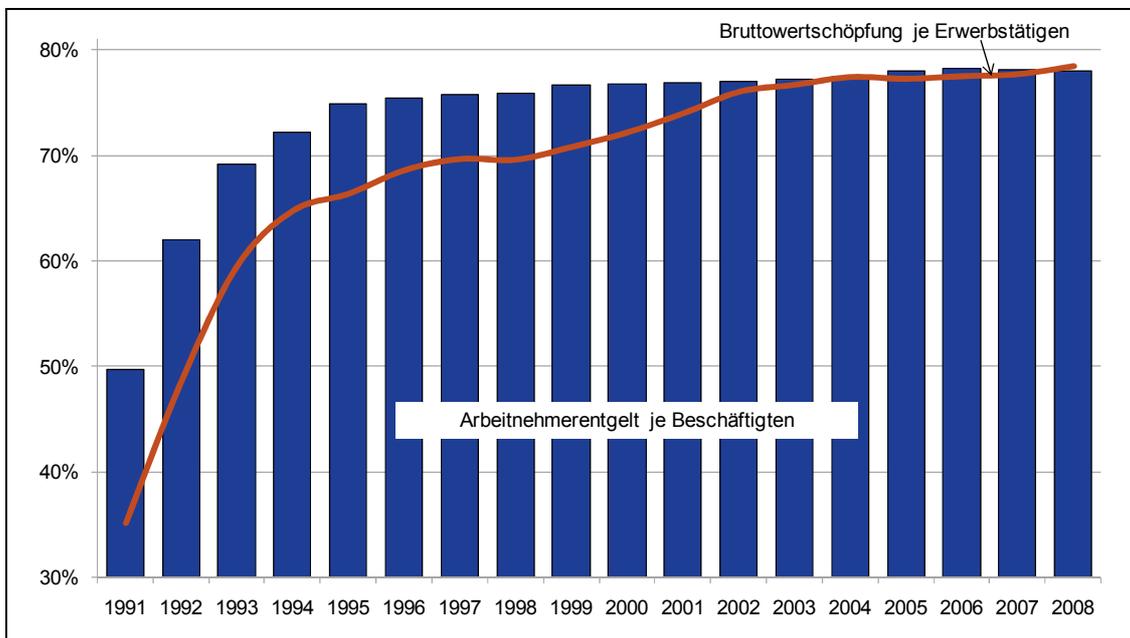
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Aufteilung der Bauinvestitionen in Wohn- und Nichtwohnbauten. Schätzung und Darstellung des IWH.

Nach dem Auslaufen der Sonderkonjunktur in den 90er Jahren entsprachen die Pro-Kopf-Investitionen in Bauten einige Jahre in etwa dem Niveau der Alten Bundesländer. Seit dem Jahr 2005 unterschreiten sie dies allerdings. Ausschlaggebend ist das niedrigere Pro-Kopf-Niveau im Wohnungsbau. Begünstigt durch staatliche Förderung war der Wohnungsbestand in den 90er Jahren stark ausgeweitet worden. Das so entstandene Überangebot an Wohnungen wurde trotz der wachsenden Zahl der Haushalte nicht abgebaut. Es nahm wegen des starken Bevölkerungsrückgangs sogar weiter zu und steht einer Ausweitung der Bauinvestitionen in diesem Bereich nach wie vor im Wege. Die immer noch hohe Nachfrage im gewerblichen und öffentlichen Bau wirkt der Investitionslücke gegenüber den Alten Bundesländern zwar entgegen, kann sie aber nicht mehr voll ausgleichen.

1.13 Neue Chancen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Lohn- und Produktivitätslücke

- Westdeutschland mit Berlin = 100% -



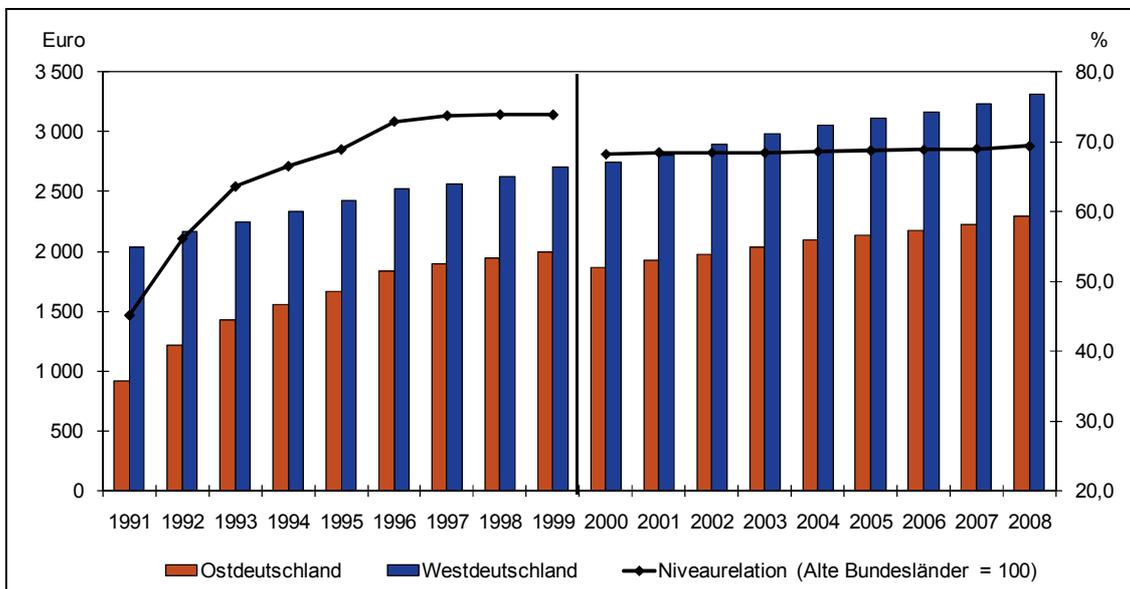
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Hoffnung auf baldige „blühende Landschaften“ verführte zu Beginn der 90er Jahre zu einer Politik der schnellen Anpassung ostdeutscher Löhne an das Westniveau. Der Produktivitätsfortschritt blieb dahinter zurück, sodass die bestehende Produktion bei gegebenem tariflichen Lohnniveau nicht mehr rentabel war. In dessen Folge kam es zu massiven Austritten ostdeutscher Unternehmen aus den Flächentarifverträgen und zur Stagnation des Lohnes seit 1995 bei rund 77% des Westniveaus. Zugleich verstärkte eine solche Situation den Druck für die Unternehmen, kapitalintensive Investitionen durchzuführen, mit einer entsprechend hohen Produktivität. Das bestehende Personal wurde im neuen Produktionsprozess nicht mehr in dem Umfang benötigt.

Nicht zuletzt aufgrund langjähriger Lohnzurückhaltung haben sich die Vorzeichen am Arbeitsmarkt gedreht. Bei gegebenem Lohnniveau ist die ostdeutsche Produktion heute effektiver, sodass jetzt auch Investitionen in arbeitsintensive Produktionsbereiche lohnend sind.

1.14 Niedriglohnvorteil

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und in Westdeutschland^b



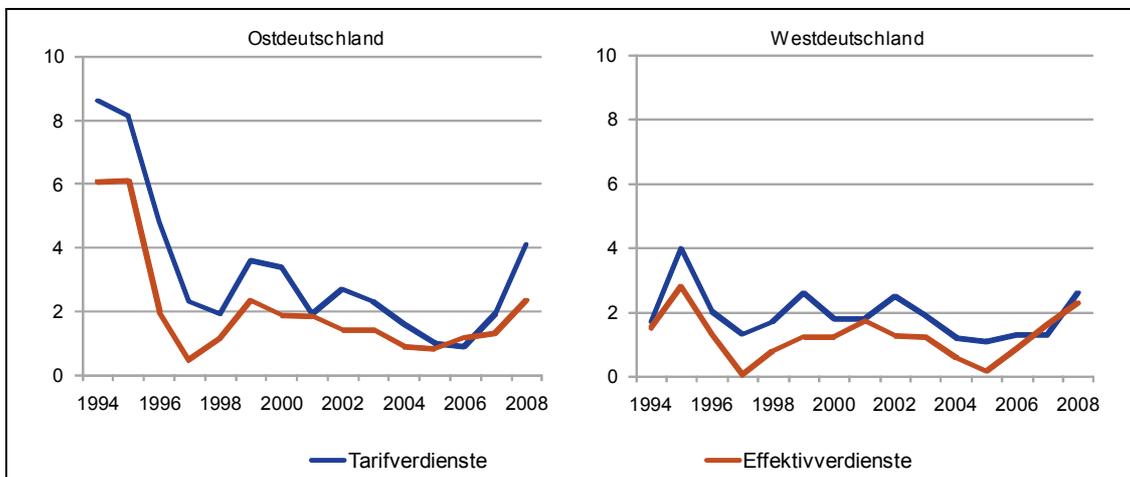
^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – ^b 1991 bis 1999: Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; ab 2000: Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der erst im Jahr 2001 erreichte preisliche Wettbewerbsvorteil der ostdeutschen Unternehmen gründet sich auf vergleichsweise niedrige Arbeitskosten. Mit der von den (westdeutschen) Tarifpartnern am Anfang des Vereinigungsprozesses beschlossenen Politik der schnellen Lohnangleichung sollte der Lohnrückstand bis Mitte der 90er Jahre überwunden werden. Diese Politik scheiterte, da sie letztlich die Leistungskraft der vormals staatlichen Unternehmen über- und die Schwierigkeiten bei deren Privatisierung unterschätzte. Ausschlaggebend für die von den Unternehmen erzielten Fortschritte bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit war die Mäßigung bei der Angleichung der Tariflöhne nach dem Scheitern der raschen Angleichungsstrategie, vor allem aber das Unterlaufen der Tarifbindung durch die Unternehmen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen in allen Bereichen des Unternehmenssektors scherteten aus den Tarifverträgen aus und zahlten in der Folge niedrigere Löhne, als in den geltenden Abschlüssen vorgesehen war. Die Löhne und Gehälter stiegen zwar, doch ab dem Jahr 1996 im Gleichschritt mit Westdeutschland, sodass der Lohnabstand blieb. So näherte sich der durchschnittliche Monatslohn bei einem Vollzeitbeschäftigten in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe von 45% im Jahr 1991 bis 1996 auf 73% des Westniveaus an; seitdem stockt die Angleichung. Unter Einbezug Berlins in das Bundesgebiet West liegt sie bei knapp 70%.

1.15 Tarif- und Effektivverdienste auf Monatsbasis in der Gesamtwirtschaft Ost- und Westdeutschlands^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Tarifverdienste basieren auf ausgehandelten Verträgen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Je nach Branche sind diese die Grundlage für die tatsächlich ausgezahlten Löhne und Gehälter – die Effektivverdienste. Effektivverdienste können höher (z. B. übertariflich) oder niedriger (z. B. keine Tarifvertragsbindung des Betriebes) als die Tarifverdienste sein und sind ein Indikator für die Lage am Arbeitsmarkt.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistische Landesämter; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Nachdem zu Beginn des deutschen Vereinigungsprozesses die monatlichen Tarif- und Effektivlöhne in Ostdeutschland kräftig angehoben worden waren, gingen die Zuwächse nach 1995 deutlich zurück. Die Lohndynamik verlangsamte sich nochmals in der langanhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase nach dem Boomjahr 2000 in Ost- wie Westdeutschland, auch weil die Tarifabschlüsse von Lohnzurückhaltung geprägt waren. Zudem blieben die Effektivverdienste hinter den Tarifverdiensten in beiden Gebietsteilen infolge der sinkenden Tarifbindung und der Niedriglohnstrategien eines Teils der Betriebe zumeist zurück. Erst seit 2007 kam es für Ostdeutschland wieder zu höheren Tarifabschlüssen als für Westdeutschland. Ursächlich hierfür ist eine Reihe von Vereinbarungen, in denen die Angleichung an die westdeutschen Löhne und Gehälter fixiert wurde. Jedoch gibt es nach wie vor Branchen, in denen die Tarifverdienste in Ostdeutschland noch hinter dem Stand in Westdeutschland zurückliegen. Die Effektivverdienste folgten den tariflich vereinbarten Angleichungen in Ostdeutschland in weitaus geringerem Maß. Währenddessen stiegen sie in Westdeutschland im jüngsten Aufschwung erstmalig nach vielen Jahren mindestens genauso stark wie die Tarifverdienste.

1.16 Tarifbindung in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands

Anteil der Betriebe mit Bindung an Branchentarifvertrag

- in % -

	Ostdeutschland ^a			Westdeutschland ^b
	2000	2005	2008	2008
Landwirtschaft	18	10	8	41
Bergbau/Energie/Wasser	53	32	38	58
Verarbeitendes Gewerbe	20	17	18	35
Ernährungsgewerbe	28	28	27	47
Verbrauchsgüter	19	11	9	38
Vorleistungsgüter	22	17	20	37
Investitions-/Gebrauchsgüter	17	14	15	30
Baugewerbe	34	34	38	60
Handel/Reparatur	20	15	16	32
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	14	8	13	29
Kredit-/Versicherungsgewerbe	52	27	28	47
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	14	11	13	14
Ostdeutschland insgesamt	23	19	21	34

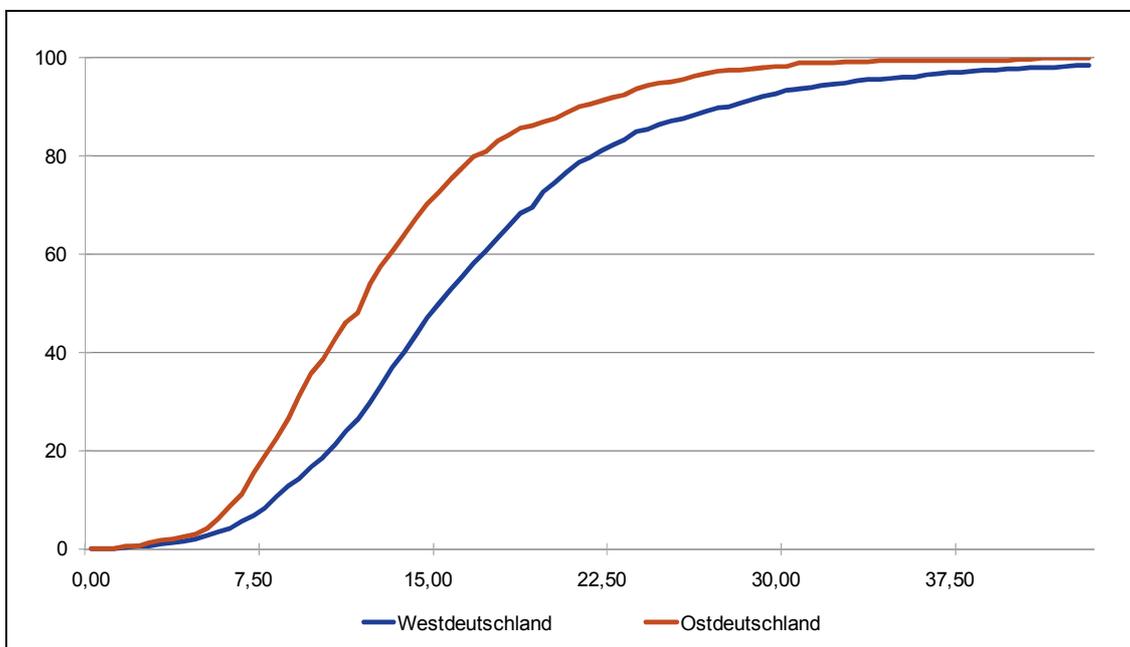
^a 2000 und 2005: Ostdeutschland mit Berlin-Ost. 2008: Ostdeutschland mit Berlin. – ^b Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2008; Berechnungen des IWH.

Die Lohnunterschiede zwischen den Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland ergeben sich zu einem Großteil aus der unterschiedlich starken Bindung an das Tarifvertragssystem. Trotz gewisser Stabilisierungstendenzen in den letzten Jahren bleibt die Einbeziehung in einen Branchentarifvertrag mit 21% der Betriebe alles in allem schwach (Westdeutschland: 34%). Dabei heben sich besonders deutlich die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe von Westdeutschland ab. Dagegen unterscheidet sich die Tarifbindung bei den unternehmensnahen Dienstleistern kaum noch zwischen Ost und West, hier gibt es in beiden Regionen nur für etwas mehr als ein Zehntel der Betriebe Tarifverträge.

1.17 Hoher Anteil an Geringverdienern in Ostdeutschland

Kumulierte Anteile der abhängig Beschäftigten^a mit einem Brutto-Stundenlohn von ... bis ... Euro^b
- in % -



^a Arbeiter, Angestellte und Beamte, ohne Ein-Euro-Jobber, Auszubildende und Praktikanten. – ^b Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

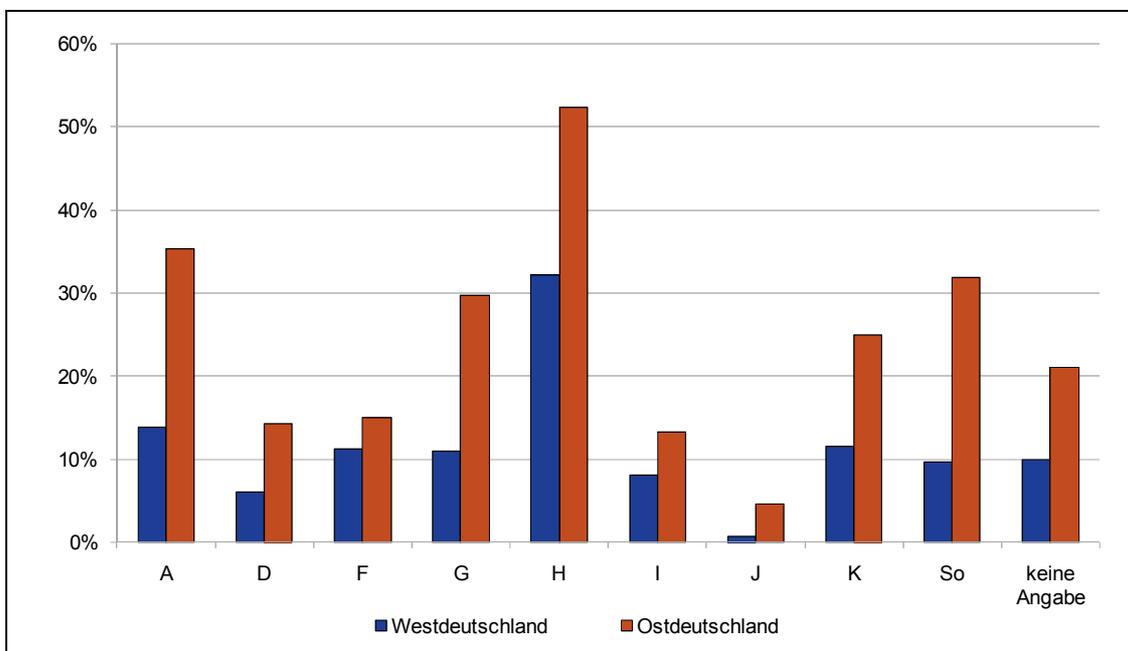
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, 2006; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der Median-Stundenlohn des Jahres 2006, der die abhängig Beschäftigten in zwei gleich große Verdienstgruppen teilt, liegt in Ostdeutschland bei knapp zwölf Euro. In Westdeutschland verdienen hingegen 50% der Beschäftigten weniger als 15 Euro je Stunde und 50% mehr. Das am besten verdienende Dezil der Arbeitnehmer in Ostdeutschland bezieht einen Stundenlohn von mindestens 21 Euro, in Westdeutschland von mehr als 27 Euro. Bei den 10% Beschäftigten mit den geringsten Stundenlöhnen ist der relative Unterschied zwischen den Neuen und Alten Bundesländern ähnlich. Hier liegen die Stundenverdienste bei etwas über sechs Euro (Ostdeutschland) und bei knapp acht Euro (Westdeutschland). Der relative Unterschied in der Verteilung der Stundenlöhne steigt, betrachtet man die höchsten Stundenverdienste. 1% der ostdeutschen abhängig Beschäftigten erhält mehr als 31,50 Euro, bei den Westdeutschen beträgt der Verdienst hier mindestens 46,50 Euro.

Der Anteil der Geringverdiener ist in Ostdeutschland besonders hoch. So verdient jeder fünfte abhängig Beschäftigte weniger als 7,50 Euro je Stunde. In Westdeutschland hingegen bezieht nur jeder zwölfte abhängig Beschäftigte weniger als 7,50 Euro je Stunde. Im Jahr 2000 befanden sich in Ostdeutschland 25% und in Westdeutschland 9% der Beschäftigten in dieser Gruppe.

1.18 Geringverdiener nach Hauptwirtschaftsbereichen in Ost- und in Westdeutschland

Anteil der abhängig Beschäftigten^a im Jahr 2006 mit einem Brutto-Stundenlohn unter 7,50 Euro nach Hauptwirtschaftsbereichen^b



^a Arbeiter, Angestellte und Beamte, ohne Ein-Euro-Jobber, Auszubildende und Praktikanten. – ^b Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

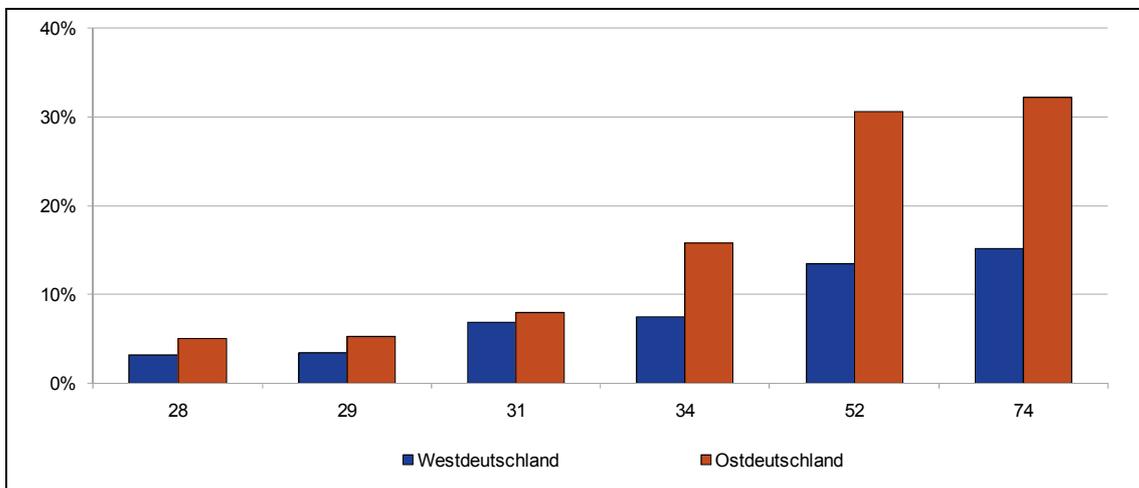
A	Land- und Forstwirtschaft
D	Verarbeitendes Gewerbe
F	Baugewerbe
G	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz etc.
H	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung etc.
So	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Private Haushalte

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, 2006; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ein hoher Anteil an Arbeitnehmern, die weniger als 7,50 Euro je Stunde verdienen, ist in arbeitsintensiven Branchen beschäftigt. Dies trifft insbesondere auf das Gastgewerbe, den Handel sowie die wirtschaftsnahen Dienstleister zu. Im ostdeutschen Gastgewerbe verdiente sogar mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer weniger als 7,50 Euro je Stunde. Hingegen gibt es beispielsweise im Kredit- und Versicherungsgewerbe anteilig wenig Geringverdiener.

1.19 Bruttostundenlöhne unter 7,50 Euro in ausgewählten Branchen in Ost- und in Westdeutschland

Anteil der abhängig Beschäftigten^a im Jahr 2006 mit einem Brutto-Stundenlohn unter 7,50 Euro in ausgewählten Wirtschaftszweigen^b



^a Arbeiter, Angestellte und Beamte, ohne Ein-Euro-Jobber, Auszubildende und Praktikanten. – ^b Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

28	Herstellung von Metallerezeugnissen (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs D)
29	Maschinenbau (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs D)
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung u. Ä. (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs D)
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs D)
52	Einzelhandel (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs G)
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (Teil des Hauptwirtschaftsbereichs K)

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, 2006; Berechnungen und Darstellung des IWH.

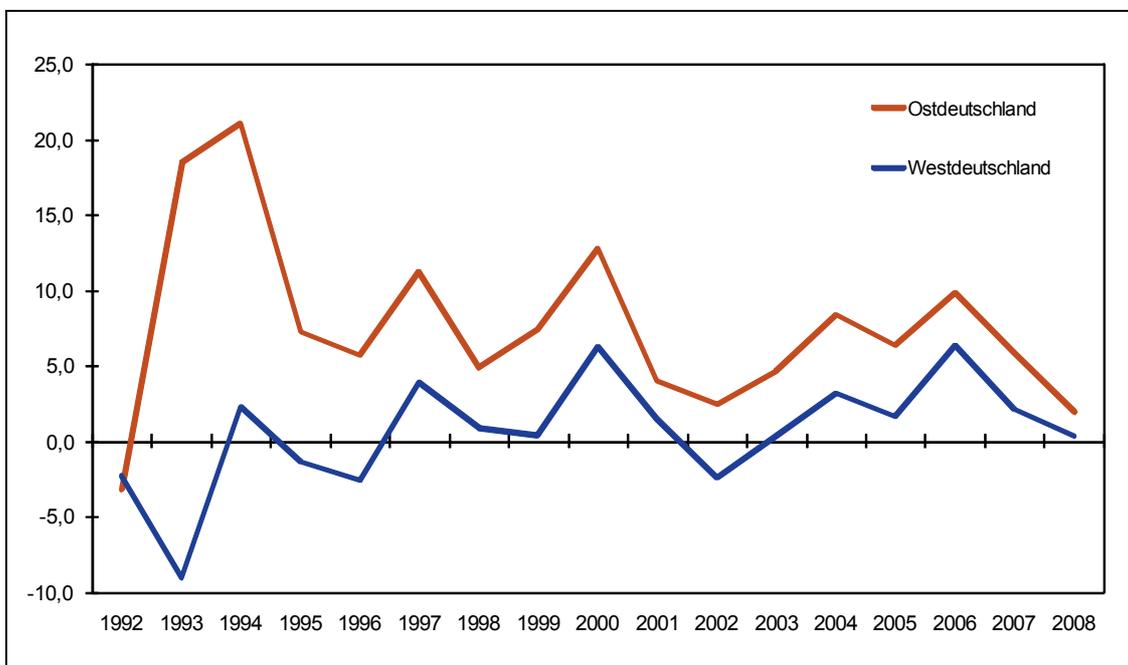
Für einige Branchen, für die es in der Statistik eine hinreichend große Fallzahl gibt, lassen sich differenzierte Aussagen zum Anteil der Geringverdiener treffen. So ist er im Einzelhandel sowie bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland überproportional hoch. Zu letzteren gehören beispielsweise Wach- und Sicherheitsdienste, Call-Center, Architekturbüros und Rechtsanwaltskanzleien. Betrachtet man den Medianwert, so verdiente im ostdeutschen Einzelhandel die Hälfte der Arbeitnehmer weniger als 9,50 Euro je Stunde (Westdeutschland: 11,50 Euro). Bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern sind es in Ostdeutschland 8,50 Euro je Stunde (Westdeutschland: 13,50 Euro je Stunde).

Hingegen gibt es auch Wirtschaftszweige, in denen der Anteil der Geringverdiener klein ist. Dazu gehören beispielsweise die Herstellung von Metallerezeugnissen sowie von Kraftwagen und der Maschinenbau. In diesen Branchen wird wesentlich kapitalintensiver als im Einzelhandel oder bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern produziert, der Anteil hochqualifizierter und damit gut entlohnter Fachkräfte ist dort entsprechend überdurchschnittlich hoch.

1.20 Industrielles Wachstum durch preislichen Wettbewerbsvorteil

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



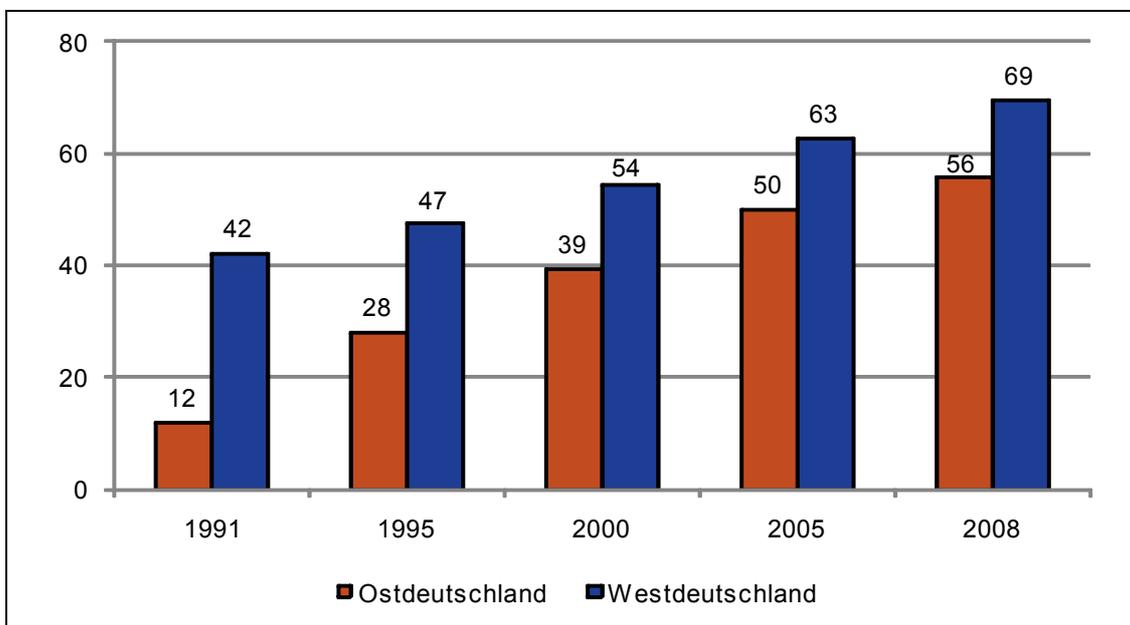
^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Entwicklung des Unternehmenssektors in Ostdeutschland wird dominiert vom Verarbeitenden Gewerbe. Die mit der Transformationskrise verbundene Phase der De-Industrialisierung ging im Zuge der Privatisierungsaktivitäten der Treuhandanstalt recht schnell zu Ende. Es setzte eine von niedrigem Niveau ausgehende Phase der Re-Industrialisierung ein, die zunächst die Produktionsaktivitäten ergriff und erst spät auf die Beschäftigung ausstrahlte. Im gesamten Zeitraum ist die Produktion in Ostdeutschland kräftiger gewachsen als in Westdeutschland. Allerdings hat die Industrie ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit erst nach einem insgesamt langwierigen und schmerzhaften Anpassungsprozess erreicht. Die Produktivität war am Anfang sehr niedrig und stieg erst mit der Modernisierung des Produktionsapparats. Die im Vergleich zu ihr unverhältnismäßig hohen Arbeitskosten wurden durch Entlassungen und Flucht aus den Tarifverträgen gesenkt, bis ein Arbeitskostenvorteil gegenüber den westdeutschen Wettbewerbern entstand, der den Produktivitätsrückstand mehr als kompensiert hat. Der daraus entstandene Lohnstückkostenvorteil verhalf den ostdeutschen Unternehmen zu Marktanteilsgewinnen und letztlich zu Beschäftigungseffekten.

1.21 Deutlicher Anstieg der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen^a
- in 1 000 Euro -



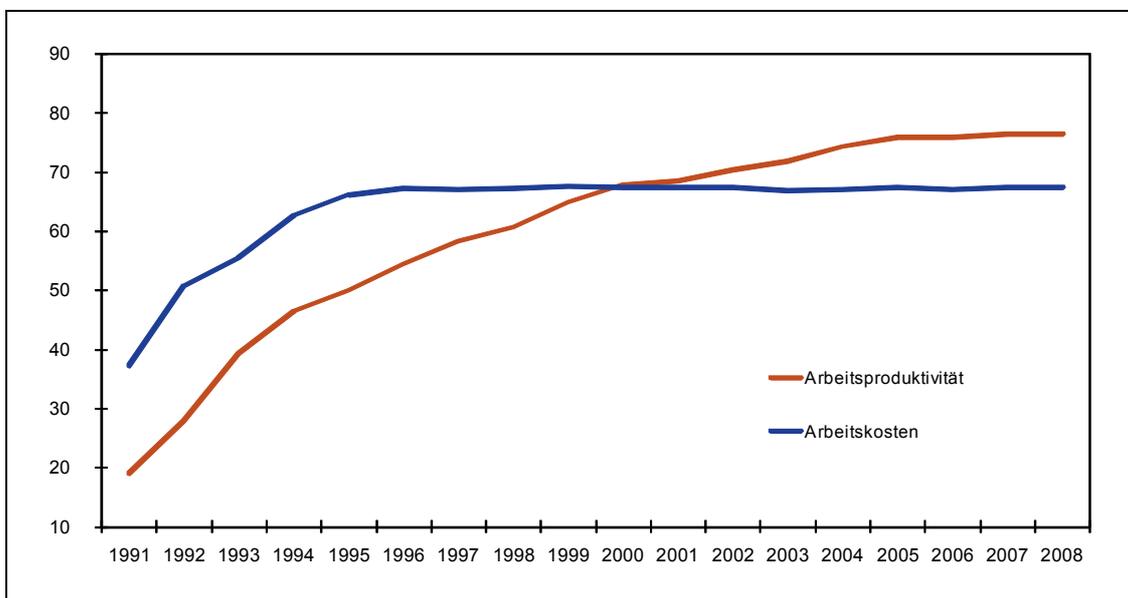
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der Umstrukturierungsprozess im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe hat einen kräftigen Produktivitätsschub ausgelöst. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen war 1995 in Ostdeutschland bereits doppelt so hoch und 2008 fast fünfmal so hoch wie 1991. In Westdeutschland stieg die Arbeitsproduktivität nicht so sprunghaft an. Der Produktivitätsfortschritt in Ostdeutschland wurde bei zunächst stagnierender Produktion durch die drastische Verringerung der Industriebeschäftigung erreicht. Zwischen 1991 und 1994 sank die Beschäftigtenzahl auf etwa die Hälfte. Inzwischen stieg bei kräftig expandierender Produktion die Arbeitsproduktivität im Ergebnis der umfangreichen Investitionstätigkeit in den Unternehmen. Ab 2005 stieg die Arbeitsproduktivität in Ost- und Westdeutschland im gleichen Verhältnis an, sodass sich der anfangs sehr starke Anstieg der ostdeutschen Arbeitsproduktivität der westdeutschen Dynamik angepasst hat.

1.22 Gewachsene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch Arbeitskostenvorteil

Arbeitsproduktivität^a und Arbeitskosten^b in der ostdeutschen Industrie^c
 - Westdeutschland = 100 -



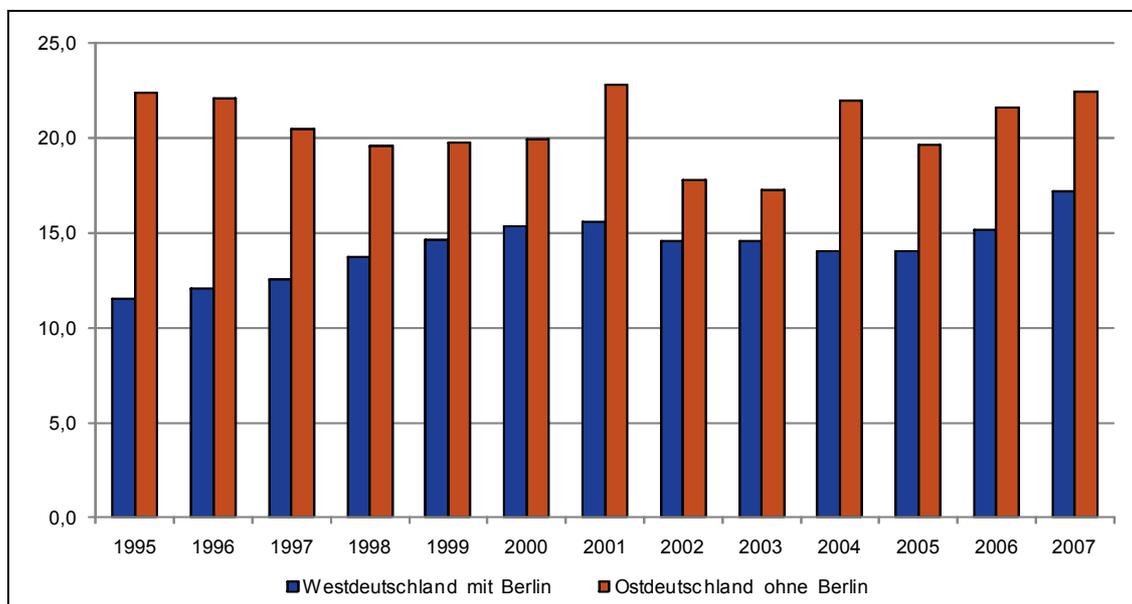
^a Nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer. – ^c Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Massiv unterstützt durch staatliche Förderprogramme haben private Investoren in der ostdeutschen Industrie nach der Transformationskrise einen modernen Produktionsapparat aufgebaut. Allerdings übertraf die Investitionsdynamik die Entwicklung in Westdeutschland nur in der ersten Hälfte der 90er Jahre, sodass die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze bis zum Jahr 2005 durch den Abbau von Beschäftigung überkompensiert wurde. Statistisch äußert sich dies in hohen Produktivitätssteigerungen, da sich die Produktionszuwächse auf sinkende Beschäftigungszahlen beziehen. Lag die Arbeitsproduktivität im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 1991 im Schnitt bei knapp 20% des Niveaus in Westdeutschland, so kam sie 2008 bis auf 77% heran. Beigetragen zum Beschäftigungsabbau hat Anfang der 90er Jahre die Politik der raschen Lohnangleichung. Eine wachsende Zahl von Unternehmen unterlief die Tarifabschlüsse – es trat eine regelrechte Tariffucht ein – und sicherte ihr Überleben durch untertarifliche, niedrige Lohnzahlungen. Sie passte sich damit den Produktivitätsverhältnissen an. So blieb der Anstieg der Arbeitskosten nach 1996 deutlich hinter den Produktivitätszuwächsen zurück. Die Arbeitskosten verharren seitdem bei rund zwei Dritteln des Niveaus in Westdeutschland. Als Folge dieser Entwicklungen sind die Lohnstückkosten, die 1991 noch um reichlich ein Drittel über dem Verteilungsspielraum lagen, kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2000 unterschritten sie erstmalig den Stand in den Alten Bundesländern und sichern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bis in die Gegenwart.

1.23 Kräftige Modernisierungsinvestitionen in den industriellen Kapitalstock Ostdeutschlands

Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe
- in 1 000 Euro -



Bruttoanlageinvestitionen (in neue Anlagen, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen sowie in neue Bauten im Verarbeitenden Gewerbe in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Inland) in Ostdeutschland ohne Berlin und Westdeutschland mit Berlin in den Jahren 1995 bis 2007.

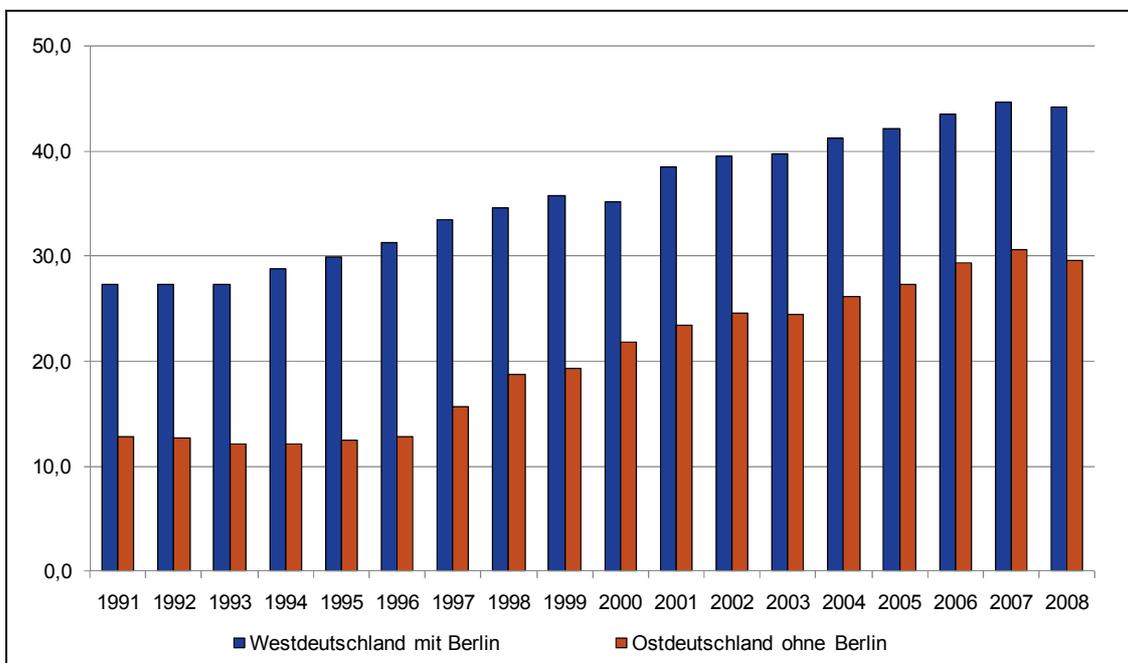
Quellen: Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Bruttoanlageinvestitionen: Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009; Erwerbstätigenzahl: Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009/Februar 2010.

Die Investitionen je Erwerbstätigen lagen in den Neuen Ländern im gesamten Beobachtungszeitraum über jenen in den Alten Ländern. Dies war und ist Ausdruck des großen Nachholbedarfs beim Aufbau eines modernen Sachkapitalstocks in der ostdeutschen Industrie, aber auch des Arbeitsplatzabbaus. Es dürfte dem Abschluss der Privatisierung der ostdeutschen Industrie geschuldet sein, dass sich der Ost-West-Abstand in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunächst verringert hat. Die Entwicklung nach dem Jahr 2000 zeigt jedoch die fortgesetzten Anstrengungen zum Erhalt und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Sektors in den Neuen Ländern.

1.24 Steigende Exportorientierung der ostdeutschen Industriebetriebe

Exportquote ostdeutscher und westdeutscher Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes^a

- Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in % -



^a Es handelt sich um Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerksbetriebe; Daten 1991 bis 1994: Wirtschaftszweigsystematik SYPRO, Daten 1995 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 1993, Daten 2003 bis 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Werte der verschiedenen Jahre sind wegen des Wechsels der Systematik der Wirtschaftszweige nur bedingt vergleichbar. Die Betriebe, deren Umsätze dargestellt werden, umfassen auch die Steine-Erden-Industrie.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH auf der Grundlage der Statistischen Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland, Jahrgänge 1992 bis 2009.

Die Leistungsfähigkeit des industriellen Sektors muss sich im Wettbewerb auf den überregionalen Märkten beweisen. Aus der Abbildung lässt sich die Tendenz erkennen, dass im Beobachtungszeitraum der Auslandsumsatz in Relation zum Gesamtumsatz in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin) deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Der prozentuale Anteil der Exportumsätze am Gesamtumsatz (Exportquote) lag in den ostdeutschen Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 1991 bei 14,6%, im Jahr 2008 lag er bei 29,6%, d. h., er hat sich verdoppelt. Allerdings ist auch in der westdeutschen Industrie der Anteil der Exportumsätze an den gesamten getätigten Umsätzen deutlich gestiegen: auf ungefähr das 1,6-fache.

1.25 Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe Ostdeutschlands stoßen auf äußere Märkte vor

Regionale Umsatzstruktur des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes Ostdeutschlands^a

- Anteil der Regionen am Umsatz insgesamt in % -

		Absatz				Ins- gesamt
		in Ost- deutschland	außerhalb Ostdeutsch- lands	davon		
				West- deutschland	Ausland	
Verarbeitendes Gewerbe	1997	59,0	41,0	26,5	14,5	100
Insgesamt	2007	35,4	64,6	34,8	29,8	100
Davon: Vorleistungs- gütergewerbe	1997	53,8	46,2	33,5	12,7	100
	2007	31,0	69,0	34,3	34,7	100
Investitions- und Gebrauchsgütergewerbe	1997	62,0	38,0	25,1	12,9	100
	2007	30,0	70,0	36,9	33,1	100
Ernährungs- und Verbrauchsgütergewerbe	1997	58,2	41,8	24,2	17,6	100
	2007	55,8	44,2	30,8	13,4	100
Baugewerbe insgesamt	1997	93,8	6,2	5,8	0,4	100
	2007	72,4	27,6	24,8	2,8	100
Davon: Bauhauptgewerbe	1997	93,6	6,4	5,9	0,5	100
	2007	77,0	23,0	19,1	3,9	100
Ausbaugewerbe	1997	94,3	5,7	5,5	0,2	100
	2007	67,1	32,9	31,5	1,4	100

^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001 und 2008 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Berechnungen des IWH.

Die Exportorientierung eines Landes ist ein wichtiger Indikator der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen. Die Ausfuhr aus einer Region wie Ostdeutschland erstreckt sich allerdings nicht nur auf das Ausland, sondern umfasst auch die Lieferungen in die anderen Regionen Deutschlands. Dabei sind viele ostdeutsche Unternehmen über Zulieferbeziehungen mit westdeutschen Exportunternehmen mittelbar am deutschen Export beteiligt und belegen auch damit ihre überregionale Wettbewerbsfähigkeit. Während im Jahr 1997 die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes noch weitgehend auf die Märkte vor Ort ausgerichtet waren, sind sie inzwischen mit nahezu zwei Dritteln des Umsatzes überwiegend außerhalb Ostdeutschlands präsent. Maßgeblich dazu beigetragen haben vor allem die Vorleistungs-, Investitions- und Gebrauchsgüterhersteller, deren Umsatzanteile mit je etwa einem Drittel im Ausland und in Westdeutschland nahezu gleich groß sind. Der Absatzbereich des Ernährungs- und Verbrauchsgütergewerbes verbleibt dagegen überwiegend im ostdeutschen Raum, auch wenn Hinzugewinne in den Alten Bundesländern erreicht werden konnten.

Weitgehend regional ausgerichtet ist traditionell das Baugewerbe. Allerdings orientierten sich nach dem Auslaufen der Sonderkonjunktur am ostdeutschen Bau auch hier inzwischen immer mehr Unternehmen auf Regionen außerhalb Ostdeutschlands. Im Jahr 2007 realisierten sie dort laut IAB-Betriebspanel reichlich ein Viertel des Umsatzes; dieser Anteil hat sich gegenüber dem Jahr 1997 mehr als vervierfacht. Das stärkste Engagement außerhalb der Neuen Länder weist innerhalb des Baugewerbes der Ausbaubereich aus. Dank qualitätsgerechter Leistungserbringung und gleichzeitig günstiger Preisangebote konnten diese Unternehmen vor allem Marktpositionen in den Alten Bundesländern hinzugewinnen. Doch auch im Ausland wurde die Marktpräsenz ausgebaut, hier hat vor allem der Hoch- und Tiefbau Fortschritte erreicht.

1.26 Höhere Quote der Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

Eröffnete Insolvenzverfahren von Unternehmen^a

	Ostdeutschland	Westdeutschland
2000	3 763	7 910
2001	4 198	10 448
2002	5 746	15 767
2003	5 139	17 921
2004	5 164	18 733
2005	5 284	17 963
2006	4 750	18 543
2007	4 081	16 410
2008	4 177	17 182
Insolvenzquote ^b		
2006	73	64
2007	62	56

^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Insolvenzen je 10 000 Unternehmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

In Ostdeutschland ist die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen zwischen 2000 und 2005 tendenziell gestiegen. In Westdeutschland nahm die Anzahl deutlich stärker zu. Von 2000 bis 2001 stieg sie dort um über 2 500 und von 2001 bis 2003 sogar um rund 7 500 Insolvenzen. In der wirtschaftlichen Schwächephase zwischen 2003 und 2005 gab es dagegen in Ost- und Westdeutschland nur einen geringen Anstieg an Insolvenzverfahren. Im Aufschwungjahr 2007 sank die Anzahl sogar um rund 700 bzw. über 2 000 Verfahren im Vergleich zu 2006. Dieser Rückgang zeigt sich auch in der sinkenden Insolvenzquote. In Ostdeutschland liegt die Insolvenzquote stets höher als in Westdeutschland, obwohl es weniger Verfahren gibt. Im Jahr 2006 übertraf sie die westdeutsche Quote um über 14% und im Jahr 2007 um über 10%. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu bedenken, dass entgegen der landläufigen Vorstellungen ein Insolvenzverfahren nicht bedeutet, dass ein Unternehmen „vom Markt verschwindet“, so wie dies früher im Fall eines Konkursverfahrens häufig geschah.

2 Bevölkerung

Der Zusammenbruch der DDR sowie der politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa hat nicht nur einen politischen und ökonomischen Umbruch zur Folge gehabt, auch die Bevölkerungsstruktur wurde in historisch geradezu einmaliger Weise durch dieses Ereignis geprägt. Abwanderung und Geburtenrückgang haben in Ostdeutschland zu Schrumpfungs- und Alterungserscheinungen geführt, die in ihrer Geschwindigkeit und Größenordnung ihresgleichen suchen. Selbst 20 Jahre nach dem Beginn der politischen Transformation tragen das – zwar fast an das Niveau Westdeutschlands angepasste, aber immer noch niedrige – Geburtenniveau sowie die anhaltend negative Wanderungsbilanz der Neuen Länder zu einer kumulativen Verstärkung der genannten Tendenzen bei. Hinzu kommt, dass selbst bei künftig günstigerer Bevölkerungsentwicklung das lange Gedächtnis demographischer Prozesse zu einem bleibenden Effekt des Geburten- und Abwanderungseffektes führen wird: Die Halbierung der Geburtenzahlen in den frühen 90er Jahren generiert 20 bis 30 Jahre später einen Echoeffekt von abermals sinkenden absoluten Geburtenzahlen.

Die Integrationschancen ostdeutscher Transformationsregionen in die europäische und globale Arbeitsteilung und damit die zu beobachtenden ökonomischen Entwicklungsprozesse sind im Kontext der Geschwindigkeit, Größenordnung und Nachhaltigkeit dieser transformationsbedingten Bevölkerungsentwicklung zu betrachten. Der Wandel der traditionellen Volkswirtschaften zu wissens- und technologieintensiven Ökonomien macht das Humanvermögen einer Region zu einem entscheidenden Faktor im Wettbewerb der Standorte, der für die Gewährleistung der Innovationserfordernisse moderner Produktionssysteme unerlässlich ist. Damit rückt der Einfluss der demographischen Entwicklungen auf die Bildung von Humankapital in den Fokus, und die Frage, wie der Schrumpfung des Humanvermögens einer Region mittel- und langfristig begegnet werden kann, ist zu berücksichtigen. Auch sind in mittelfristiger Perspektive die Zuwanderungspotenziale der Transformationsregionen zu eruieren, aber ebenso die Aktivierung bisher brachliegender Erwerbspotenziale. Aus langfristiger Sicht sind auch die Determinanten des Fertilitätsverhaltens in den Blick zu nehmen. Im Sinne von Anpassungsstrategien wird des Weiteren gefragt, wie eine Ökonomie mit alterndem Humanvermögen die Erfordernisse des technologischen Wandels bewältigen kann.

Da die demographischen Prozesse, die in Ostdeutschland (und analog in Mittel- und Osteuropa) ablaufen, auch im übrigen Europa – zwar mit Verzögerung und weniger einschneidend – auftreten werden, bleibt die Relevanz dieses Forschungsgegenstandes nicht auf Mittel- und Osteuropa beschränkt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auch die westlichen Ökonomien, die durch den demographischen Wandel betroffen sind, vom Umgang mit den Bevölkerungsverwerfungen im Gefolge der Transformation lernen können.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Alexander Kubis (2.2, 2.3, 2.4, 2.5)

Alexander.Kubis@iwh-halle.de

Lutz Schneider (2.1, 2.3, 2.5, 2.6, 2.7)

Lutz.Schneider@iwh-halle.de

Marco Sunder (2.8)

Lutz.Schneider@iwh-halle.de

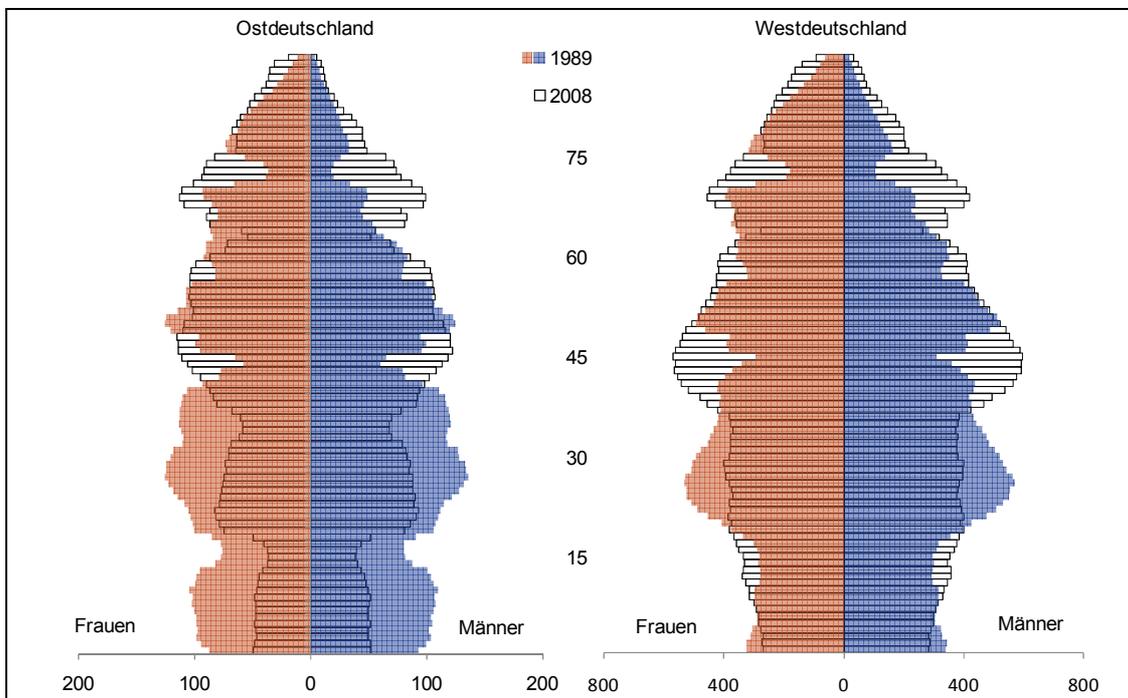
Kapitelübersicht

2.1	Bevölkerungsstruktur – Erhebliche Alterungstendenzen	64
2.2	Geburtendefizit und Wanderungsverlust	65
2.3	Räumliche Verteilung der Wanderungsgewinne und -verluste	66
2.4	Ost-West-Wanderung – Wanderungsverlust von über 1,8 Millionen Menschen seit 1989	68
2.5	Verteilung der Zuwanderung nach Wanderungsform und Regionstyp	69
2.6	Periodenfertilität – Einbruch der Geburtenzahl nach 1990	70
2.7	Kohortenfertilität – Überholt Ostdeutschland die Alten Bundesländer?	71
2.8	Mortalität – Deutliche Erhöhung der Lebenserwartung seit 1990	72

2.1 Bevölkerungsstruktur – Erhebliche Alterungstendenzen

Alters- und geschlechtsspezifische Bevölkerung^a

- Vergleich von 1989 und 2008; in 1 000 -



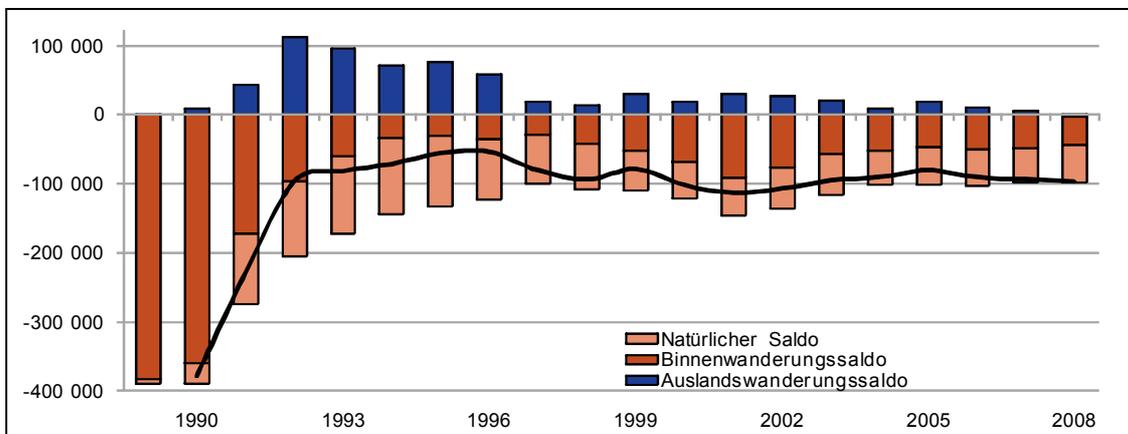
^a Ohne Berlin, Berlin-Korrektur für 1989 geschätzt; Bevölkerung zum Jahresende.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Jahrbuch der DDR; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Bevölkerungszusammensetzung hat sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nach der Herstellung der Einheit Deutschlands deutlich verschoben. Das Gewicht der Personen in den höheren Altersklassen ist größer geworden, dagegen verschlanken sich die Alterspyramiden im unteren Teil. Die Alterung in Ostdeutschland nimmt dabei jedoch viel drastischere Ausmaße an als die in den Alten Bundesländern. Bedingt durch den Geburtenrückgang, welcher dem veränderten Fertilitätsverhalten und der Abwanderung potenzieller Eltern geschuldet ist, hat sich die Zahl der unter 15-Jährigen im betrachteten Zeitraum in Ostdeutschland mehr als halbiert. Der Anteil der über 64-Jährigen stieg im selben Zeitraum hingegen von 13% auf 23%. Diese Entwicklung ist nicht nur auf die Verschlinkung der Alterspyramide im unteren Teil zurückzuführen, sondern wird zu einem Gutteil durch den Anstieg der Lebenserwartung verursacht. Alles in allem erhöhte sich das Durchschnittsalter der Menschen in Ostdeutschland von 37,5 Jahren Ende 1989 auf 45,4 Jahre Ende 2008. Demgegenüber erhöhte sich das Durchschnittsalter in Westdeutschland im selben Zeitraum nur von 39,7 auf 42,8 Jahre. Die Neuen Bundesländer sind von den Ländern mit der vormals jüngsten Bevölkerung zu denen mit der ältesten geworden. Die Entwicklungen in West- und Ostdeutschland sind dabei nicht unabhängig voneinander. Während die Alterung in den Alten Bundesländern durch die Zuzüge vornehmlich junger Menschen und potenzieller Eltern aus Ostdeutschland gedämpft wurde, verschärfte die Abwanderung dieser Personengruppe die Alterungstendenzen in den Neuen Bundesländern erheblich.

2.2 Geburtendefizit und Wanderungsverlust

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-Ost)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

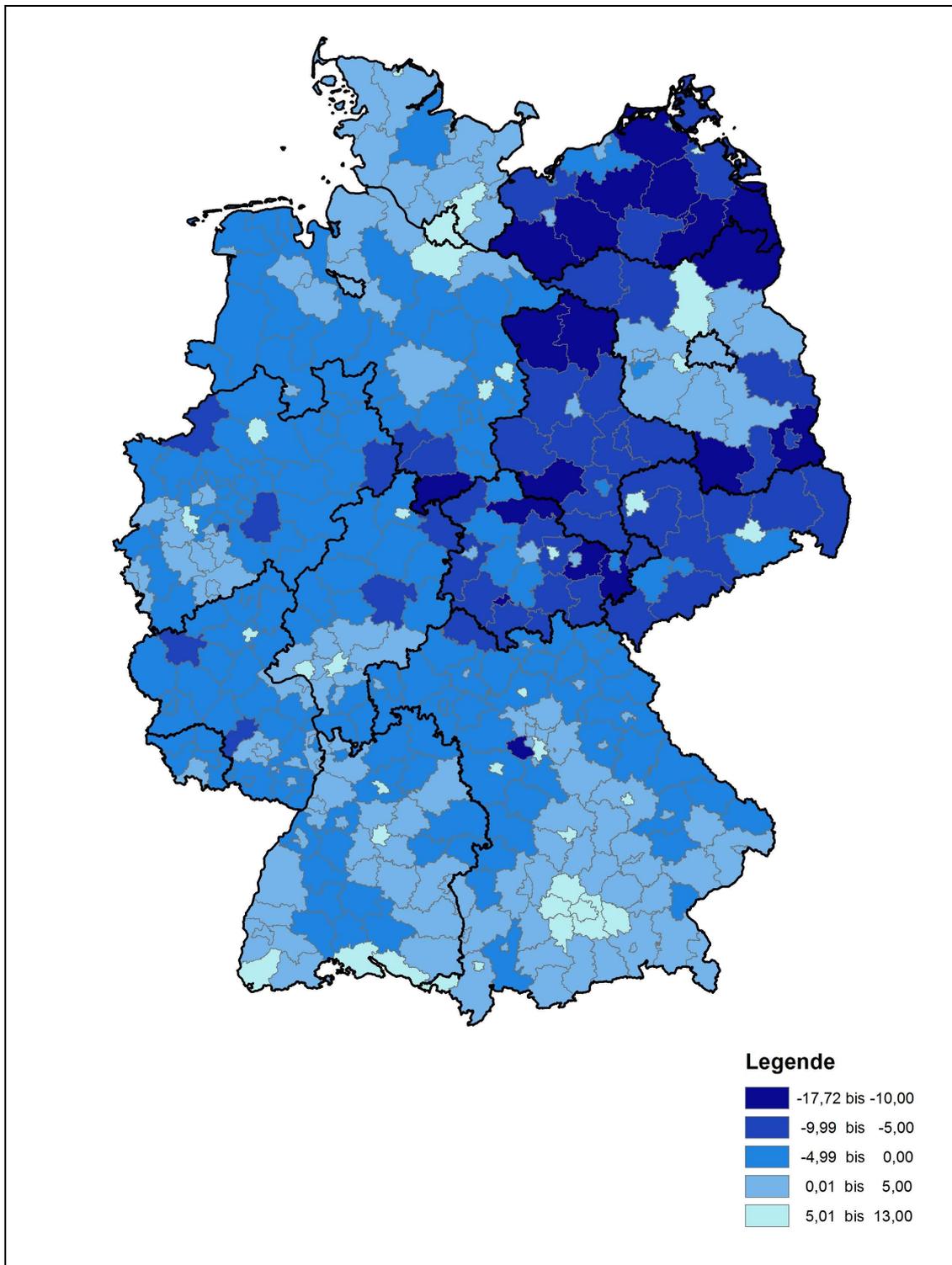
Nach dem Fall der Mauer und dem Übergang zur Marktwirtschaft hat sich in Ostdeutschland die Bevölkerungszahl einschneidend verändert. Lebten zum Jahresende 1989 noch 18,6 Millionen. Personen in Ostdeutschland (mit Berlin), so waren es Ende 2008 nur noch 16,5 Millionen. Der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des früheren Bundesgebiets sank damit von 23,5 auf 20%. Diese Veränderung der Bevölkerungszahl ergibt sich aus der Summe des natürlichen Saldos und des Wanderungssaldos. Der natürliche Saldo bestimmt sich durch die Differenz der Zahl der Geburten und der Gestorbenen, der Wanderungssaldo durch die Differenz aus Zuzügen und Fortzügen. In regionaler Betrachtung kann dabei noch zwischen Außen- und Binnenmigration unterschieden werden.

Die Abbildung verdeutlicht, dass Ostdeutschland nach dem Übergang in die Marktwirtschaft massiv geschrumpft ist. Nach starken Bevölkerungsverlusten in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und einer leichten Erholung Mitte der 90er Jahre hat sich der Rückgang seit 1998 bei ca. 100 000 Personen pro Jahr eingeepegelt. Die Komponenten, die für den Bevölkerungsrückgang verantwortlich waren, schwankten dabei in erheblichem Umfang. Die Anfangsverluste in den Jahren 1989 bis 1991 sind größtenteils den Wanderungsverlusten gegenüber Westdeutschland zuzuschreiben. Die Wanderungsbilanz verbessert sich in den Folgejahren deutlich und nahm in den Jahren 1992 bis 1996 positive Werte an, hervorgerufen vor allem durch erhebliche Zuzüge aus dem Ausland. Demgegenüber fiel der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auf historische Tiefstände. Seit den späten 90er Jahren verlaufen die Salden gleichförmiger. Die Wanderungsverluste gegenüber Westdeutschland stagnieren bei ca. 50 000 Personen pro Jahr, das Geburtendefizit entwickelt sich in ähnlicher Größenordnung. Die Migrationsbilanz gegenüber dem Ausland ist weiterhin positiv, allerdings ist die Dimension viel zu gering, um die Schrumpfungstendenzen auszugleichen.

2.3 Räumliche Verteilung der Wanderungsgewinne und -verluste

Kreisspezifischer Saldo der Binnenwanderung je Einwohner im Jahr 2008^a

- in ‰ -



^a Werte für Göttingen aufgrund des Grenzdurchgangslagers in Friedland verzerrt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

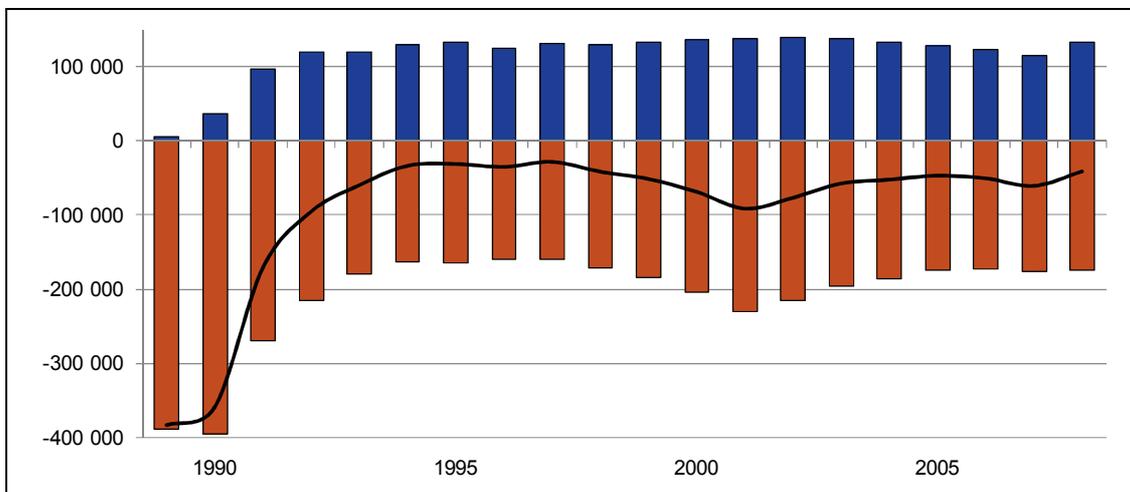
Die regionale Vielfalt deutscher Binnenwanderung offenbart sich auf der kleinräumigen Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Dabei zeigt sich, dass der Großteil der ostdeutschen Regionen eine deutlich höhere Nettoabwanderung zu verzeichnen hat als westdeutsche Vergleichsregionen. Besonders problematisch stellt sich die Situation im peripheren Raum dar. Zwar weisen auch westdeutsche Regionen dieses Typs negative Salden auf, es besteht aber weiterhin ein substanzieller Niveauunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Eine positive Wanderungsbilanz weisen die größeren urbanen Zentren Ostdeutschlands sowie die meisten Regionen im Raum Berlin-Brandenburg auf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dargestellten Nettomigrationsraten neben den großräumigen Ost-West- beziehungsweise Nord-Süd-Wanderungen auch die kleinräumigen Stadt-Umland-Wanderungen beinhalten. Die Suburbanisierungsprozesse der 90er Jahre sind weitgehend zum Stillstand gekommen. Hierdurch zählen, trotz einer weiterhin vorhandenen Abwanderungsneigung gerade junger Menschen, auch die ostdeutschen Zentren zu den Wanderungsgewinnern, weil sie die Verluste gegenüber Westdeutschland durch Zuwanderung aus dem Umland oder anderen (peripheren) Regionen kompensieren können.

Die Regionen des Landes Brandenburg stellen in dieser Hinsicht einen Sonderfall dar, der in ihrer Nachbarlage zur Hauptstadt Berlin begründet liegt. Die Brandenburger Landkreise profitieren trotz abnehmender Suburbanisierungstrends deutlich von dieser Lagegunst. Während Berlin großräumige Zuzüge attrahiert, speist sich die Brandenburger Zuwanderung aus den kleinräumigen Umzügen der Berliner. Dies gilt indes nur für den Teil der Brandenburger Kommunen, der von Berlin aus gut erreichbar ist. Im entlegeneren Teil der Landkreise außerhalb des Pendlereinzugsgebiets von Berlin stellt sich die Situation nicht günstiger dar als in den peripheren Räumen der anderen ostdeutschen Flächenländer.

2.4 Ost-West-Wanderung – Wanderungsverlust von über 1,8 Millionen Menschen seit 1989

Binnenwanderung Ostdeutschland inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-Ost)



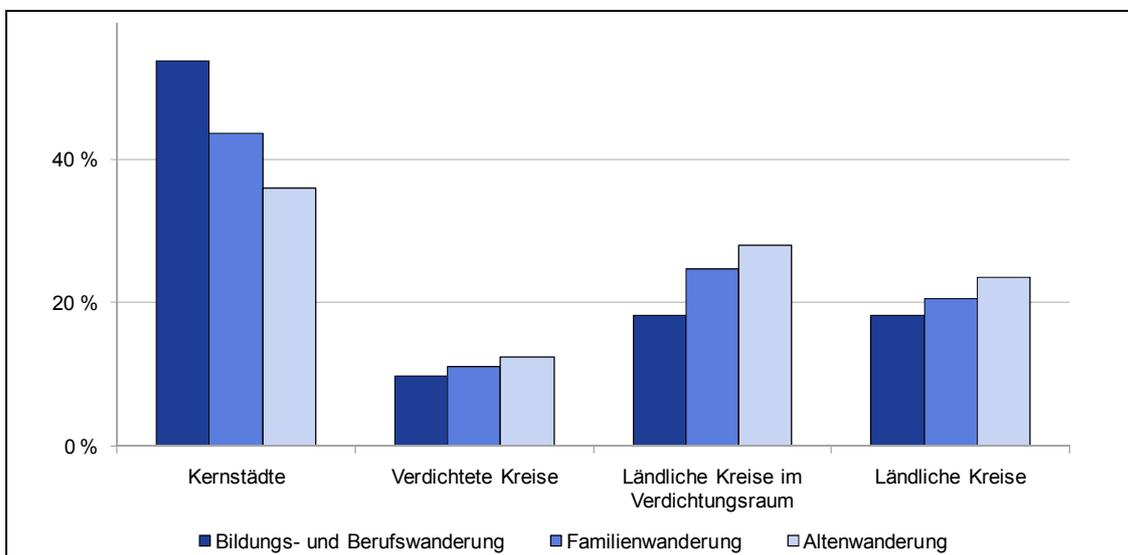
Quellen: Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Wanderungsbilanz Ostdeutschlands weist gegenüber den westlichen Bundesländern auch 19 Jahre nach dem Mauerfall deutlich negative Werte aus. Obgleich die Entwicklung in den letzten Jahren spürbar hinter den Nettoverlusten der Zeit der Grenzöffnung sowie der zweiten Abwanderungswelle um 2001 zurückbleibt, verharrt der Saldo doch bei ca. -50 000, im Jahr 2008 verbesserte er sich immerhin auf -41 000. Die vormalige Dynamik der Fortzüge ist dabei weitgehend zum Stillstand gekommen, die Zuzüge weisen bereits seit Mitte der 90er Jahre kaum Variationen auf. Insgesamt ist der ostdeutsche Nettowanderungsverlust seit 1989 nunmehr auf zusammengenommen 1,8 Millionen Menschen angewachsen. Selbst wenn die ersten Jahre nach der Grenzöffnung und der deutschen Vereinigung herausgerechnet werden, verbleibt immer noch ein Verlust von knapp einer Million Menschen. Der ostdeutsche Bevölkerungsrückgang seit 1991 erklärt sich zu fast zwei Dritteln aus der negativen Nettobilanz der Binnenwanderungen. Die westdeutschen Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg bilden die wichtigsten Zielgebiete der ostdeutschen Abwanderung.

Die Wanderungsbilanz ist vornehmlich durch das Migrationsverhalten der jungen Erwachsenen geprägt. Die anhand der Fortzugsrate gemessene Mobilität der 18- bis 25-Jährigen (Bildungswanderer) und der 25- bis 30-Jährigen (Berufseinstiegswanderer) ist deutlich höher als die der übrigen Gruppen. 45% der Fortziehenden rekrutieren sich seit 1991 aus diesen beiden Altersgruppen. Auch weisen die Gruppen eine sehr viel höhere Streuung der Abwanderung im Zeitverlauf aus. Da in den kommenden Jahren die geburtenschwachen Nachwendejahrgänge das Alter der besonders mobilen Personen erreichen, ist eine sukzessive Verringerung des Abwanderungsvolumens zu erwarten.

2.5 Verteilung der Zuwanderung nach Wanderungsform und Regionstyp

Anteil der Zuzüge eines Regionstyps am gesamten Zuzug der ostdeutschen Kreise, 2005^a
- Anteil der absoluten Zuzüge in ostdeutsche Regionen, 2005 -



^a Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten); Zuzüge aus Ost- und Westdeutschland aggregiert. Die Abgrenzung der Wanderungsformen erfolgt gemäß der Klassifikation des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung nach dem Alter der Wandernden. Familienwanderung 0- bis 18-Jährige und 30- bis 50-Jährige; Bildungs- und Erwerbswanderung 18- bis 30-Jährige; Altenwanderung 50-Jährige und darüber.

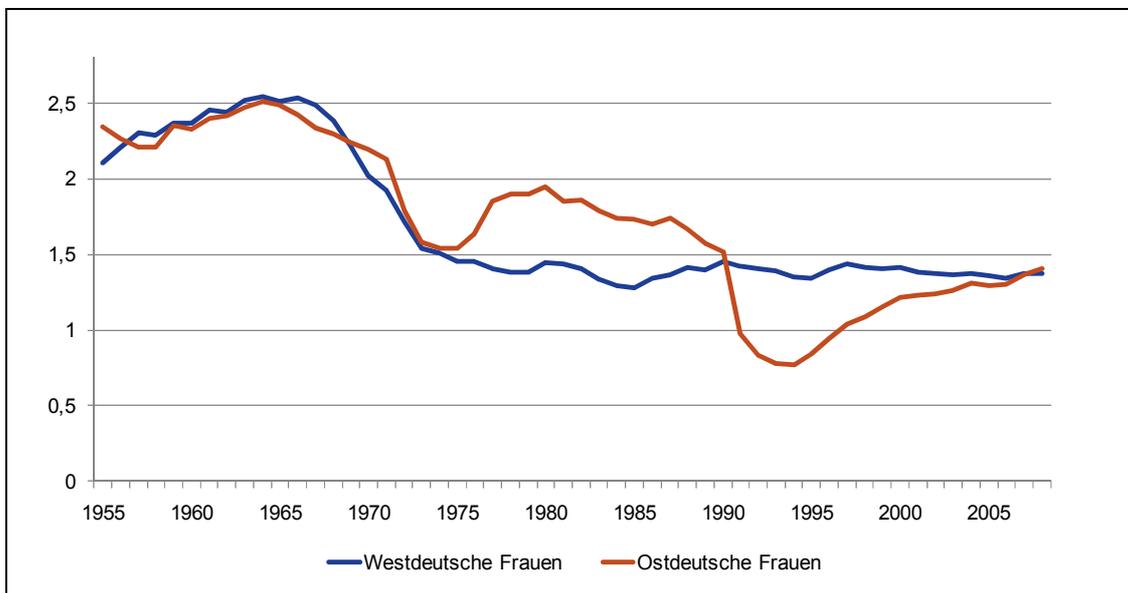
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt die räumliche Verteilung der Zuwanderung in ostdeutsche Regionen, wobei von den Zuzügen aus dem Umland bzw. aus den Nachbarregionen abstrahiert wird. Naturgemäß absorbieren die Kernstädte aufgrund ihrer Größe über 40% der Zuzüge, bei den Bildungs- und Erwerbswanderern sind es fast 60%. Die Existenz von überregional bedeutsamen Bildungseinrichtungen und differenzierten Arbeitsmärkten dürfte für diese Gruppe besonders relevant sein. Die nicht zu vernachlässigende Wanderung in die ländlichen Kreise ist demgegenüber zum größeren Teil auf die Familien- und Altenwanderung zurückzuführen, wobei dies stärker auf westdeutsche Zuwanderer zutrifft. Einerseits hängt es mit der Ausblendung der Stadt-Umland-Wanderung zusammen, dass die Umlandkreise im Verdichtungsraum eher wenige Zuzüge realisieren. Andererseits scheint der Trend, nicht ins Zentrum selbst, sondern ins nähere Umland zu ziehen, seit einigen Jahren gebremst zu sein. Es lässt sich festhalten, dass die urbanen Zentren im Wettbewerb um Zuwanderung die attraktivsten Rahmenbedingungen sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche bieten können. Daneben bestehen Zuwanderungspotenziale für Regionen mit herausgehobenen kulturellen sowie naturräumlichen Charakteristika oder aber mit überregional bedeutsamen Bildungsinstitutionen. Letztgenannte Merkmale wirken vorzugsweise auf jüngere Zuwanderer, während Natur- und Kulturaspekte eher Ältere ansprechen.

2.6 Periodenfertilität – Einbruch der Geburtenzahl nach 1990

Zusammengefasste Geburtenziffer für Ost- und Westdeutschland

- Ostdeutschland ab 2001 ohne Berlin-Ost, Westdeutschland ab 2001 ohne Berlin-West -



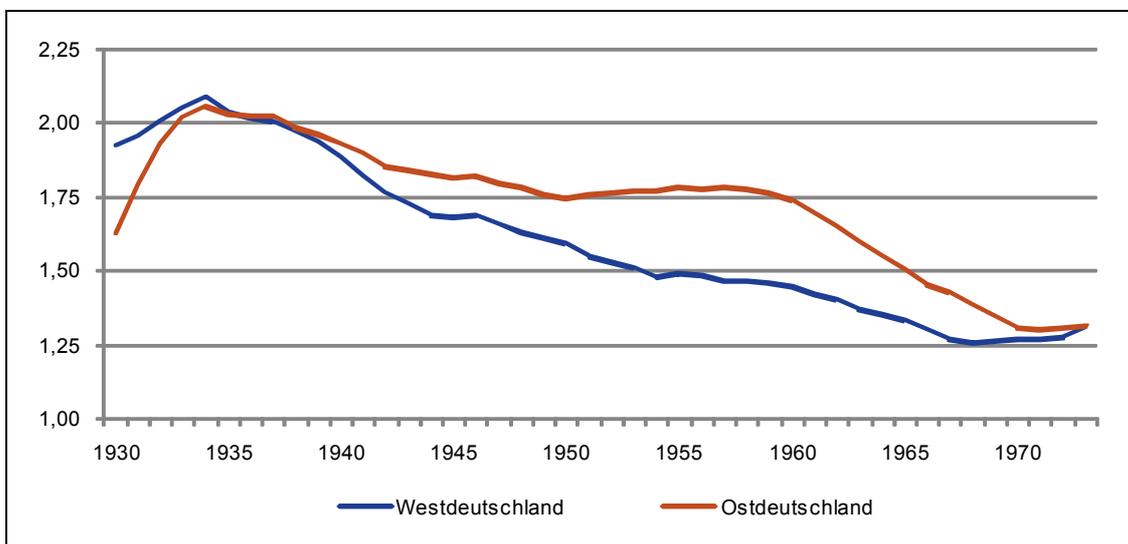
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Zuge der Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Ostdeutschland hat auch das Reproduktionsverhalten tiefgreifende Änderungen erfahren. Als Maß für das Reproduktionsverhalten einer Gesellschaft lässt sich die zusammengefasste Geburtenziffer – auch Periodenfertilität genannt – heranziehen. Sie bestimmt sich als Summe der altersspezifischen Geburtenzahlen je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 49 Jahren und gibt somit die durchschnittliche Zahl von Kindern je Frau an, wenn die Altersstruktur der Fertilität keinen Veränderungen unterliegt.

Im Ost-West-Vergleich lässt sich für die Jahre bis 1975 eine gleichläufige Entwicklung konstatieren, die insbesondere durch den Geburtenrückgang in den späten 60er Jahren geprägt ist. Nach 1975 öffnet sich eine Schere zwischen Ost- und Westdeutschland, die Geburtenziffer in der DDR steigt bis Anfang der 80er Jahre stark an, während in Westdeutschland in diesem Zeitraum ein leicht negativer Trend festzustellen ist. Durch den sukzessiven Rückgang der Geburtenziffer in der DDR in den 80er Jahren und einer leichten Erholung der Fertilität in Westdeutschland gleichen sich die Geburtenzahlen bis 1990 fast an – im Jahr der Einheit lag der Wert für Ostdeutschland bei 1,51, in Westdeutschland bei 1,45. In den ersten Jahren der politischen und wirtschaftlichen Transformation brachen die Geburtenzahlen und damit auch die zusammengefasste Geburtenziffer in Ostdeutschland auf ein historisches Tief von 0,77 in den Jahren 1993 und 1994 ein. Seither ist ein Auf- bzw. Nachholen der Geburten zu beobachten – der Wert für das Fertilitätsmaß lag im Jahr 2008 mit 1,40 sogar leicht über dem Westniveau von 1,37.

2.7 Kohortenfertilität – Überholt Ostdeutschland die Alten Bundesländer?

Durchschnittliche Kinderzahl bis zum 35. Lebensjahr je Frau des entsprechenden Geburtsjahrgangs



Ostdeutschland ab 2001 ohne Berlin-Ost, Westdeutschland ab 2001 ohne Berlin-West.

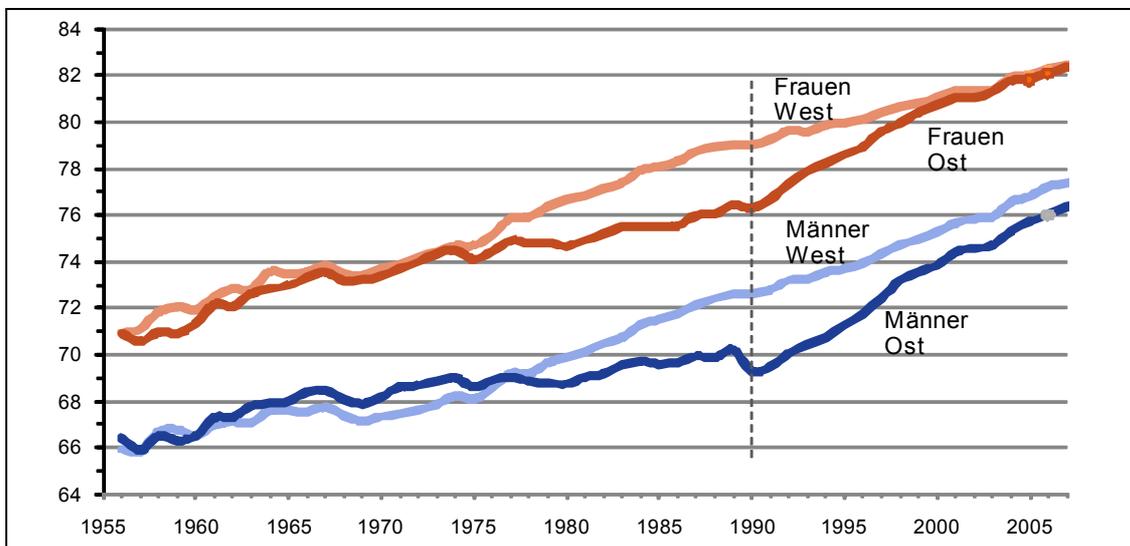
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Kohortenfertilität gibt die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau eines spezifischen Geburtsjahrganges an. Sie ist als Maß für die tatsächliche Fertilität besser geeignet als die Periodenfertilität, ist jedoch durch den schwerwiegenden Nachteil gekennzeichnet, dass zur Abschätzung der endgültigen Geburtenzahl je Frau nur die Jahrgänge herangezogen werden, bei denen die Fertilitätsphase zumindest größtenteils abgeschlossen ist. Auffällig ist der deutlich höhere Verlauf der Kurve für die Frauen aus Ostdeutschland der Geburtsjahrgänge von 1945 bis 1965/1970 – ein Befund, der angesichts des Einbruchs der Periodenfertilität nach 1990 auf den ersten Blick verwundern mag. Die Erklärung liegt im deutlich geringeren Alter der Mütter bei der Geburt der Kinder während der DDR-Zeit. Die 1960 geborenen ostdeutschen Frauen waren 1990 30 Jahre alt und hatten zu diesem Zeitpunkt ihre endgültige Kinderzahl weitgehend realisiert. Die 1965 Geborenen waren zur Wende erst 25 Jahre alt. In dieser Altersgruppe macht sich die Wende deutlich bemerkbar, indes waren nicht wenige Frauen in diesem Alter bereits Mütter. Bei den 1970 Geborenen hingegen dürfte sich der Effekt der Transformation gänzlich in den Geburtenzahlen widerspiegeln. Die Tatsache, dass die Fertilität in dieser Kohorte der ostdeutschen Frauen bis zum 35. Lebensjahr kaum mehr über der von westdeutschen Frauen liegt, sich für die 1973 Geborenen sogar angeglichen hat, spricht dafür, dass die Transformation des ostdeutschen Fertilitätsverhaltens – auch was das Alter der Mütter bei Geburt betrifft – abgeschlossen sein dürfte. Im Übrigen wird sichtbar, dass der Fertilitätseinbruch nach der Wende vornehmlich der Verschiebung der Geburten geschuldet war: Wenn die jüngeren Frauen die Geburt ihrer Kinder plötzlich um fünf Jahre aufschieben, ändert sich die endgültige Kinderzahl (Kohortenfertilität) nicht, auch wenn die Periodenfertilität innerhalb dieser fünf Jahre drastisch einbricht.

2.8 Mortalität – Deutliche Erhöhung der Lebenserwartung seit 1990

Lebenserwartung bei Geburt

- in Jahren -



Ostdeutschland bis 2004 mit Berlin-Ost, ab 2005 mit Berlin. – Westdeutschland bis 2004 mit Berlin-West, ab 2005 ohne Berlin.

Quellen: Human Mortality Database (<http://www.mortality.org>); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die hier dargestellte Lebenserwartung bei Geburt wird auf Grundlage von Periodensterbetafeln ermittelt, in denen die innerhalb einer Periode beobachteten Sterbewahrscheinlichkeiten der Menschen nach Geschlecht und Altersgruppen aufgelistet werden. Die daraus errechnete Lebenserwartung ist im Grunde nur ein statistisches Konstrukt, bei dem nämlich unterstellt wird, dass heute geborene Kinder in Zukunft jeweils den heute beobachteten altersspezifischen Mortalitätsraten ausgesetzt sind – also beispielsweise im Alter von 60 Jahren das gleiche Mortalitätsrisiko haben werden wie die heute 60-Jährigen. Aller Erfahrung nach ist diese Annahme aber nicht richtig, insofern diese Mortalitätsraten zumindest bislang einen rückläufigen Trend aufweisen. Somit könnte die Lebenserwartung der Kohorte heute geborener Kinder in Wirklichkeit deutlich höher ausfallen als in der synthetisch zusammengesetzten Kohorte. Dennoch lassen sich diese Werte als Indikator für die gesundheitliche Entwicklung der Bevölkerung interpretieren. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland weist dabei auf eine interessante Entwicklung hin. Lag die Lebenserwartung in der DDR lange Zeit auf ähnlichem Niveau wie in der Bundesrepublik Deutschland, bzw. bei Männern sogar lange Zeit darüber, so setzte Mitte der 70er Jahre eine deutliche Divergenz ein, als die Entwicklung in der DDR einige Jahre lang stagnierte. Bis 1989 entwickelte sich der Vorsprung der Bundesrepublik auf rund 30 Monate. Dieser Abstand ist bis 2008 bei Männern auf weniger als die Hälfte geschrumpft, bei Frauen ist er fast komplett verschwunden. Ungeachtet dieser Konvergenz bei der Lebenserwartung haben nach dem Mauerfall – gemessen am Indikator der Lebenserwartung bei Geburt – insbesondere die Männer kurzzeitig an Gesundheit eingebüßt: Zwischen 1989 und 1990 ist ihre Lebenserwartung in Ostdeutschland um fast ein Jahr gesunken, während sie in Westdeutschland zugelegt hat.

3 Regionale Wirtschaftskraft und interregionale Ausgleichsmechanismen

Hinter der nach wie vor bestehenden Lücke hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität stehen räumlich gesehen innerhalb Ostdeutschlands sehr heterogene Entwicklungsmuster. Verschiedene ostdeutsche Großstädte, wie Dresden, Leipzig und Potsdam, sowie beispielsweise Kreise im Stadtumland konnten inzwischen nicht nur ein Wachstum der Wertschöpfung und Produktivität, sondern auch eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl verzeichnen. Im Gros der ostdeutschen Regionen ging allerdings die Zunahme der Produktivität mit einer Abnahme der Beschäftigung einher.

Auch der – aus Sicht der überregionalen Wettbewerbsfähigkeit – grundsätzlich günstige Umstand sinkender Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland hat seinen Preis: Die dahinterstehenden Produktivitätssteigerungen wurden nicht zuletzt durch Abbau der Beschäftigung erreicht. Die ebenfalls hinter den sinkenden Lohnstückkosten stehende moderate Entwicklung der Löhne aufgrund einer verbreiteten Entkopplung von tarifvertraglichen Bindungen schwächt die Lohnbasis, begrenzt die Steuereinnahmen und induziert umfangreiche Transferzahlungen.

Demgemäß liegen die Steuerquoten und auch das Pro-Kopf-Niveau der Steuereinnahmen in Ostdeutschland deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Auch die gezielt zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzten Steuersubventionen (Investitionszulage) beziehungsweise Steuerausnahmetatbestände (Sonderabschreibungen) wirkten dämpfend auf die Steuerreinnahmen. Nachdem in der Anfangszeit Steuersubventionen sehr massiv eingesetzt worden sind, erfolgt inzwischen eine stärkere Fokussierung der Investitionsförderung, und das Instrumentarium der Sonderabschreibungen ist seit langem abgeschafft.

Auf der Ausgabenseite zeigen die ostdeutschen Länderhaushalte anteilmäßig höhere Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse. Letztere sollen einen Ausgleich für die geringe Steuerkraft speziell der ostdeutschen Kommunen schaffen, in denen hohe Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur getätigt wurden. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben der ostdeutschen Flächenländer hat sich inzwischen ungefähr dem westdeutschen Vergleichswert angenähert. Denn die Pro-Kopf-Kreditmarktschulden der ostdeutschen Länder und ihrer Gemeinden sind seit 1991 deutlich gestiegen. Im Gefolge sind auch die Zins-Steuerquoten der ostdeutschen Flächenländer gestiegen. Das Ansteigen dieser Quote bedeutet, dass anteilmäßig weniger Steuereinnahmen für die Finanzierung anderer Ausgaben zur Verfügung stehen.

Alles in allem führen die Defizite in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit hinsichtlich der Steuerkraft dazu, dass der Osten Deutschlands nach wie vor in starkem Maß auf finanzielle Transfers im Rahmen der interregionalen Ost-West-Ausgleichsmechanismen angewiesen ist, wenngleich sich die Lücke zwischen Produktion und Nachfrage in Ostdeutschland bereits verringert hat.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Ulrich Blum (3.2, 3.4, 3.5, 3.10)

praesident@iwh-halle.de

Matthias Brachert (3.1)

Matthias.Brachert@iwh-halle.de

Kristina van Deuverden (3.6, 3.7, 3.8, 3.9)

Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de

Sabine Freye (3.11, 3.12, 3.13)

Sabine.Freye@iwh-halle.de

Gerhard Heimpold (3.2)

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Alexander Kubis (3.1)

Alexander.Kubis@iwh-halle.de

Mirko Titze (3.1, 3.3)

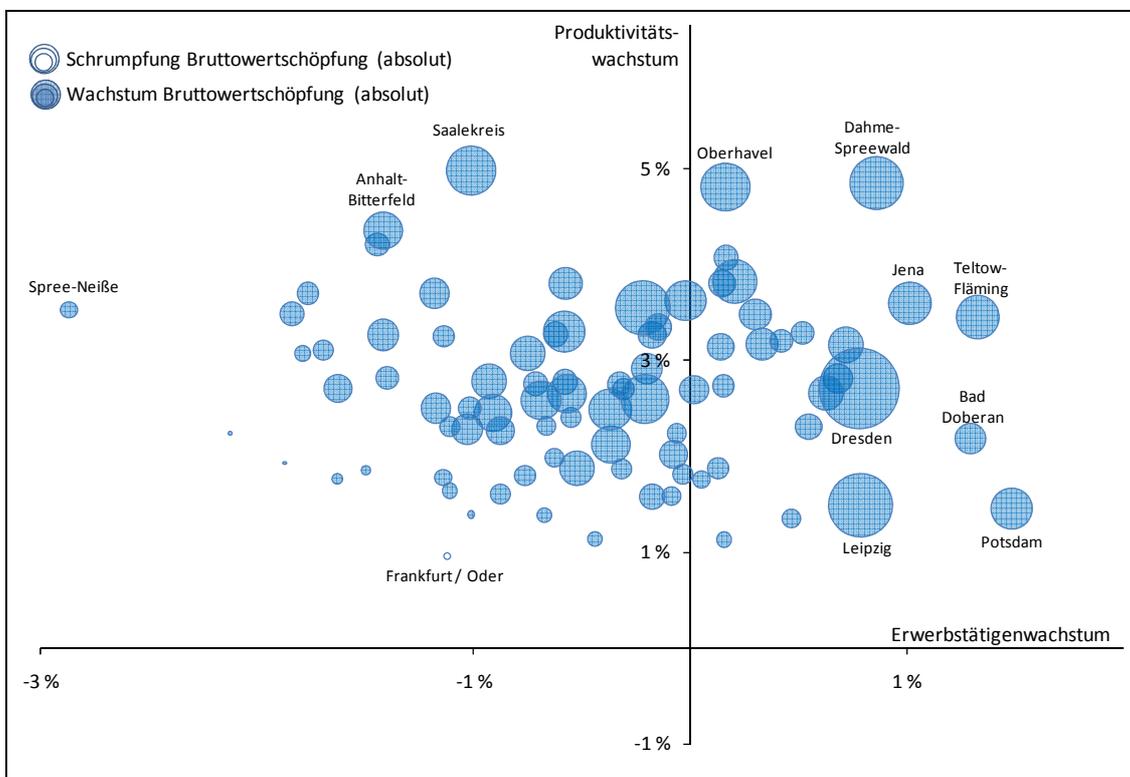
Mirko.Titze@iwh-halle.de

Kapitelübersicht

3.1	Heterogenes Wachstum ostdeutscher Regionen zwischen 1996 und 2007	76
3.2	Lohnstückkostenvorteile für die ostdeutsche Wirtschaft	77
3.3	Strategien der Förderung von Unternehmensinvestitionen in den Neuen Ländern und Berlin: Ein Vergleich wichtiger Förderregelungen der Jahre 1991 und 2010	78
3.4	Zahlungsströme zugunsten der Neuen Länder	80
3.5	Entwicklung der „ostdeutschen Leistungsbilanz“	81
3.6	Öffentliche Länderhaushalte: Strukturvergleich	82
3.7	Steuerquoten	84
3.8	Niveau des Steueraufkommens in Ostdeutschland	85
3.9	Steueraufkommen nach Ebenen	86
3.10	Erbschaftsteueraufkommen der Länder 2005	87
3.11	Entwicklung der Schuldenstände der öffentlichen Haushalte	88
3.12	Entwicklung der Schuldenstände der Neuen Flächenländer	89
3.13	Zins-Steuer-Quoten der Flächenländer	90

3.1 Heterogenes Wachstum ostdeutscher Regionen zwischen 1996 und 2007

Veränderung der Erwerbstätigenzahl und Produktivität in den ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von 1996 bis 2007 (ohne Berlin)



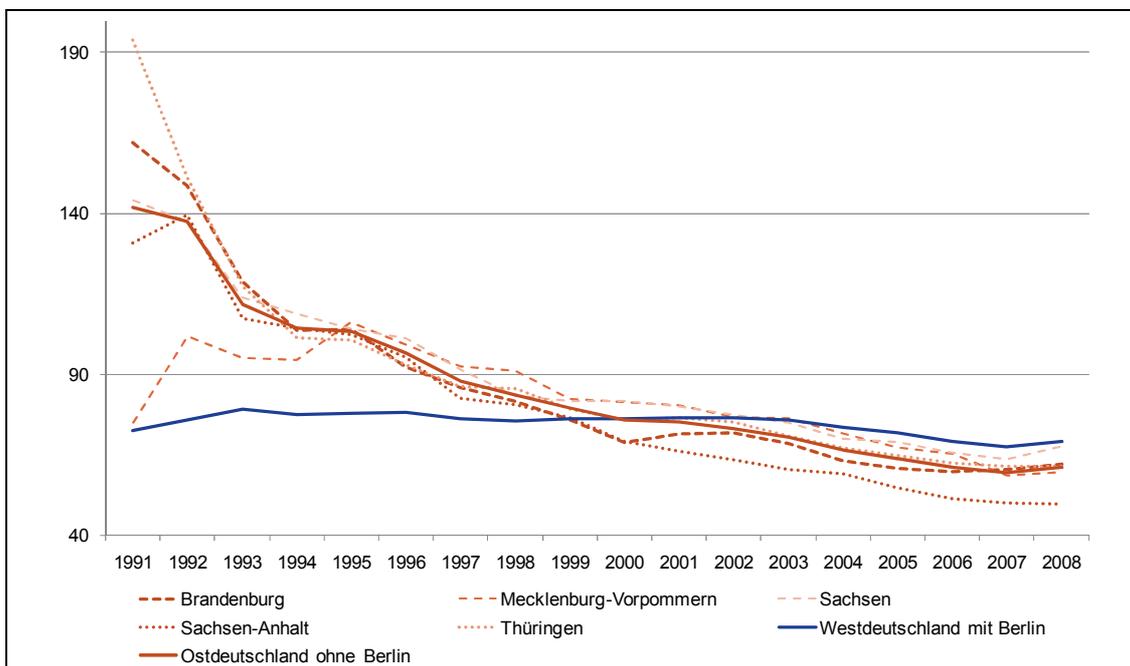
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Darstellung des IWH.

Die Produktivitäts- sowie die Arbeitsmarktentwicklung stellen wichtige Kenngrößen zur Begutachtung der ökonomischen Entwicklung von Regionen dar. Eine hohe Produktivität ist hierbei ein Maß für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit. Der Blick auf die ostdeutschen Kreise und kreisfreien Städte (ohne Berlin) hinsichtlich ihres realen Produktivitätswachstums und der Veränderung der Erwerbstätigenzahl von 1996 bis 2007 zeigt eine heterogene Entwicklung innerhalb Ostdeutschlands.

Die unterschiedliche Größe der Kreisflächen in der Abbildung entspricht dabei dem realen Beitrag einer Region zur ostdeutschen Bruttowertschöpfungssteigerung. Ausgehend von einem relativ homogenen Niveau steigerten alle ostdeutschen Regionen ihre Produktivität. In der Mehrzahl der untersuchten Regionen erfolgte dieses Produktivitätswachstum jedoch zu Lasten der Erwerbstätigenzahl durch massive „Freisetzung“ nicht mehr benötigten Personals. In einigen ostdeutschen Regionen ging der Produktivitätsfortschritt auch mit einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl einher.

3.2 Lohnstückkostenvorteile für die ostdeutsche Wirtschaft

Ostdeutschlands Industrie mit Wettbewerbsvorteilen im Bereich der Lohnstückkosten



Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe = (Index der Arbeitnehmerentgelte im Verarbeitenden Gewerbe je Arbeitnehmer/Index der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Verarbeitenden Gewerbe je Erwerbstätigen) * 100, in Ostdeutschland ohne Berlin und in Westdeutschland mit Berlin in den Jahren 1991 bis 2008.

Quellen: Berechnungen und Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009/Februar 2010.

Lohnstückkosten werden häufig als Indikator der überregionalen Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Tatsächlich darf ein entsprechender Vergleich mit anderen Wirtschaftsräumen nur mit großer Vorsicht erfolgen, weil ergänzende Informationen vor allem zur Entwicklung des Kapitalstocks notwendig sind. Denn bei einem Wirtschaften auf Verschleiß können auch hohe Lohnstückkosten erträglich sein – wie die DDR zeigte.

Bis zum Ende der 90er Jahre lagen die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in den ostdeutschen Flächenländern über jenen in Westdeutschland und begründeten damit das Erfordernis massiver Investitionen in den weitgehend obsoleten Kapitalstock. Inzwischen unterschreiten die Lohnstückkosten in allen ostdeutschen Flächenländern den westdeutschen Durchschnittswert. Gesunkene Lohnstückkosten, die die überregionale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie unterstützen, haben allerdings auch ihren Preis: Hinter dem deutlichen Rückgang der Lohnstückkosten stehen Produktivitätssteigerungen, zu denen in starkem Maß der Beschäftigungsabbau beigetragen hat. Zugleich blieb der Produktivitätsfortschritt hinter den Lohnsteigerungen zurück. Hinter dem Rückgang der Lohnstückkosten steht auch die in Ostdeutschland weit verbreitete nicht tarifgebundene Entlohnung. Die dadurch gegebene schwache Lohnbasis beschränkt die Steuereinnahmen und letztlich auch die Binnennachfrage. Dies wiederum induziert umfangreiche Transferzahlungen zugunsten der Neuen Bundesländer.

3.3 Strategien der Förderung von Unternehmensinvestitionen in den Neuen Ländern und Berlin: Ein Vergleich wichtiger Förderregelungen der Jahre 1991 und 2010

Regelungen wichtiger Instrumente der Förderung von Unternehmensinvestitionen in den Neuen Ländern und Berlin im Vergleich der Jahre 1991 und 2010

	Jahr	Investitionszuschuss	Investitionszulage	Sonderabschreibungen
Fördersätze	1991	Errichtung: 50% Erweiterung: 37% Umstellung/ Rationalisierung: 32%	Allgemein: 12%	Allgemein: 50%
	2010	Kleine Unternehmen: 50% Mittlere Unternehmen: 20% Sonstige Unternehmen: 10% (Anrechnung der Investitionszulage)	Kleine Unternehmen: 20% Mittlere Unternehmen: 20% Sonstige Unternehmen: 10%	1998 ausgelaufen
Regionaler Fokus	1991	Flächendeckende Förderung	Flächendeckende Förderung	Flächendeckende Förderung
	2010	Ansätze regional differenzierter Fördersätze in Brandenburg, Sachsen sowie aufgrund von Fördergebietsfestlegungen in Berlin	Flächendeckende Förderung (mit Einschränkungen im Land Berlin)	1998 ausgelaufen
Sekundärziele	1991	Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen	keine	keine
	2010	Fokus: Arbeitplatzeffekte Regionale Initiativen Nicht investive Unternehmensaktivitäten Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE), Ausbildung, Umweltschutz, Erwerbsbeteiligung von Frauen vor allem in Brandenburg und Sachsen-Anhalt	keine	1998 ausgelaufen

Quelle: Darstellung des IWH auf Grundlage der jeweiligen Förderregelungen.

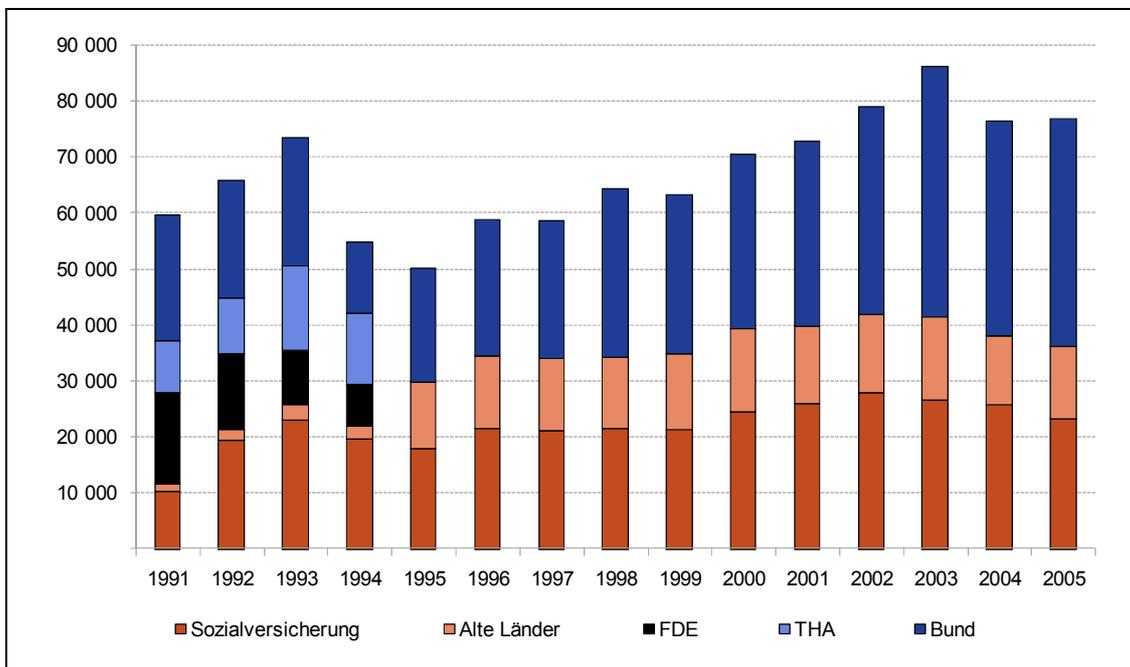
Die Förderung von Unternehmensinvestitionen in Ostdeutschland zielt darauf ab, einen leistungsfähigen Kapitalstock aufzubauen. Sie soll Investitionen rentabel machen, die ohne Subventionierung in vielen Fällen nicht oder nicht in der gegebenen Höhe oder erst zu einem späteren Zeitpunkt zustande gekommen wären. Von 1991 bis 2004 wurden ca. 24 Mrd. Euro an Investitionszuschüssen an Unternehmen in den Neuen Ländern und Berlin ausgezahlt. Damit konnten rund 58 000 Investitionsvorhaben unterstützt werden. Das Investitionsvolumen betrug ca. 122 Mrd. Euro, und ca. 776 000 Dauerarbeitsplätze wurden geschaffen. Im gleichen Zeitraum wurden Investitionszulagen (die das kassenmäßige Steueraufkommen in den Neuen Ländern und Berlin minderten) von ca. 41 Mrd. Euro genehmigt.

Seit ihrer Anwendung in Ostdeutschland haben die Instrumente der Investitionsförderung teils beachtliche institutionelle Änderungen erfahren. So liegt der Fokus der Investitionszulage heute auf kleineren und mittleren Unternehmen, und die Zulagen-Förderung erfolgt flächendeckend (in den Neuen Ländern und in Teilen Berlins). Während es im Jahr 1991 keine Einschränkungen auf bestimmte Wirtschaftszweige bei der Investitionszulage gab, besteht der Anspruch heute nur noch für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (mit gewissen Einschränkungen im Rahmen von EU-Regelungen) sowie für Betriebe von produktionsnahen Dienstleistungen.

Auch die Förderregelungen des Investitionszuschusses haben einen Wandel durchlaufen. Anfangs wurde eine Staffelung der Fördersätze nach der jeweiligen Investitionsart vorgenommen, d. h. nach Neuerrichtungs-, Erweiterungsinvestitionen usw. Inzwischen erfolgt stattdessen eine Staffelung der Höchstfördersätze in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße – kleine und mittlere Unternehmen erhalten einen höheren Fördersatz im Vergleich zu den übrigen Unternehmen. Darüber hinaus verwirklichen die Länder Sachsen (in begrenztem Umfang) und Brandenburg (in sehr starkem Ausmaß) eine regionale Differenzierung der Förderung, d. h., die Fördersätze sind auch nach Regionen gestaffelt. Ebenso ist die primäre Zielsetzung durch so genannte Sekundärziele stark erweitert worden.

3.4 Zahlungsströme zugunsten der Neuen Länder

Nettozahlungen an die Neuen Länder (mit Berlin) nach Herkunft der Mittel
- in Mio. Euro -



FDE = Fonds Deutsche Einheit, THA = Treuhandanstalt.

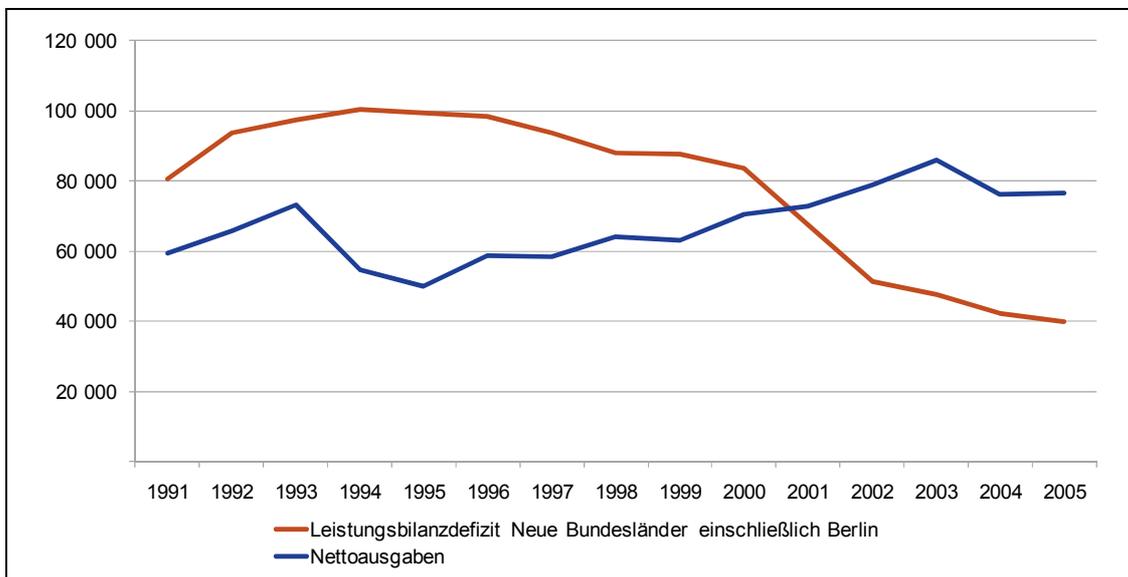
Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Nettozahlungen zugunsten der Neuen Länder spiegeln zunächst die unterschiedlichen Phasen des Vereinigungsprozesses und die dabei gefundenen institutionellen Vorkehrungen wider: Deutlich sieht man dies an der Tätigkeit der Treuhandanstalt von 1991 bis 1994 und der Einbeziehung der ostdeutschen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich ab dem Jahr 1995. Doch auch weitere Änderungen in der Wirtschaftsförderung und der Berlin-Umzug der Bundesregierung ab dem Jahr 1999 sind ebenso bedeutsam wie spezifische Entwicklungen in den Neuen Ländern: Zu nennen ist die Flutkatastrophe des Jahres 2002 oder die allmähliche Angleichung der ostdeutschen Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, die die Konsolidierung des öffentlichen Budgets erschwerte. Weiterhin ist zu beobachten, dass erst die Expansion der Wirtschaft im Jahr 2003 die Transferdynamik bremste.

Die öffentlichen Ausgaben in den Neuen Ländern umfassen neben unmittelbaren Aufbauleistungen auch Zahlungen zur Erfüllung gesamtstaatlicher Aufgaben in Ostdeutschland, insbesondere für das Personal des Bundes und die nach gesamtdeutsch einheitlichen Regelungen zu gewährenden Sozialleistungen. Damit drücken obige Nettozahlungen für die Neuen Länder nicht die „Kosten der Einheit“ aus.

3.5 Entwicklung der „ostdeutschen Leistungsbilanz“

Entwicklung der Nettozahlungen und „Leistungsbilanz“
- in Mio. Euro-



Quellen: Berechnungen und Darstellung des IWH.

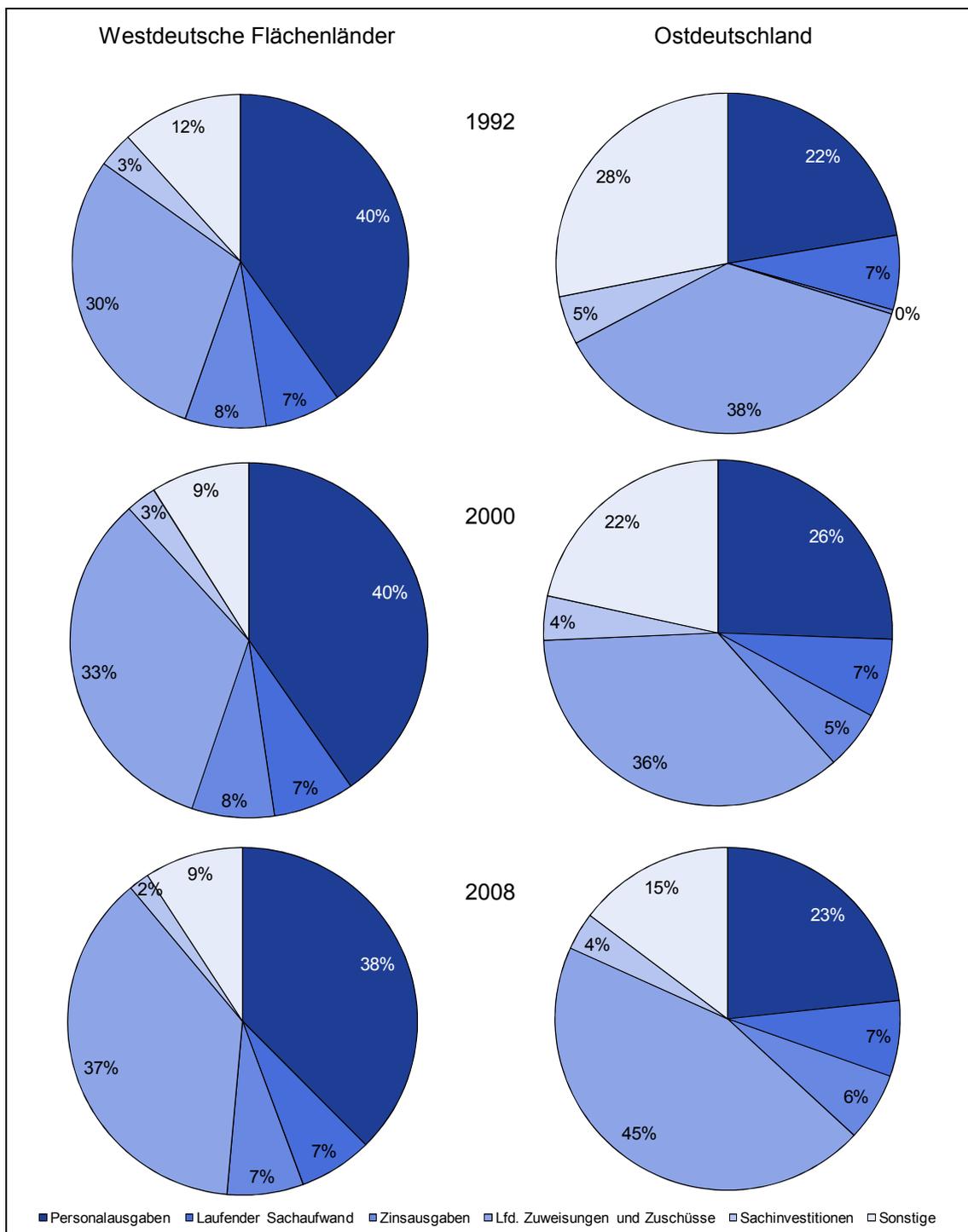
In dieser Abbildung sind die Nettozahlungen in die Neuen Länder dem Leistungsbilanzdefizit gegenübergestellt, das definitionsgemäß dem Saldo der Kapitalbilanz (private und öffentliche Kapitalströme zuzüglich öffentlicher Transfers) entspricht. Während damit die so genannte Produktionslücke anfangs fast die Hälfte der Gesamtnachfrage ausmachte, hat sich dieser Wert seit Ende des letzten Jahrtausends nachhaltig vermindert; zunächst durch das Wachstum, dann jedoch auch durch den mit der konjunkturellen Entwicklung begünstigenden Beschäftigungsaufbau. Mit zeitlichem Abstand zu den ersten großen Aufbauphasen verliert dieses Leistungsbilanzdefizit aber an statistischer Schärfe, weil derartige unternehmensbezogene Kapitalströme oder Gewinnverwendungen aus ostdeutschen Investitionen schlecht abgebildet werden können, über die westdeutsche Eigentümer befinden und die dort in der Unternehmensrechnung erfasst sind. Das Defizit liegt gegenwärtig bei rund 10% der Gesamtnachfrage.

Die Entwicklung der Nettoausgaben verläuft nahezu spiegelbildlich: Während in den 90er Jahren in hohem Maß privates Kapital nach Ostdeutschland geflossen ist, insbesondere zum Aufbau des unternehmerischen Kapitalstocks, sind die Neuen Länder seit etwa dem Jahr 2000 Nettoexporteure bei privatem Kapital. Da letztlich jede Kapitalinvestition zu einem umgekehrten Fluss der Eigentumsrechte führt, entstehen langfristig Abflüsse aus inländischen Faktoreinkommen, das an Gebietsfremde fließt.

Damit zeigt Ostdeutschland eine für Entwicklungsländer typische und gewollte Dynamik: Nach einer Phase des Nachfrageüberhangs, der dem Konsum, vor allem aber hohen Investitionen geschuldet ist, beginnt die Normalisierung durch Beschäftigungsaufbau und zunehmende Exportfähigkeit.

3.6 Öffentliche Länderhaushalte: Strukturvergleich^a

Anteile der Ausgaben an den Gesamtausgaben



^a In Abgrenzung der Finanzstatistik – Westdeutschland: Flächenländer Bundesrepublik Deutschland im Gebietsstand vor 1991; Ostdeutschland: Flächenländer im Beitrittsgebiet. – Sonstiges: Vermögenübertragungen, Darlehen, der Erwerb von Beteiligungen sowie Tilgungsausgaben an andere öffentliche Haushalte.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Struktur der öffentlichen Ausgaben ist in den Alten und den Neuen Bundesländern immer noch deutlich unterschiedlich, hat sich aber doch spürbar angenähert. Zu Beginn der 90er Jahre zielte die Wirtschaftspolitik geradezu darauf, die Investitionsausgaben aufgrund des Nachholbedarfs bei der Infrastruktur in den Neuen Bundesländern auszuweiten. So überrascht es, dass die Anteile, die für Sachinvestitionen in den Länderhaushalten verausgabt worden sind, sogar unter den entsprechenden Ausgaben der westdeutschen Flächenländer lagen. Dagegen sind die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse anteilmäßig deutlich höher als in Westdeutschland. Hier verbergen sich zu einem großen Teil die Zuweisungen, die die Länder an ihre Gemeinden leisten. Nun wird der Hauptteil der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden getätigt. So erklärt sich der hohe Anteil der Zuweisungen in Ostdeutschland zum einen daraus, dass hier Zuweisungen und Zuschüsse aufgrund der hohen Investitionstätigkeit auf kommunaler Ebene geflossen sind. Zum anderen spiegelt sich darin aber auch die – noch immer – geringe Steuerkraft der ostdeutschen Gemeinden wieder, die auch aus diesem Grund von ihren Ländern stärker alimentiert werden als westdeutsche Gemeinden.

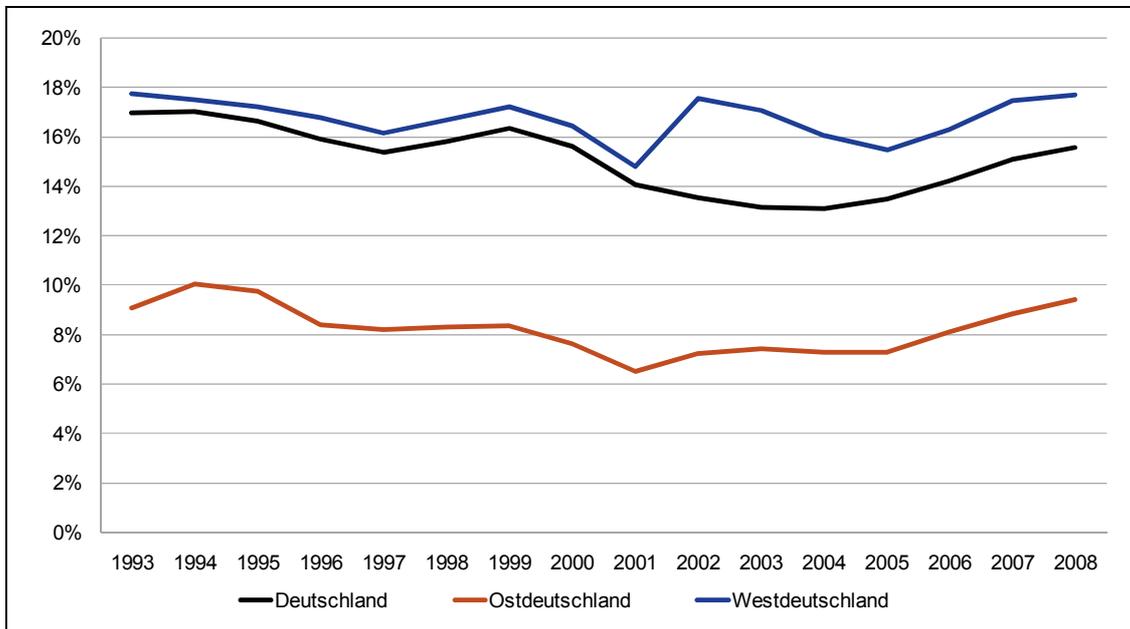
Die Personalausgaben liegen in den Neuen Ländern anteilmäßig deutlich unter den entsprechenden Ausgaben in den Alten Ländern. Zum einen dürften hierzu die zu Beginn der 90er Jahre merklich niedrigeren Tarife im öffentlichen Dienst beigetragen haben. Diese näherten sich in der Folge zwar immer weiter an, für die oberen Einkommensgruppen wird eine vollständige Angleichung jedoch erst zu Beginn des Jahres 2010 erreicht sein. Dem Anstieg der Tarifverdienste wirkte der stetige Personalabbau in den Neuen Ländern entgegen. Vor allem aber dürften die Beamtenpensionen für den Unterschied verantwortlich sein. Diese waren in den Neuen Ländern zu Beginn der 90er Jahre nahezu null und ziehen auch heute noch spürbar geringere Ausgaben nach sich als in den Alten Ländern. Zum einen hatten die Alten Länder deutlich länger Zeit, Verpflichtungen anzusammeln, zum anderen ist der Anteil der Beamten an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Neuen Ländern immer noch vergleichsweise niedrig.

Die Zinsausgaben haben in den westdeutschen Flächenländern einen nahezu gleichbleibenden Anteil an den Ausgaben gehabt. In Ostdeutschland waren sie hingegen zu Beginn der 90er Jahre nahezu ohne Bedeutung, gewannen dann jedoch schnell an Bedeutung und nehmen heute fast den gleichen Anteil an den öffentlichen Ausgaben in Anspruch wie in Westdeutschland.

Unter der Position „Sonstiges“ verbergen sich finanzielle Vorgänge. Der Großteil wird dabei von den Vermögensübertragungen bestimmt. Diese haben in Ostdeutschland ein deutlich höheres Gewicht als in Westdeutschland.

3.7 Steuerquoten^a

Einnahmen aus Gemeinschaft-, Länder- und Gemeindesteuern (vor Zerlegung)
- in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt -



^a In Abgrenzung der Finanzstatistik; Gemeinschaftsteuern ohne Einfuhrumsatzsteuer, Länder- und Gemeindesteuern.
– Westdeutschland: Flächenländer Bundesrepublik Deutschland im Gebietsstand vor 1991; Ostdeutschland: Flächenländer im Beitrittsgebiet; Deutschland: West- und Ostdeutschland sowie Stadtstaaten.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

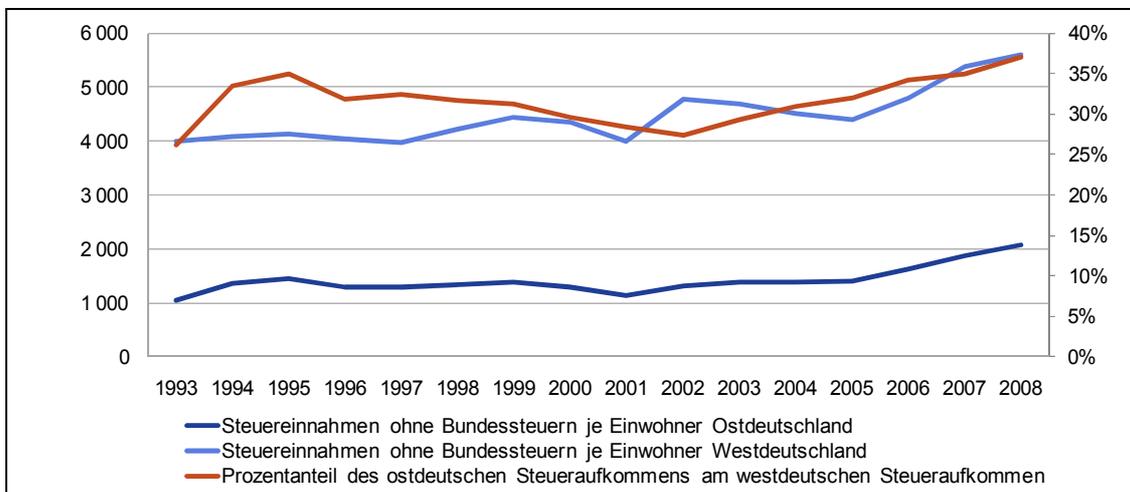
Steuerquoten (Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) zeigen, in welchem Ausmaß der Staat der Wirtschaft Mittel zur Finanzierung seiner Aktivitäten entzieht.¹ Nach einem raschen Anstieg der Steuerquoten in den Ländern des Beitrittsgebiets bis Mitte der 90er Jahre gingen diese wieder zurück und stagnierten in der Folge mehr oder weniger auf niedrigem Niveau. Dabei entwickelten sie sich aufgrund wirtschaftlicher und steuerrechtlicher Einflussfaktoren nahezu im Gleichlauf mit den entsprechenden Quoten in den Alten Ländern.

Das niedrige Niveau in den Neuen Ländern ist dabei vor allem darin begründet, dass ein großer Teil der hier berichteten Steuereinnahmen nach einem progressiv ausgestalteten Einkommensteuertarif erhoben wird. Ein solcher Tarif soll gewährleisten, dass Personen in Abhängigkeit von ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Ausgaben herangezogen werden. Diese Art der Tarifausgestaltung hat jedoch nicht nur zur Folge, dass natürliche Personen mit geringerer Leistungsfähigkeit nur unterdurchschnittlich Steuern entrichten; auch in Regionen, in denen geringere Einkommen erwirtschaftet werden, werden nur unterdurchschnittlich Steuern vereinnahmt.

Außerdem wurden zur Förderung der Wirtschaft in den Neuen Ländern gezielt Steuer-subsidien geschaffen – noch heute gibt es die Investitionszulage –, die die Steuerquote vor allem hier senkten.

3.8 Niveau des Steueraufkommens in Ostdeutschland^a

Einnahmen aus Gemeinschaft-, Länder- und Gemeindesteuern (vor Zerlegung)
- in Euro je Einwohner und in % -



^a In Abgrenzung der Finanzstatistik; Gemeinschaftsteuern ohne Einfuhrumsatzsteuer, Länder- und Gemeindesteuern. – Westdeutschland: Flächenländer Bundesrepublik Deutschland im Gebietsstand vor 1991; Ostdeutschland: Flächenländer im Beitrittsgebiet; Deutschland: West- und Ostdeutschland sowie Stadtstaaten. Niveau: Einnahmen in Ostdeutschland in Relation zu westdeutschen Flächenländern in %.

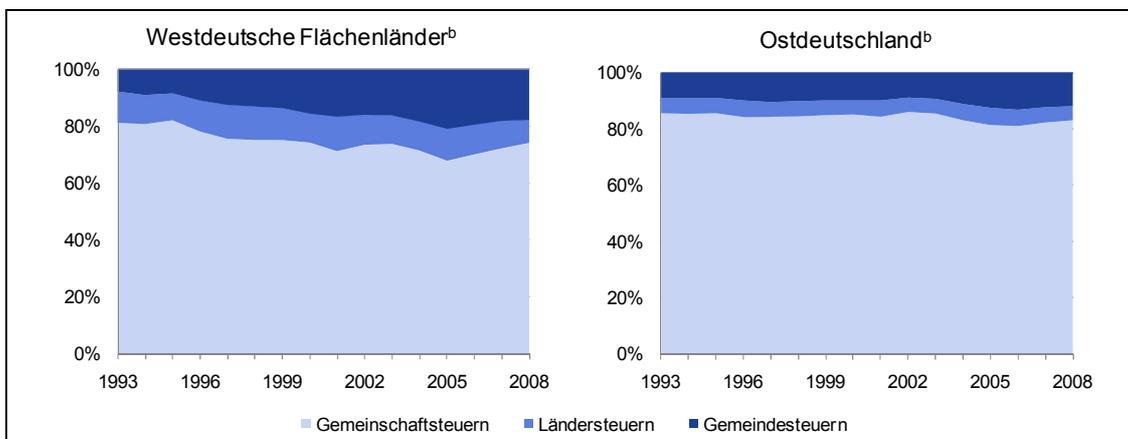
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Das durchschnittliche Steueraufkommen je Einwohner² lag in den Alten Ländern im Jahr 1993 bei 4 000 Euro und stieg in der Folge auf knapp 5 400 Euro im Jahr 2008. In den Neuen Ländern nahm es im gleichen Zeitraum von gut 1 000 Euro auf über 2 100 Euro zu und erreichte damit 37% des in den westlichen Ländern vereinnahmten Durchschnittswertes. Dieses Niveau war bereits im Jahr 1995 nahezu realisiert worden, in der Zwischenzeit jedoch wieder deutlich zurückgegangen – auf 27% im Jahr 2002. Hierfür ist zum einen verantwortlich, dass sich die konjunkturelle Entwicklung in Ländern mit niedrigerem Einkommensniveau stärker in einer Veränderung des Steueraufkommens niederschlägt; dies ist in der deutlich progressiven Ausgestaltung des Steuersystems begründet. Zum anderen sind Steuerausnahmetatbestände verantwortlich. So konnten für Investitionen im Beitrittsgebiet Anfang der 90er Jahre Sonderabschreibungen geltend gemacht werden. Die mit diesen Abschreibungen verbundenen Steuerausfälle schlugen besonders in den Jahren 1995 und 1996 zu Buche (und erreichten hier 13% beziehungsweise 11% des Bruttogewinnsteueraufkommens in Ostdeutschland).

Allerdings wirkten sich auch finanzstatistische Abzugstatbestände aus, die gesamtdeutscher Natur sind, aber umso stärker im Aufkommen insgesamt durchschlagen, je niedriger es ist. Seit 1996 wird das Kindergeld finanzstatistisch vom Lohnsteueraufkommen abgezogen. Obgleich die Kindergeldzahlungen je Einwohner in Ost- niedriger sind als in Westdeutschland – die Anzahl der Kinder je Einwohner ist geringer – bewirkte die statistische Umbuchung, dass die in Ostdeutschland je Einwohner entrichtete Lohnsteuer in Relation zu der in westdeutschen Flächenstaaten vereinnahmten Lohnsteuer sprunghaft um sechs Prozentpunkte zurückging. Für einen Steuerkraftvergleich ist dies umso gravierender, als die Lohnsteuer die aufkommensstärkste Steuer darstellt.³

3.9 Steueraufkommen nach Ebenen^a

- Einnahmen aus Gemeinschaft-, Länder- und Gemeindesteuern (vor Zerlegung) -



^a In Abgrenzung der Finanzstatistik; Gemeinschaftsteuern ohne Einfuhrumsatzsteuer, Länder- und Gemeindesteuern.
^b Westdeutsche Flächenländer: Flächenländer Bundesrepublik Deutschland im Gebietsstand vor 1991; Ostdeutschland: Flächenländer im Beitrittsgebiet.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

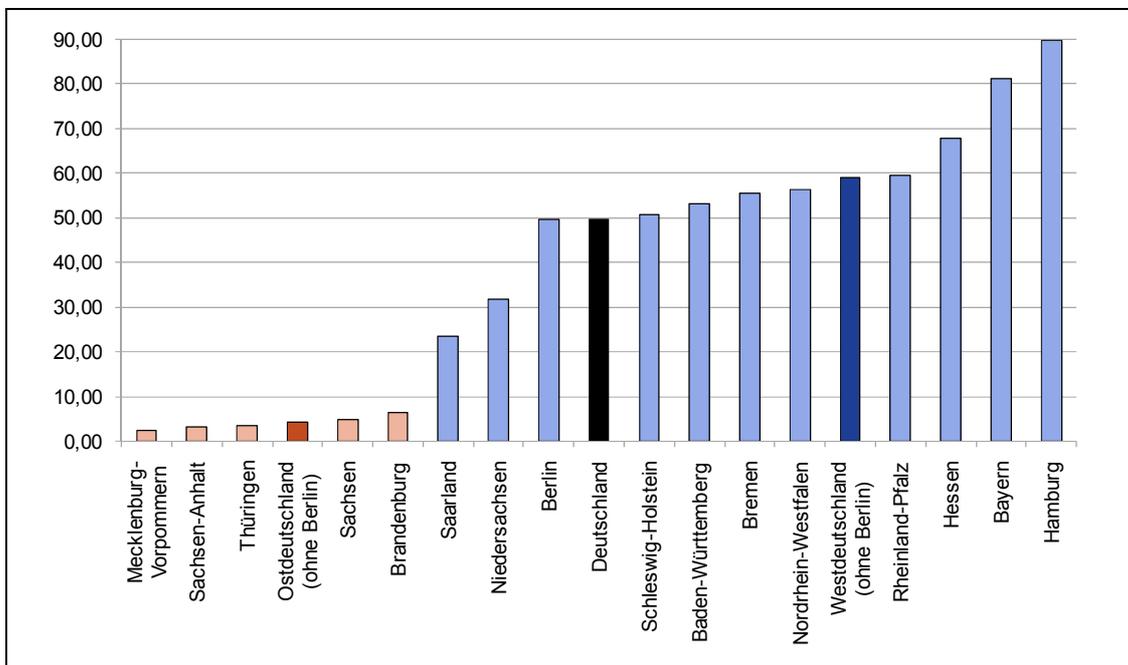
Die Struktur der Steuereinnahmen in den ost- und westdeutschen Flächenländern erscheint auf den ersten Blick ähnlich.⁴ Der Hauptteil geht auf die Einnahmen aus den Gemeinschaftsteuern zurück. Mit großem Abstand folgen die Einnahmen aus den Gemeindesteuern und schließlich jene aus den Ländersteuern.

Dennoch ist der Befund bedenklich. Während die aufkommenstärksten Steuern, die Gemeinschaftsteuern, in den westlichen Flächenländern für 85% bis 90% des Steueraufkommens verantwortlich sind, liegt ihr Anteil in Ostdeutschland im gesamten Zeitraum zwischen 75% und 80%. Dieser Abstand erscheint zwar gering, allerdings zeigt sich hier ganz deutlich, dass die Einnahmeschwäche der öffentlichen Hand in den Neuen Ländern vorrangig durch die Gemeinschaftsteuern begründet ist.

Wieder ist es das niedrige Einkommensniveau, das aufgrund von Progressionseffekten das Steueraufkommen begrenzt. Hinzu kommt, dass die Umsatzsteuer, die in der obigen Abgrenzung, anders als die Einfuhrumsatzsteuer, enthalten ist, zwar letztlich den Endverbraucher belastet, aufgrund der Erhebungstechnik jedoch dort anfällt, wo die Produktion stattfindet. Auch hier haben die Neuen Länder nach wie vor einen unterdurchschnittlichen Anteil; die Bruttowertschöpfung je Einwohner erreicht ein Niveau von mittlerweile knapp 80% der in den Alten Ländern erzielten Wertschöpfung.

3.10 Erbschaftsteueraufkommen der Länder 2005

Steueraufkommen pro Einwohner
- in Euro -



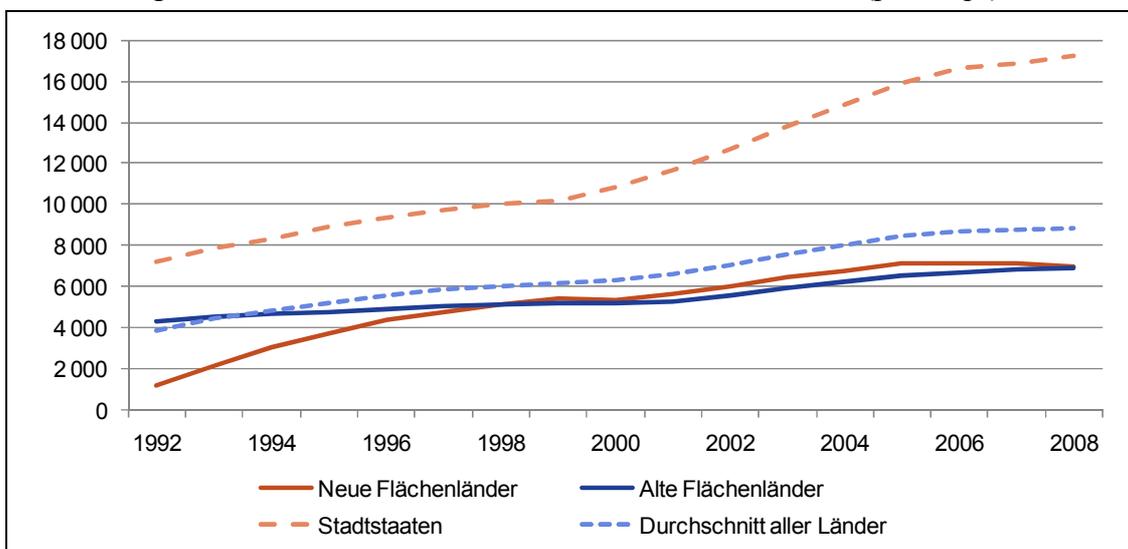
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Erbschaftsteuer wird im Bundesland des ersten Wohnsitzes eines Erben erfasst und abgeführt. Steuerbasis sind die Ansprüche aus Vermögensübertragungen durch Schenkungen und Erbschaften. Infolge erheblicher Freibeträge vor allem bei nahen Angehörigen bleiben kleinere Erbschaften weitgehend verschont, sodass sie letztlich nur größere Vermögensansprüche erfasst.

Aus obiger Abbildung werden die erheblichen Aufkommensunterschiede zwischen den Alten und den Neuen Ländern deutlich. Diese regionalen Unterschiede sind einmal Folge der Enteignungen zu Zeiten der DDR und der fehlenden Rückgabe von größeren Vermögen an Gebietsansässige. Größere wirtschaftliche Vermögen sind erst im Aufbau. Wesentliche Vermögensarten, beispielsweise an Mietimmobilien als Teil einer privaten Altersvorsorge von Selbstständigen, existieren in den Neuen Ländern bisher kaum – in jedem Fall sind sie derzeit kaum mit Schenkungen und Erbschaften verbunden. Schließlich ist das Ergebnis auch Folge der Förderpolitik, nämlich des Lenkens privaten Kapitals aus den westlichen in die östlichen Bundesländer.

3.11 Entwicklung der Schuldenstände der öffentlichen Haushalte

Entwicklung der Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden (pro Kopf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der durchschnittliche Schuldenstand der Länder und Gemeinden betrug im Jahr 1992 fast 4.000 Euro je Einwohner. Bis zum Jahr 2008 hatten sich die durchschnittlichen Schulden der Länder und Gemeinden mehr als verdoppelt (über 8.800 Euro je Einwohner). Die Ursachen dieses Schuldenanstiegs sind (zeitlich) zweigeteilt.

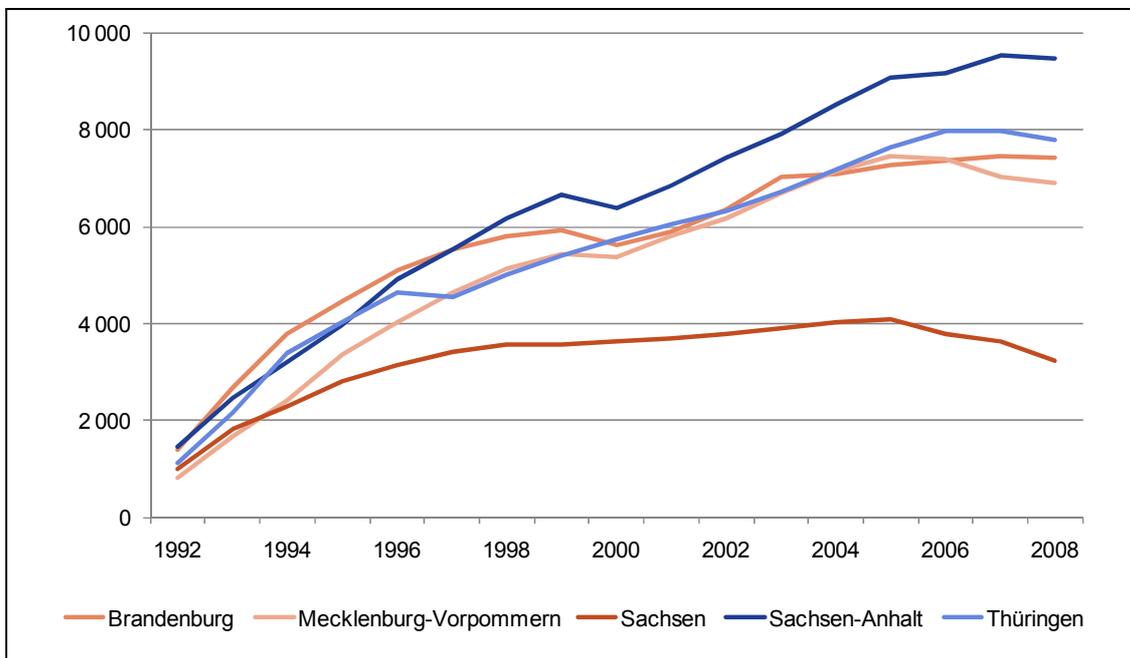
Bis zur Jahrtausendwende beruhten sie vornehmlich auf den gestiegenen finanziellen Belastungen der Wiedervereinigung und den damit einhergehenden Mehrausgaben. Hervorzuheben ist an dieser Stelle der Anstieg der Pro-Kopf-Schulden zwischen 1992 und 1995. In den Neuen Flächenländern kam es in dieser Zeit zu einer Verdreifung der durchschnittlichen Schulden je Einwohner. In den Stadtstaaten erhöhten sich die durchschnittlichen Schulden je Einwohner um rund ein Viertel. Dagegen stiegen die Pro-Kopf-Schulden der Alten Flächenländer in dieser Zeit nur leicht.

Nach der Jahrtausendwende sind die steigenden Schuldenstände der Länder und Gemeinden weniger die Folge überdurchschnittlicher Ausgaben sondern vielmehr die Ursache hoher Einnahmerückgänge. Diese resultierten primär aus einer sehr schwachen Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Ausgabenseitig sind bei den Ländern nach der Jahrtausendwende verstärkt Konsolidierungsbemühungen zu beobachten. Dies wird insbesondere bei den Neuen Flächenländern deutlich, die in den Jahren 2007 und 2008 ihre Kreditmarktschulden sogar senken konnten und im Jahr 2008 somit erstmals seit dem Jahr 2000 einen ähnlich hohen durchschnittlichen Schuldenstand aufweisen wie die Alten Flächenländer. In den Stadtstaaten setzte sich der Trend der steigenden Pro-Kopf-Schulden dagegen weiter fort.

3.12 Entwicklung der Schuldenstände der Neuen Flächenländer

Kreditmarktschulden der ostdeutschen Flächenländer

- in Euro je Einwohner -

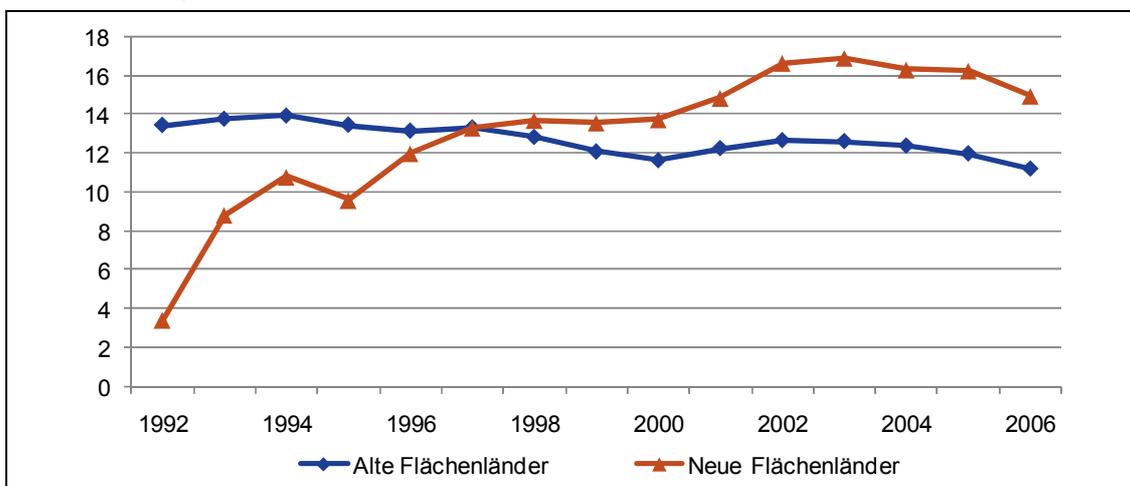


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Fokussiert man die Betrachtung der Schuldenstände auf die Kreditmarktschulden der Neuen Flächenländer (ohne Gemeinden), so zeigt sich anfänglich eine relativ homogene Entwicklung. Die Ausnahme bildet der Freistaat Sachsen, der bereits frühzeitig seine jährliche Nettoneuverschuldung begrenzt und somit seinen Schuldenstand relativ konstant halten kann. Die anderen Flächenländer weisen insbesondere in den 90er Jahren relativ hohe Steigerungsraten der Kreditmarktschulden je Einwohner auf. Den stärksten Schuldenzuwachs verzeichnete das Land Sachsen-Anhalt. Der konjunkturelle Aufschwung sowie Erfolge in den Konsolidierungsbemühungen führten ab dem Jahr 2006 in den Neuen Flächenländern zu einem verlangsamten Anstieg der Schuldenstände bzw. zu einem teilweisen Stopp der Nettoneuverschuldung. Eine weniger ausgeprägte Konsolidierungsphase ist zudem bereits um das Jahr 2000 zu beobachten.

3.13 Zins-Steuer-Quoten der Flächenländer

Zins-Steuer-Quoten für die Flächenländer



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der kumulierten Zins-Steuer-Quoten für die Alten und Neuen Flächenländer im Zeitraum 1992 bis 2006. Die Zins-Steuer-Quote ist ein Indikator der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Er wurde unter anderem vom Bundesverfassungsgericht zur Beurteilung der Haushaltslagen von Berlin, Bremen und dem Saarland herangezogen. Auch der im Jahr 2010 neu gegründete Stabilitätsrat verwendet diese Größe als Kennzahl zur regelmäßigen Überwachung der Haushalte von Bund und Ländern. Allgemein weist die Zins-Steuer-Quote den Anteil der Steuereinnahmen aus, der bereits von vorn herein durch Zinsausgaben gebunden ist und den Ländern entsprechend nicht mehr zur Finanzierung von öffentlichen Ausgaben zur Verfügung steht. Bei gleichbleibenden Steuereinnahmen kann die Höhe der Quote durch Änderungen des Schuldenstands oder der Kreditmarktzinsen schwanken.

Anhand der Abbildung werden für die Alten und Neuen Flächenländer zwei gegenläufige Entwicklungen sichtbar. Die durchschnittliche Zins-Steuer-Quote der Alten Flächenländer sank im Betrachtungszeitraum von rund 14% auf 11%. Im Gegensatz dazu stieg die durchschnittliche Zins-Steuer-Quote der Neuen Flächenländer im Betrachtungszeitraum stark an. Der Anstieg bis Mitte der 90er Jahre ist nicht zuletzt auf umfangreiche kommunale Investitionen in den ersten Jahren nach der Deutschen Einheit zurückzuführen. Nach dem darauf folgenden kurzen Rückgang stieg die durchschnittliche Quote der Neuen Flächenländer bis zum Jahr 2003 weiter an. Seit dem Jahr 1998 liegt sie über dem durchschnittlichen Niveau der Alten Flächenländer, deren Zins-Steuer-Quote seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt leicht zurückging. Erst ab dem Jahr 2004 ist auch bei den Neuen Flächenländern ein Rückgang der Zins-Steuer-Quoten zu beobachten. Die Ursachen hierfür sind mit denen der Alten Flächenländer identisch. Die Länder profitierten vom sinkenden nominalen Zinssatz. Bei den Neuen Ländern machten sich zudem auch verstärkt Konsolidierungsbemühungen bemerkbar. Zusätzlich beeinflusste der ab dem Jahr 2005 einsetzende konjunkturelle Aufschwung die positive Entwicklung der Zins-Steuer-Quote.

4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Auch zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR hat sich der Arbeitsmarkt in den Neuen Bundesländern noch nicht dem westdeutschen Niveau angepasst. Deutlich höhere Arbeitslosenzahlen, ein größerer Anteil an Langzeitarbeitslosen und damit so genannte Hartz-IV-Empfänger stellen jedoch nur einen Aspekt der Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt bzw. der Beschäftigungsentwicklung dar. Längere (tarifliche) Arbeitszeiten und eine im Vergleich zu Westdeutschland immer noch niedrigere Entlohnung sind weitere Unterscheidungsmerkmale. Eine weitgehend fehlende Tarifbindung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im nicht industriellen Bereich führt dazu, dass vielerorts Löhne gezahlt werden, die pro Stunde gerechnet deutlich unter 7,50 Euro liegen und vielfach nicht ausreichen, den normalen Lebensunterhalt einer Familie (trotz Vollzeitbeschäftigung des Erwerbstätigen) zu finanzieren, sodass es eine erhebliche Anzahl von so genannten „Aufstockern“ in den Neuen Ländern gibt.

Im Gegensatz zu diesen eher wenig erfreulichen Tatbeständen ist andererseits festzuhalten, dass sich die Situation für Fachkräfte und Facharbeiter bereits verbessert hat und zukünftig eher mit einem Mangel an Fachkräften als mit einem Überschuss zu rechnen ist. Allerdings ist diese Entwicklung weniger das Ergebnis einer stark wachsenden Region, sondern folgt aus dem Tatbestand, dass einerseits sehr viele junge, qualifizierte Menschen, und hier insbesondere junge Frauen, verstärkt nach Westdeutschland abgewandert sind oder täglich/wöchentlich pendeln, und andererseits der „Nachschub“ für den Arbeitsmarkt infolge des extremen Geburtenrückgangs unmittelbar nach der Wende ab 2010 deutlich zurückgehen und dementsprechende Spuren hinterlassen wird. Dies erklärt auch, warum verschiedene Initiativen in ostdeutschen Ländern gestartet wurden, um Fachkräfte zu binden oder wieder ins Land zurückzuholen. Die Verfügbarkeit von Fachkräften für Unternehmen ist eine wesentliche Entscheidungsgrundlage, wenn es um Neuansiedlung geht oder darum, ob und wo ein Unternehmen expandieren möchte. Damit ein solches Potenzial geschaffen und erhalten werden kann, sind verstärkt Anstrengungen im Bereich der Bildung erforderlich – sowohl auf Seiten des Staates als auch auf Seiten der privaten Arbeitsmarktakteure durch betriebliche Weiterbildung bzw. durch das, was üblicherweise mit dem Begriff „Lebenslanges Lernen“ bezeichnet wird. Somit gilt es, diese Chancen zukünftig zu erkennen und konsequent für die Entwicklung des Wirtschaftsraums zu nutzen.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Hans-Ulrich Brautzsch (4.3, 4.16, 4.17, 4.18, 4.19, 4.20, 4.21, 4.22, 4.23)

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Marco Sunder (4.2, 4.7, 4.8, 4.9)

Herbert.Buscher@iwh-halle.de

Dirk Trocka (4.5, 4.7, 4.8, 4.9)

Herbert.Buscher@iwh-halle.de

Katja Wilde (4.2)

Katja.Wilde@iwh-halle.de

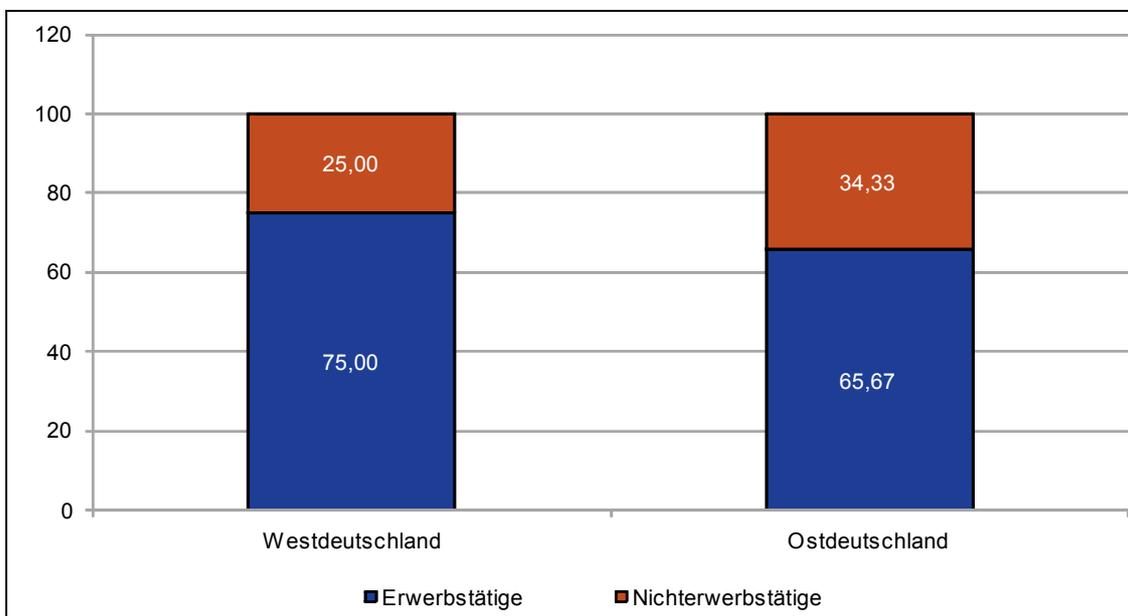
Die verbleibenden Themenbereiche wurden von den Herausgebern bearbeitet. Für Rückfragen steht ***Herbert S. Buscher*** zur Verfügung (Herbert.Buscher@iwh-halle.de).

Kapitelübersicht

4.1	Erwerbsbeteiligung auch 2007 in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland	94
4.2	Unterschiedliche Bildungswege der 30- bis 60-Jährigen in den Neuen und Alten Bundesländern	95
4.3	Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland	96
4.4	Gemeldete Berufsausbildungsstellen: Konstantes Angebot im Westen, leichte Abnahme im Osten	97
4.5	Fachkräftebedarf 2007	98
4.6	Werden Arbeitskräfte entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt?	100
4.7	Formale Qualifikationsstrukturen der Erwerbspersonen	101
4.8	Qualifikation und Erwerbslosigkeitsrisiko	102
4.9	Ist der vertikale Mismatch in Ostdeutschland größer als auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt?	103
4.10	Registrierte Arbeitslose in Ostdeutschland	104
4.11	Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit: Nur geringe Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland	105
4.12	Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen in Ost- und Westdeutschland	106
4.13	Arbeitslosengeldempfänger (Leistungen nach SGB III)	107
4.14	Durchschnittliche Höhe von Leistungen nach SGB II	108
4.15	Selbstständige im Ost-West-Vergleich: Seit 2005 höhere Selbstständigenquote im Osten	109
4.16	Erwerbsbeteiligungsquote: In Ostdeutschland nach wie vor höher als in Westdeutschland	110
4.17	Teilzeitquote: Deutliche Annäherung Ostdeutschlands an Westdeutschland	111
4.18	Arbeitsplatzausstattung in West- und Ostdeutschland	112
4.19	„Atypische“ Beschäftigung: Ostdeutschland gleicht sich an	113
4.20	Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland gesunken	114
4.21	„Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland	115
4.22	Langsame Anpassung der geleisteten Jahresarbeitszeit	116
4.23	Tarifliche Jahresarbeitszeiten in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland	117

4.1 Erwerbsbeteiligung auch 2007 in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland

Anteil an Erwerbsfähigen (Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren)^a
- in % -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

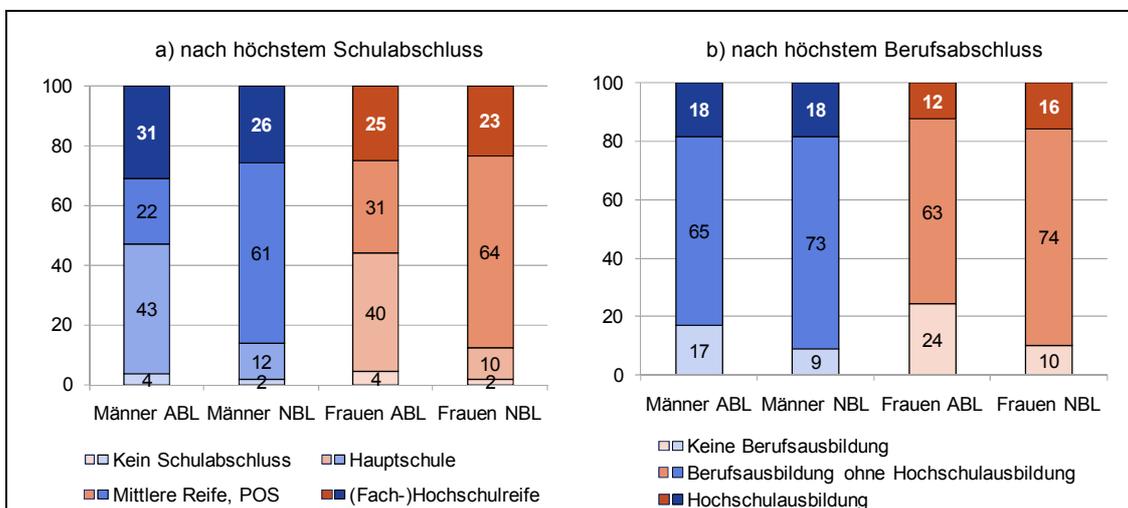
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Reguläre Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland ist im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen geringer: 2007 erreichte die Erwerbstätigenquote einen durchschnittlichen Wert von rund 66%, dies sind etwa neun Prozentpunkte weniger als die Erwerbstätigenquote in Westdeutschland. Die Gründe für diese Unterschiede liegen einerseits in der nach wie vor hohen Arbeitslosenquote in den Neuen Bundesländern im Vergleich zu Westdeutschland, aber andererseits auch darin, dass aufgrund unterschiedlicher Lebensformen (alleinerziehende) Personen im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Als nicht erwerbstätig gelten zudem jene Personen, die zwar zwischen 15 und 65 Jahren alt sind, jedoch nicht die Absicht haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dies bedeutet, dass die beiden Anteile an Nichterwerbstätigkeit von 25% bzw. 34,33% nicht mit der Arbeitslosigkeit in beiden Regionen gleichgesetzt werden dürfen.

4.2 Unterschiedliche Bildungswege der 30- bis 60-Jährigen in den Neuen und Alten Bundesländern

Bevölkerung im Alter von 30 bis 60 Jahren im Jahr 2005

- in % -



Abweichungen durch Rundung möglich. – ABL = Alte Bundesländer; NBL = Neue Bundesländer.

Quellen: Mikrozensus 2005, Scientific Use File. Es werden nur Personen aus Privathaushalten und ohne fehlende Angabe zur Art des Abschlusses berücksichtigt. Berlin wird den Neuen Bundesländern zugerechnet. Berechnungen und Darstellung des IWH.

In den Neuen Bundesländern verfügen in der Altersgruppe 30 bis 60 Jahre deutlich mehr Menschen über einen mittleren Schulabschluss bzw. über eine Hochschulzugangsberechtigung als in den Alten Bundesländern. Während in Westdeutschland knapp die Hälfte als höchsten Schulabschluss den Hauptschulabschluss bzw. keinen Abschluss angibt, trifft dies in Ostdeutschland nicht einmal auf jeden Siebten zu. Damit einhergehend zeigt sich, dass in Ostdeutschland ein höherer Anteil der Bevölkerung in der genannten Altersgruppe über eine berufliche Qualifikation verfügt: Neun von zehn Ostdeutschen – gegenüber vier von fünf Westdeutschen – haben eine berufliche Ausbildung bzw. ein Studium absolviert.

An dieser Stelle ist jedoch auch zwischen den Arten der Abschlüsse zu unterscheiden. In den Alten Bundesländern liegt der Anteil der Personen mit Hochschulzugangsberechtigung etwas höher als in den Neuen Bundesländern. Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem höheren Grad an tertiärer Bildung, d. h. einem Studium an einer Berufsakademie, Fachhochschule oder Universität. So liegen die Neuen Bundesländer hinsichtlich der Akademikerquote gleichauf bzw. leicht über dem Niveau Westdeutschlands. Während mehr als zwei Drittel der Frauen in Ostdeutschland mit einer Hochschulzugangsberechtigung die Möglichkeit zum Studium erfolgreich wahrgenommen haben, trifft dies in Westdeutschland nur auf die Hälfte der Frauen dieser Gruppe zu. Ein vergleichbares Muster zeigt sich auch bei Männern: Sieben von zehn ostdeutschen Männern mit (Fach-)Abitur können einen Studienabschluss vorweisen, im Vergleich zu sechs Westdeutschen.

4.3 Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2007 und 2008

	2007	2008	Veränderung
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Arbeitnehmer	5 105	5 152	47
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4 067	4 125	58
Vollzeit	3 350	3 368	18
Teilzeit	717	757	40
Geförderte ^b	89	99	10
Nicht geförderte	3 978	4 025	47
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	537	530	-7
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	114	114	0
Sonstige	387	383	-4
Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	636	634	-2
Geförderte Selbstständigkeit	66	44	-22
Ich-AG	18	24	6
Überbrückungsgeld	1	0	-1
Einstiegs geld (Variante: Selbstständigkeit)	42	15	-27
Gründungszuschuss	6	5	-1
Nicht geförderte Selbstständigkeit	570	590	20
Erwerbstätige (Inland)	5 741	5 786	45
<i>Darunter:</i>			
Geförderte Erwerbstätige	269	257	-12
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>in Mio. Stunden</i>		
Arbeitsvolumen	8 561	8 602	41

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

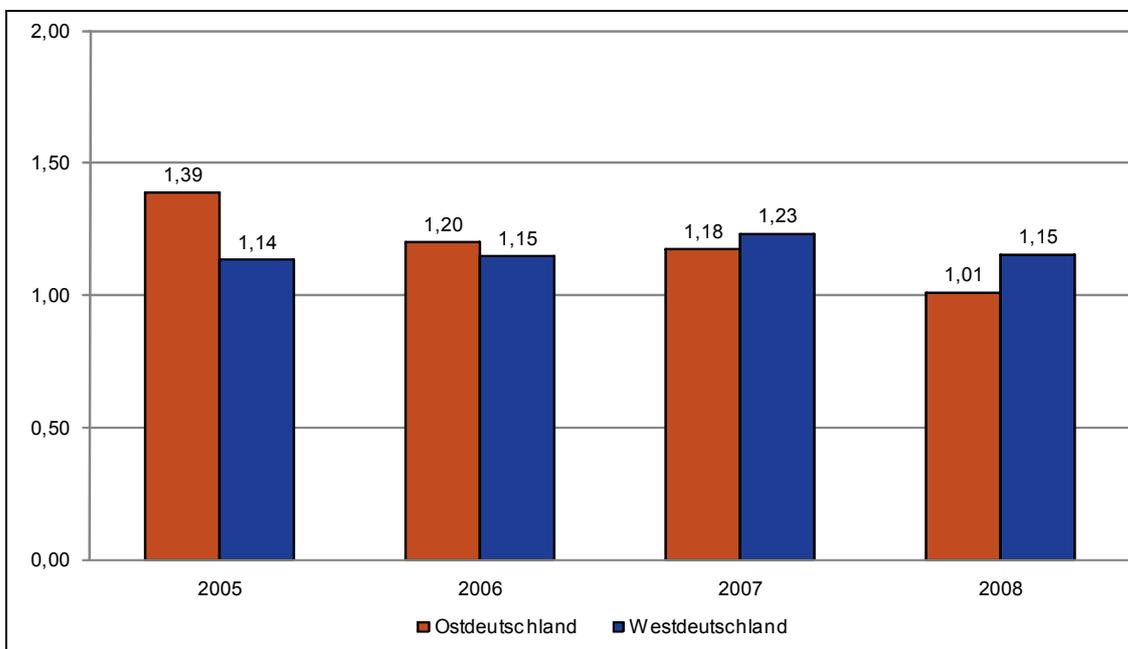
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich infolge der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahr 2008 um 45 000 Personen bzw. 0,8% gegenüber dem Vorjahr zu; in Westdeutschland betrug die Zunahme 1,5%. Mit etwa 0,5% stieg das geleistete Arbeitsvolumen etwas schwächer. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich so genannte „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit ausgeweitet haben.

Die Zahl der staatlich subventionierten Arbeitsplätze ging im Jahr 2008 um 12 000 gegenüber dem Vorjahr zurück. Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Tendenzen: Zum einen sank infolge der veränderten Förderkonditionen die Anzahl der geförderten Selbstständigen um 22 000 Personen. Zum anderen stieg die Zahl der staatlich subventionierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 10 000. Dazu trug maßgeblich die stärkere Inanspruchnahme von Eingliederungszuschüssen bei.

4.4 Gemeldete Berufsausbildungsstellen: Konstantes Angebot im Westen, leichte Abnahme im Osten

Gemeldete Berufsausbildungsstellen im Verhältnis zu den Erwerbstätigen^a
- in % -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

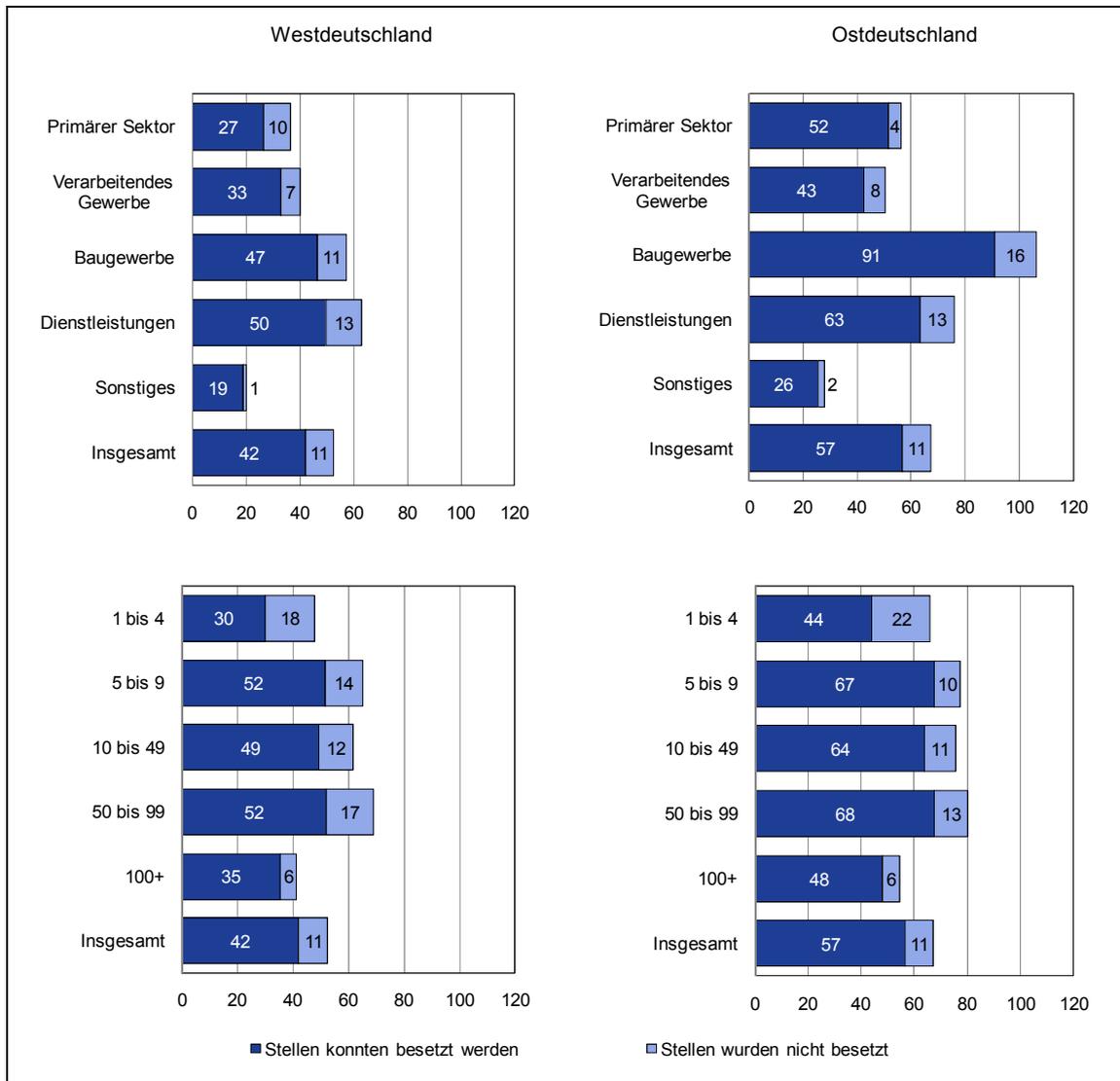
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Das Angebot an Lehrstellen im Verhältnis zu den Erwerbstätigen blieb über die letzten Jahre relativ konstant in Westdeutschland und schwankte zwischen 1,23 und 1,14, ohne klar erkennbare Tendenz zu steigen oder zu sinken. Anders dagegen verläuft das Lehrstellenangebot relativ zu den Erwerbstätigen in Ostdeutschland. Hier ist seit 2005 eine ständige Abnahme zu verzeichnen. Betrug es 2005 noch 1,39, so lag es 2008 nur noch bei 1,01. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass noch bis 2006 das Lehrstellenangebot (relativ) in Ostdeutschland den westdeutschen Anteil übertraf. Seit 2007 jedoch drehte sich die Quote zugunsten der westdeutschen Betriebe um.

4.5 Fachkräftebedarf 2007

Befriedigte und unbefriedigte Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften im ersten Halbjahr 2007^a

- je 1 000 beschäftigte qualifizierte Fachkräfte -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hochspezialisierte Produktionsprozesse verlangen nach qualifizierten Arbeitskräften. Somit ist es vorstellbar, dass auch in Regionen mit einer hohen Anzahl an Arbeitssuchenden die gewünschten Qualifikationen eine knappe Ressource darstellen und das qualifikationsspezifische Arbeitskräfteangebot und die Nachfrage der Unternehmen nach solchen Fachkräften auseinanderklaffen. Zusätzlich spielt der demographische Wandel bereits eine Rolle. Altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter können in einer schrumpfenden Gesellschaft zunehmend schwieriger durch junge ersetzt werden. Darüber hinaus kann es in Phasen rascher wirtschaftlicher Expansion zu gesteigertem Fachkräftebedarf der Unternehmen kommen, sodass die regionale Wissensbasis an Kapazitätsgrenzen stößt. Als besonderen Problembereich stellen sich die „MINT“-Fächer – Mathematik, Ingenieur-/Naturwissenschaften und Technik – dar.

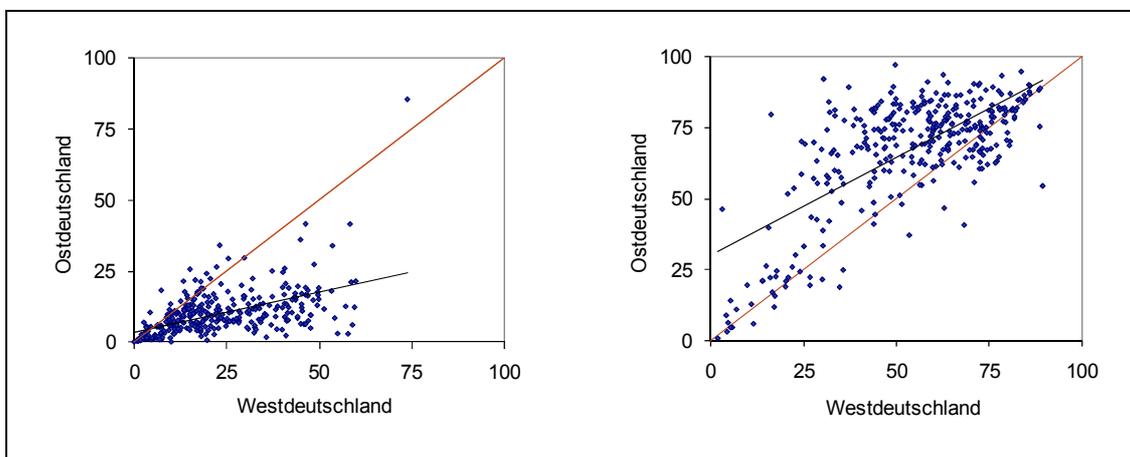
Inwieweit Fachkräfteengpässe auch in Ostdeutschland zu beobachten sind, lässt sich mit dem IAB-Betriebspanel untersuchen, das im Jahr 2007 spezielle Fragen zur Suche nach qualifizierten Fachkräften bzw. deren Neueinstellung im Betrieb umfasste. Die Abbildung zeigt die Höhe des Neueinstellungsbedarfs von qualifizierten Fachkräften im ersten Halbjahr 2007, relativ zum Bestand an qualifizierten Fachkräften, differenziert nach Sektoren bzw. Betriebsgrößenklassen.⁵ Neueinstellungsbedarf kann dabei sowohl im Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter begründet sein als auch durch geplante Beschäftigungszuwächse der Betriebe. Der gesamte Neueinstellungsbedarf betrug in Westdeutschland 53 Fachkräfte pro 1 000 besetzte Stellen für qualifizierte Tätigkeiten. In Ostdeutschland wurde dieser Wert mit knapp 68 sogar übertroffen. Dabei zeigen sich zwischen den Sektoren deutliche Unterschiede. Während in Ostdeutschland vor allem der Bausektor hohen Neueinstellungsbedarf aufwies, verzeichneten in Westdeutschland Betriebe des Dienstleistungssektors die höchsten relativen Bedarfe. Hinsichtlich der Betriebsgröße lässt sich dagegen keine eindeutige Aussage treffen.

In beiden Teilen des Landes konnte der Neueinstellungsbedarf zum überwiegenden Teil gedeckt werden. Allerdings blieben jeweils elf Stellen je 1 000 qualifizierte Fachkräfte unbesetzt, sodass in dieser Hinsicht zwischen Ost- und Westdeutschland Gleichstand herrscht. Setzt man jedoch die unbesetzten Stellen ins Verhältnis zum gesamten Neueinstellungsbedarf der Unternehmen, ergibt sich für Ostdeutschland mit 16% ein niedrigeres Ausmaß ungedeckten Bedarfs als in Westdeutschland (20%), sodass sich dort die Suche nach geeigneten Fachkräften etwas schwieriger gestaltet haben dürfte.

4.6 Werden Arbeitskräfte entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt?

Anteil der Beschäftigten
ohne Berufsabschluss in den Berufen

Anteil der Facharbeiter
in den Berufen



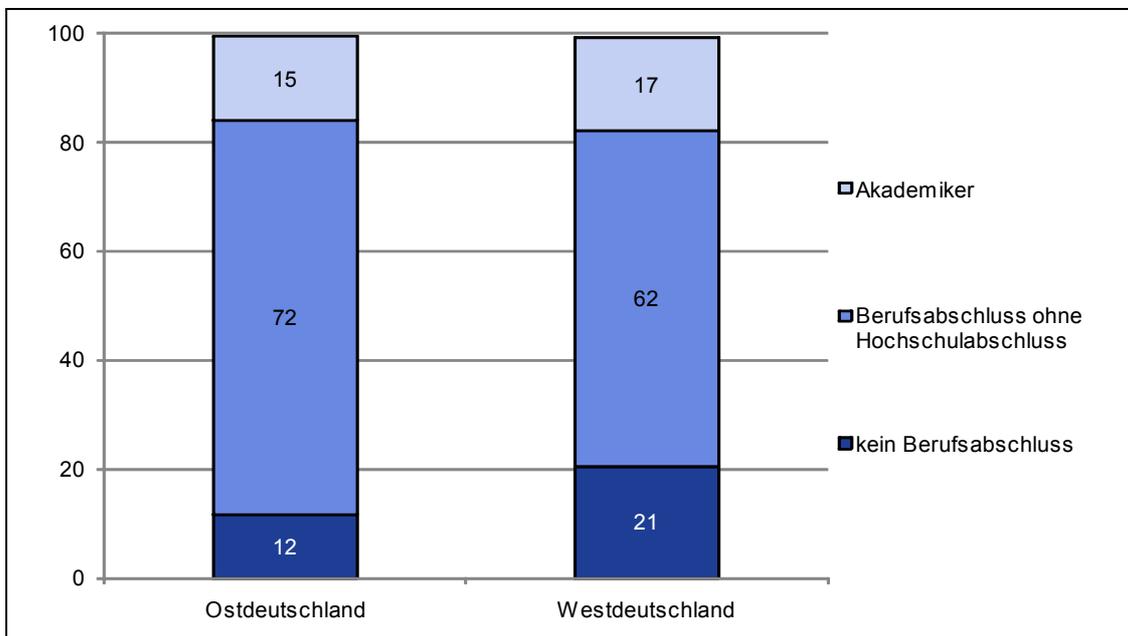
Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Nimmt man westdeutsche Verhältnisse als „Norm“, dann wird ein nicht unbeträchtlicher Teil des ostdeutschen Humankapitals nicht entsprechend seiner formalen Qualifikation eingesetzt. Nur allein dieser Tatbestand verringert die erreichbare Produktivität. So liegt in Berufen, die in Westdeutschland typischerweise von geringqualifizierten Personen ausgeübt werden, in Ostdeutschland der Anteil der Geringqualifizierten deutlich niedriger. Dies bedeutet, dass Arbeitsplätze, die nach westdeutscher Erfahrung von geringqualifizierten Personen ausgeübt werden, in Ostdeutschland mit höher qualifizierten Arbeitskräften besetzt sind. Betroffen hiervon sind insbesondere Arbeitnehmer mit einer „mittleren“ Qualifikation, also einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Dabei handelt es sich auch um durchaus beachtliche Größenordnungen – über alle Berufe gerechnet sind gemessen an Westdeutschland rund 15% aller Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung in Ostdeutschland unter ihrer Qualifikation eingesetzt. Vergleichbares gilt auch für Facharbeiter. Entsprechend sind an Arbeitsplätzen, die nach westdeutscher Erfahrung typischerweise mit Hochschulabsolventen besetzt werden, auch in Ostdeutschland im Regelfall Personen mit Hochschulabschluss tätig. Da das Angebot an entsprechend gut ausgebildeten Personen jedoch größer ist als die Nachfrage, verdrängen diese in nicht geringem Umfang Personen mit niedrigerer Qualifikation. Insgesamt sind – gemessen an westdeutschen Verhältnissen – rund 17% aller Hochschulabsolventen „unterwertig“ beschäftigt.

4.7 Formale Qualifikationsstrukturen der Erwerbspersonen

Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen nach Hauptwohnsitz^a
- in % -



Abweichungen durch Rundung möglich. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

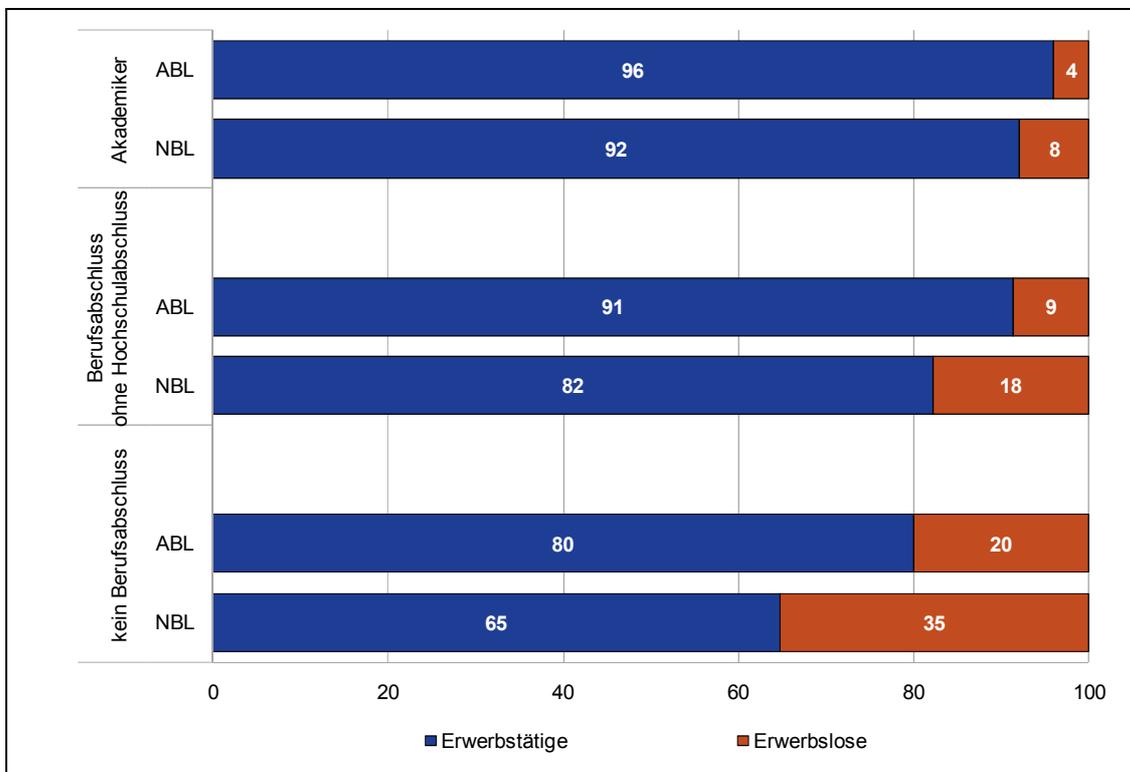
Quellen: Mikrozensus 2008; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Neben dem Bestand an Sachkapital und der Zahl der Arbeiter gilt das Humankapital – also das Know-how der Arbeitskräfte – als Motor für Wohlstand und Wachstum. So kann auf lange Sicht ein regionales Know-how-Defizit einen Anpassungsprozess ausbremsen.

Als Indikator zur Messung des Humankapitalbestands einer Region dienen oft die Ausbildungsabschlüsse der dort wohnenden Erwerbspersonen. Während der Anteil der Akademiker in Westdeutschland um rund zwei Prozentpunkte höher liegt als in den Neuen Bundesländern, besitzt in den Neuen Bundesländern ein höherer Anteil der Erwerbspersonen einen Berufsabschluss. Nur 12% verfügen über keinen Berufsabschluss, im Vergleich zu 21% in Westdeutschland. Dieser Unterschied dürfte mitunter noch eine Folge des relativ hohen formalen Ausbildungsniveaus der DDR sein, das bis heute nachwirkt.

4.8 Qualifikation und Erwerbslosigkeitsrisiko

Erwerbsstruktur der Erwerbspersonen nach Qualifikation und Hauptwohnsitz^a
- in % -



ABL = Alte Bundesländer; NBL = Neue Bundesländer. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

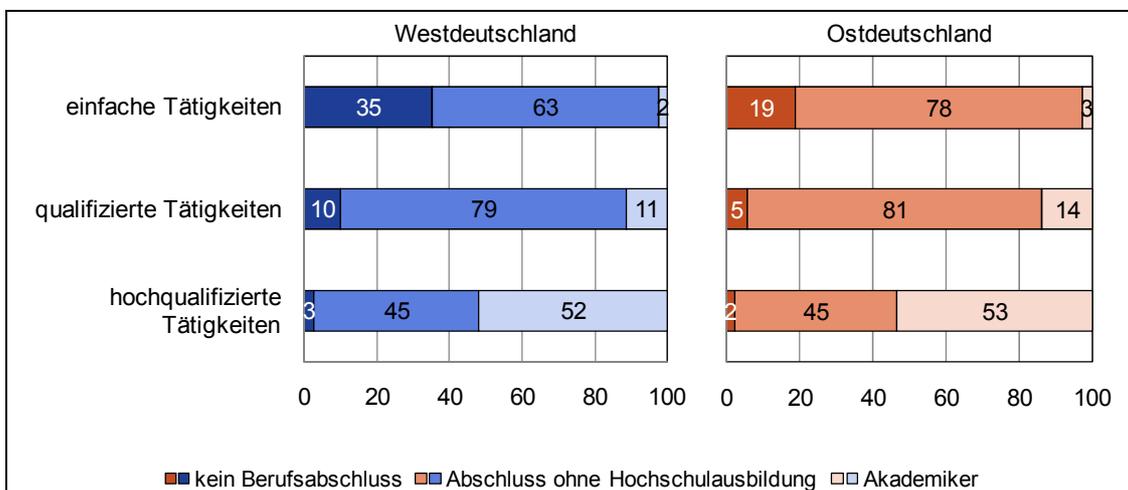
Quellen: Mikrozensus 2005; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Zuge des Transformationsprozesses kam es zu umfassenden Abschreibungen auf das in Ostdeutschland erworbene Humankapital: Nicht nur Unterschiede im Bildungssystem, sondern auch die Einführung neuer Produktionstechnologien und Phasen der Arbeitslosigkeit trugen zur Entwertung formaler Abschlüsse und des Erfahrungswissens bei. In der Folge davon können Arbeitskräfte einem erhöhten Risiko der Erwerbslosigkeit gegenüberstehen bzw. daher bereit sein, auch Stellen anzunehmen, für die sie formal überqualifiziert sind.

Wie die Abbildung nahelegt, findet sich in Ostdeutschland tatsächlich innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen ein höherer Anteil an Erwerbslosen. Das höchste Erwerbslosigkeitsrisiko verzeichnen Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss mit einer Erwerbslosenquote von 35% in den Neuen gegenüber 20% in den Alten Bundesländern. Auch unter den Erwerbspersonen mit abgeschlossenem Berufsabschluss ohne Hochschulabschluss bzw. den Akademikern liegen die ostdeutschen Quoten mit 18% bzw. 8% deutlich über denen in Westdeutschland (9% bzw. 4%).

4.9 Ist der vertikale Mismatch in Ostdeutschland größer als auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt?

Qualifikationsstruktur der Beschäftigten nach Tätigkeitsprofil und Hauptwohnsitz^a
- in % -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

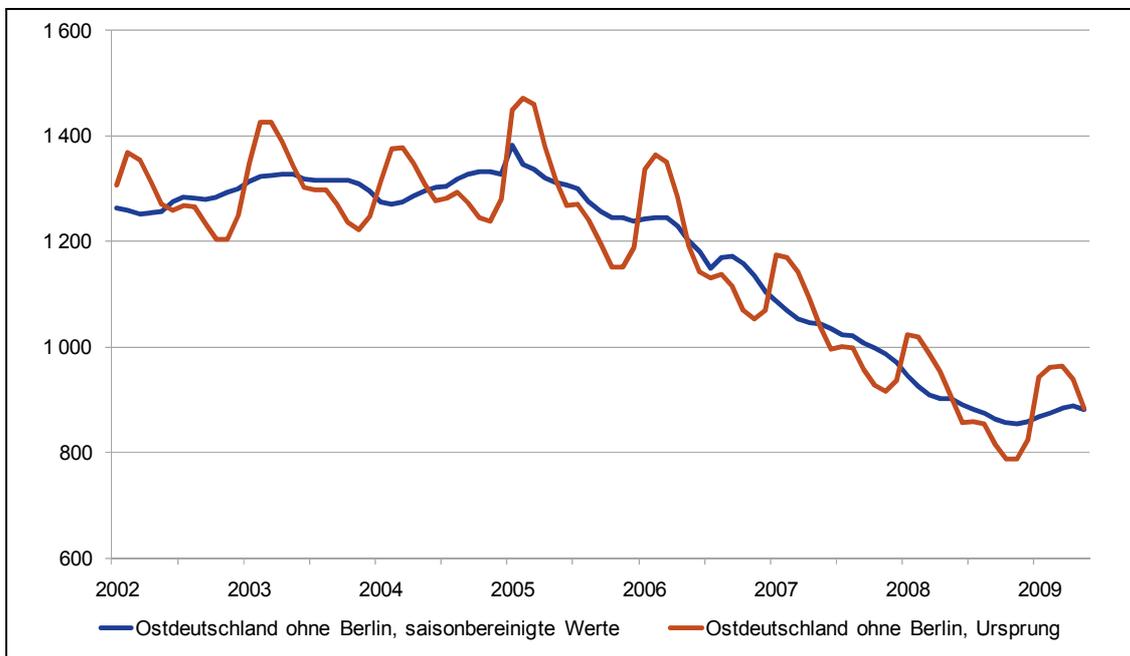
Quellen: Mikrozensus 2005; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Neben höherer Arbeitslosigkeit könnte sich der Transformationsprozess in Ostdeutschland in einem erhöhten Risiko niederschlagen, keinen Job entsprechend der eigenen formalen Qualifikation zu finden. So könnten Jobsuchende Stellen annehmen, für die sie formal überqualifiziert sind (vertikaler Mismatch). Um das Ausmaß eines möglichen vertikalen Mismatches zu untersuchen, werden die derzeit ausgeübten Berufe der Erwerbstätigen unter Anwendung der westdeutschen Verhältnisse als „Norm“ in drei Kategorien eingeteilt: Berufe mit einfachen, mit qualifizierten und mit hochqualifizierten Tätigkeiten.⁶ Die Beschäftigten (nach Hauptwohnsitz) teilen sich in Ost- und Westdeutschland nahezu identisch auf die einzelnen Tätigkeitskategorien auf: 31% der Beschäftigten üben Berufe mit einfachen Tätigkeiten aus, 50% arbeiten in Berufen mit qualifizierten Tätigkeiten und 19% in Berufen mit hochqualifizierten Tätigkeiten. Nun kann verglichen werden, inwieweit sich die Verteilung der formalen Bildungsabschlüsse auf die drei Tätigkeitskategorien zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet.

Die Auswertung auf Basis des Mikrozensus von 2005 liefert keine generelle Bestätigung für die Annahme eines in den Neuen Ländern stärker ausgeprägten vertikalen Mismatches über alle Tätigkeitskategorien. In Berufen mit qualifizierten bzw. hochqualifizierten Tätigkeitsprofilen unterscheidet sich die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten lediglich marginal. Nur in Berufen mit einfachen Tätigkeiten wird in den Neuen Bundesländern stärker auf qualifiziertes Personal zurückgegriffen: Während in Westdeutschland 65% der Beschäftigten in einfachen Tätigkeiten eine Berufs- oder Hochschulausbildung besitzen, liegt dieser Wert in Ostdeutschland bei 81%.

4.10 Registrierte Arbeitslose in Ostdeutschland

Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2006 und 2007 in Ostdeutschland
- in 1 000 Personen -



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

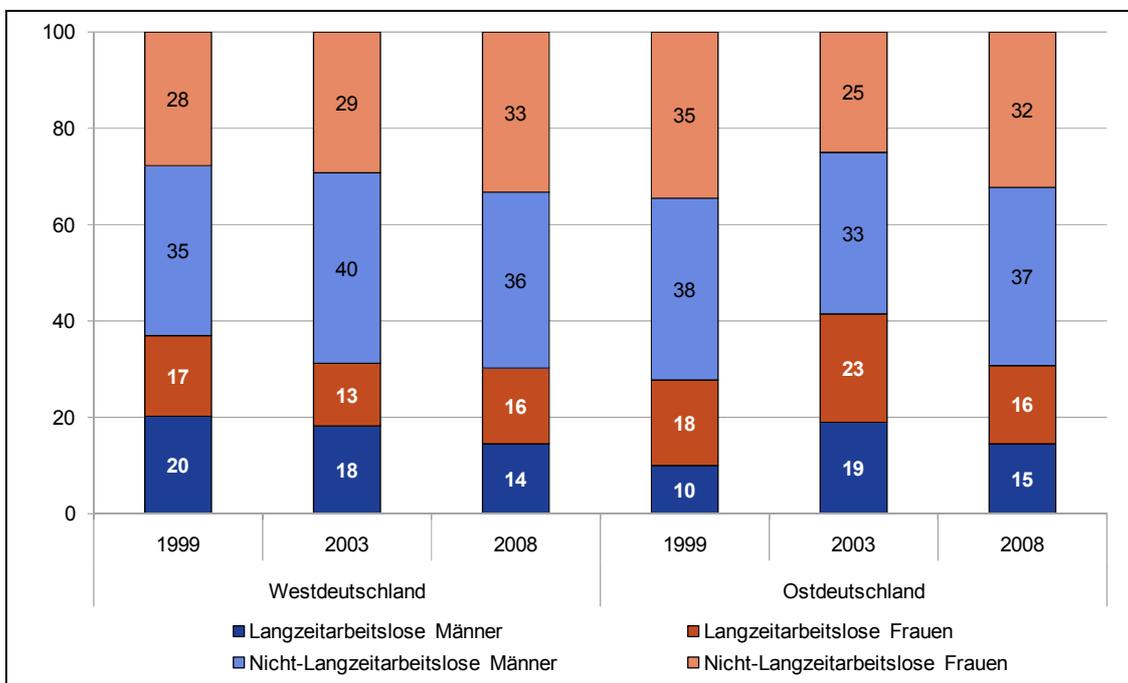
Die Zahl der registrierten Arbeitslosen zeigte zu Beginn des neuen Jahrtausends noch eine leicht steigende Tendenz in den Neuen Bundesländern und erreichte 2005 mit etwas über 1,4 Millionen Personen ihren Höhepunkt. Seitdem zeigen die Zahlen (und Abbildungen) eine deutlich abnehmende Tendenz. Gegenüber 2005 betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende 2008/Anfang 2009 nur noch 800 000 Personen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich seit der zweiten Jahreshälfte 2008 auch in Ostdeutschland bemerkbar macht, ist der Rückgang zunächst zum Stillstand gekommen. Wie die glatte Linie (die Trendentwicklung) in der Abbildung zeigt, ist für das aktuelle Jahr 2009 wieder mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen zu rechnen.

Die rote Linie zeigt die so genannten Ursprungswerte, wie sie von der Bundesagentur für Arbeit erfasst werden. Deutlich erkennbar sind die starken saisonalen Ausschläge innerhalb eines Jahres. Aus diesem Grund sind Vergleiche für nicht saisonbereinigte Zahlen nur gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sinnvoll. Will man hingegen wissen, wie sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat verändert hat, muss man auf saisonbereinigte Zahlen zurückgreifen. Dies ist die blaue Linie in der Abbildung, die einen wesentlich „glatteren“ Verlauf aufweist.

4.11 Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit: Nur geringe Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland

Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit^a

- in % -



Abweichungen durch Rundung möglich. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

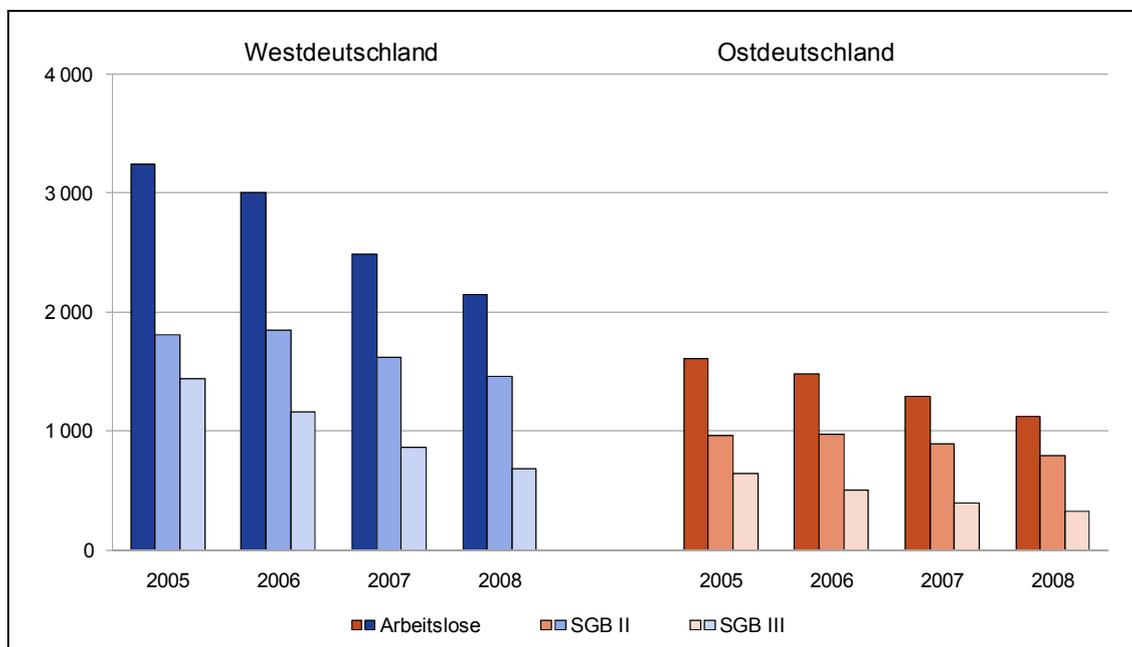
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit wird wesentlich durch die Höhe der gesamten Arbeitslosigkeit beeinflusst. Aufgrund der schnell angestiegenen Arbeitslosigkeit und der nur unzureichenden Anzahl offener Stellen hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern bereits sehr früh aufgebaut. Unabhängig vom Rechtskreis (SGB III oder SGB II) gelten Personen als langzeitarbeitslos, wenn ihre Arbeitslosigkeit länger als zwölf Monate andauert.

Wie die Abbildung zeigt, liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen (Männer und Frauen) 2008 in West- und Ostdeutschland in einer vergleichbaren Größenordnung (30% gegenüber 31% in den Neuen Ländern). Gegenüber 1999 bedeutet dies für Westdeutschland eine deutliche Verringerung des Anteils (von 37% auf 30%), für Ostdeutschland allerdings hat sich die Entwicklung verschlechtert: Waren 1999 nur 28% der Arbeitslosen langzeitarbeitslos, so sind es 2008 bereits 31%. Ebenfalls ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht in der geschlechterspezifischen Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit. Während in Ostdeutschland für alle drei Zeitpunkte der Frauenanteil höher als der Männeranteil war, trifft dieses Verhältnis erst für 2008 auch für Westdeutschland zu.

4.12 Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen in Ost- und Westdeutschland

Arbeitslose Personen nach Rechtskreisen^a
- in 1 000 -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

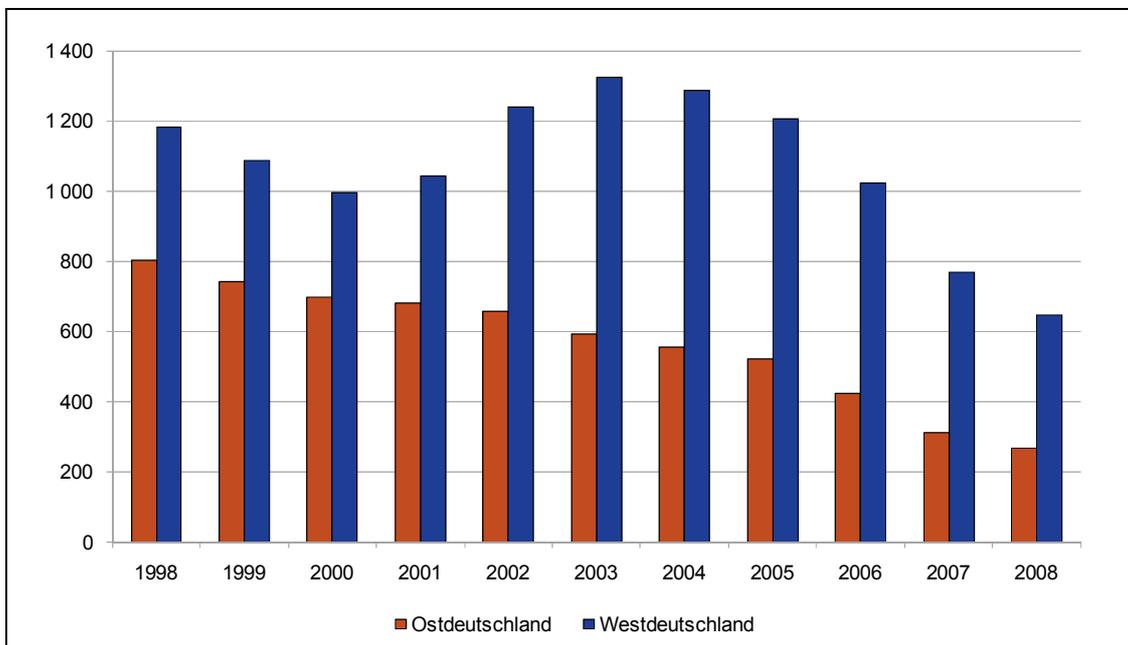
Seit den so genannten Hartz-Reformen in Deutschland bestehen für Arbeitsuchende zwei Rechtskreise mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die Betroffenen. Für einen Arbeitslosen mit Ansprüchen aus der Arbeitslosenversicherung gelten im Regelfall die Vorschriften des dritten Sozialgesetzbuches (SGB III). Erst nach einer bestimmten Frist entfallen die Versicherungsansprüche und -leistungen und der/die Betroffene wechselt in den Rechtskreis des SGB II. Arbeitsuchende ohne Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung werden in der Regel unmittelbar von den Vorschriften und Leistungen des SGB II erfasst.

In Ost- und Westdeutschland hat die Abnahme der Arbeitslosenzahlen sowohl zu einer fallenden Anzahl von Empfängern nach SGB II als auch nach SGB III geführt. Allerdings fällt in Westdeutschland die Verringerung der Arbeitslosen aus dem Rechtskreis des SGB III erkennbar stärker aus als der Rückgang bei den SGB-II-Arbeitslosen. Der geringere Rückgang von SGB-II-Arbeitslosen gegenüber SGB-III-Arbeitslosen hat auch damit zu tun, dass ein Teil der Arbeitslosengeldbezieher nicht in eine Beschäftigung wechselt, sondern in den Rechtskreis des SGB II.

4.13 Arbeitslosengeldempfänger (Leistungen nach SGB III)

Arbeitslosengeldempfänger von 1998 bis 2008^a

- in 1 000 -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

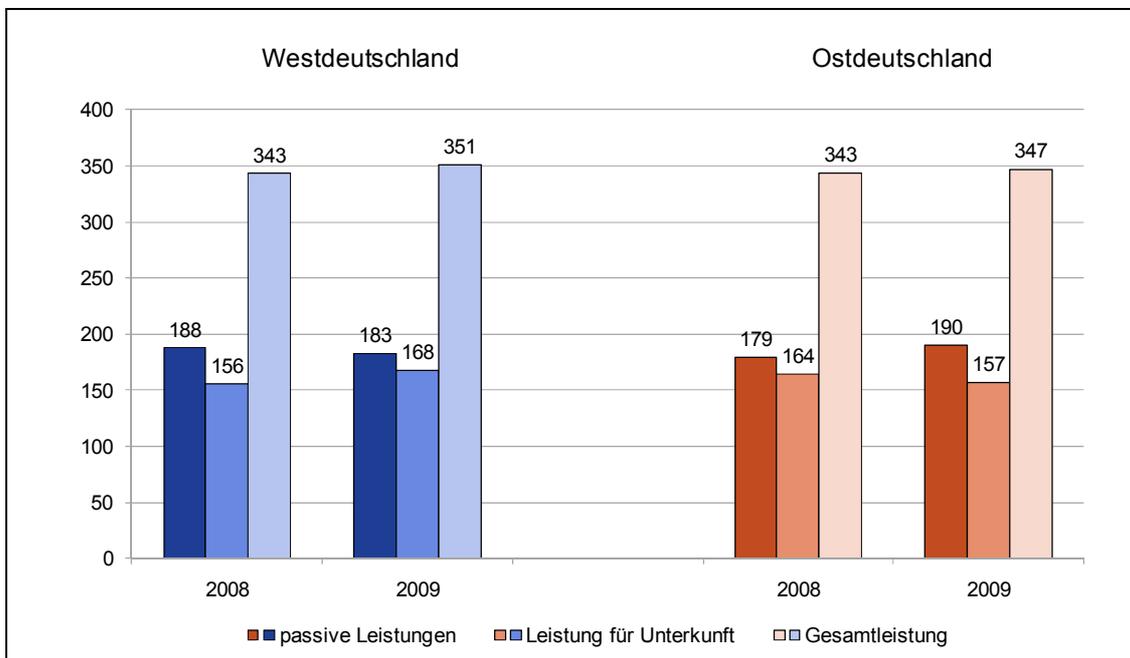
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Jahr 2008 gab es insgesamt etwa 647 000 Arbeitslosengeldempfänger nach SGB III in Westdeutschland und circa 269 000 in Ostdeutschland. Im Vergleich zu 2006 ist vor allem in Westdeutschland die Zahl stark gesunken. 2006 waren noch rund 360 000 Personen mehr in Westdeutschland auf Arbeitslosengeld nach SGB III angewiesen. In Ostdeutschland sind es 150 000 Personen weniger. 2006 gab es in Westdeutschland rund 600 000 Arbeitslosengeldempfänger mehr als in Ostdeutschland. 2008 sind dies nur noch rund 378 000 Personen mehr.

Auffällig ist, dass die Anzahl der Arbeitslosengeldempfänger nach SGB III in Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen und sich in den elf Jahren mehr als halbiert hat, wohingegen für Westdeutschland die Zahlen bis einschließlich zum Jahr 2000 sanken, dann wieder anstiegen, um schließlich von 2003 an ebenfalls mit jährlich geringeren Zahlen aufwarten zu können. Auch in Westdeutschland wurde die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld im Zeitraum von 1998 bis 2008 halbiert. Allerdings bedeutet dies weder für Ost- noch für Westdeutschland, dass es sich hierbei ausschließlich um Vermittlungen in Beschäftigung handelt, da auch ein Wechsel im Rechtskreis berücksichtigt werden muss.

4.14 Durchschnittliche Höhe von Leistungen nach SGB II

Durchschnittliche Höhe von Leistungen nach SGB II 2008 und 2009^a
- pro Person; in Euro -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

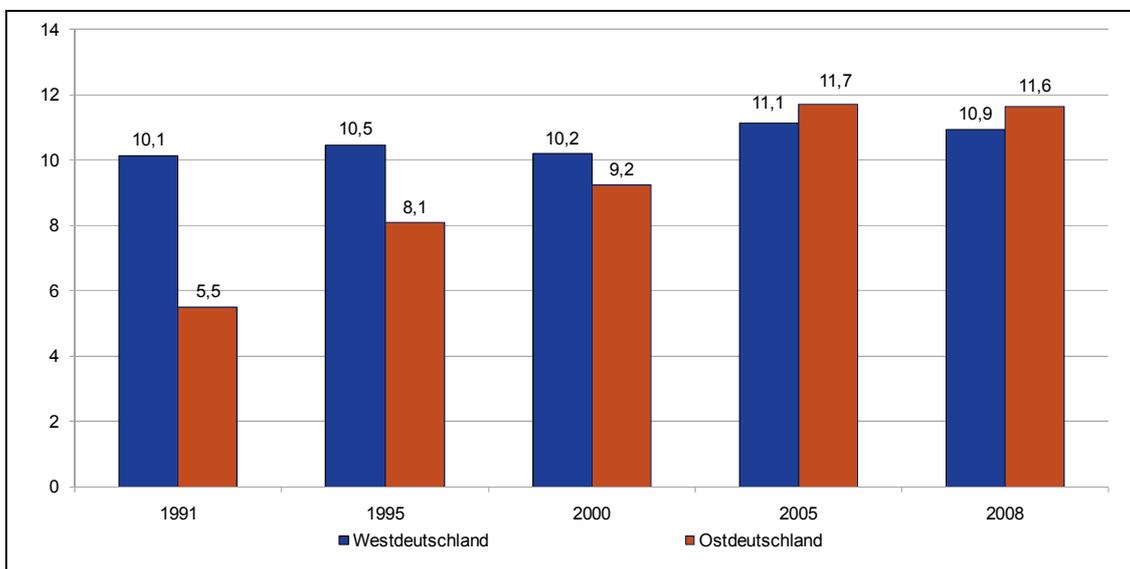
In der Summe hat die Bundesagentur für Arbeit in Ost- und Westdeutschland durchschnittlich gleiche Ausgaben in Höhe von 343 Euro pro Person für Leistungen nach dem SGB II. Betrachtet man die passiven Leistungen und die Leistungen für Unterkunft, werden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. In Westdeutschland werden mehr Ausgaben für passive Leistungen aufgewendet als in Ostdeutschland. Rund 3% liegen die Leistungen über denen von Ostdeutschland. In Ostdeutschland gibt es rund 3% höhere Leistungen für die Unterkunft als in Westdeutschland. In der Summe entsteht ein Ausgleich zwischen Ost- und Westdeutschland.

Zu beachten ist bei der Interpretation der Abbildung, dass es sich bei den dargestellten Zahlen nicht ausschließlich um so genannte Hartz-IV-Personen handelt, sondern alle Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, erfasst sind, also auch Kinder, so genannte Aufstocker, temporär dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehende Personen etc. Somit handelt es sich bei den jeweils rechten Säulen trotz der zahlenmäßigen Nähe nicht um die Höhe der Grundsicherung (ohne Warmmiete), sondern um den durchschnittlichen Gesamtbetrag pro Person für Leistungen nach dem SGB II.

4.15 Selbstständige im Ost-West-Vergleich: Seit 2005 höhere Selbstständigenquote im Osten

Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen^a

- in % -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Bei der Bewertung der Abbildung ist zu bedenken, dass zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche strukturelle Unterschiede bestehen, die zum einen die Wirtschaft und zum anderen die Landwirtschaft betreffen. In den Neuen Bundesländern ist typischerweise die Betriebsgröße kleiner als bei vergleichbaren westdeutschen Unternehmen, sodass mehr Selbstständige für Ostdeutschland zu erwarten sind. Diese „Kleinteiligkeit“ betrifft neben dem Baugewerbe auch den Mittelstand. Umgekehrt formuliert: Westdeutschland verfügt über größere Betriebe und somit über eine etwas geringere Zahl an Selbstständigen. Anders verhält es sich bei der Landwirtschaft: Hier ist in Ostdeutschland eher eine großteilige Landwirtschaft anzutreffen, sodass relativ weniger Landwirte als Selbstständige erfasst werden als in Westdeutschland.

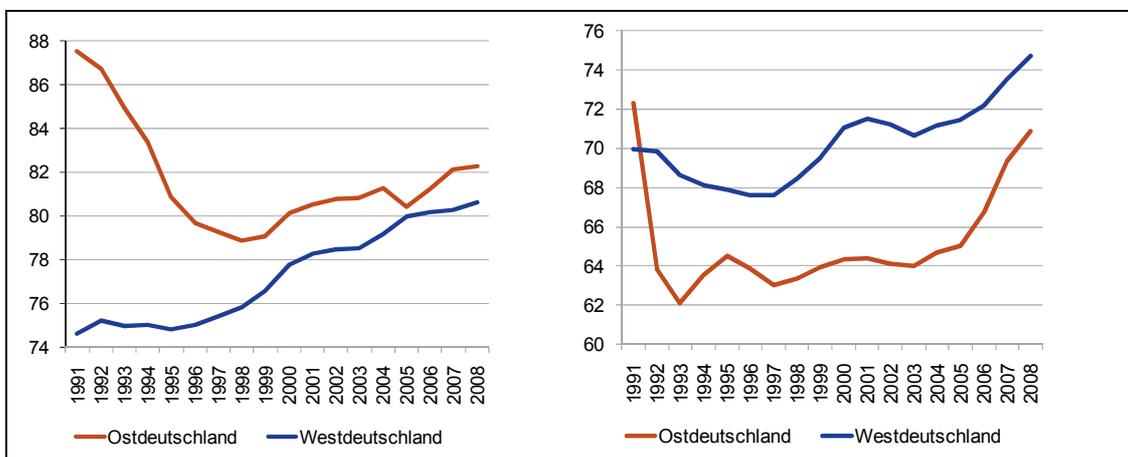
4.16 Erwerbsbeteiligungsquote: In Ostdeutschland nach wie vor höher als in Westdeutschland^a

Erwerbsbeteiligungsquote^b

- in % -

Erwerbstätigenquote^c

- in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Anteil des Erwerbspersonenpotenzials (ohne Stille Reserve i. e. S.) an den Erwerbsfähigen (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren). – ^c Anteil der Erwerbstätigen (Inländer) an den Erwerbsfähigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

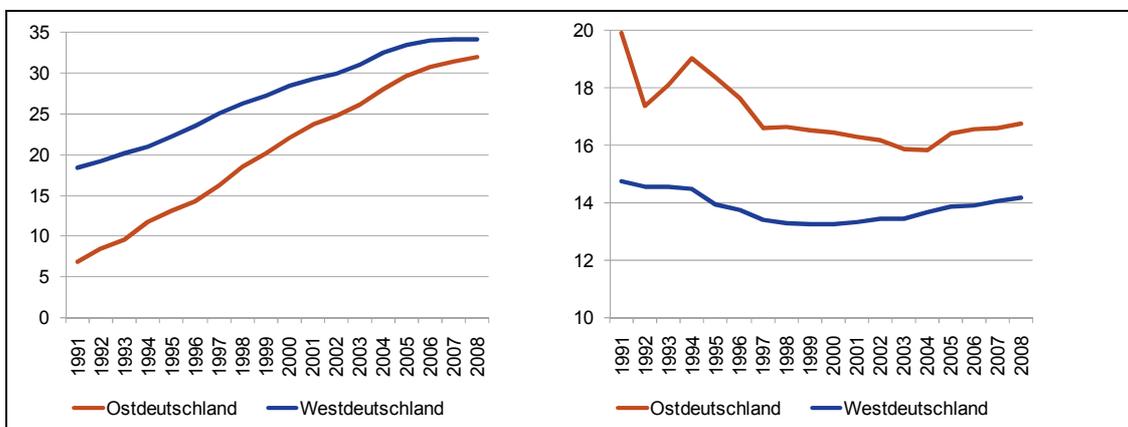
Seit Ende der 90er Jahre nimmt die Erwerbsbeteiligungsquote – dies ist der Anteil des Erwerbspersonenpotenzials an der Zahl der Erwerbsfähigen – in Ostdeutschland wieder zu, nachdem sie bis dahin um ca. acht Punkte drastisch zurückgegangen war. In Westdeutschland stieg sie seit Anfang der 90er Jahre tendenziell an, liegt jedoch nach wie vor unter dem ostdeutschen Vergleichswert. Die Erwerbsbeteiligungsquote ist ein wichtiger Indikator zur Messung des Arbeitsangebots. Sie gibt den Anteil der Personen an den Erwerbsfähigen an, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen. Letztere umfassen die Unterbeschäftigten i. e. S. Zu diesen gehören die registrierten Arbeitslosen sowie die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die im Vergleich mit den Alten Bundesländern höhere Erwerbsbeteiligungsquote in Ostdeutschland ist maßgeblich durch das größere Arbeitsangebot der Frauen bedingt.

In der höheren Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland reflektieren sich zwei gegenläufige Faktoren: Zum einen ist der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen – die so genannte Erwerbstätigenquote (siehe rechte Abbildung) immer noch niedriger als in Westdeutschland. Das bedeutet, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze nach wie vor geringer ist als in Westdeutschland: Bezogen auf 1 000 Erwerbsfähige standen den Ostdeutschen im Jahr 2008 711 Arbeitsplätze zur Verfügung; in den Alten Bundesländern waren es 747. Zum anderen ist die Zahl der Unterbeschäftigten je 1 000 Erwerbsfähige in den Neuen Bundesländern mit 132 Personen doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

4.17 Teilzeitquote: Deutliche Annäherung Ostdeutschlands an Westdeutschland^a

Teilzeitquote^b
- in % -

Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten
- in Stunden -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Arbeitnehmern insgesamt.

Quellen: Möller, J.; Walwei, U.: Handbuch Arbeitsmarkt 2009, Nürnberg 2009, S. 420 ff.; Berechnungen des IAB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Beschäftigten hat sich in Ostdeutschland seit Anfang der 90er Jahre bis zum Jahr 2008 mehr als vervierfacht, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 40% abnahm. Für den starken Anstieg der Teilzeitquote mitverantwortlich ist der starke Anstieg der Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten.

In Ostdeutschland arbeiteten die Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2008 durchschnittlich 16,8 Stunden. In Westdeutschland waren es 14,1 Stunden. Die Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten lag in Ostdeutschland damit um 19,1% über dem westdeutschen Vergleichswert. Eine wichtige Ursache für die längere Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland besteht darin, dass der Anteil ausschließlich geringfügig Beschäftigter in Westdeutschland mit 12,7% höher ist als in Ostdeutschland; hier beträgt er 9,0%. Geringfügig Beschäftigte haben eine deutlich niedrigere Wochenarbeitszeit als „traditionelle“ Teilzeitbeschäftigte: Während „traditionelle“ Teilzeitbeschäftigte etwa die Hälfte der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten arbeiten, kommen geringfügig Beschäftigte nur auf etwa ein Viertel.

4.18 Arbeitsplatzausstattung in West- und Ostdeutschland

Struktur der Beschäftigung

	Ostdeutschland ^a		in Relation zu Westdeutschland ^a (= 100)	
	2000	2008	2000	2008
	<i>in Personen</i>		<i>in %</i>	
Arbeitnehmer	554	591	86	88
<i>Darunter:</i>				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	471	473	93	92
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	41	61	52	65
Ein-Euro-Jobs		12		295
Sonstige	41	45	65	72
Selbstständige	54	73	73	87
Erwerbstätige (Inland)	607	663	84	88
Erwerbstätige (Inländer)	643	711	91	95
	<i>in Stunden</i>		<i>in %</i>	
Arbeitsvolumen (Inland)	951	986	91	92
Arbeitsvolumen (Inländer)	1 004	1 054	97	99

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in Ostdeutschland haben, hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2008 von 607 auf 663 Personen je 1 000 Erwerbsfähige erhöht. Damit wurden 88% des westdeutschen Vergleichswerts erreicht. Abgesehen von den Ein-Euro-Jobs lag die Anpassung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch höher. Aufgrund der längeren Jahresarbeitszeiten betrug das je 1 000 Erwerbsfähige zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen 92% eines vergleichbaren westdeutschen Erwerbstätigen.

Bei einem Vergleich der Arbeitsplatzausstattung muss allerdings beachtet werden, dass der Pendlersaldo zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland etwa 400 000 Personen zugunsten der Neuen Bundesländer beträgt. Werden diese Pendlerüberschüsse in die Berechnungen mit einbezogen, so kommen auf 1 000 erwerbsfähige Personen 711 Arbeitsplätze. Dies entspricht 95% des westdeutschen Wertes. Bei Einrechnung der längeren Jahresarbeitszeiten steht den Ostdeutschen sogar ein Arbeitsvolumen zur Verfügung, das 99% des westdeutschen Vergleichswertes entspricht.

4.19 „Atypische“ Beschäftigung: Ostdeutschland gleicht sich an

Umfang und Struktur der „atypischen“ Beschäftigung

	Ostdeutschland ^a		Westdeutschland ^a	
	2000	2008	2000	2008
<i>in Personen</i>				
Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte	605	756	3 358	4 214
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	401	533	3 629	4 323
Leiharbeiter	27	111	213	566
Insgesamt	1 033	1 400	7 200	9 103
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) (in %)	17,5	24,1	21,7	26,3

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Fast jeder vierte Erwerbstätige in Ostdeutschland stand im Jahr 2008 in einem „atypischen“ Beschäftigungsverhältnis. Damit wurde fast der westdeutsche Vergleichswert erreicht. Im Jahr 2000 lag Ostdeutschland noch um reichlich vier Punkte hinter Westdeutschland zurück.

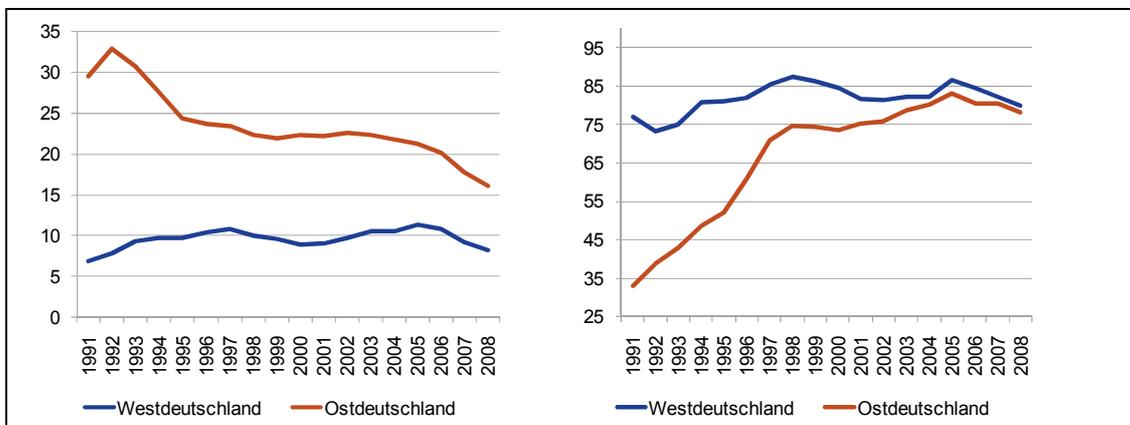
Noch vor wenigen Jahrzehnten war das Leitbild der Arbeitswelt das so genannte Normalarbeitsverhältnis, unter dem üblicherweise eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige und abhängige Vollzeitbeschäftigung verstanden wird. Seitdem etablierten sich neue, flexiblere Formen von Beschäftigungsverhältnissen. Zu diesen als „atypisch“ bezeichneten – weil vom Normalarbeitsverhältnis abweichenden – Formen gehören die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung, die ausschließlich geringfügige Beschäftigung, die Leiharbeit sowie die befristete Beschäftigung. Da viele Beschäftigungsverhältnisse – seien es sozialversicherungspflichtige oder ausschließlich geringfügige Arbeitsverhältnisse oder auch Leiharbeitsverhältnisse – für einen bestimmten (befristeten) Zeitraum abgeschlossen werden, kann es statistisch zu Überschneidungen bzw. Mehrfachzählungen bei der Erfassung der Gesamtheit der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse kommen. Deshalb erscheint es sinnvoll, die befristeten Beschäftigungsverhältnisse nicht als gesonderte Gruppe der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse auszuweisen.

Etwa 54% der „atypisch“ Beschäftigten sind in den Neuen Bundesländern sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte; in den Alten sind es nur 46%. Den größten Anteil an den „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen haben in Westdeutschland mit 47% die ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Ostdeutschland: 38,1%).

4.20 Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland^a gesunken

Unterbeschäftigungsquote^b
- in % -

Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung^c
- in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotenzial (ohne Stille Reserve i. e. S.). – ^c Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung (ohne Stille Reserve i. e. S.).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland – dies ist der Anteil der Unterbeschäftigten am Erwerbspersonenpotenzial – ist seit dem Jahr 1992 kontinuierlich gesunken: War im Jahr 1992 noch ein Drittel des Erwerbspersonenpotenzials unterbeschäftigt, so war es im Jahr 2008 nur noch ein Sechstel. Sie ist allerdings immer noch erheblich höher als in Westdeutschland, wo gegenwärtig nur etwa jeder Zwölfte unterbeschäftigt ist. Zu den Unterbeschäftigten im engeren Sinne zählen die registrierten Arbeitslosen und die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Es ist nicht auf die gestiegene Zahl der Arbeitsplätze zurückzuführen, dass die Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland gesunken ist. So war die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) im Jahr 2008 mit 5,6 Millionen in etwa gleich hoch wie im Jahr 1992. Vielmehr war die Abnahme des Arbeitsangebots maßgeblich. Das Erwerbspersonenpotenzial ging in diesem Zeitraum um 1,2 Millionen Personen bzw. 14,6% zurück. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass – bedingt durch die demographische Entwicklung und die Wanderungsverluste – die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um fast eine Million Personen oder 9,9% abnahm. Zum anderen verringerte sich im gleichen Zeitraum die Erwerbsbeteiligungsquote um reichlich vier Punkte. Das ist unter anderem durch die geringere Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen bedingt. Dies zeigt sich auch darin, dass der Anteil der registrierten Arbeitslosen an den Unterbeschäftigten von einem Drittel zu Beginn der 90er Jahre auf knapp 80% im Jahr 2008 gestiegen ist.

4.21 „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland^a

Komponenten der Arbeitsplatzlücke in Ost- und Westdeutschland

	Ostdeutschland ^a		Westdeutschland ^a	
	1991	2008	1991	2008
Unterbeschäftigte i. w. S. (= Arbeitsplatzlücke i. w. S.)	2 506	1 249	2 686	3 324
<i>Darunter:</i> Registrierte Arbeitslose	826	890	1 776	2 378
Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	1 672	262	533	640
Stille Reserve i. e. S.	8	97	377	305
– Stellenangebot	81	149	988	942
= Arbeitsplatzlücke	2 425	1 100	1 698	2 382
Erwerbspersonenpotenzial ^b	8 485	7 272	34 156	37 090
Anteil der Arbeitsplatzlücke am Erwerbspersonenpotenzial (in %)	28,6	15,1	5,0	6,4

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Erwerbspersonenpotenzial einschließlich Stille Reserve i. e. S.

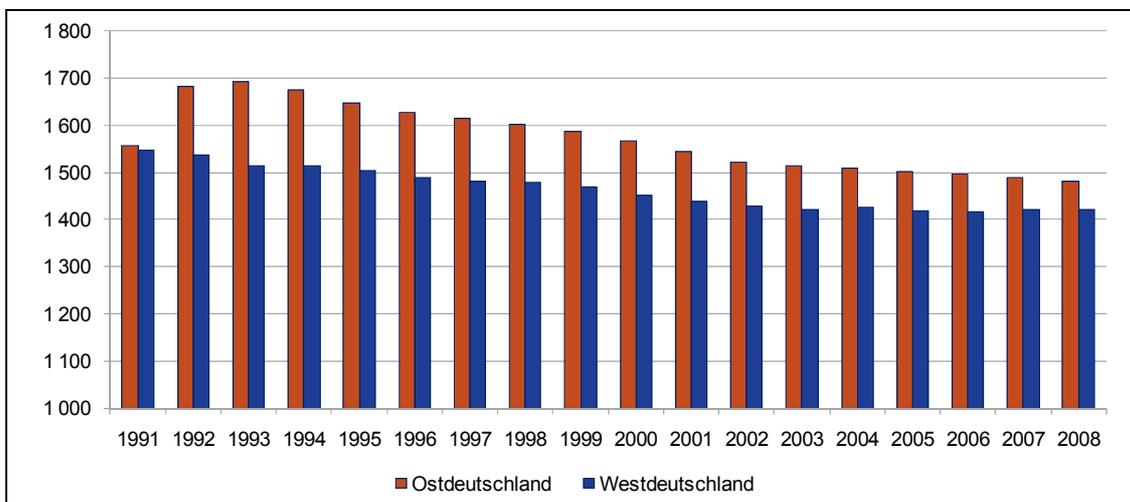
Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit und IAB; Berechnungen des IWH.

In Ostdeutschland besteht nach wie vor eine große Diskrepanz zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Ein Indikator zur Messung des Arbeitsplatzdefizits ist die so genannte „Arbeitsplatzlücke“. Bei der Berechnung der Arbeitsplatzlücke werden zunächst die Zahl der Unterbeschäftigten i. e. S. und die Zahl der Personen, die zur so genannten „Stillen Reserve im engeren Sinne“ zählen, zusammengefasst. Zur „Stillen Reserve im engeren Sinne“ gehören Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein, sowie Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage einen Arbeitsplatz suchen würden. Von dieser Größe müssen die freien Stellen abgezogen werden, da diese durch – bezüglich ihrer Qualifikation, ihres Berufes und ihrer regionalen Verfügbarkeit geeignete – Arbeitssuchende besetzt werden könnten.

Im Jahr 2008 fehlten in Ostdeutschland 1,1 Mio. Arbeitsplätze, in Westdeutschland waren es knapp 2,4 Mio. Bezieht man diese Arbeitsplatzlücke auf das Erwerbspersonenpotenzial, dann ergibt sich folgendes Bild: In Ostdeutschland fehlten im Jahr 2008 je 1 000 Personen 151 Arbeitsplätze (1991: 286). In den Alten Bundesländern waren es 64 (1991: 50). Damit war die „Arbeitsplatzlücke“ in den Neuen Bundesländern etwa zweieinhalbmal so groß wie in den Alten. Trotz einer fast gleich hohen Arbeitsplatzausstattung ist die „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland erheblich höher als in Westdeutschland. Die Ursache dafür liegt vor allem in der nach wie vor höheren Erwerbsbeteiligungsquote.

4.22 Langsame Anpassung der geleisteten Jahresarbeitszeit

Geleistete Jahresarbeitszeit in Stunden in Ost- und Westdeutschland



^a Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen war im Jahr 2008 in Ostdeutschland um 4,4% höher als in Westdeutschland. Im Jahr 1993, dem Jahr mit dem größten Abstand, überstieg die effektiv geleistete Jahresarbeitszeit der ostdeutschen Erwerbstätigen den westdeutschen Vergleichswert sogar um 12%.

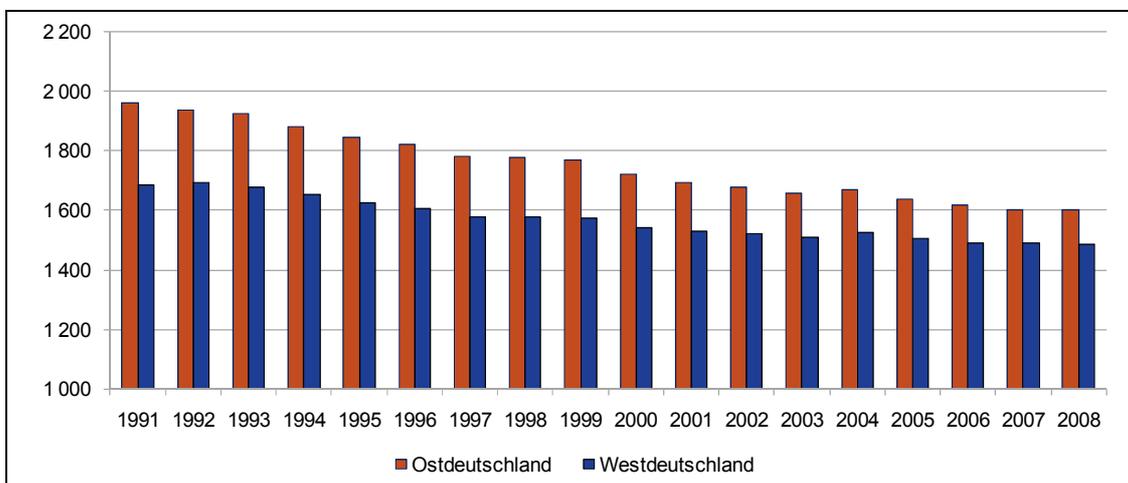
Die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit ergibt sich rechnerisch aus der geleisteten Jahresarbeitszeit der abhängig Beschäftigten und der Selbstständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen). Die geleistete Jahresarbeitszeit eines Arbeitnehmers ist bestimmt durch die tariflich vereinbarte bzw. betriebsübliche Jahresarbeit, die um die geleisteten Überstunden erhöht und um „Ausfallzeiten“ beispielsweise infolge von Urlaub, Krankheit und Kurzarbeit gemindert wird. Sie war in Ostdeutschland mit 1 387 Stunden um 5,9% höher als in Westdeutschland. Die höhere Jahresarbeitszeit der ostdeutschen Arbeitnehmer resultiert maßgeblich aus der längeren tariflich vereinbarten Arbeitszeit.

Die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit unterscheidet sich in einigen Wirtschaftsbereichen zwischen Ost- und Westdeutschland erheblich: So war sie im Jahr 2008 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe um 9,7% und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern um 7,4% höher als in den Alten Bundesländern.⁷ In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei war sie aufgrund des geringeren Anteils der Selbstständigen um 10% niedriger als in Westdeutschland.

4.23 Tarifliche Jahresarbeitszeiten in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland

Tariflich vereinbarte Jahreszeit^a

- in Stunden -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die wichtigste Komponente der geleisteten Jahresarbeitszeit ist die tarifliche bzw. betriebsübliche Arbeitszeit. Sie spiegelt die langfristige Arbeitszeitentwicklung wider. Die tarifliche bzw. betriebsübliche Jahresarbeitszeit betrug in Ostdeutschland im Jahr 2008 1 612,6 Stunden, in Westdeutschland 1 506,3 Stunden. Damit lag sie in den Neuen Bundesländern um 7,1% höher als in den Alten Bundesländern. Im Jahr 1991 betrug der Abstand noch 16,4%.

Die Höhe der tariflichen Jahresarbeitszeit wird zum einen durch die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten und zum anderen durch den Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Arbeitnehmern sowie deren wöchentlich vereinbarte Arbeitsstunden bestimmt. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt betrug die Wochenarbeitszeit der *Vollzeitbeschäftigten* im Jahr 2008 in Ostdeutschland 39,2 Stunden, in Westdeutschland 38,1 Stunden. Damit war sie in den Neuen Bundesländern um 2,9% höher als in Westdeutschland. Der Abstand ist in einigen Branchen wie beispielsweise in der Holz- und Kunststoffindustrie (ca. 11%), in der Chemischen Industrie (6,7%) oder in der Metallindustrie (8,6%) deutlich größer. In einigen Branchen wie dem Bauhauptgewerbe oder bei Banken und Versicherungen sind die tariflichen Arbeitszeiten identisch.

Der Anteil der *Teilzeitbeschäftigten* an allen Arbeitnehmern betrug im Jahr 2007 in Ostdeutschland 31,4%, in Westdeutschland waren es 34,2%. In Ostdeutschland arbeiteten die Teilzeitbeschäftigten im Durchschnitt 16,6 Stunden, in Westdeutschland waren es 14,1 Stunden. Die Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten lag in Ostdeutschland damit um 17,7% über dem westdeutschen Vergleichswert.

5 Innovation, Forschung und Entwicklung, Humankapital und Bildung

Innovationen sind die Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung und Motor des sektoralen und regionalen Strukturwandels eines Landes oder einer Region. Forschung an öffentlichen Einrichtungen sowie industrielle (private) Forschung und Entwicklung (FuE) der Unternehmen stellen eine wesentliche Voraussetzung für Produkt- und Prozessinnovationen dar. Zuweilen werden die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung von Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen oder individuellen Erfindern in Form von Patenten angemeldet, von kleinen Unternehmen häufig aber auch als tacites Wissen aus Geheimhaltungsgründen im eigenen Haus gehalten. Nicht jede Innovation basiert auf einem Patent. Forschung und Entwicklung, Patente und Innovationen sind wesentliche Indikatoren der technologischen Leistungsfähigkeit eines Landes oder einer Region. Schließlich zeichnen auch innovative Organisationsformen („institutionelle Arrangements“) die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmensbesatzes und eines Wirtschaftsraums aus.

Für den wirtschaftlichen Aufholprozess in den Neuen Bundesländern spielten Innovationen eine wesentliche Rolle. Zunächst galt es, den technologisch veralteten Kapitalstock und die nicht mehr wettbewerbsfähigen Produkte zu ersetzen. Nach dieser Phase des technologischen Erneuerungsprozesses kommt es nunmehr darauf an, nicht nur durch die Nutzung der Innovationskraft Dritter, oft der Muttergesellschaften ausländischer Tochtergesellschaften, sondern auch durch eigene Erfindungen neue marktfähige Produkte einzuführen. Dabei müssen die wissenschaftliche Forschung sowie die industrielle Entwicklung Hand in Hand gehen, und es müssen Nischen ausgemacht werden, die noch nicht besetzt sind. Darin besteht für nachholende Länder und Regionen wie Ostdeutschland eine große Herausforderung. Andere Länder und Regionen besitzen nicht nur technologische Vorsprünge, sondern auch Zugang zu den weltweiten Märkten, und verfügen nicht selten über die traditionellen Standorte mit großen forschungsintensiven Industrieunternehmen. Für die Neuen Bundesländer spielt daher die Fortentwicklung der lokalen Forschungsaktivitäten eine entscheidende Rolle im Gefüge des internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbs. Hierzu zählt insbesondere auch die Qualität des Bildungs- und Ausbildungssystems.

In der Veränderung der globalen Arbeitsteilung können in Deutschland nur solche international handelbaren Produkte langfristig erfolgreich erstellt werden, die infolge ihres Wissensgehalts in der Lage sind, den Produktlebenszyklus zu beeinflussen, wenn nicht sogar zu bestimmen. Einige „industrielle Führer“ haben sich in den Neuen Bundesländern vor allem durch die nunmehr deutlicher werdende Konzentration auf Umwelt- und nachhaltige Energietechnologien an die vorderste Front der internationalen technologischen Leistungsfähigkeit herangearbeitet und damit die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessert. Dabei spielt die sich verstärkende Interaktion zwischen privater Wirtschaft sowie öffentlich geförderten Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine besondere Rolle im Sinne einer stetigen Technologie- und Innovationsverbesserung.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Jutta Günther (5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6, 5.7, 5.8, 5.9, 5.10, 5.11)

Jutta.Guenther@iwh-halle.de

Gerhard Heimpold (5.3)

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Björn Jindra (5.9, 5.10)

Bjoern.Jindra@iwh-halle.de

Marco Sunder (5.8, 5.11, 5.12)

Jutta.Guenther@iwh-halle.de

Katja Wilde (5.1, 5.2, 5.3, 5.4, 5.5, 5.6, 5.7)

Katja.Wilde@iwh-halle.de

Kapitelübersicht

5.1	Massiver Abbau von FuE-Personal endet Mitte der 90er Jahre	122
5.2	FuE-Aufwendungen je Erwerbstätigen: Zunahme in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf	123
5.3	Großer Abstand bei internen FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor zwischen führenden westdeutschen und ostdeutschen Ländern	124
5.4	Hohe öffentliche Forschungsintensität in Ostdeutschland	125
5.5	Regionale Disparitäten der privaten Forschungsintensität nicht nur ein Ost-West-Phänomen	126
5.6	Steigende Patentaktivitäten in Ost- und Westdeutschland	128
5.7	Innovationstätigkeit in den Neuen und Alten Bundesländern variiert im Zeitverlauf	130
5.8	Marktneuheiten in Ost- und Westdeutschland gleichauf	131
5.9	„Wissen und Technologie“ wichtiges Motiv für ausländische Investoren in Ostdeutschland	132
5.10	Ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen wichtiger Partner für ausländische Investoren in den Neuen Ländern	133
5.11	Brain Gain und Brain Drain im föderalen Deutschland	134
5.12	Tertiäre Bildung nimmt zu	136

5.1 Massiver Abbau von FuE-Personal endet Mitte der 90er Jahre

FuE-Personal im Wirtschaftssektor 1991 bis 2007 in Ost- und Westdeutschland

- Anzahl der FuE-Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) in 1 000 -

	1989	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007
Ostdeutschland (mit Berlin)	86,0	42,9	32,0	32,6	35,7	35,5	36,9	30,5	29,5	31,5
Westdeutschland	296,5	278,9	261,8	250,7	250,5	271,1	270,4	267,6	275,0	290,3

Dargestellt sind Beschäftigte in FuE-Stätten der Unternehmen und Institutionen für Gemeinschaftsforschung und experimentelle Entwicklung (IfG), gemessen in Vollzeitäquivalenten. Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz der FuE-Stätte.

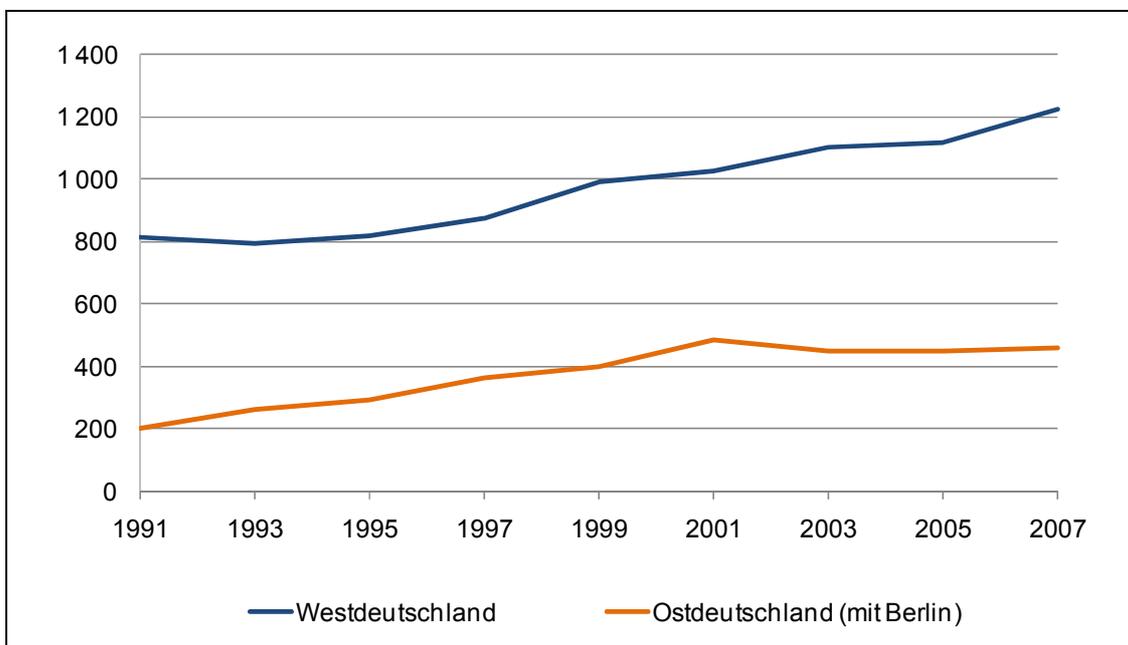
Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Berechnungen des IWH.

Strukturbedingte Änderungen des FuE-Personals in den Neuen Ländern: Im Zuge des Niedergangs der industriellen Fertigung in den Regionen der ehemaligen DDR unterlag nach der deutschen Vereinigung auch die private Forschung und Entwicklung (FuE) einem starken Rückgang. Eng verknüpft mit der Transformation der Industrieforschung fand zunächst eine starke Verringerung der an Forschung und Entwicklung beteiligten Beschäftigten statt. Waren im Herbst 1989 ursprünglich etwa 86 000 Personen (Vollzeitäquivalent) in der FuE des Wirtschaftssektors beschäftigt, halbierte sich die Zahl bis 1991 und betrug 1993 noch 31 997. Erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre konnte in Ostdeutschland eine leichte Erholung des Personalbestands der privaten Forschung beobachtet werden.

Grund für diese Erholung ist zum einen die schrittweise Umwandlung bzw. Ausgründung von Forschungsabteilungen einstiger DDR-Unternehmen in externe Industrieforschungseinrichtungen, wie beispielsweise die so genannten Forschungs-GmbHs, die häufig auf Initiative der Forscher der ehemaligen Kombinate weitergeführt bzw. neu gegründet wurden. Zum anderen leisteten die Förderprogramme des Bundes und der Länder einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Beschäftigten in der Forschung und Entwicklung der Unternehmen. Im Zuge des Aufbaus und der Erholung der privatwirtschaftlichen, insbesondere der industriellen, Produktion und mit Unterstützung der öffentlichen Forschungsförderung konnte die Zahl der FuE-Beschäftigten in den Neuen Ländern von 31 997 im Jahr 1993 auf 36 903 im Jahr 2001 gesteigert werden. Somit entfielen im Jahr 2001 auf 1 000 ostdeutsche Erwerbstätige fünf FuE-Beschäftigte. Im Westen Deutschlands betrug dieser Wert im gleichen Jahr mit ca. neun FuE-Beschäftigten fast das Doppelte. Dieses Verhältnis blieb auch in den nachfolgenden Jahren erhalten, in denen beide Regionen durch eine Verringerung des FuE-Personals gekennzeichnet waren.

5.2 FuE-Aufwendungen je Erwerbstätigen: Zunahme in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf

FuE-Aufwendungen der Wirtschaft je Erwerbstätigen im Zeitverlauf⁸
- in Euro -

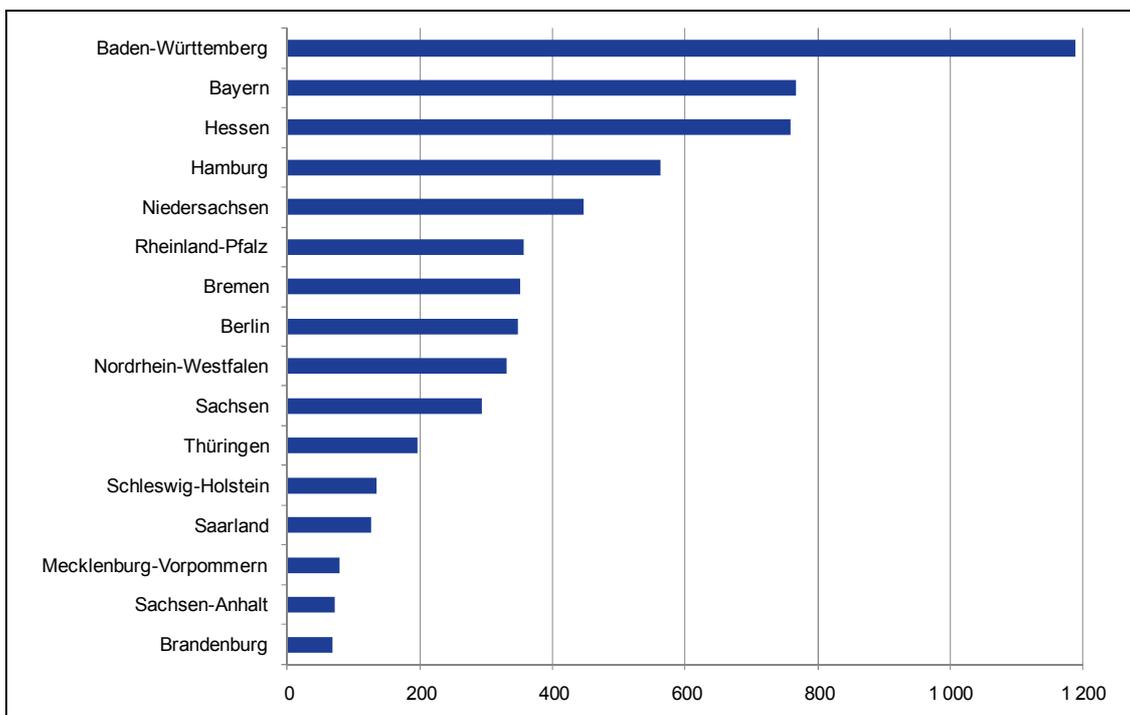


Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Berechnungsstand: Februar 2009, Berechnungen und Darstellung des IWH.

In Ostdeutschland hat die Höhe der internen FuE-Aufwendungen je Erwerbstätigen seit Beginn der 90er Jahre bis 2001 stetig zugenommen, danach ging sie leicht zurück bzw. ihr Wachstum stagnierte. Von rund 200 Euro im Jahr 1991 haben sich die unternehmensinternen Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Erwerbstätigen mehr als verdoppelt und lagen im Jahr 2007 bei 458 Euro. Dies entspricht einer Steigerung von fast 130%, wobei jedoch das niedrige Ausgangsniveau berücksichtigt werden muss. Im Vergleich dazu weist die Entwicklung der internen FuE-Aufwendungen je Erwerbstätigen in den Alten Bundesländern im gleichen Zeitraum einen Anstieg um 50%, von rund 814 Euro im Jahr 1991 auf rund 1 223 Euro im Jahr 2007 auf. Die private Forschungsintensität ist damit in Westdeutschland deutlich höher als in Ostdeutschland. Dies ist den strukturellen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland geschuldet. Hier ist vor allem auf die Dominanz kleiner und mittlerer Unternehmen bzw. auf den Mangel an Großunternehmen mit Sitz in Ostdeutschland („Headquarter-Lücke“) hinzuweisen. Die strategische Forschung und Entwicklung wird nicht selten in den Unternehmenszentralen durchgeführt und schlägt dort als FuE-Ausgaben zu Buche. Ostdeutsche Tochtergesellschaften profitieren jedoch oftmals von den Ergebnissen der FuE ihrer in westdeutschen bzw. ausländischen Regionen angesiedelten Unternehmenszentralen (Technologietransfer), sodass sie bei der Innovationstätigkeit, also bei der Einführung neuer Produkte oder Prozesse, durchaus Schritt halten können.

5.3 Großer Abstand bei internen FuE-Aufwendungen⁹ im Wirtschaftssector zwischen führenden westdeutschen und ostdeutschen Ländern

Interne FuE-Aufwendungen^a im Wirtschaftssector (Unternehmen und Institutionen für Gemeinschaftsforschung) im Jahr 2007 je Einwohner^b, nach Bundesländern
- in Euro -



^a Interne FuE-Aufwendungen betreffen FuE-Projekte, die die Unternehmen und Institutionen der Gemeinschaftsforschung selbst durchführen. – ^b Einwohnerzahl des Jahres 2007, Jahresdurchschnitt.

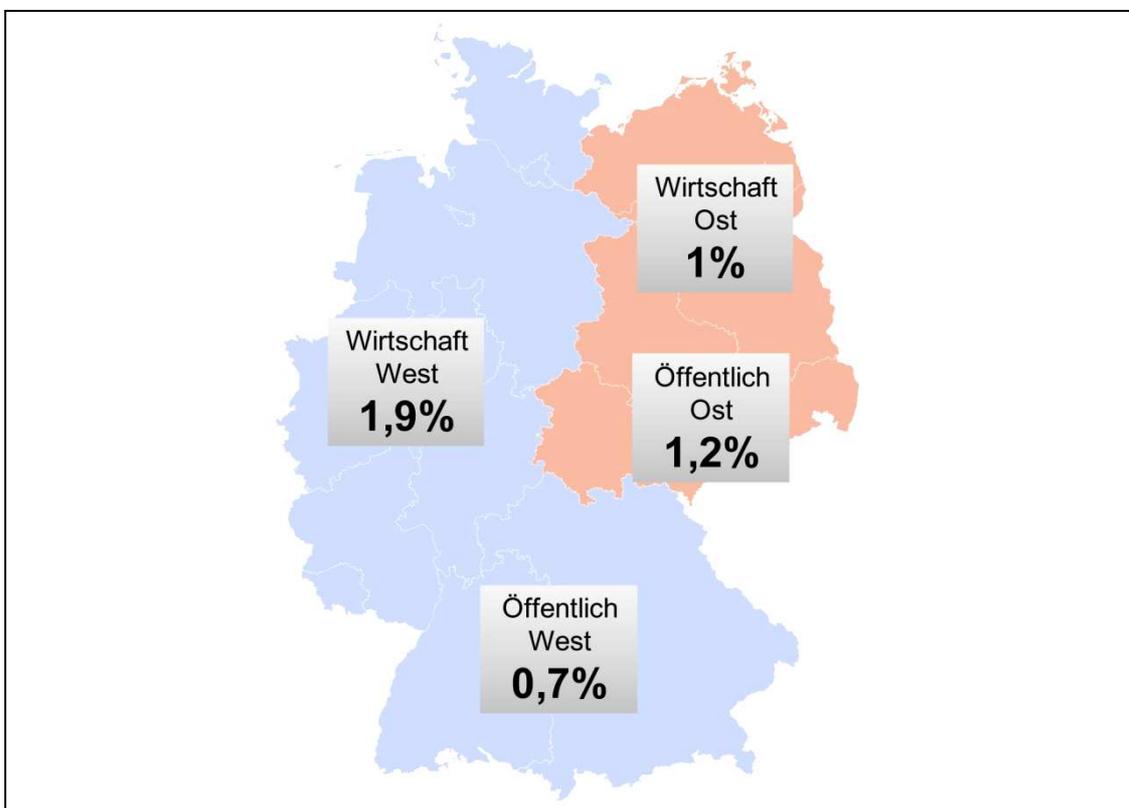
Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Für das wirtschaftliche Vorankommen in den Neuen Bundesländern war es und wird es auch künftig von großer Bedeutung sein, dass im Unternehmenssector Forschung und Entwicklung betrieben wird, um neue Produkte und Verfahren zu entwickeln und zu vermarkten. Als ein Indikator zur Abbildung der FuE-Anstrengungen im Wirtschaftssector, d. h. in Unternehmen und Institutionen der Gemeinschaftsforschung, können die internen FuE-Aufwendungen herangezogen werden, die solche FuE-Projekte beinhalten, die die Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinschaftsforschung selbst durchführen. Die Werte je Einwohner zeigen, dass im Wirtschaftssector der Abstand der Neuen Bundesländer gegenüber den Alten Bundesländern sehr groß ausfällt. So betragen beispielsweise die internen FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssector in Sachsen je Einwohner nur knapp zwei Fünftel des Vergleichswerts in Bayern. Im Ländervergleich weisen innerhalb Ostdeutschlands die Wirtschaftssectoren in Berlin und Sachsen die höchsten Pro-Kopf-FuE-Aufwendungen auf. Beide Länder sind zugleich wichtige ostdeutsche Zentren akademischer Ausbildung, also der Humankapitalbildung, auch in den zentralen mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächern.

5.4 Hohe öffentliche Forschungsintensität in Ostdeutschland

FuE-Aufwendungen der Wirtschaft und der öffentlichen Forschung in Ost- und Westdeutschland^a

- in % des Bruttoinlandsprodukts 2007 -



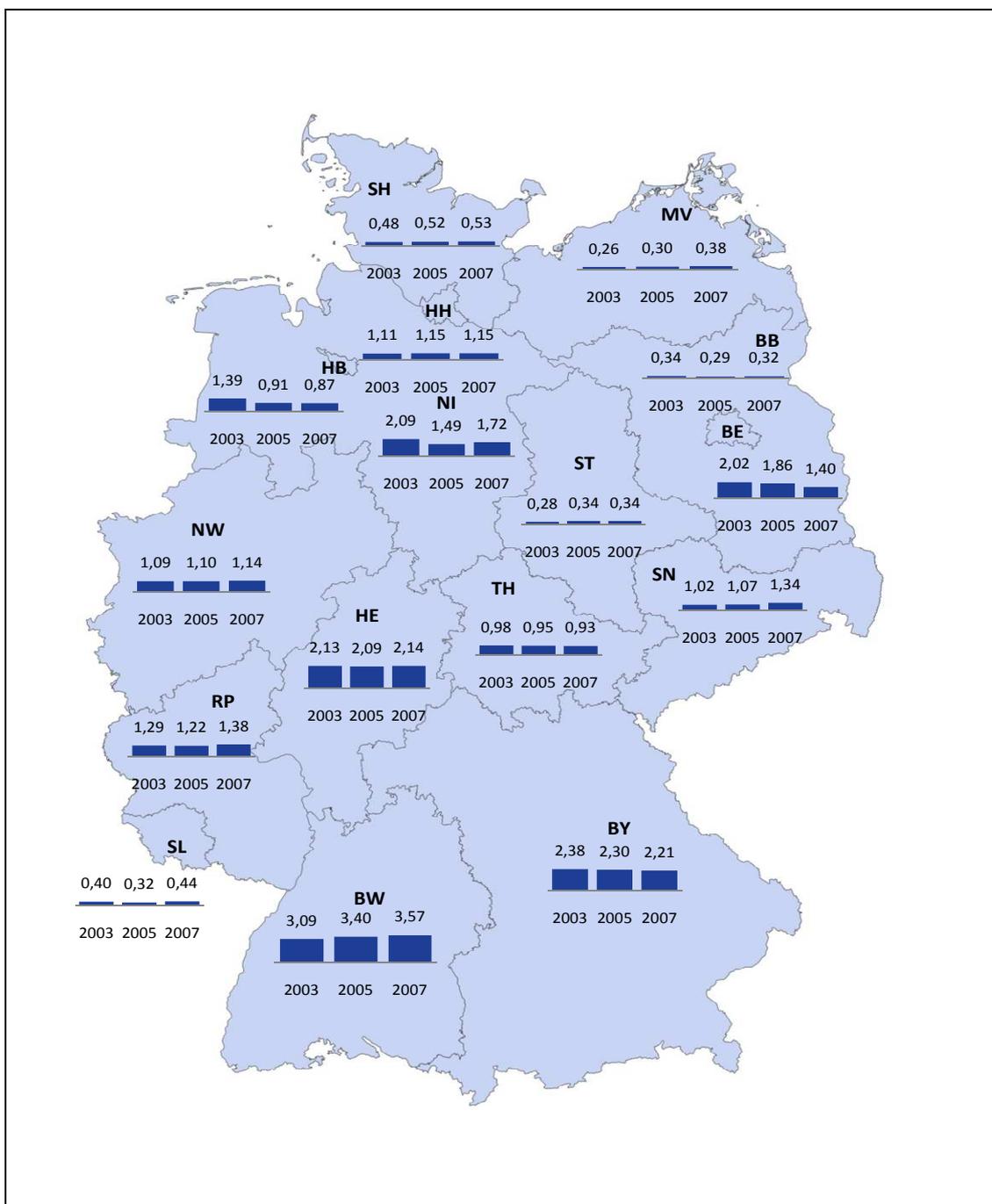
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Insgesamt betragen die Ausgaben für FuE in der ostdeutschen Wirtschaft (einschließlich Berlin) rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In Westdeutschland liegt der Anteil mit knapp zwei Prozent fast doppelt so hoch. Anders hingegen die öffentlichen Ausgaben für Forschung (Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen): In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) betragen die öffentlichen FuE-Ausgaben 1,2% des Bruttoinlandsprodukts, während es in Westdeutschland lediglich 0,7% sind. Damit ist die öffentliche Forschungsintensität, das heißt die Ausgaben für öffentliche Forschung in Relation zur Wirtschaftskraft (gemessen als Bruttoinlandsprodukt), in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Nach der Wende wurde eine Reihe von Wissenschaftseinrichtungen der DDR evaluiert, umstrukturiert und in die Forschungslandschaft nach westdeutschem Vorbild integriert. Heute existiert in Ostdeutschland eine Vielzahl vor allem außeruniversitärer Forschungseinrichtungen (insbesondere Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft), die zum Teil aus Instituten der Akademie der Wissenschaften hervorgegangen sind, zum Teil ganz neu angesiedelt wurden.

5.5 Regionale Disparitäten der privaten Forschungsintensität nicht nur ein Ost-West-Phänomen

FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in % des Bruttoinlandsprodukts nach Bundesländern in den Jahren 2003, 2005 und 2007



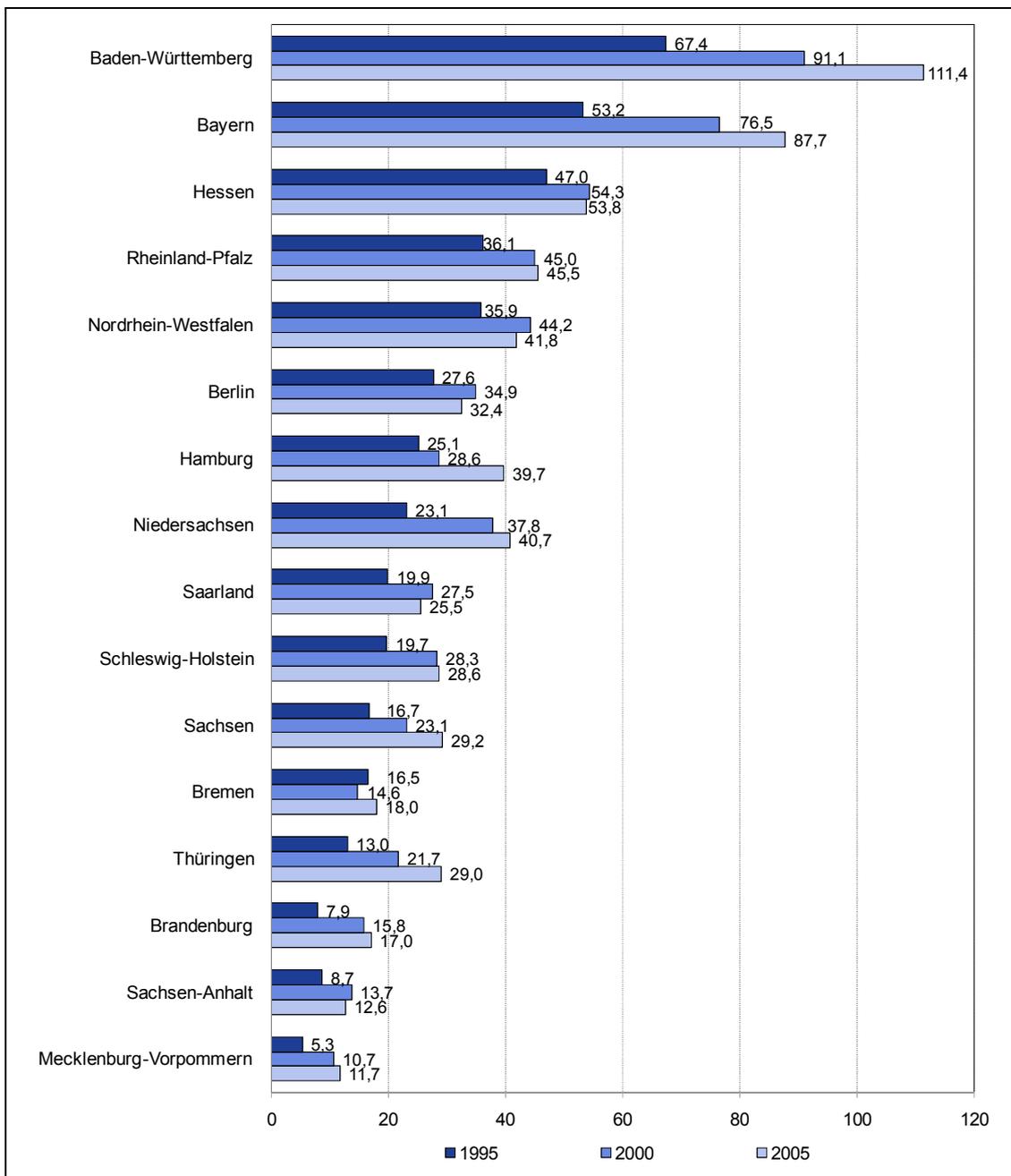
Dargestellt sind die internen FuE-Aufwendungen, d. h. Aufwendungen für die FuE-Projekte, die die Unternehmen selbst durchführen. BB: Brandenburg, BE: Berlin, BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, HB: Bremen, HE: Hessen, HH: Hamburg, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SH: Schleswig-Holstein, SL: Saarland, SN: Sachsen, ST: Sachsen-Anhalt, TH: Thüringen.

Quellen: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Charakteristisch für den Transformations- und Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft war die massive Innovationstätigkeit i. S. v. Imitationen zur technologischen „Rundumerneuerung“ im Verlauf der 90er Jahre. Inzwischen ist die Innovationstätigkeit in Ost- und Westdeutschland auch bei Marktneuheiten nahezu gleichauf, obwohl die private Forschungsintensität in den Neuen Ländern in den vergangenen Jahren deutlich niedriger war als in Westdeutschland. Ein Hinweis auf eine zwischenzeitliche Annäherung lässt sich beispielsweise anhand des Anteils der privaten FuE-Aufwendungen der einzelnen Bundesländer am Bruttoinlandsprodukt zeigen. So wird aus der vorliegenden Abbildung deutlich, dass die Länder Sachsen und Thüringen hinsichtlich der Forschungsintensität der privaten Wirtschaft Werte aufweisen, die teilweise über einigen der (wenn auch strukturschwachen) Flächenländer Westdeutschlands liegen. Damit kommt zum Ausdruck, dass die Stärkung der privaten FuE im Einklang mit der öffentlichen Forschungsinfrastruktur in den vergangenen Jahren zur Stabilisierung des Forschungspotenzials in den Neuen Ländern geführt hat. Die Perspektive für eine Fortsetzung des Aufholprozesses in Ostdeutschland liegt dabei weiterhin in der Herausbildung eigenständiger technologischer Spezialisierungen, die es erlauben, mit neuen Produkten und Dienstleistungen auch überregionale und internationale Märkte zu bedienen.

5.6 Steigende Patentaktivitäten in Ost- und Westdeutschland

Patentanmeldungen nach Bundesländern in den Jahren 1995, 2000 und 2005
- je 100 000 Einwohner -



Patentanmeldungen nach Sitz des Patentanmelders.

Quellen: DPMA: Patentatlas 2002, 2006; Statistisches Bundesamt, 2009; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Patentdaten dienen oft als Indikator für die innovative Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft oder Region. Tatsächlich sind sie ein „Zwischenprodukt“ auf dem Weg zur Einführung neuer Produkte oder Verfahren, wobei anzumerken ist, dass nicht jedes Patent zu einem neuen Produkt führt und nicht jedes neue Produkt auf einer vorab vorgenommenen Patentanmeldung beruht.

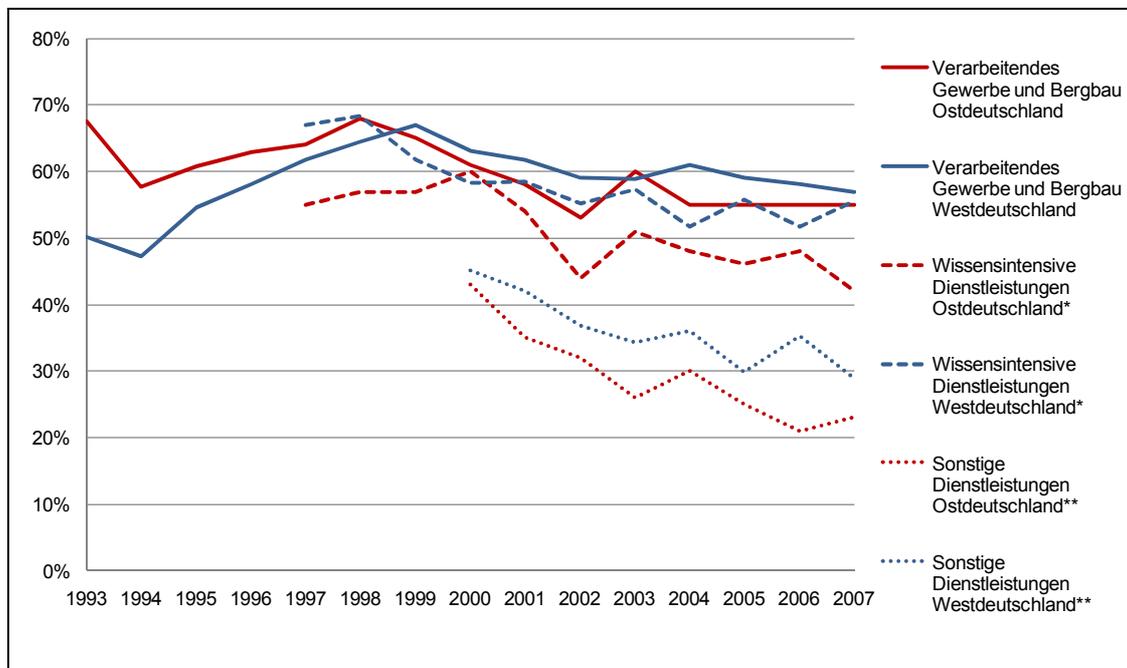
Betrachtet man die Patentaktivitäten der einzelnen Bundesländer, so zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Augenscheinlich sind die Patentanmeldungen in den Neuen Ländern deutlich geringer als im Alten Bundesgebiet. Dies ist (wie auch die geringere Forschungsintensität der Neuen Länder) den strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaft geschuldet. Hinzu kommt, dass bei Unternehmensgruppen die Patente oftmals nicht am Sitz der jeweiligen Betriebsstätte zur Anmeldung gebracht werden, sondern durch die Unternehmenszentrale, die im Fall Ostdeutschlands oftmals ihren Sitz in Westdeutschland oder im Ausland hat.

Dennoch zeigt sich anhand der vorliegenden Daten, dass die Patentaktivität in den Neuen Ländern im Zeitverlauf deutlich zugenommen hat. Auch die Anzahl der Patentanmeldungen je Beschäftigten in Forschung und Entwicklung nähert sich in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf an (ohne Abbildung): So betrug die Differenz von Patentanmeldungen je 100 FuE-Beschäftigte zwischen beiden Landesteilen im Jahr 2001 noch acht (Westdeutschland: 18, Ostdeutschland: zehn Patentanmeldungen je 100 FuE-Beschäftigte), während im Jahr 2005 nur noch eine Differenz von fünf Patentanmeldungen je 100 FuE-Beschäftigte (Westdeutschland: 16, Ostdeutschland: elf Patentanmeldungen je 100 FuE-Beschäftigte) vorlag.

5.7 Innovationstätigkeit in den Neuen und Alten Bundesländern variiert im Zeitverlauf

Innovatoren (Unternehmen mit Produkt- oder Prozessinnovation) nach Sektoren in Ost- und Westdeutschland^a

- Anteil innovativer Unternehmen an der Gesamtheit der Unternehmen einer Region, in % -



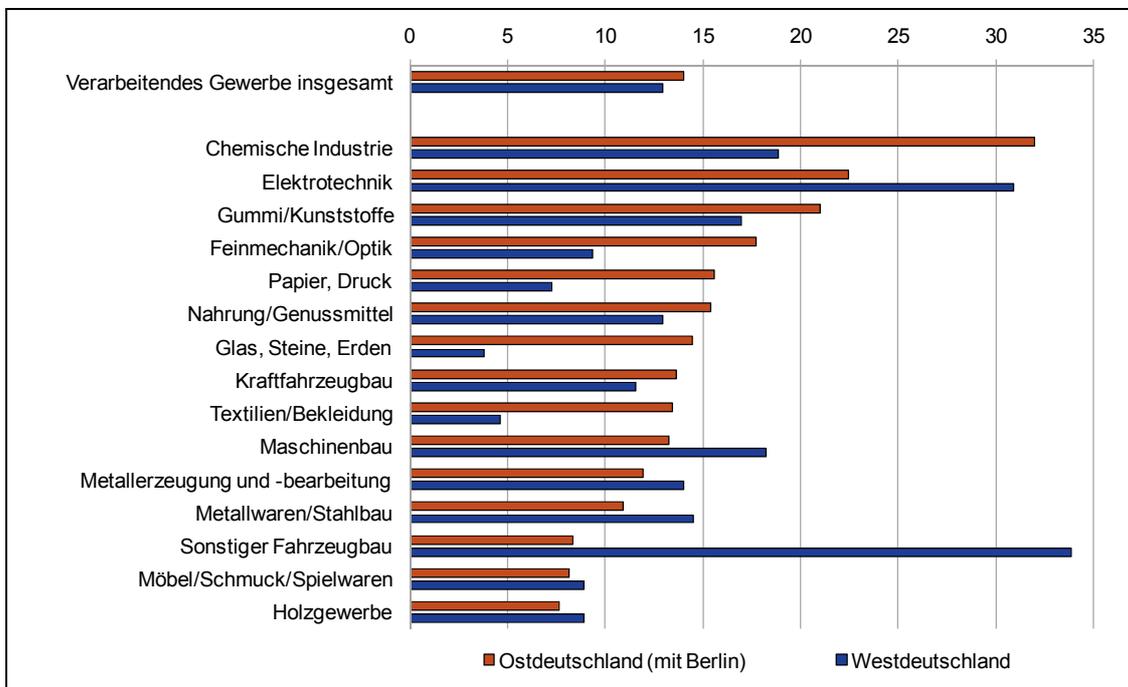
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – * Unternehmen mit fünf und mehr Beschäftigten in den Branchen Kredit- und Versicherungsgewerbe, EDV- und Telekommunikationsdienstleistungen, technische Dienstleistungen, nicht technische Beratungsdienstleistungen (Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Werbung). – ** Unternehmen mit fünf und mehr Beschäftigten in den Branchen Großhandel, Verkehr einschließlich Post- und Kurierdienste sowie Gebäudereinigung, Bewachung, Arbeitnehmerüberlassung, sonstige Unternehmensdienste, Abwasser- und Abfallbeseitigung.

Quellen: Mannheimer Innovationspanel, ZEW (2006, 2009); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Basierend auf Daten aus dem Mannheimer Innovationspanel (MIP) zeigt sich im Zeitverlauf eine schwankende Innovationstätigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Diese Entwicklung lässt sich sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor anhand der Innovatorenquote nachweisen. Die Kennzahl beschreibt den prozentualen Anteil der Innovationen (Produkt- oder Prozessinnovationen) hervorbringenden Unternehmen an der Gesamtheit der Unternehmen der jeweiligen Region. Dabei zeigt sich, dass das Verarbeitende Gewerbe in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) bis Ende der 90er Jahre einen deutlich höheren Anteil innovierender Unternehmen verzeichnete als Westdeutschland. Dies war dem hohen technologischen Nachholbedarf sowohl im Bereich der Produkte als auch der Produktionsprozesse geschuldet. Im Jahr 2007 liegt die Innovatorenquote im Verarbeitenden Gewerbe in beiden Landesteilen etwa gleich auf (55% in Ost- und 57% in Westdeutschland). Anders hingegen im Dienstleistungssektor: hier liegt der Anteil der Innovatoren in Westdeutschland höher.

5.8 Marktneuheiten in Ost- und Westdeutschland gleichauf

Betriebe mit Marktneuheiten im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- und Westdeutschland
- Anteil der Betriebe in %, Zeitraum 2005 bis 2006 -



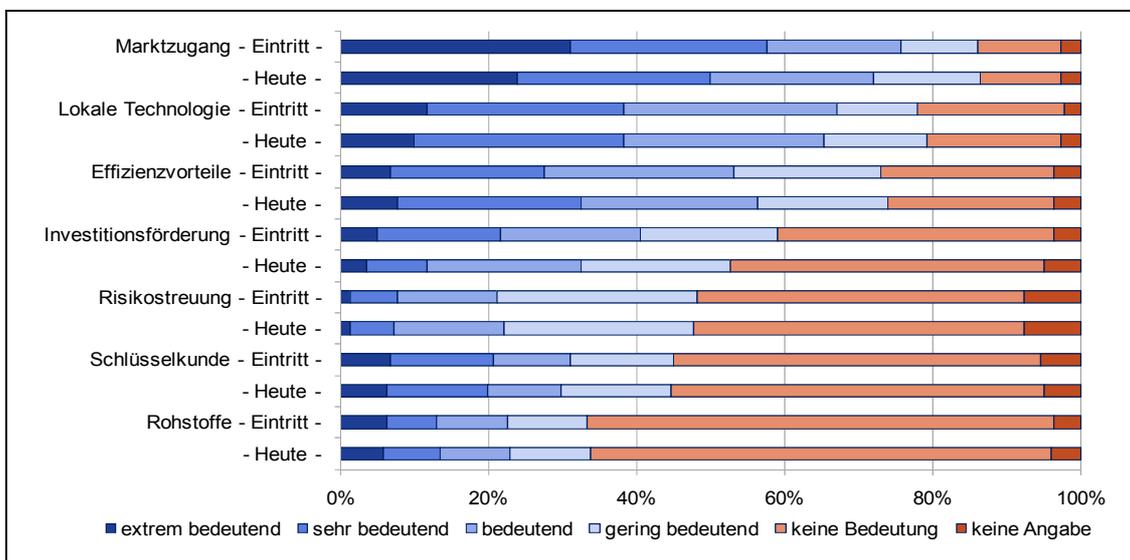
Quellen: IAB-Betriebspanel 2007; Berechnungen und Darstellung des IWH (alle Angaben hochgerechnet).

Aus betrieblicher Sicht dienen Produktinnovationen dem Erhalt und der Ausweitung der Marktanteile und der Wettbewerbsfähigkeit im jeweiligen Marktsegment. Für die technologische Leistungsfähigkeit ist die Einführung gänzlich neuer Produkte (Marktneuheiten) besonders bedeutungsvoll. Wie die Auswertung des IAB-Betriebspanels von 2007 zeigt, kann sich das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland diesbezüglich gut behaupten. Ost- und Westdeutschland verzeichnen mit 14% bzw. 13% praktisch einen gleich hohen Anteil von Betrieben, die im Betrachtungszeitraum Marktneuheiten eingeführt haben (im Zeitraum 2002 bis 2003 waren es 8% bzw. 6%). Die hinsichtlich der Marktneuheiten besonders innovativen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland sind die Chemische Industrie, die Elektrotechnik sowie der Bereich Gummi und Kunststoffe. Im Vergleich dazu sind in Westdeutschland die Elektrotechnik und der Sonstige Fahrzeugbau, zu dem auch der Flugzeugbau zählt, die innovativsten Branchen.

5.9 „Wissen und Technologie“ wichtiges Motiv für ausländische Investoren in Ostdeutschland

Motive ausländischer Investoren für die Wahl des Standortes in den Neuen Bundesländern bei Eintritt des ausländischen Investors und heute (2006/2007)^a

- in %, Verarbeitendes Gewerbe -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

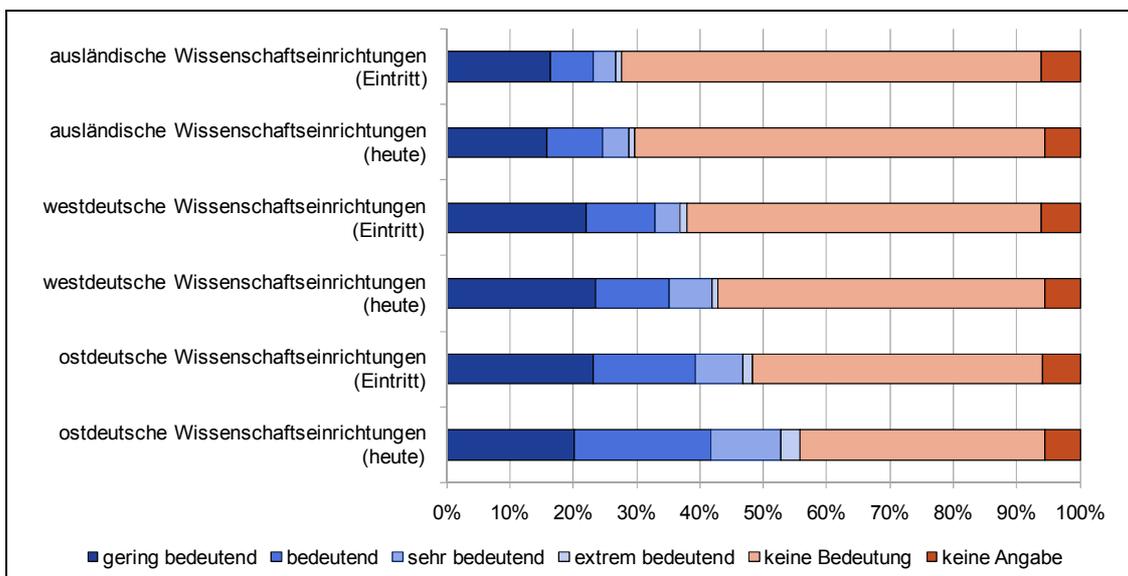
Quellen: IWH-FDI-Mikrodatenbank (Befragungswelle 2006/2007); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ausländische Investoren können in der Regel unter einer Vielzahl möglicher Standorte weltweit wählen. Nicht selten wird aufgrund der erhofften positiven Impulse für die lokale Ökonomie um sie geworben. Die Investitionsmotive ausländischer Investoren in den Neuen Ländern geben daher Aufschluss über die Attraktivität des Standorts Ost. Das IWH befragt seit 2006 regelmäßig Unternehmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung (über 10%) in Ostdeutschland einschließlich Berlin. In der in den Jahren 2006/2007 im Verarbeitenden Gewerbe durchgeführten Befragung wurde u. a. nach den Investitionsmotiven der jeweiligen ausländischen Eigentümer zum Zeitpunkt des Markteintritts (verschiedene Zeitpunkte seit 1990) und heute (2006/2007) gefragt. Die Auswertung zeigt, dass die Markterschließung nach wie vor der wichtigste Grund für ausländische Investoren in Ostdeutschland ist. Am zweithäufigsten verweisen die Investoren – bei Eintritt wie 2006/2007 – auf den Zugang zu lokalem Wissen, Qualifikation und Technologie. Dies kann als deutlicher Hinweis dafür verstanden werden, dass technologische Kompetenz und Humankapital als starker Standortfaktor gelten. Als drittstärkstes Investitionsmotiv (mit leicht steigender Tendenz) wird die Effizienzsteigerung genannt, z. B. Arbeits- oder Vertriebskosten. An vierter Stelle steht für ausländische Investoren die Investitionsförderung. Ihre Bedeutung als Investitionsmotiv hat im Zeitverlauf jedoch an Bedeutung verloren. Weniger Bedeutung – bei Eintritt wie 2006/2007 – haben Motive zur Risikodiversifizierung sowie Investitionen, welche Schlüsselkunden folgen oder durch lokale Rohstoffvorkommen motiviert sind.

5.10 Ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen wichtiger Partner für ausländische Investoren in den Neuen Ländern

Bedeutung von Wissenschaftseinrichtungen für die Forschungs- und Innovationstätigkeiten ausländischer Investoren in Ostdeutschland, bei Eintritt des ausländischen Investors und heute (2006/2007)^a

- in %, Verarbeitendes Gewerbe -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IWH-FDI-Mikrodatenbank (Befragungswelle 2006/2007); Berechnungen und Darstellung des IWH.

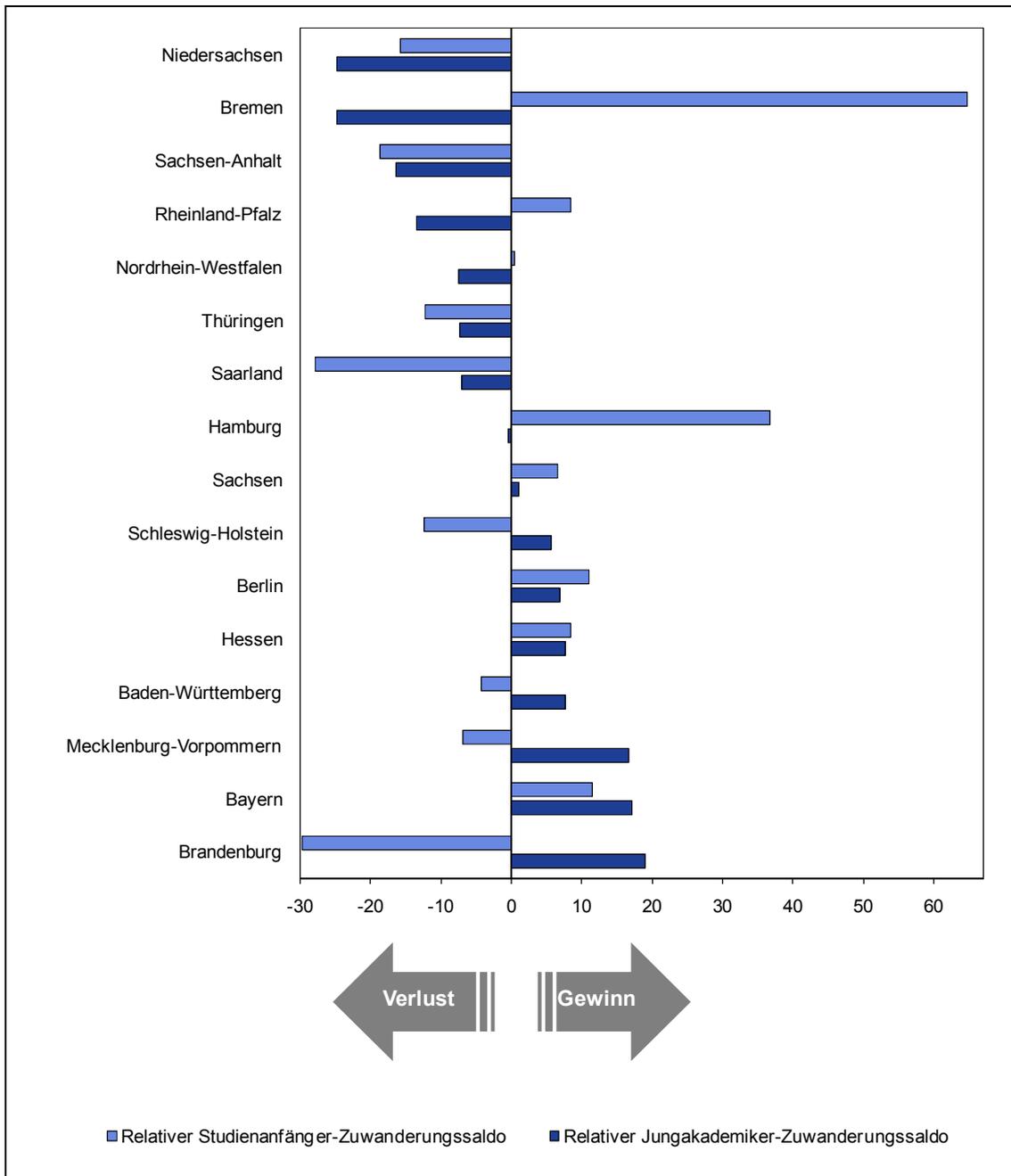
Die Befragungsdaten des IWH unter ausländischen Tochtergesellschaften des Verarbeitenden Gewerbes zeigen, dass der Zugang zu lokalem Wissen, Qualifikation und Technologie einer der wichtigsten Gründe für ausländische Investoren in den Neuen Bundesländern ist. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Bedeutung Wissenschaftseinrichtungen in Ostdeutschland im Vergleich zu solchen in Westdeutschland und im Ausland für ausländische Investoren mit Sitz in den Neuen Ländern haben. Unter Wissenschaftseinrichtungen sind Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute zu verstehen.

Auch diese Frage wurde an die Tochtergesellschaften mit ausländischer Beteiligung und Sitz in den Neuen Ländern (einschließlich Berlin) gerichtet – wiederum mit der Frage der Bedeutung bei Markteintritt und heute (2006/2007). Es zeigt sich, dass den Wissenschaftseinrichtungen in Ostdeutschland im Vergleich zu solchen in Westdeutschland und im Ausland insgesamt eine deutlich höhere Bedeutung für die eigene Forschungs- und Innovationstätigkeit beigemessen wird. Dabei ist zusätzlich zu erkennen, dass die Bedeutung der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen im Zeitverlauf, das heißt zwischen erstmaligem Markteintritt und heute (2006/2007), für den ausländischen Investor zugenommen hat. Dieser Befund steht im Einklang mit den in Ostdeutschland zu verzeichnenden, im Vergleich zu Westdeutschland deutlich höheren, öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

5.11 Brain Gain und Brain Drain im föderalen Deutschland

Hochschul-Bildungswanderung nach Bundesländern

- in % -



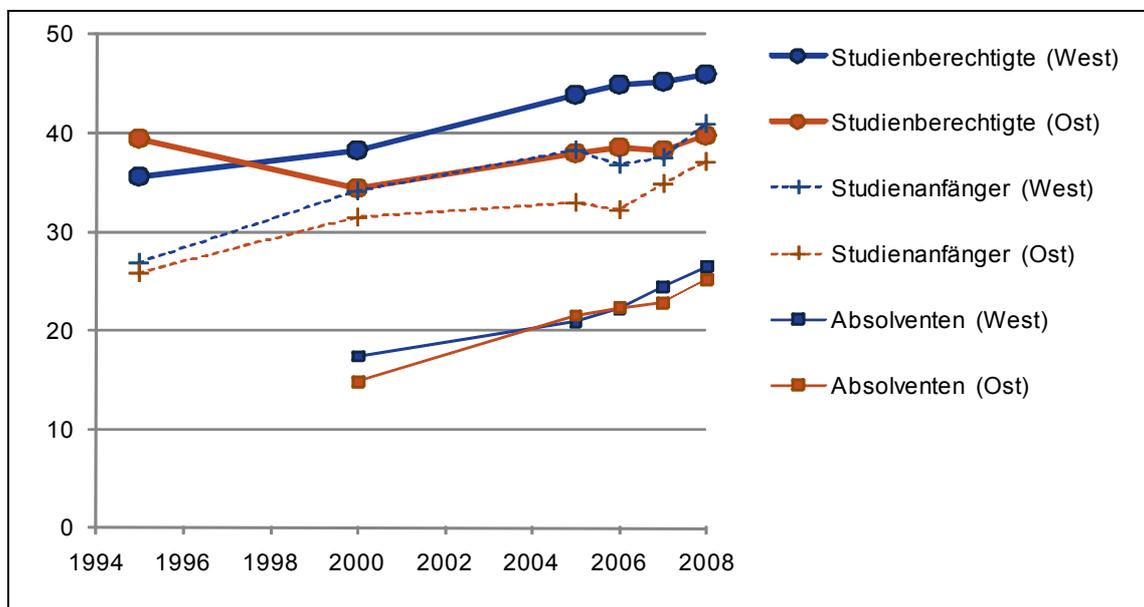
Quellen: Statistisches Bundesamt; Mikrozensus; Sunder, M.; Trocka, D.; Günther, J.: Aktuelle Trends: Brain Gain und Brain Drain: Hochschul-Bildungswanderung im föderalen Deutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2008, S. 375-375; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hochqualifizierte Fachkräfte werden von den Unternehmen oft überregional rekrutiert, sodass gerade unter Akademikern eine hohe Mobilität zu beobachten ist. Aus der Perspektive der Bundesländer, die einen Großteil der Kosten der Akademikerausbildung bestreiten, kann ein hoher Zu- bzw. Abwanderungssaldo eine Schieflage bei der finanziellen Lastenverteilung zur Folge haben. Es liegt auf der Hand, dass einzelne Bundesländer im Ausbildungswesen nur ungern eine Zubringerfunktion für andere übernehmen wollen. Von Bedeutung ist nicht nur die Wanderung über Landesgrenzen hinweg zu Beginn des Studiums, sondern auch, wo sich Absolventen nach Abschluss des Studiums niederlassen. Die Abbildung zeigt, dass sich die innerdeutschen Bildungswanderungsströme der einzelnen Bundesländer i. d. R. weder bei den Studienanfängern noch bei den jungen Akademikern (im Alter von 27 bis 30 Jahren) ausgleichen. Beispielsweise nahm Sachsen-Anhalt weniger Erstsemester auf, als es Landeskinder an andere Länder abgab. Teilt man nun diese Differenz aus „Im- und Exporten“ durch die Zahl der aus Sachsen-Anhalt stammenden und deutschlandweit eingeschriebenen Erstsemester, ergibt sich ein „relativer Studienanfänger-Zuwanderungssaldo“ in Höhe von -19% . Dagegen erzielen vor allem die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin Wanderungsgewinne in dieser ersten Stufe der Bildungswanderung. Ein etwas anderes Bild ergibt sich auf der zweiten Stufe, d. h. der Wanderung junger Akademiker nach Abschluss ihres Studiums. Der „relative Jungakademiker-Zuwanderungssaldo“, der die Zahl der Hochschulabsolventen mit der Zahl der in den Bundesländern lebenden jungen Akademiker in Beziehung setzt, weist für Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz auf nennenswerte Verluste – oder „Brain Drain“ – hin. Bemerkenswerten „Brain Gain“ auf beiden Stufen der Hochschul-Bildungswanderung verzeichnen Bayern, Hessen und Berlin. Ab dem nächsten Jahr ist mit merklichen Veränderungen der Wanderungsbilanz bei den Erstsemestern zu rechnen: In den Neuen Bundesländern wird dann die erste geburtenschwache Nachwende-Kohorte zum Abitur antreten. Im Rahmen des Hochschulpakts 2020 sollen die Studienanfängerzahlen dort dennoch konstant gehalten werden, u. a. durch „Westimporte“ aus doppelten Abiturjahrgängen.

5.12 Tertiäre Bildung nimmt zu

Quoten studienberechtigter Schulabgänger, Studienanfänger (nach Studienort) und Absolventen von Erststudiengängen^a

- in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe -



^a Bevölkerungsgewichtete Mittelwerte aus länderspezifischen Quoten (für Deutsche und Ausländer zusammengefasst); Angaben zu Studienberechtigten und Studienanfänger sind bereinigt um den Effekt der G-8 Einführung 2007 und 2008; Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 11/Reihe 4.3), Berechnung und Darstellung des IWH.

Das Humankapital – in Form von Wissen und Fähigkeiten der Menschen – stellt einen wesentlichen Potenzialfaktor für technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum dar. Für Forschung und Innovation sind gerade Investitionen in tertiäre Bildung von Bedeutung. In der Abbildung wird für das jeweilige Berichtsjahr die Zahl der Schüler, die ihre Schullaufbahn mit einer Studienberechtigung (Abitur bzw. Fachhochschulreife) beendet haben, ins Verhältnis gesetzt zur gleichaltrigen Bevölkerung. Für Westdeutschland zeigt sich ein beachtlicher Anstieg der Studienberechtigtenquote um über zehn Prozentpunkte seit Mitte der 90er Jahre. Rechnet man die durch Umstellung auf das achtjährige Gymnasium bedingten Sondereffekte heraus, so liegt die Quote in Ostdeutschland im Jahr 2008 rund sechs Prozentpunkte unterhalb des westdeutschen Werts. In beiden Teilen des Landes stieg die Studienanfängerquote: Würden die altersspezifischen Wahrscheinlichkeiten zur Aufnahme eines Erststudiums dauerhaft auf dem Niveau von 2008 verharren, so würden rund 40% der Bevölkerung in ihrem Leben ein Studium beginnen, und 26% könnten auf ein erfolgreich abgeschlossenes Erststudium zurückblicken. Bei diesen beiden Indikatoren lag zuletzt Westdeutschland wiederum vor Ostdeutschland. Aufgrund der besonderen demographischen Entwicklung in den Neuen Ländern erscheint jedoch eine deutliche Ausweitung dieser Quoten im Hinblick auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft alternativlos.

6 Kommunale Entwicklungsstrategien und Wohnen in Ostdeutschland

Die Länder und der Bund richten ihre Politik zunehmend auf die Entwicklung der Städte aus. Auf der Bundesebene kommt dies in den Programmen und Maßnahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ zum Ausdruck. Auch in der EU-Strukturfondsförderung für die Jahre 2007 bis 2013 werden die Städte deutlich stärker als zuvor berücksichtigt. Dahinter steht zum einen der Befund, dass sich das System der Städte derzeit aufgrund verschiedener Entwicklungen im Umbruch befindet: Die Globalisierung hat zur Verschärfung des interstädtischen Wettbewerbs mit der Folge verstärkter Wanderungstendenzen geführt; die Städte werden durch den politisch organisierten Wettbewerb unter Druck gesetzt; relevante Reaktionsformen sind u. a. die Neubestimmung der Grenzen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit sowie die Bildung so genannter „Metropolregionen“. Zum anderen erklärt sich die Relevanz der Städte aus ihren volkswirtschaftlichen Funktionen im Bereich der Bereitstellung von Infrastruktur einschließlich Wohnraum und der Generierung von Ballungsvorteilen. Die skizzierten Veränderungen haben die Städte in Post-Transformationsökonomien und speziell in Ostdeutschland, die im Fokus der IWH-Forschung stehen, vor besonders große Herausforderungen gestellt: Diese Städte zeichnen sich durch eine nicht marktkonforme Siedlungsentwicklung, die jahrzehntelange Unterlassung von Investitionen in die Infrastruktur, Defizite bei der politischen Kontrolle der Kommunen, einen ausgeweiteten kommunalwirtschaftlichen Sektor, die Abhängigkeit von staatlichen Transfers und fehlendes Unternehmertum aus. Der folgende Städtevergleich zwischen Ost- und Westdeutschland fokussiert auf die jeweils – der Einwohnerzahl nach – acht größten ost- und acht größten westdeutschen Städte. Berlin wurde aufgrund seiner räumlichen Lage als ostdeutsche Stadt eingestuft.

Ein wesentlicher Indikator für die Position der Städte im Standortwettbewerb ist die Höhe der Mietpreise, wobei allerdings für die Kosten des Wohnens auch die so genannte „zweite Miete“ – nicht zuletzt: die Höhe der Energiepreise – von Bedeutung ist. Im Ergebnis des Standortwettbewerbs kommt es zu den bereits erwähnten Wanderungstendenzen – und in Städten mit Abwanderungstendenzen zum Problem des Wohnungsleerstands. Wenn die Städte versuchen, mit ihren Entwicklungsstrategien zu einer verbesserten Position im Standortwettbewerb zu gelangen, so spielt hierbei nicht zuletzt die jeweilige fiskalische Situation eine Rolle. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Verfügbarkeit von kommunalen Finanzmitteln nicht nur von der staatlichen Regelung der Finanzzuweisungen, sondern durchaus auch in starkem Maß von der lokalen Politik abhängig ist. So können die Städte u. a. durch die Struktur ihrer Ausgaben sowie durch eine aktive Gestaltung der Abgaben im Bereich kommunaler Unternehmen ihren finanziellen Spielraum deutlich variieren. Die Ergebnisse der lokalen Wirtschaftstätigkeit, wie sie u. a. im städtischen Niveau der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen, sind allerdings stets auch in erheblichem Maß von den örtlichen Ausgangsbedingungen und den sie prägenden Entwicklungspfaden abhängig.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Peter Franz (6.1, 6.2, 6.3, 6.16, 6.17, 6.18, 6.25, 6.26)

Peter.Franz@iwh-halle.de

Tobias Glufke (6.10, 6.11, 6.12)

Peter.Franz@iwh-halle.de

Peter Haug (6.6, 6.7, 6.8, 6.9, 6.15)

Peter.Haug@iwh-halle.de

Claus Michelsen (6.23)

Claus.Michelsen@iwh-halle.de

Dominik Weiß (6.4, 6.5, 6.14, 6.19, 6.20, 6.21)

Dominik.Weiss@iwh-halle.de

Die verbleibenden Themenbereiche wurden von den Herausgebern bearbeitet. Für Rückfragen steht **Herbert S. Buscher** zur Verfügung (Herbert.Buscher@iwh-halle.de).

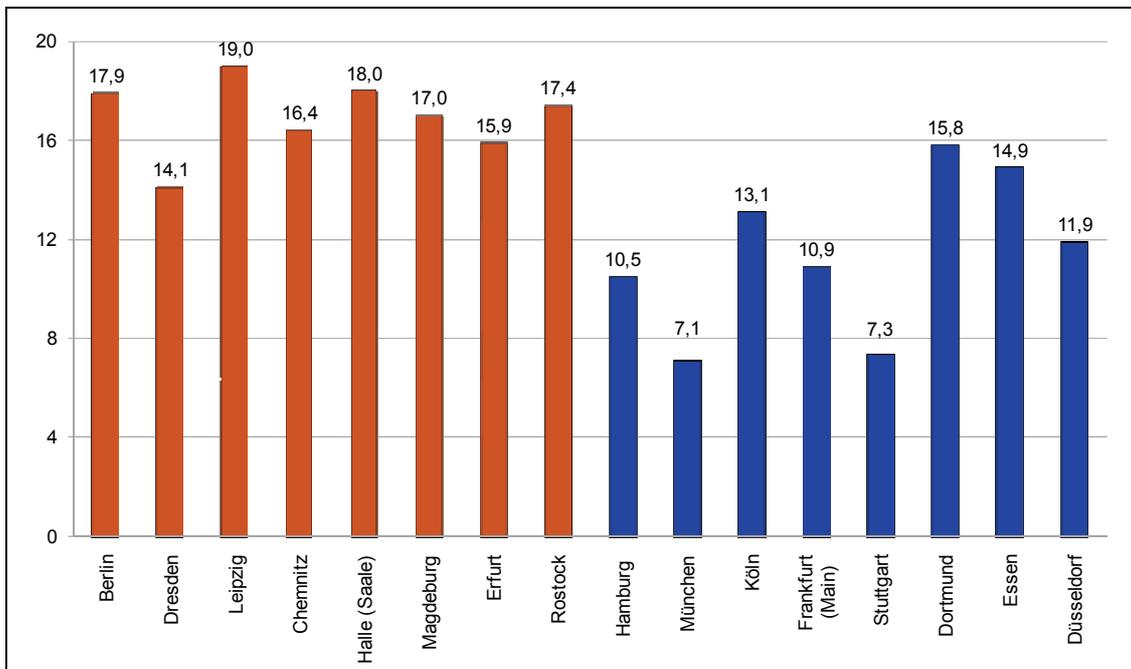
Kapitelübersicht

6.1	Niveau der Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Städten insgesamt nach wie vor höher – in Einzelfällen aber Angleichung erkennbar	140
6.2	Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Städten sinkt unterschiedlich durch konjunkturellen Aufschwung 2007 bis 2008	141
6.3	Re-Industrialisierung wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt	142
6.4	Viel Leerstand trotz Abrissförderung in Ostdeutschland – Zunahme des Problems in Westdeutschland	143
6.5	Leerstands- und Wohnungsentwicklung	144
6.6	Gesamteinnahmen kommunaler Haushalte	145
6.7	Erträge aus kommunalen Unternehmen	146
6.8	Zuweisungen an Kommunen	147
6.9	Ostdeutsche Großstädte arbeiten personalintensiver als westdeutsche Großstädte	148
6.10	Geringe Ost-West-Unterschiede bei der kommunalen Kulturfinanzierung	149
6.11	Ausgaben für darstellende Kunst pro Einwohner in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland	150
6.12	Rentabilität der kommunalen Kultureinrichtungen in den ostdeutschen Städten geringer als in Westdeutschland	152
6.13	Mieten in Ostdeutschland: Nebenkosten erhöhen die Mietbelastung	153
6.14	Niedrigere Mietpreise mit steigender Tendenz in Ostdeutschland	154
6.15	Strom- und Gaspreise – Die „zweite Miete“ ist in ostdeutschen Großstädten höher als in Westdeutschland	156
6.16	Einwohnerentwicklung in den ostdeutschen Städten seit einigen Jahren durchaus unterschiedlich	157
6.17	Einwohnerentwicklung in den Städten in hohem Maß durch Zu- und Abwanderung beeinflusst	158
6.18	Einwohnerverluste ostdeutscher Städte am größten – aber auch westdeutsche Städte sind betroffen	159
6.19	Struktur des Wohnbestandes nach Besitzstatus: Weniger Wohneigentum in Ostdeutschland	160
6.20	Hoher Altbauanteil in Ostdeutschland – Teures Erbe	161
6.21	Neubauraten von Wohnungen sinken in West- und Ostdeutschland	162
6.22	Wohnfläche pro Person nach Besitzstatus: Die größeren Wohnungen sind in Westdeutschland	163
6.23	Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle bei der Energieeffizienz von Wohnimmobilien	164
6.24	Wohnungsausstattung in Ost- und Westdeutschland: Weniger Komfort in Ostdeutschland?	166
6.25	Gleichstand ostdeutscher Städte beim Zugang zum Autobahnnetz	167
6.26	Defizite ostdeutscher Städte bei der Bahnanbindung	168

6.1 Niveau der Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Städten insgesamt nach wie vor höher – in Einzelfällen aber Angleichung erkennbar

Jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- Arbeitslose in % zu abhängig Erwerbstätigen -

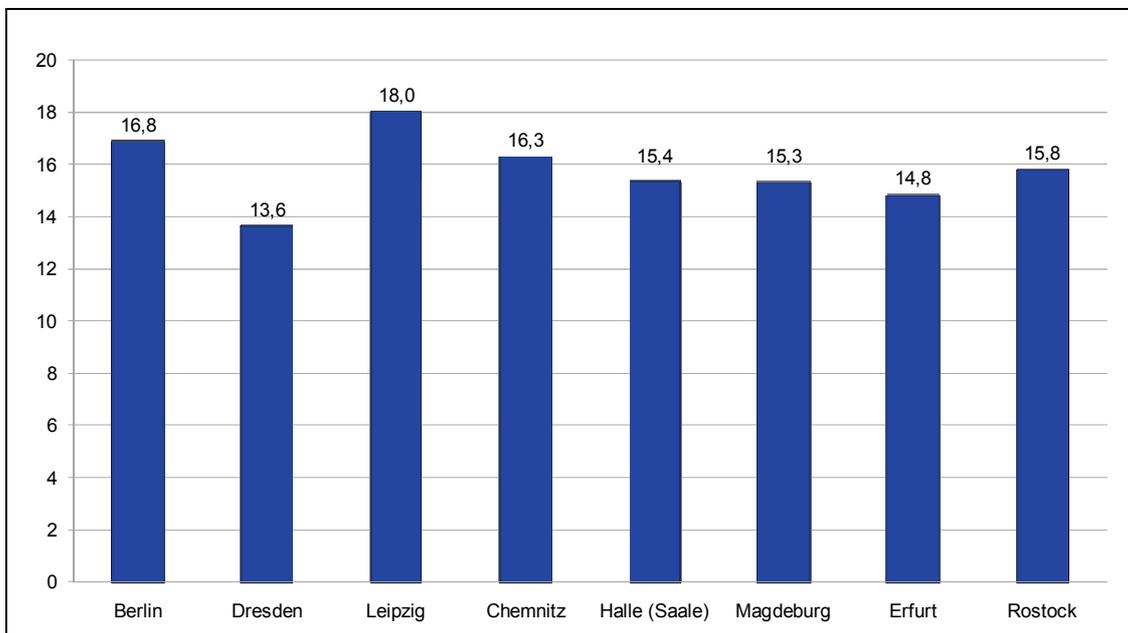


Quellen: Bundesagentur für Arbeit, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die seit Jahren anhaltend höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland lässt sich auch an den hohen Werten für die ostdeutschen Städte ablesen. Betrachtet man das Jahr 2007, so weisen Leipzig, Halle (Saale), Berlin und Rostock in dieser Reihenfolge die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Um bis zu zehn Prozentpunkte unter diesem Niveau liegen dagegen die entsprechenden Zahlen für München, Stuttgart, Hamburg und Frankfurt (Main). Daneben gibt es aber inzwischen auch ostdeutsche Städte mit geringerer Arbeitslosigkeit wie Dresden, Erfurt oder Chemnitz, deren Arbeitslosigkeit eine ähnliche Größenordnung erreicht wie in Dortmund oder Essen der Fall. Derartige Annäherungen im Niveau verdeutlichen, dass mit größerem zeitlichen Abstand zur deutschen Vereinigung eine differenziertere Entwicklung eingesetzt hat, wodurch die alte Gleichsetzung von Ost = hohe Arbeitslosigkeit und West = niedrige Arbeitslosigkeit nicht mehr durchgängig gilt.

6.2 Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Städten sinkt unterschiedlich durch konjunkturellen Aufschwung 2007 bis 2008

Arbeitslosenquote der acht größten Städte Ostdeutschlands im März 2009



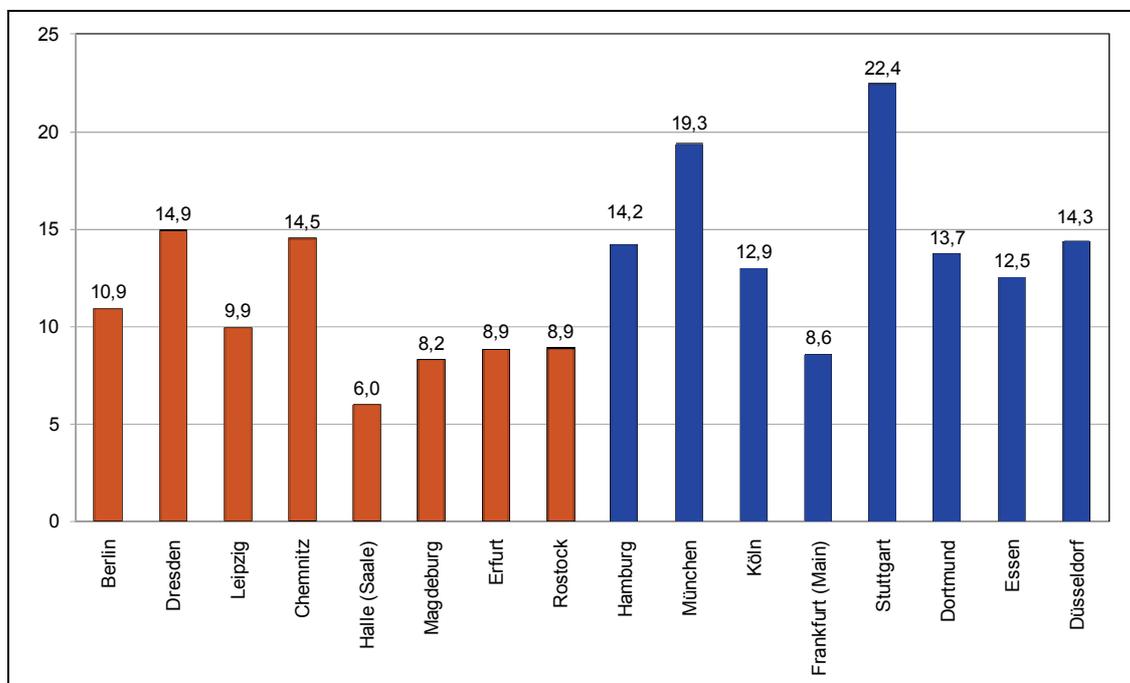
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 2007 und 2008 brachte die Besonderheit mit sich, dass er der erste nach 1990 war, der sich auf das Niveau der Arbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern auswirkte.

Der Blick auf die Arbeitslosenquoten in den größten ostdeutschen Städten am aktuellen Rand – Stand: März 2009 – und der Vergleich mit den Zahlen für das Jahr 2007 (vgl. Abbildung unter 6.1) zeigt zum einen, dass im Lauf des noch weit in das Jahr 2008 hineinreichenden konjunkturellen Aufschwungs die Arbeitslosigkeit in allen betrachteten ostdeutschen Städten abgebaut worden ist. In Halle (Saale) hat es sogar einen Rückgang von mehr als zwei Prozentpunkten gegeben. Nicht alle Städte haben gleichmäßig vom Aufschwung profitiert: Leipzig und Dresden bilden zwar nach wie vor die Extrempole, dazwischen hat es jedoch verschiedene Positionsänderungen gegeben. Vergleichsweise kräftig wurde die Arbeitslosigkeit in Halle (Saale), Magdeburg und Rostock abgebaut; im Unterschied dazu gab es in Chemnitz, Dresden und Erfurt nur geringe Veränderungen.

6.3 Re-Industrialisierung wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt

Industriebeschäftigtenanteil 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands



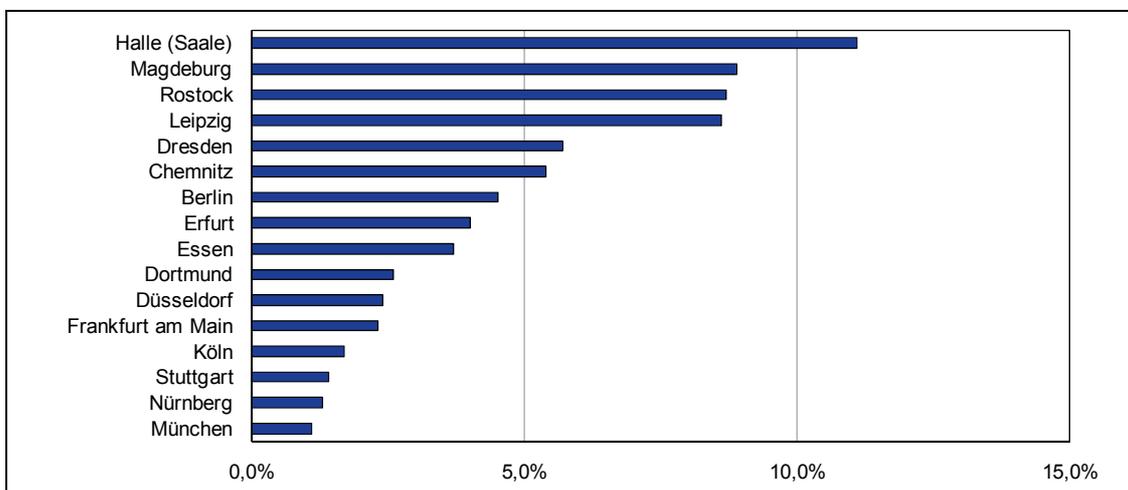
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Gefolge der wirtschaftlichen Transformation wiesen viele ostdeutsche Städte in den 90er Jahren plötzlich Industriebeschäftigtenanteile auf, die weit unter den Werten der westdeutschen Städte lagen. Spiegelbildlich dazu stiegen die Dienstleistungsbeschäftigtenanteile stark an. Von verschiedenen Stadtforschern wurde dieser Umbruch als (unfreiwilliger) Sprung in das Dienstleistungszeitalter interpretiert und eine wirtschaftliche Zukunft der großen ostdeutschen Städte als „Dienstleistungsmetropolen“ an die Wand gemalt. Im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Transformation hat sich jedoch gezeigt, dass diejenigen Städte ökonomisch erfolgreicher waren, denen es gelungen ist, ihren Industriebeschäftigtenanteil – ausgehend von niedrigen Werten – wieder nennenswert zu erhöhen. Dazu gehören in erster Linie die Städte Dresden und Chemnitz, die im Jahr 2007 das Niveau von Hamburg wieder erreicht und das der nordrhein-westfälischen Städte leicht überschritten haben.¹⁰

Inzwischen ist man von der Ansicht abgekommen, dass der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) den sekundären Sektor (Verarbeitendes Gewerbe) im Zeitverlauf ablösen würde (Dualität in der Drei-Sektoren-Hypothese), sondern ist zur Einsicht gelangt, dass erst ein gewisser Industriebesatz die Voraussetzung dafür bietet, dass sich am betreffenden Standort auch eine größere Zahl unternehmensorientierter Dienstleister ansiedeln kann (Komplementarität).

6.4 Viel Leerstand trotz Abrissförderung in Ostdeutschland – Zunahme des Problems in Westdeutschland

Leerstandsquote (jahresdurchschnittlicher Leerstand/Zahl der marktaktiven Wohnungen) im Jahr 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands



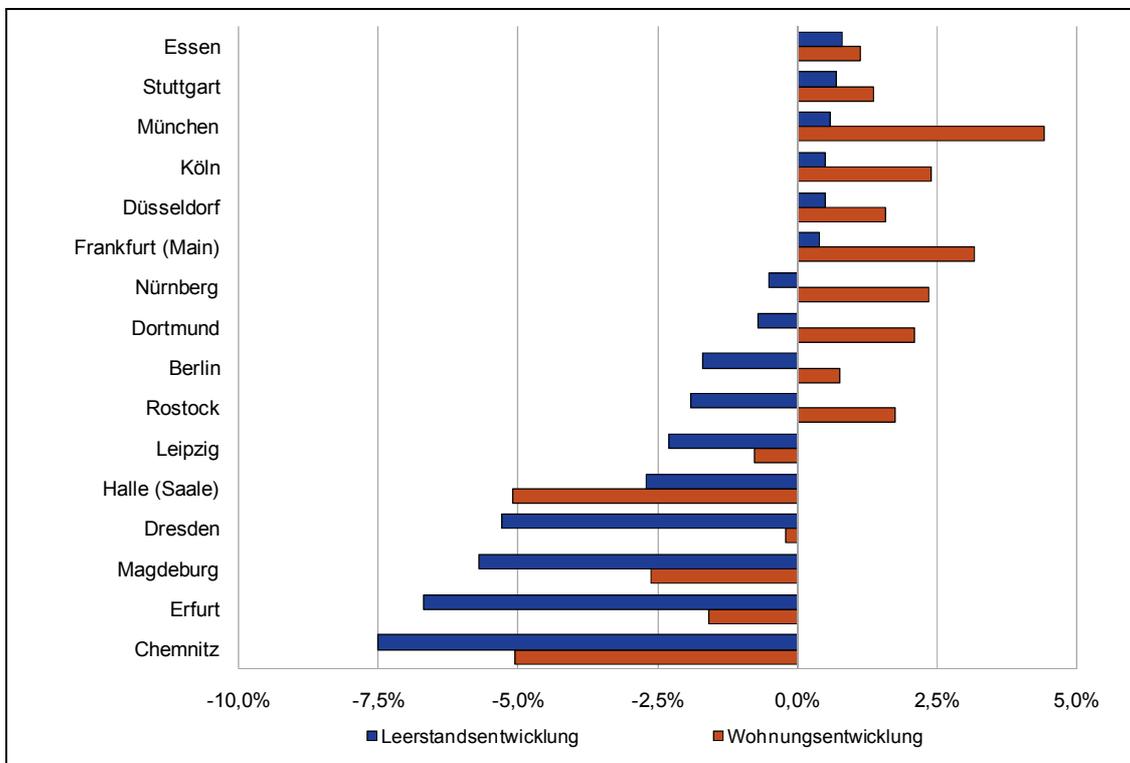
Quellen: Techem-Empirika-Leerstandsindex; Statistik Regional; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ostdeutsche Städte sind in hohem Maß von Wohnungsleerstand betroffen. Im Jahr 2007 lagen die Quoten in den großen Städten zwischen 5% und 11,5%. Die betrachteten westdeutschen Großstädte haben geringere Quoten. Insbesondere in den Städten Süddeutschlands ist Leerstand noch kaum relevant. Die Leerstandsproblematik in ostdeutschen Städten ist auch eine Folge des Baubooms der 90er Jahre. Von 1996 bis 2001 nahm die Zahl der Wohnungen um ca. 7% zu, während bei der nachfragerelevanten Zahl der Haushalte in diesem Zeitraum nur ein Zuwachs von 3% zu verzeichnen ist. Für die schwache Nachfrageentwicklung ist auch der negative Wanderungssaldo Ostdeutschlands mit verantwortlich. Die Sonder-Afa-Regelungen des Fördergebietgesetzes, eine starke Suburbanisierung und Wohnungsbauförderung für die Sanierung von Mietwohnungen führten zu einer Ausweitung des Wohnungsbestandes weit über die tatsächliche Nachfrageentwicklung hinaus.

Der daraus resultierend hohe Leerstand bereitet nicht nur den Wohnungsunternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern beeinträchtigt auch das Stadtbild und die Aufrechterhaltung einer effizienten Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Zunehmende Verödung und Funktionsverluste führen dazu, dass ganze Stadtquartiere zur Disposition stehen. Daher wird seit 2001 mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ versucht, durch geförderten Abriss von Wohnungen den Markt zu stabilisieren und das Überangebot zu reduzieren. Tatsächlich sind die Leerstandsraten in den ostdeutschen Großstädten seit 2001 zwischen zwei und sieben Prozentpunkten gesunken. Die Abrissaktivität von ca. 200 000 Wohneinheiten in den Neuen Bundesländern zeigt sich auch bei der Wohnungsbestandsentwicklung und hat in vielen ostdeutschen Städten zu einer absoluten Reduzierung der Zahl an Geschosswohnungen geführt. In den betrachteten westdeutschen Städten steigt der Wohnungsbestand weiterhin an.

6.5 Leerstands- und Wohnungsentwicklung

Entwicklung des Leerstands und des marktaktiven Wohnungsbestands 2001 bis 2007 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands

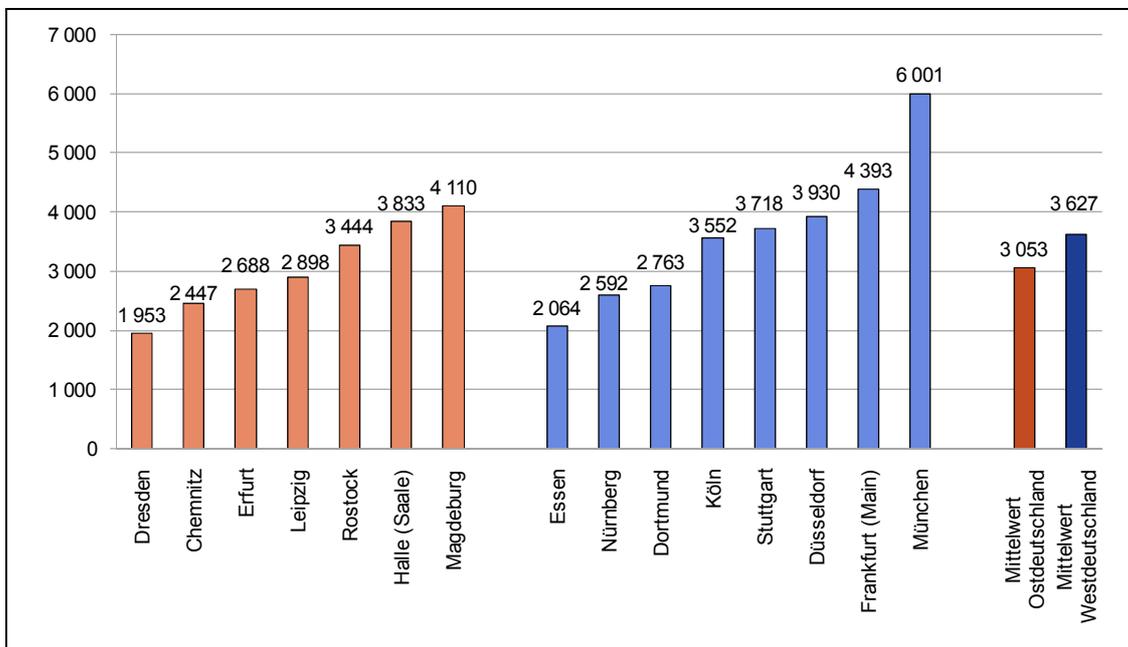


Quellen: Techem-Empirika-Leerstandsindex; Statistik Regional; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Anders als in Ostdeutschland ist in den westdeutschen Städten beim Leerstand seit 2001 tendenziell eine leichte Zunahme festzustellen. Gerade ältere Mietwohnungsbestände der 50er bis 70er Jahre entsprechen heute hinsichtlich Komfort und Energieeffizienz oft nicht mehr den Wohnwünschen der Bevölkerung und sind daher schwieriger zu vermieten. Leerstand wird aufgrund der demographischen Entwicklung je nach Stadt und Region auch in den Alten Bundesländern zum Thema für die Stadtentwicklung. Es ist unwahrscheinlich, dass sich der Rückgang des Leerstands in Ostdeutschland im gleichen Maß wie bisher fortsetzen wird. Eher ist zu erwarten, dass die Leerstandsraten überdurchschnittlich hoch bleiben oder aber auch wieder zunehmen werden. Denn der bisherige Abriss betrifft vor allem das niedrige Qualitätssegment der unsanierten Plattenbauwohnungen, die jedoch nun bereits zum Großteil abgerissen sind. Abrisse von Wohnungen, die vor wenigen Jahren erst saniert wurden, sind wenig realistisch, sodass Abrissförderung allein das Problem nicht beheben wird.

6.6 Gesamteinnahmen kommunaler Haushalte

Kommunale Einnahmen 2003 der jeweils größten Städte Ost- und Westdeutschlands
- in Euro pro Einwohner -



„Mittelwert Ostdeutschland“ bzw. „Westdeutschland“ entspricht dem Durchschnittswert der hier aufgeführten ost- bzw. westdeutschen Städte; kommunale Unternehmen sind Unternehmen (ohne Krankenhäuser) mit einer direkten Beteiligung der jeweiligen Stadt von mindestens 50%.

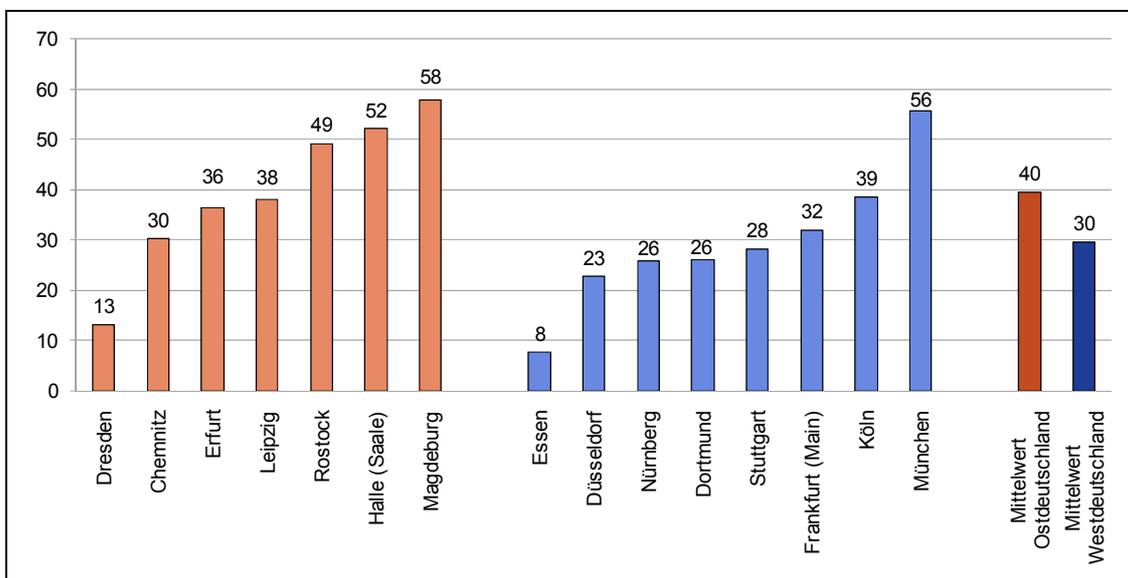
Quellen: Jahresrechnungsstatistik; Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung zur kommunalen Einnahmesituation zeigt, dass insgesamt die Pro-Kopf Einnahmen im Jahr 2003 für ostdeutsche Großstädte geringer ausfielen als für die betrachteten westdeutschen Großstädte. Um einen vollständigen Überblick über die Einnahmesituation der Städte zu erhalten, müssen neben den üblichen Einnahmen des Verwaltungshaushalts (z. B. Steuern, erhaltene Transferzahlungen) auch die Erträge der kommunalen Unternehmen berücksichtigt werden, da diese zum Beispiel auch zum Ausgleich einer niedrigen Steuerkraft herangezogen werden können. Die abgebildeten Gesamteinnahmen setzen sich daher aus den Einnahmen des Verwaltungshaushalts (bereinigt um innere Verrechnungen, kalkulatorische Einnahmen und Einnahmen aus Transferzahlungen/Ausgabenerstattungen von kommunalen Unternehmen) sowie den Erträgen der kommunalen Unternehmen (vor allem Umsatzerlöse; bereinigt um Transferzahlungen/Ausgabenerstattungen von Verwaltungshaushalt) zusammen. Trotz beispielsweise des niedrigeren Gewerbesteueraufkommens pro Einwohner erreichten einige ostdeutsche Großstädte zumindest für 2003 ein über dem Mittelwert der westdeutschen Beispielstädte liegendes Einnahmeniveau.

6.7 Erträge aus kommunalen Unternehmen

Anteil Erträge kommunaler Unternehmen an Gesamteinnahmen 2003 der jeweils größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- in % -



„Mittelwert Ostdeutschland“ bzw. „Westdeutschland“ entspricht dem Durchschnittswert der hier aufgeführten ost- bzw. westdeutschen Städte; kommunale Unternehmen sind Unternehmen (ohne Krankenhäuser) mit einer direkten Beteiligung der jeweiligen Stadt von mindestens 50%.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

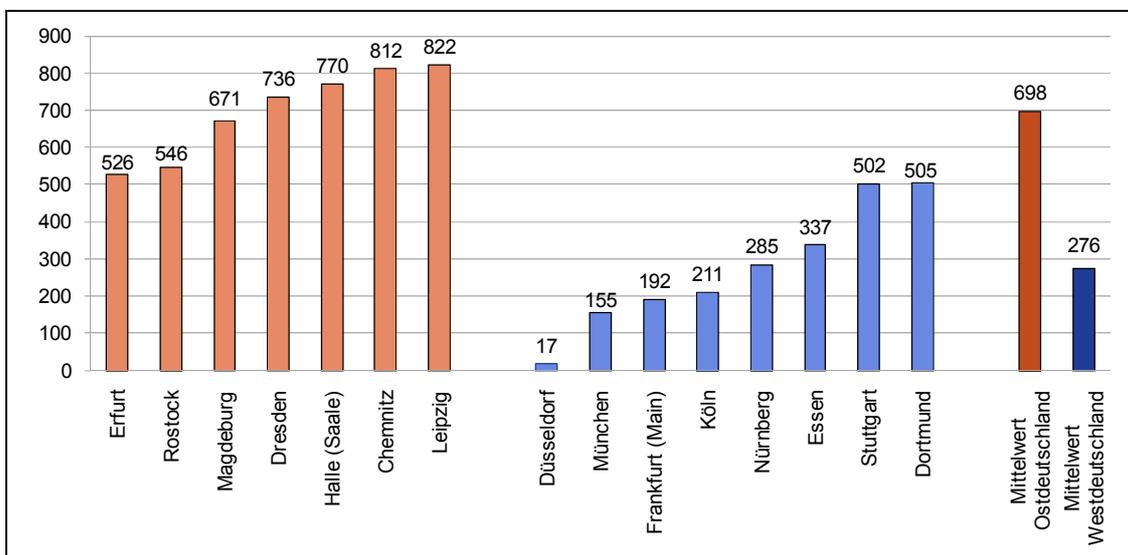
Einen gewissen Ausgleich für die in der Regel niedrigere Steuerkraft ostdeutscher Kommunen leisten die Erträge kommunaler Unternehmen, auch wenn streng genommen nur die ausgeschütteten Gewinne beispielsweise der kommunalen Versorgungs- oder Wohnungsunternehmen bzw. der kommunalen Sparkassen ähnlich frei verwendbar sind wie Steuereinnahmen.

Insgesamt ist der Anteil der Erträge kommunaler Unternehmen an den laufenden Gesamteinnahmen der untersuchten ostdeutschen Großstädte überproportional hoch im Vergleich zu den westdeutschen Städten. Wie die Abbildung zeigt, betrug dieser Anteil in den ausgewählten ostdeutschen Großstädten für das Jahr 2003 im Mittel 40%, während der westdeutsche Durchschnittswert bei lediglich 30% lag. Westdeutsche Städte wie München (56%) oder Köln (39%), die außerdem über eine überdurchschnittlich hohe Steuerkraft verfügen, liegen allerdings auf einem ähnlich hohen Niveau.

6.8 Zuweisungen an Kommunen

Zuweisungen für nicht investive Zwecke 2003 der jeweils größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- in Euro pro Einwohner -



Zuweisungen für nicht investive Zwecke entspricht der Summe der Schlüssel-, Bedarfs- und Ergänzungszuweisungen im Verwaltungshaushalt; „Mittelwert Ostdeutschland“ bzw. „Westdeutschland“ entspricht dem Durchschnittswert der hier aufgeführten ost- bzw. westdeutschen Städte.

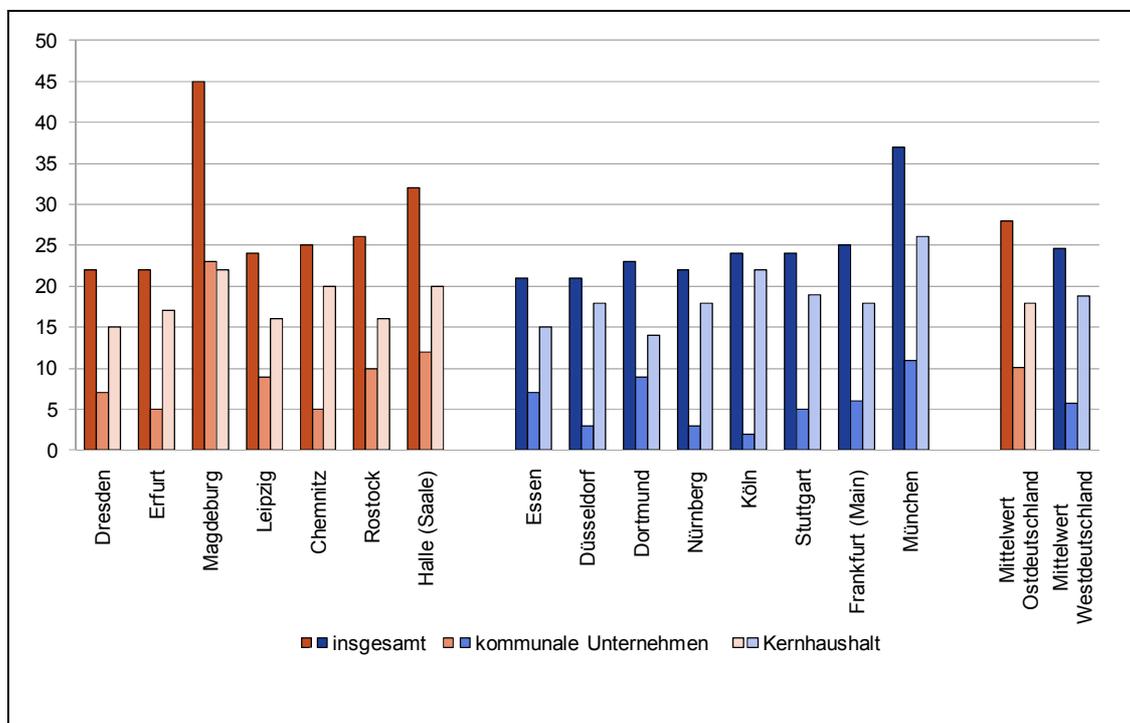
Quellen: Jahresrechnungsstatistik; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Als weiteren Ausgleich für die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Steuereinnahmen (vor allem Gewerbesteuer, Grundsteuer und die Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer) erhalten die ostdeutschen Kommunen nach wie vor höhere Zuweisungen aus Landes- und Bundesmitteln, was zu einer ausgeprägten Transferabhängigkeit führt. Im Schnitt summierten sich diese Transferzahlungen in den untersuchten ostdeutschen Großstädten auf knapp 700 Euro pro Einwohner, während es in den westdeutschen Städten mit knapp 280 Euro nicht einmal die Hälfte war.

Der allergrößte Teil dieser Zuweisungen für laufende (d. h. nicht investive) Zwecke entfällt auf die Schlüsselzuweisungen des jeweiligen Bundeslandes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Im Verhältnis dazu sind die – je nach Bundesland verschiedenen – sonstigen allgemeinen Zuweisungen, z. B. für übertragene Landesaufgaben oder diverse Sonderbedarfe wie den Kultur- oder Straßenlastenausgleich, eher gering. Da sich die Zahlen auf das Jahr 2003 beziehen, sind hier außerdem noch keine Zuweisungen im Rahmen des Sonderlastenausgleichs Hartz IV oder der Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger enthalten. (Der extrem niedrige Wert für Düsseldorf ist im Übrigen kein einmaliger Ausreißer, sondern betrug auch schon für die beiden Jahre davor nur rund 40 bis 70 Euro pro Einwohner. Denn die Stadt Düsseldorf verfügt über die mit Abstand höchste Steuereinnahmekraft pro Einwohner der kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen und erhält daher keine Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.)

6.9 Ostdeutsche Großstädte arbeiten personalintensiver als westdeutsche Großstädte

Kommunale Beschäftigte 2003 der jeweils größten Städte Ost- und Westdeutschlands
- Beschäftigte je 1 000 Einwohner -



„Mittelwert Ostdeutschland“ bzw. „Westdeutschland“ entspricht dem Durchschnittswert der hier aufgeführten ost- bzw. westdeutschen Städte; kommunale Unternehmen sind Unternehmen (ohne Krankenhäuser) mit einer direkten Beteiligung der jeweiligen Stadt von mindestens 50%.

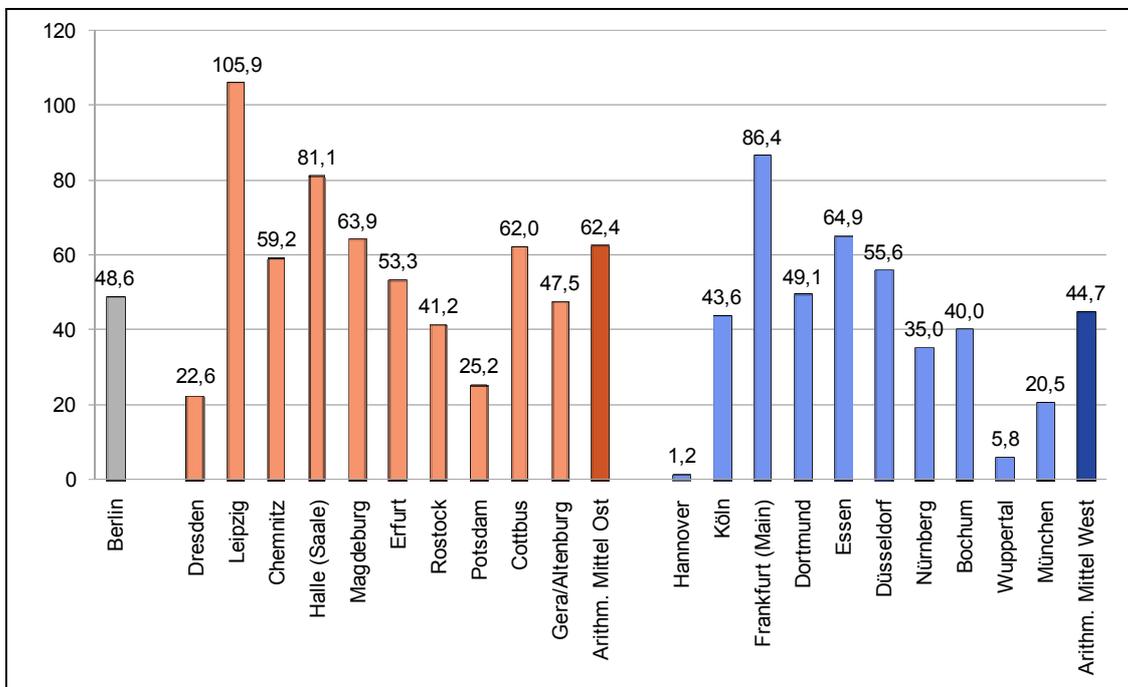
Quellen: Personalstandsstatistik; Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Durchschnitt ist der Personalbestand bezogen auf die Einwohnerzahl der hier betrachteten kreisfreien Städte in Ostdeutschland höher als in den westdeutschen Städten. Einem tendenziell gleich hohen bzw. leicht geringeren Personalbestand im Kernhaushalt stehen höhere Beschäftigtenzahlen in den städtischen Eigenbetrieben, GmbHs etc. gegenüber. Im Übrigen ist die Personalintensität keineswegs strikt nach einem Ost-West-Gefälle verteilt, wie der Mittelwert vermuten lässt. Während Dresden und Erfurt sich eher am unteren Ende der Rangliste befinden, ist der Personalbestand pro 1 000 Einwohner in München der zweithöchste unter den Beispielstädten.

Da die Personalausgaben den größten Teil der nicht investiven Ausgaben der Kommunen ausmachen, wird ein überhöhter Personalbestand – trotz immer noch niedrigerer Entgelte im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland – vor allem dann zum Problem, wenn die gleiche Menge und Qualität einer öffentlichen Leistung auch mit weniger Personal zu erbringen wäre.

6.10 Geringe Ost-West-Unterschiede bei der kommunalen Kulturfinanzierung

Betriebliche Zuschüsse der eigenen Gemeinde pro Einwohner



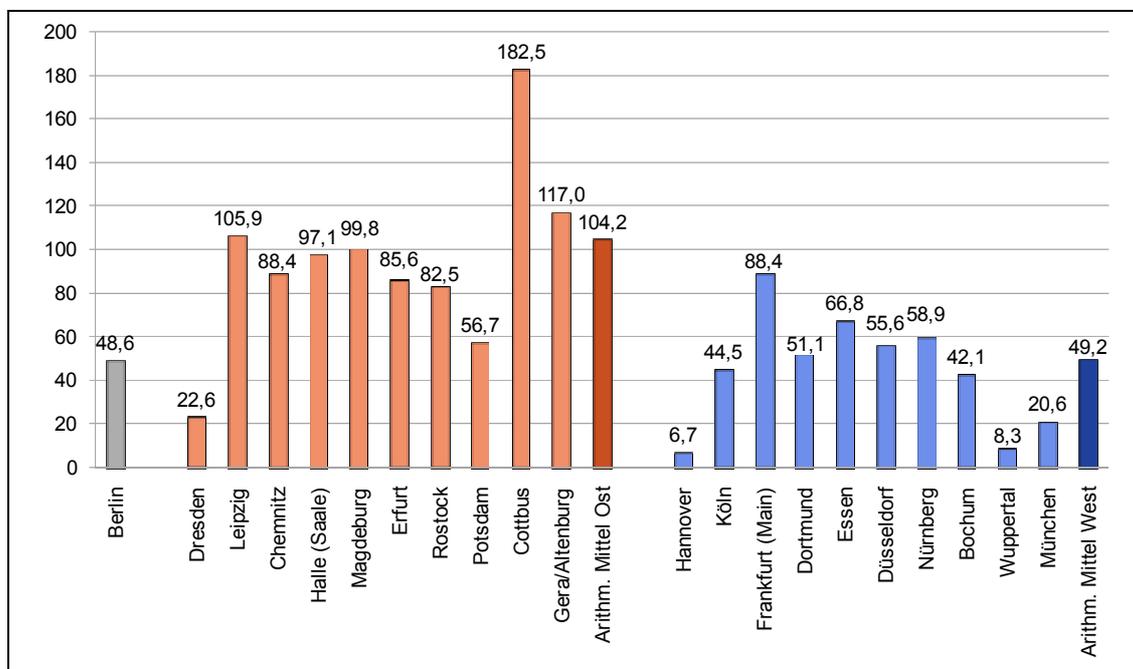
Quellen: Theaterstatistik 2006/2007; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt, wie viel die jeweilige Kommune den eigenen Theatern und Opernhäusern pro Einwohner zuweist. Besonders hohe kommunale Transfers pro Einwohner an kommunale Theater gewähren Leipzig, Halle (Saale) und Frankfurt. Leipzig und Frankfurt finanzieren demnach ihre öffentlichen Theater fast ausschließlich aus eigenen Mitteln. Am unteren Ende bewegen sich Hannover mit 1,25 Euro pro Einwohner und Wuppertal mit 5,25 Euro.

Bezogen auf die Gemeinde fallen die betrieblichen Zuschüsse pro Einwohner der westdeutschen und ostdeutschen Städte zwar nicht so stark auseinander wie die Zuschüsse insgesamt. Dennoch sind die kommunalen Pro-Kopf-Zuweisungen im Durchschnitt der westdeutschen Großstädte niedriger als in den ausgewählten ostdeutschen Städten. Die ostdeutschen Städte liegen deutlich über den westdeutschen, herausragend ist hier Leipzig, das sein Theater und Orchester fast ausschließlich aus Eigenmitteln bestreitet. Was die beiden Städte Cottbus und Gera/Altenburg betrifft, so wird ein Großteil der Zuschüsse aus Landesmitteln oder Zuwendungen anderer Gemeinden finanziert. Die Finanzierung kommunaler Kultureinrichtungen wird im Allgemeinen als freiwillige Aufgabe bezeichnet, da die Form und Finanzierung der in den Kommunalverfassungen verankerten, kulturellen Daseinsvorsorge von den Kommunen selbst festgelegt werden kann. Dies geschieht meist in Abhängigkeit von den Bedürfnissen vor Ort bzw. der kommunalen Leistungsfähigkeit, allerdings lässt die Betrachtung der kommunalrechtlichen Spezifika den Kontext der Kulturfinanzierung differenzierter als nur „freiwillig“ erscheinen.

6.11 Ausgaben für darstellende Kunst pro Einwohner in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland

Betriebliche Zuschüsse insgesamt pro Einwohner, Spielzeit 2006/2007; nur staatliche Träger der Kultureinrichtungen



Quellen: Theaterstatistik 2006/2007; Berechnungen und Darstellung des IWH.

20 Jahre nach der deutschen Vereinigung sind zwischen den ost- und westdeutschen Städten deutliche Unterschiede im Bereich der Kulturfinanzierung erkennbar. Die DDR war darauf ausgerichtet, kulturelle Einrichtungen möglichst flächendeckend anzubieten und auch kulturferne Schichten mit beispielsweise klassischer Musik zu versorgen, teilweise um diese auch an der Indoktrination der Bevölkerung mitwirken zu lassen und den Sozialismus zu idealisieren. Im Gegensatz zur Infrastruktur des Verkehrs und der Versorgung war die Infrastruktur der Kultur daher vergleichsweise gut ausgebaut, so gab es beispielsweise ein Orchester auf 220 000 Einwohner, hingegen kamen in Westdeutschland auf ein Orchester 660 000. Dies hinterließ den ostdeutschen Städten eine Finanzierungsaufgabe, die sich durch „überproportionales Wachstum aufgrund der hohen Personalkostenanteile“ auszeichnete und die Finanzmittelknappheit noch verstärkte.

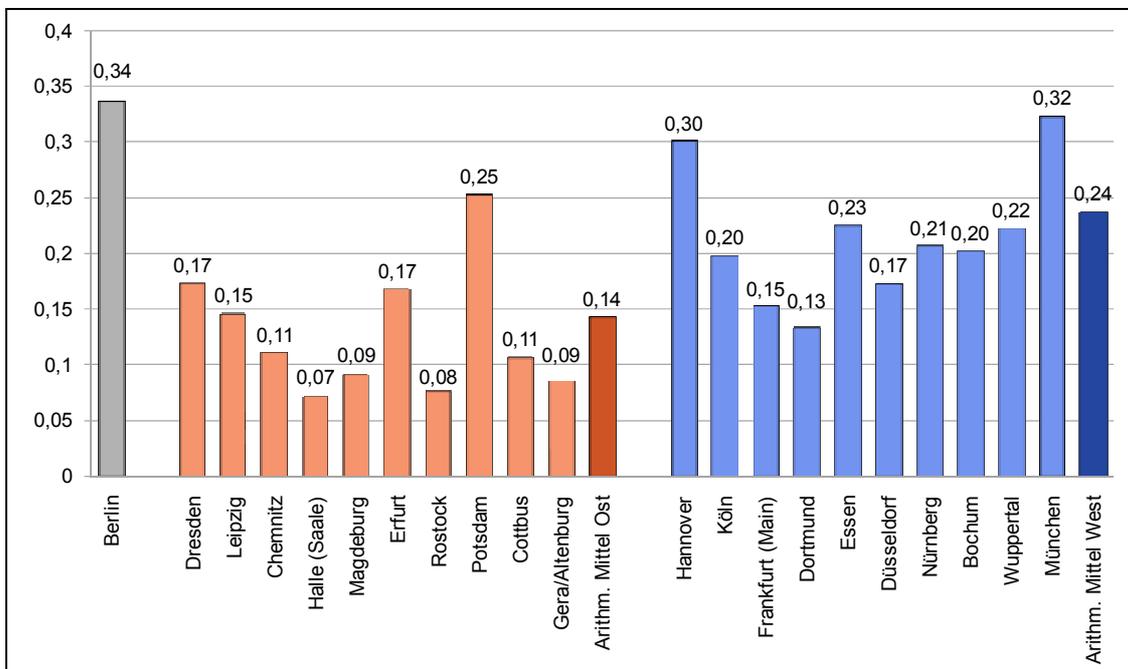
Die finanziellen Probleme werden außerdem durch den demographischen Effekt der Migration seit 1990 verschärft, der in den Alten Ländern eine Zunahme der Einwohnerdichte nach 1990 und in den Neuen Ländern eine Abnahme bewirkt. Dennoch muss bei einem Indikator wie „Zuweisungen pro Kopf“ beachtet werden, dass er keine grundsätzliche Erläuterung der starken Unterschiede darstellt, da auch eine Großstadt wie Leipzig im Gegensatz zu einer vergleichbaren Stadt wie Hannover Zuweisungen knapp über dem Durchschnitt erhält.

Für die Berechnungen der Abbildungen 6.10 bis 6.12 wurden nur Großstädte mit öffentlichen Theatern und Orchestern ausgewählt, bei denen die jeweilige Stadt der Träger ist, wenn auch nicht notwendigerweise der alleinige.¹¹ Die verwendeten Daten beziehen sich auf die Spielzeit 2006/2007 und stellen in Abbildung 6.11 alle Zuweisungen aus öffentlicher Hand den Einwohnerzahlen der Städte gegenüber. Erkennbar ist, dass aus dem flächendeckenden Erbe der DDR eine im arithmetischen Mittel zweimal so hohe Pro-Kopf-Zuschuss-Rate in den Neuen Ländern im Vergleich mit den Alten Ländern resultiert.

Starker Ausreißer in den ostdeutschen Städten ist Cottbus. Die Stadt zeichnet sich durch Kulturausgaben weit über dem Durchschnitt aus, liegt jedoch mit einer Platzkapazität von 13,3 auf 1 000 Einwohner nur im Mittelfeld aller Städte Deutschlands. In den Landeshauptstädten Dresden, Hannover oder München tritt die Trägerschaft des jeweiligen Bundeslandes bei Theatern teilweise an die Stelle der kommunalen Einrichtung, was dort die Zuschüsse an die hier betrachteten kommunalen Theater pro Einwohner reduziert. Dies führt im Falle Hannovers, das außer der Landesbühne Hannover über kein kommunales Theater verfügt, zu einem extrem niedrigen Pro-Kopf-Zuschuss von 6,7 Euro und in Wuppertal, das über zwei kommunale Theater verfügt, aber insgesamt nur 5,3 Plätze auf 1 000 Einwohner bereitstellt, zu 8,3 Euro.

6.12 Rentabilität der kommunalen Kultureinrichtungen in den ostdeutschen Städten geringer als in Westdeutschland

Aggregierte Rentabilität Spielzeit 2006/2007

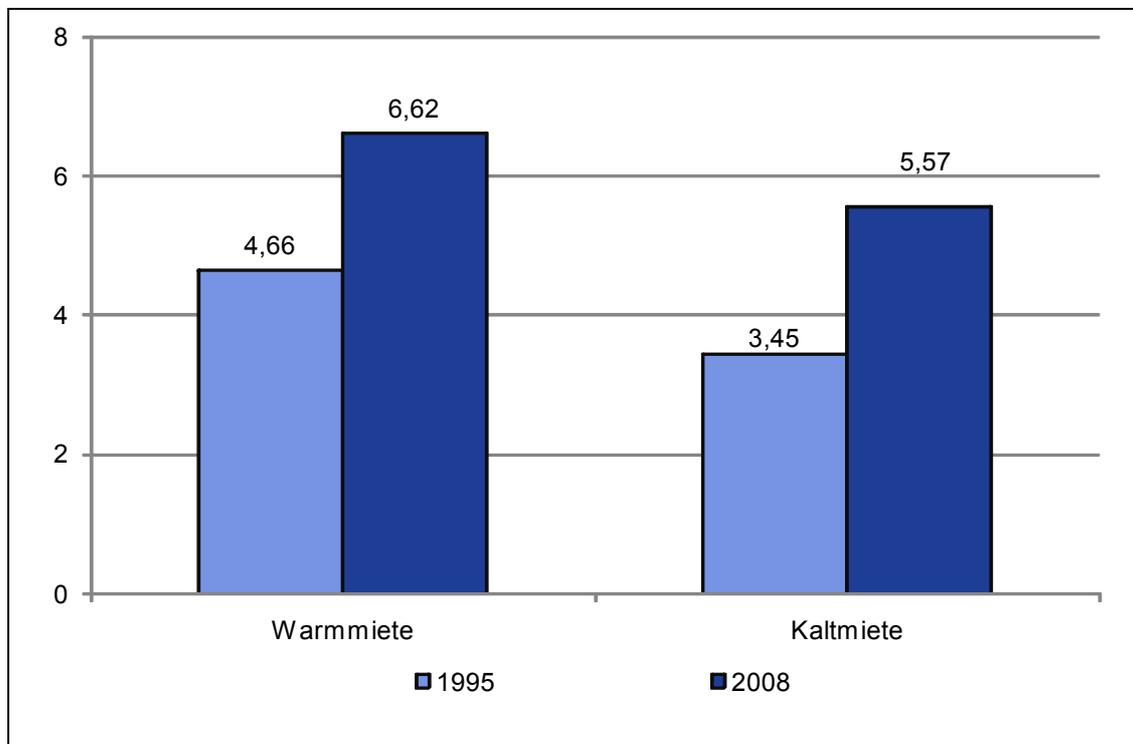


Quellen: Theaterstatistik 2006/2007; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In der Abbildung ist die für alle Einrichtungen der jeweiligen Stadt aggregierte Rentabilität von den in 6.10 und 6.11 bereits verglichenen Großstädten Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Aggregierte Rentabilität bedeutet hier die Summe aller laufenden Einnahmen, die keine Zuweisungen und Zuschüsse darstellen, abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, dividiert durch die gesamten betrieblichen Ausgaben abzüglich der Abschreibungen und Zinsen. Insgesamt können die örtlichen Spielstätten im Durchschnitt knapp 20% ihrer betrieblichen Ausgaben durch eigene Einnahmen decken, auch wenn einzelne Häuser in Städten wie Potsdam oder Essen u. U. eine höhere Rentabilität erreichen können. Berlin hat ebenfalls eine relativ hohe Rentabilität, was vermutlich einer hohen Einwohnerzahl sowie einer starken Frequentierung durch Touristen und damit potenziell Kulturinteressierter geschuldet ist. Für die ostdeutschen Städte kann insgesamt eine geringe Rentabilität festgestellt werden, wobei Potsdam hier durch sehr hohe Einnahmen auffällt, was vermutlich ebenso auf die hohe Zahl der Touristen in der Landeshauptstadt zurückzuführen ist. Dennoch liegen die ostdeutschen Städte meist unter dem Durchschnitt der westdeutschen, wobei in Hannover und München die Theater und Orchester insgesamt noch am rentabelsten arbeiten. Teilweise erklärt dies auch den überdurchschnittlichen Zuweisungsbedarf der Theater und Orchester Ostdeutschlands.

6.13 Mieten in Ostdeutschland: Nebenkosten erhöhen die Mietbelastung

Entwicklung der Kalt- und Warmmiete pro Quadratmeter in Ostdeutschland^a
- in Euro -



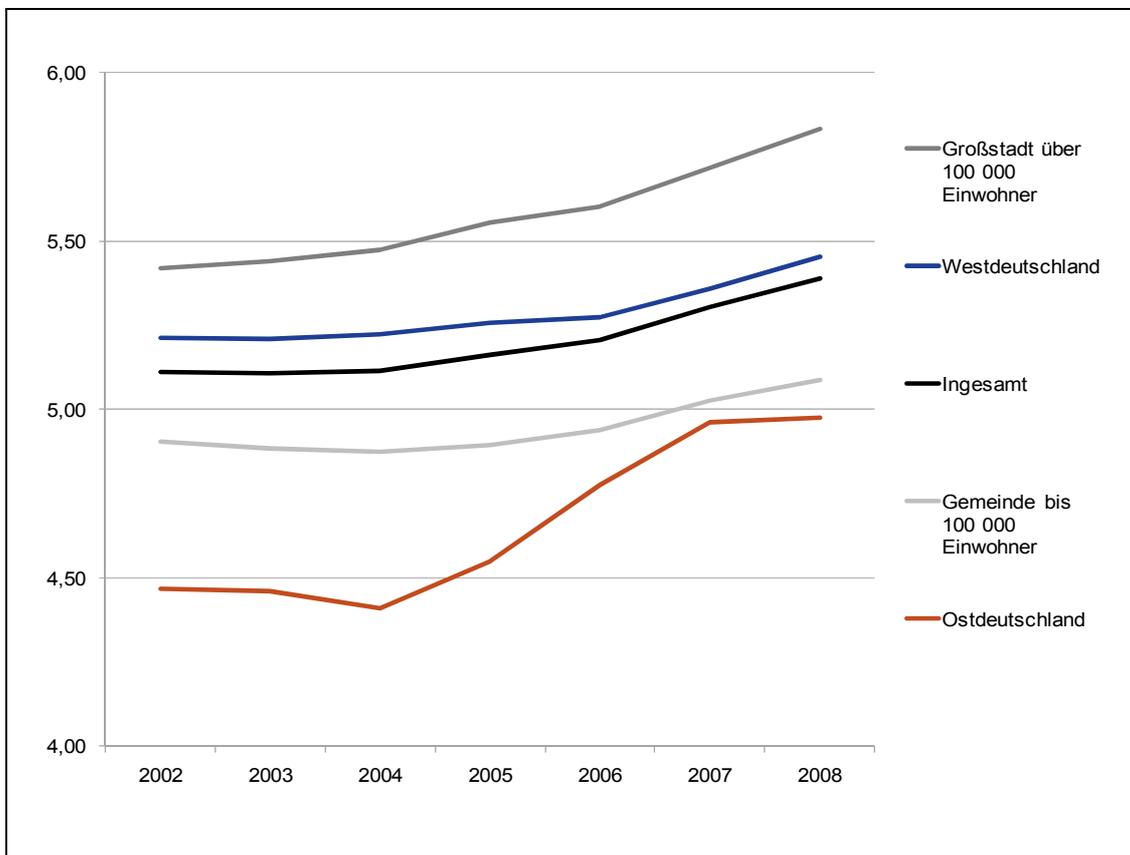
^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Kalt- und Warmmieten pro Quadratmeter stiegen in Ostdeutschland relativ im gleichen Verhältnis an. Lag der Preis für die Warmmiete 1995 noch bei 4,66 Euro pro Quadratmeter, stieg dieser Preis im Jahr 2008 auf 6,62 Euro. Das sind rund zwei Euro pro Quadratmeter mehr Warmmiete. Die Kaltmiete stieg sogar um rund 2,2 Euro pro Quadratmeter an. Der Anstieg der Miete ist nahezu im gleichen Verhältnis erfolgt. 1995 betrug der Unterschied rund 1,2 Euro pro Quadratmeter und 2008 um 1,05 Euro pro Quadratmeter. Vergleicht man die Anstiege bei der Warm- und der Kaltmiete, dann sind die Mietsteigerungen überwiegend auf Kostenerhöhungen bei den Energieversorgern zurückzuführen.

6.14 Niedrigere Mietpreise mit steigender Tendenz in Ostdeutschland

Entwicklung der Mietpreise 2002 bis 2008^{12, a}
 - in Euro pro m² -



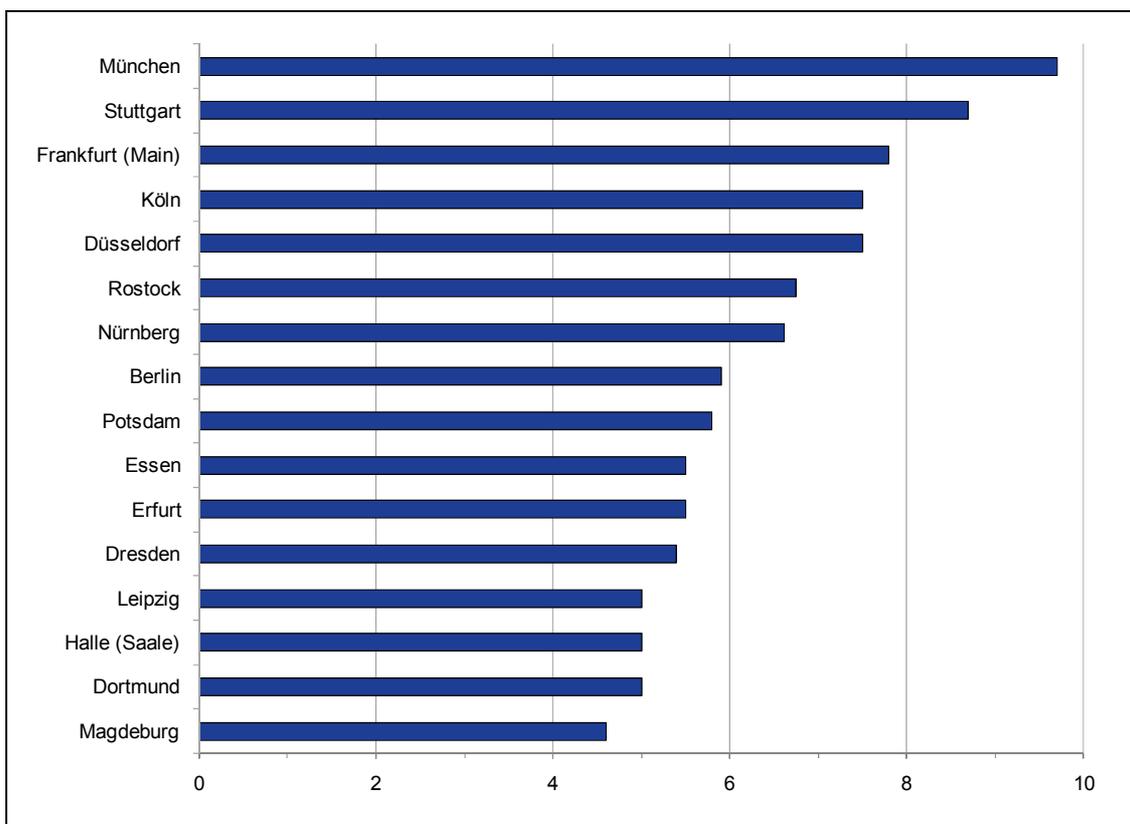
^a Ost- und Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IVD-Wohnimmobilienpreisspiegel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Ausgaben für die Wohnungsmiete beanspruchen einen wesentlichen Teil des Budgets der privaten Haushalte. Die Entwicklung der Neuvertragsmieten von 2002 bis 2008 ist mit einem Anstieg von etwa 5,4% jedoch moderat verlaufen und bleibt hinter der allgemeinen Preissteigerung in diesem Zeitraum zurück. Relativ starke Anstiege der nominalen Mietpreise haben ostdeutsche Städte zu verzeichnen, die jedoch auf einem geringeren Mietpreinsniveau liegen. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit dem durch Abrissmaßnahmen beschleunigten Abbau des Leerstands durch das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“. Mit diesem Programm wird eine Verringerung des Leerstands und eine Verknappung des Wohnungsangebots vorangetrieben, die zu einem Anstieg der Mietpreise führen kann. Ein weiterer Grund für den überproportionalen Anstieg der Mieten kann die durch Modernisierung zunehmend verbesserte Ausstattung der angebotenen Wohnungen sein. Der Anteil der modernisierten Wohnungen steigt auch deshalb an, weil mit dem Abrissprogramm vor allem unsanierte Wohnungen vom Markt genommen werden.

Ebenso sind die regionalen Preisunterschiede erheblich. In der Betrachtung ausgewählter Großstädte ist festzustellen, dass in Stuttgart und München die höchsten Mietpreise bezahlt werden und diese etwa doppelt so hoch wie in Magdeburg sind. Grundsätzlich haben die ostdeutschen Städte moderate Mietpreise, doch auch in strukturschwächeren Gebieten Westdeutschlands wie dem Ruhrgebiet sind die Mieten unterdurchschnittlich. Obwohl Essen und Dortmund von der Bevölkerungszahl wesentlich größer sind als viele der betrachteten Städte Ostdeutschlands, liegen die Mietpreise auf einem ähnlichen Niveau.

Mietpreisniveau 2008¹³ der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands¹⁴
- in Euro pro m² -

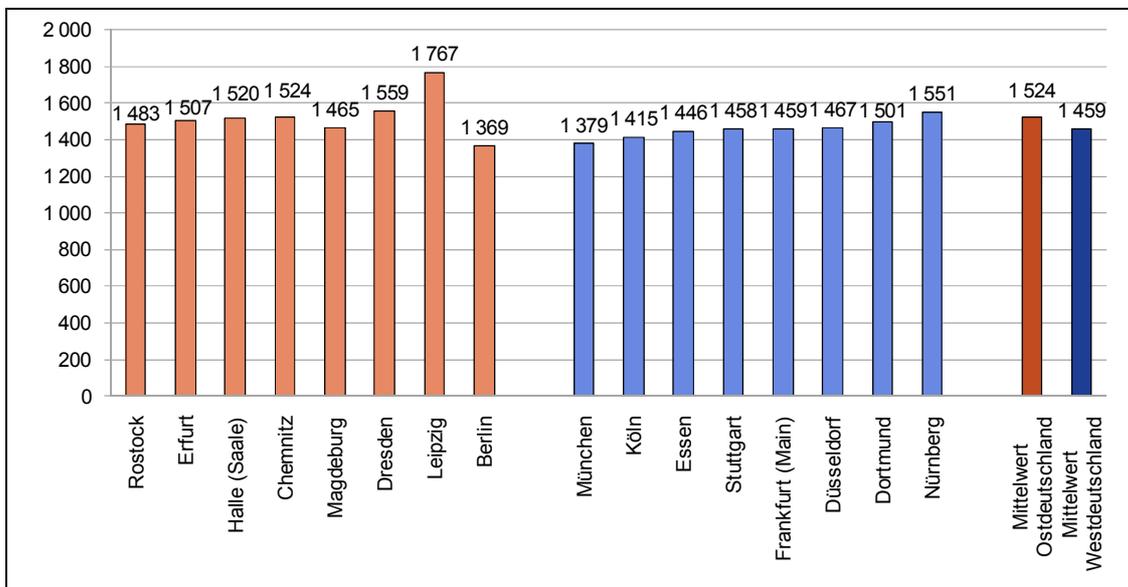


Quellen: IVD-Wohnimmobilienpreisspiegel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

6.15 Strom- und Gaspreise – Die „zweite Miete“ ist in ostdeutschen Großstädten höher als in Westdeutschland

Preise Grundversorgung Strom und Gas der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- in Euro pro Jahr -



Die Preise umfassen die geschätzten jährlichen Ausgaben eines Zwei-Personen-Haushalts für Strom und Gas (jeweils Grundversorgungstarif); Stromverbrauch: 2 800 kWh; Gasverbrauch: 10 000 kWh; „Mittelwert Ostdeutschland“ bzw. „Westdeutschland“ entspricht dem Durchschnittswert der hier aufgeführten ost- bzw. westdeutschen Städte; Preise inklusive aller Steuern und Abgaben; Stand: April 2009.

Quellen: Verivox.de; Berechnungen und Darstellung des IWH.

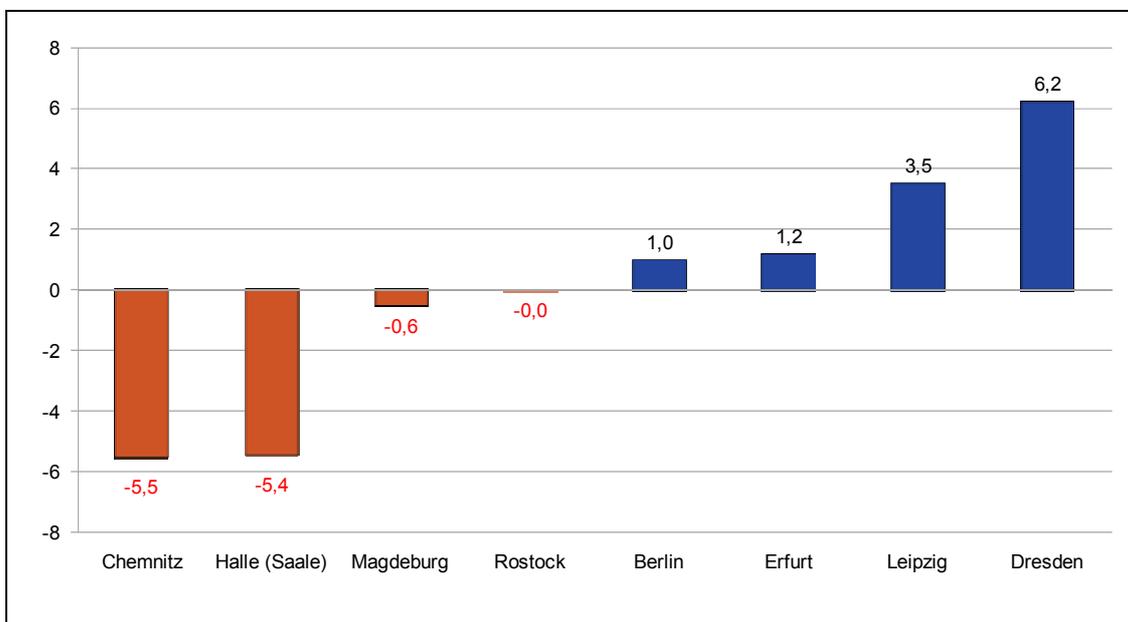
Die Strom- und Gaspreise sind in den ostdeutschen Großstädten tendenziell höher als in Westdeutschland, wobei Leipzig eine Spitzenposition einnimmt. An diesem Befund ändert auch wenig, dass sowohl für Ostdeutschland Ausreißer nach unten (Berlin) als auch für Westdeutschland nach oben (Nürnberg) existieren. Als mögliche Ursache hierfür werden u. a. die höheren Netzentgelte gesehen.

Während die mögliche Ersparnis durch den Wechsel innerhalb des Tarifsystems des Grundversorgers (üblicherweise die Stadtwerke) für einen durchschnittlichen Haushalt nur relativ gering ist, würde ein Wechsel zu überregionalen Anbietern im Durchschnitt der ausgewählten Städte für den Strombereich 129 Euro (Ost) bzw. 154 Euro (West) und für Gas 152 Euro (Ost) sowie 112 Euro (West), also eine Ersparnis von insgesamt 281 Euro für ostdeutsche und 266 Euro für westdeutsche Mieter/Eigentümer in den Großstädten bedeuten. Bei der Vergleichsrechnung wurden nur Angebote mit Preisgarantie, ohne Vorauskasse oder Kautions, aber unter Einberechnung einmaliger Boni berücksichtigt.

Die privaten wie kommunalen überregionalen Anbieter betreiben dabei eine ausgeprägte regionale Preisdifferenzierung: Je höher der Grundversorgungstarif, desto teurer ist tendenziell auch das günstigste Konkurrenzangebot eines überregionalen Anbieters.

6.16 Einwohnerentwicklung in den ostdeutschen Städten seit einigen Jahren durchaus unterschiedlich

Veränderung der Einwohnerzahl der acht größten Städte Ostdeutschlands
- 31.12.2000 zu 31.12.2007 in % -



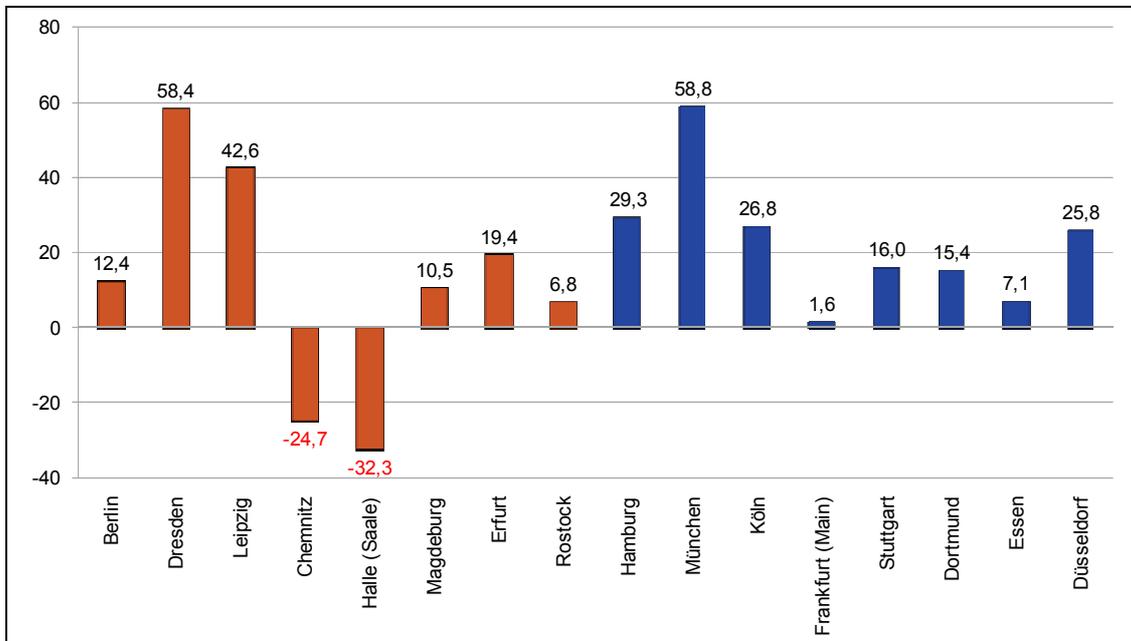
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die mit der Öffnung der Grenze bereits im Jahr 1989 einsetzende Abwanderungswelle der ostdeutschen Bevölkerung hatte zunächst zu Einwohnerverlusten in sämtlichen ostdeutschen Städten geführt. Waren die Abwanderungsströme anfangs nur auf die Alten Länder gerichtet, so kamen Mitte der 90er Jahre Abwanderungen in das Umland der Städte hinzu. Im weiteren Verlauf zeigte sich, dass sich einige Städte dem Trend zu abnehmenden Einwohnerzahlen entziehen konnten. Dies gilt vor allem für die beiden Halbmillionenstädte Leipzig und Dresden, die insbesondere aufgrund ihrer vielfältigen Landschaft an Ausbildungseinrichtungen jüngere „Bildungswanderer“ anziehen konnten. Die größeren Städte mit stabiler bzw. leicht wachsender Einwohnerzahl stellen im demographisch nahezu flächendeckend schrumpfenden ostdeutschen Raum eine der wenigen Stabilitäts- oder „Wachstumsinseln“ dar.

6.17 Einwohnerentwicklung in den Städten in hohem Maß durch Zu- und Abwanderung beeinflusst

Wanderungssaldo von 2001 bis 2006 der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- je 1 000 Einwohner -



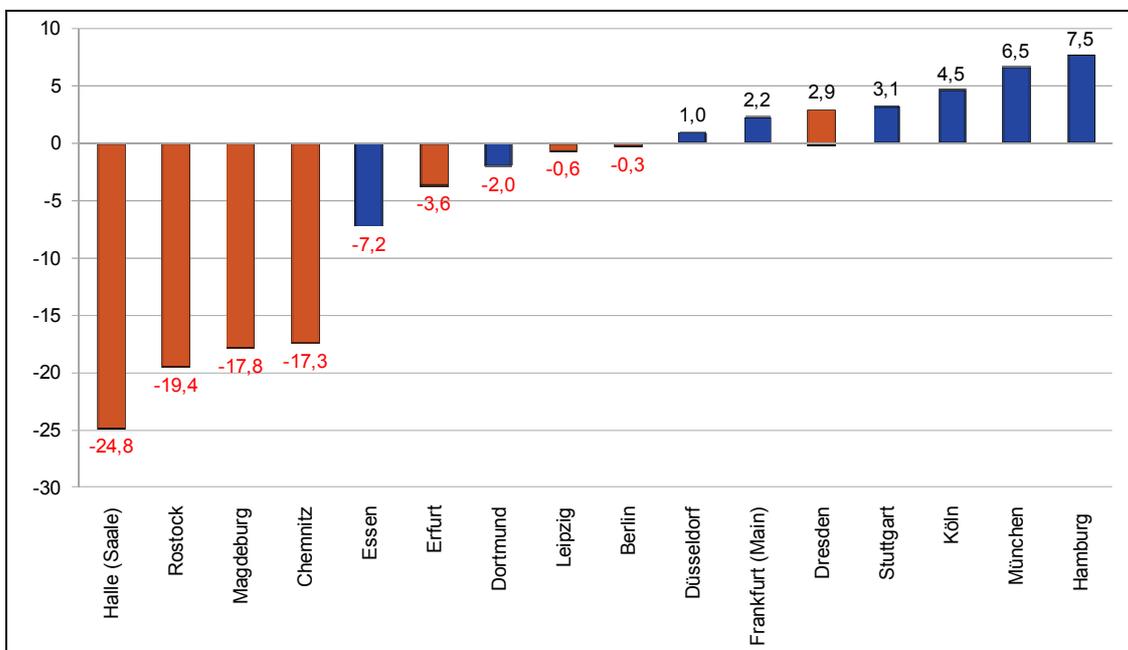
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In der Abbildung sind die für die Jahre 2001 bis 2006 kumulierten Wanderungssalden der acht größten ostdeutschen und westdeutschen Städte abgebildet. Die beiden ostdeutschen Städte Chemnitz und Halle (Saale) mit den stärksten Einwohnerverlusten weisen als einzige der betrachteten Städte einen negativen Wanderungssaldo (Zuwanderungen minus Abwanderungen) auf. Beide Städte gehören auch zu den ostdeutschen Städten mit den stärksten Bevölkerungsrückgängen. Die Wanderungssalden von Dresden und Leipzig sind von ihrer Höhe her durchaus mit denjenigen der wachstumsstärksten westdeutschen Städte München und Hamburg vergleichbar.

6.18 Einwohnerverluste ostdeutscher Städte am größten – aber auch westdeutsche Städte sind betroffen

Veränderung der Einwohnerzahl der jeweils acht größten Städte Ost- und Westdeutschlands

- 31.12.2007 zu 30.09.1990 in % -



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, aktueller Gebietsstand; Berechnungen und Darstellung des IWH.

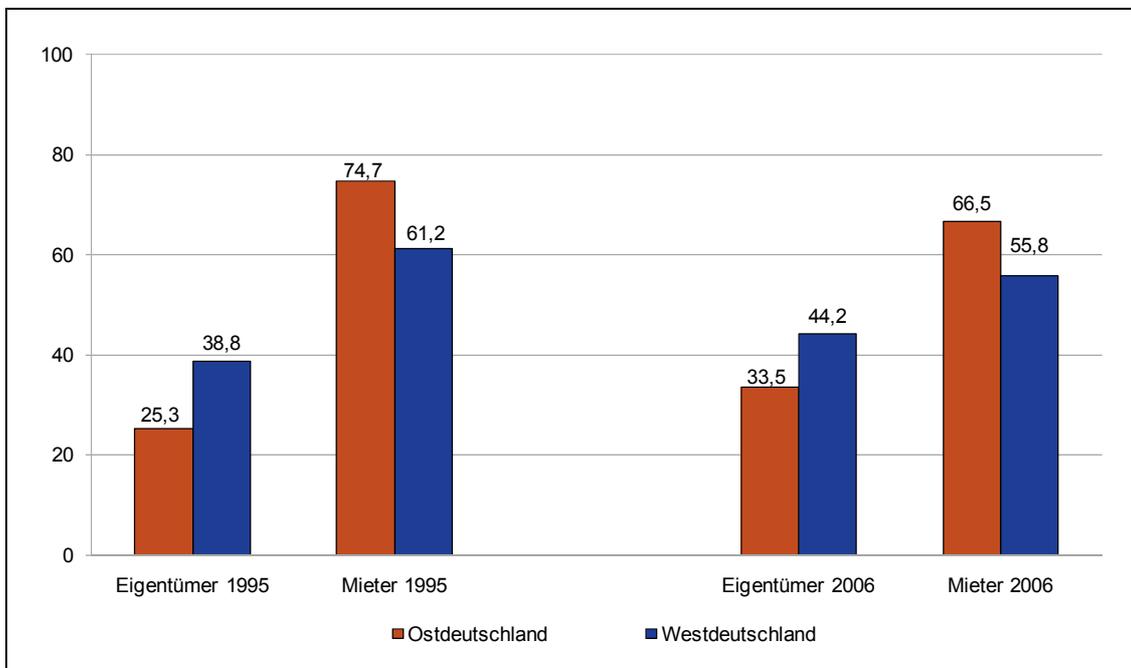
Der Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen der größten ostdeutschen und der größten westdeutschen Städte im Zeitraum von 1990 bis 2007 zeigt, dass vor allem jene mittelgroßen Städte in Ostdeutschland, die zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung noch in der Größenordnung von 250 000 bis 320 000 Einwohner lagen, den größten Aderlass an Einwohnern hinnehmen mussten. In den drei größten ostdeutschen Städten Berlin, Leipzig und Dresden ist die Einwohnerzahl dagegen weitgehend stabil geblieben.

Auch bei den westdeutschen Städten sind mit Essen und Dortmund zwei „schrumpfende Städte“ zu finden. Die Bevölkerungsabnahme in diesen Ruhrgebietsstädten liegt jedoch noch deutlich unter den zweistelligen Verlusten der am stärksten vom Einwohnerrückgang betroffenen ostdeutschen Städte. Die Mehrzahl der größten westdeutschen Städte kann im betrachteten Zeitraum Einwohnergewinne verbuchen, wobei München und Hamburg die höchsten Zuwächse erreichen.

6.19 Struktur des Wohnbestandes nach Besitzstatus: Weniger Wohneigentum in Ostdeutschland

Anteil der Wohnungen nach Nutzungsart (Selbstnutzung durch die Eigentümer; Vermietung)^a

- in % des Gesamtbestandes -



^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Während in Westdeutschland ein großer Teil der privaten Haushalte die Möglichkeit zur Bildung von Wohneigentum hatte, wohnt in Ostdeutschland die deutliche Mehrheit der privaten Haushalte in einer Mietwohnung. Hierfür dürften neben dem Problem von Privateigentum zu DDR-Zeiten auch beigetragen haben, dass die Zeit für den Aufbau von „Baukapital“ über Bausparen etc. für ostdeutsche Bürger in der Nachwendezeit nicht gegeben bzw. zu kurz war. Die Zahl der ostdeutschen Haushalte mit Wohneigentum wuchs von 1995 bis 2006 mit circa 32%, während der Zuwachs in Westdeutschland nur 14% betrug.

6.20 Hoher Altbauanteil in Ostdeutschland – Teures Erbe

Baualtersstruktur^a

- in % 2006 -

Baualter	Westdeutschland ^b	Ostdeutschland ^b	Deutschland
bis 1918	11,0	23,3	13,6
1919 bis 1948	11,5	19,8	13,3
1949 bis 1978	51,4	30,1	46,8
1979 bis 1990	13,3	13,6	13,4
1991 bis 1995	4,4	3,8	4,2
1996 bis 2000	5,0	6,5	5,3
2001 bis 2004	2,8	2,6	2,8
2005 und später	0,6	0,3	0,5
Insgesamt	100	100	100

Abweichungen durch Rundung möglich. – ^a Bewohnte Gebäude. – ^b Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Heft 1, 2006; Berechnungen des IWH.

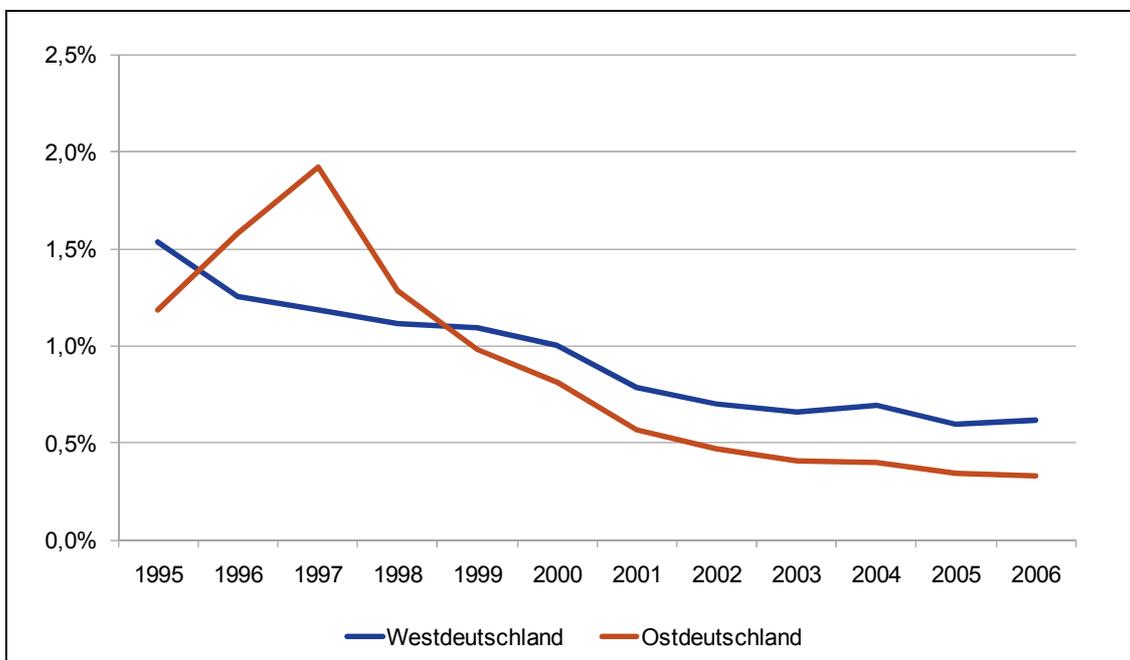
Die Baustruktur in Ostdeutschland ist vor allem aufgrund der dort weniger starken Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg wesentlich stärker durch Altbauten geprägt, die vor 1949 errichtet worden sind. In vielen ostdeutschen Innenstädten und Gründerzeitquartieren hat die Sanierung dieser Altbaubestände nach der deutschen Vereinigung zu einer Verbesserung des Stadtbildes und der Lebensqualität geführt. Dieser Bestand ist zwar von großer Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung der Innenstädte, jedoch wird er aufgrund der hohen Sanierungskosten nicht komplett erhalten werden können. Trotz Fördermöglichkeiten für den Denkmalschutz ist eine wirtschaftliche Verwertung dieser Gebäude nicht immer möglich. Über 43% beträgt der Anteil der ostdeutschen Altbauten mit Baualter bis 1948, während in den westdeutschen Bundesländern mehr als die Hälfte der Wohngebäude aus der Wiederaufbauphase von 1949 bis 1978 stammen.

Hinter dem in Ost- und Westdeutschland etwa gleichen Anteil von gut 13% der Gebäude, die in den 80er Jahren errichtet wurden, verbirgt sich allerdings ein struktureller Unterschied. Während in Westdeutschland 55% der Gebäude in Form von Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut wurden, errichtete die Wohnungspolitik der DDR vorwiegend Gebäude mit sieben und mehr Wohnungen, die ca. 74% des Bestandes der Jahre 1978 bis 1990 ausmachen (Statistisches Bundesamt 2006; Berechnungen des IWH). Seit der deutschen Vereinigung wurden etwa 13% des Wohngebäudebestandes erbaut.

6.21 Neubauraten von Wohnungen sinken in West- und Ostdeutschland

Neubaurate von Wohnungen^a

- in % (Anteil der Baufertigstellungen am Bestand) -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Easystat); Berechnungen und Darstellung des IWH.

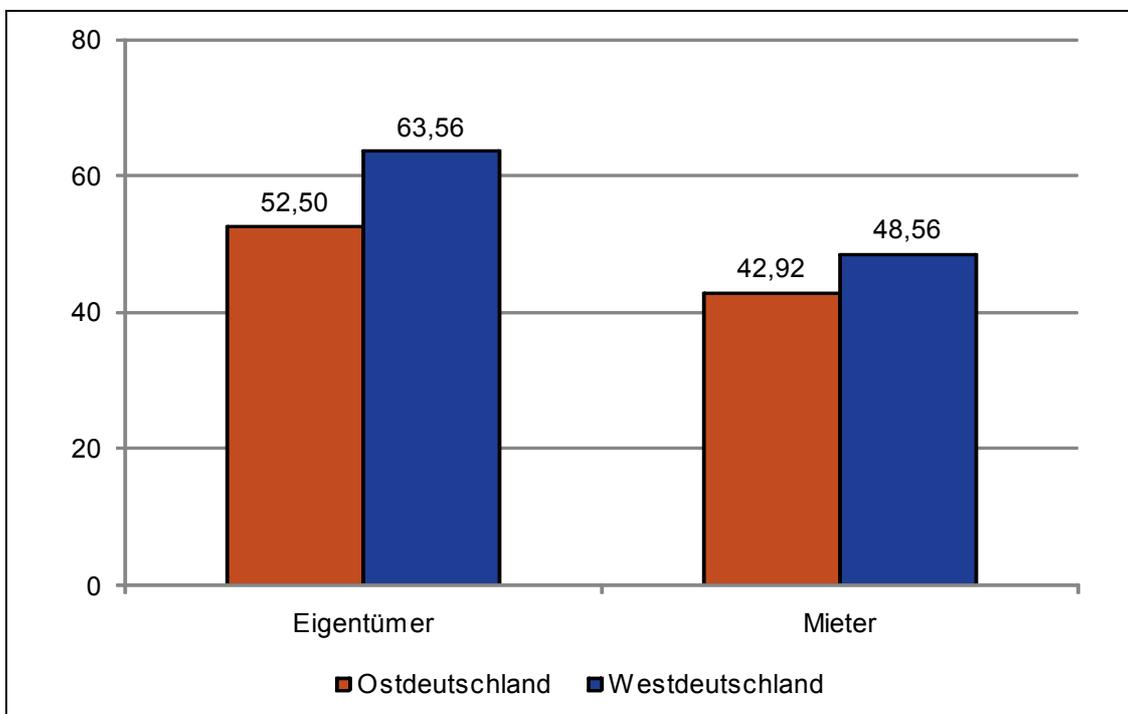
Die besondere Entwicklung der ostdeutschen Bauwirtschaft lässt sich anhand des Anteils der Baufertigstellungen am Wohnungsbestand ablesen (vgl. Abbildung). Zwischen 1996 und 1998 war die Neubaurate in Ostdeutschland mit bis zu 1,9% höher als in Westdeutschland. Dies war der Zeitraum, in dem durch das Fördergebietsgesetz besondere steuerliche Vergünstigungen für Immobilieninvestitionen in den Neuen Ländern geschaffen wurden. Der Konjunkturschub, der damit verbunden war, dauerte jedoch nicht lange und wurde von der Realität mit deutlich geringerer Wohnungsnachfrage wieder ausgebremst.

Vor dem Hintergrund der hohen Leerstandsquote und der absehbar sinkenden Bevölkerung aufgrund des demographischen Wandels beträgt die Neubaurate in Ostdeutschland in jüngster Zeit mit 0,3% nur etwa die Hälfte des westdeutschen Niveaus, das sich seit den 90er Jahren ebenfalls deutlich abgesenkt hat. Der unterdurchschnittliche Neubaubedarf in Ostdeutschland ist nicht zuletzt auch mit dem hohen Altbauanteil zu erklären. Dieser nach der Wende aufgrund seines maroden Zustandes zu großen Teilen unbewohnte Bestand stellte ein Wohnraumpotenzial dar, das seit der Wende durch umfangreiche Sanierung wieder in Betrieb genommen wurde und den Neubau maßgeblich ergänzen konnte.

6.22 Wohnfläche pro Person nach Besitzstatus: Die größeren Wohnungen sind in Westdeutschland

Wohnfläche pro Person nach Besitzstatus 2008^a

- in m² -



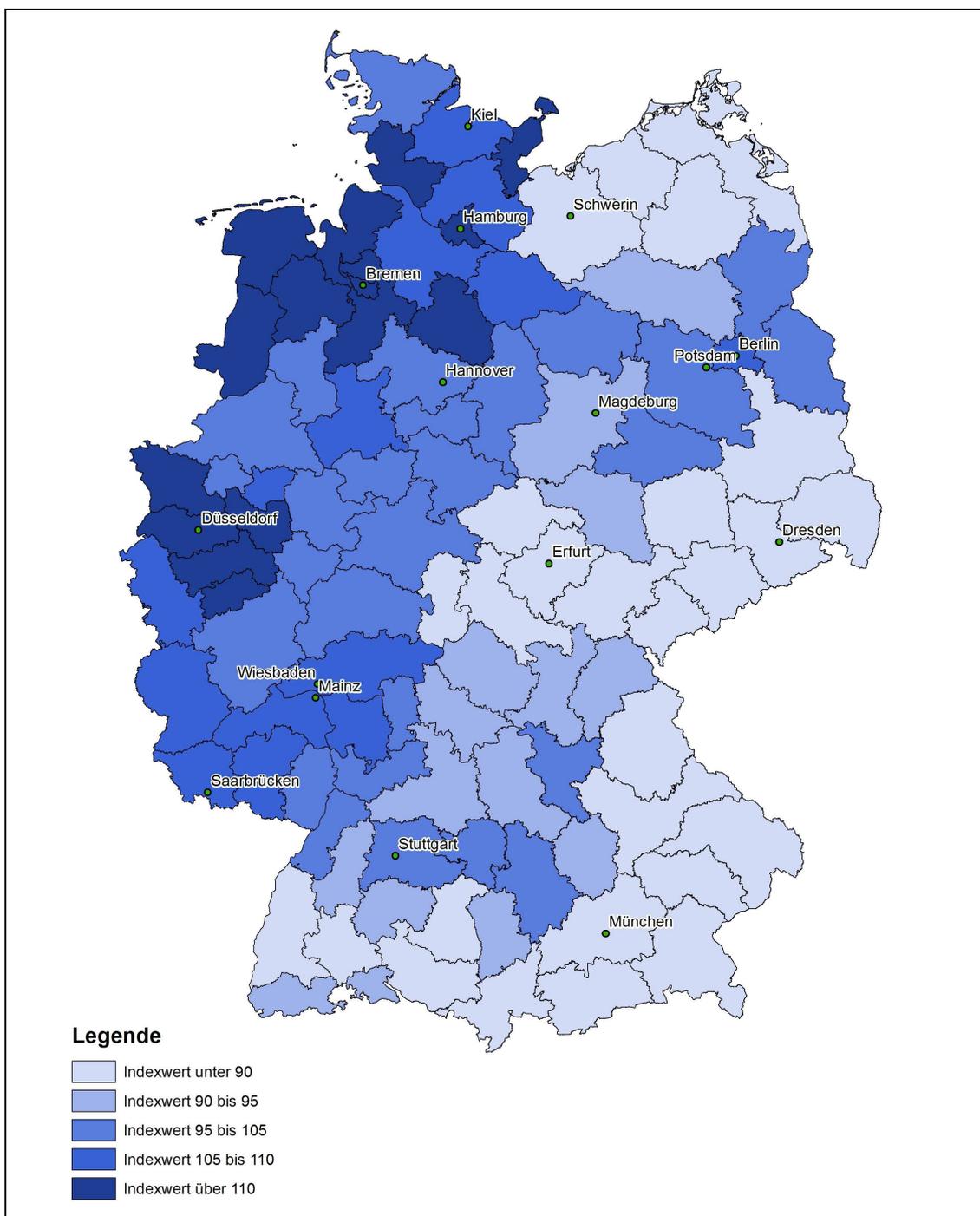
^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH, gerundete Zahlen.

Eigentümerhaushalte haben in Ost- und Westdeutschland pro Person mehr Wohnfläche als Mieterhaushalte. In Ostdeutschland stehen ihnen rund zehn Quadratmeter mehr Wohnfläche zur Verfügung und in Westdeutschland sogar 15 Quadratmeter mehr Wohnfläche. Der Unterschied zwischen Mieter und Eigentümer ist somit in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Bei Mieterhaushalten besteht zwischen Ost- und Westdeutschland ein geringerer Unterschied als bei Eigentümerhaushalten. In Ostdeutschland stehen im Vergleich zu Westdeutschland pro Person rund sechs Quadratmeter weniger Wohnfläche zur Verfügung. Bei den Eigentümerhaushalten beträgt der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland fast das Doppelte.

6.23 Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle bei der Energieeffizienz von Wohnimmobilien

Ergebnisse des ista-IWH-Energieeffizienzindex für die Abrechnungsperiode 2007 auf der Ebene der Raumordnungsregionen (Gebietsstand 31.12.2006)



Berücksichtigt wurden Informationen zu rund 257 000 Gebäuden mit mehr als drei Wohneinheiten, bzw. rund 2,6 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Nicht enthalten sind Daten zu Gebäuden mit dezentraler Heizung (ca. 6% des Gesamtbestands). Der Indexwert stellt den jahresdurchschnittlichen regionalen Energiebedarf gemessen am Bundesdurchschnitt (Indexwert 100) dar.

Quellen: ista-Deutschland GmbH, Verbrauchsdatenbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

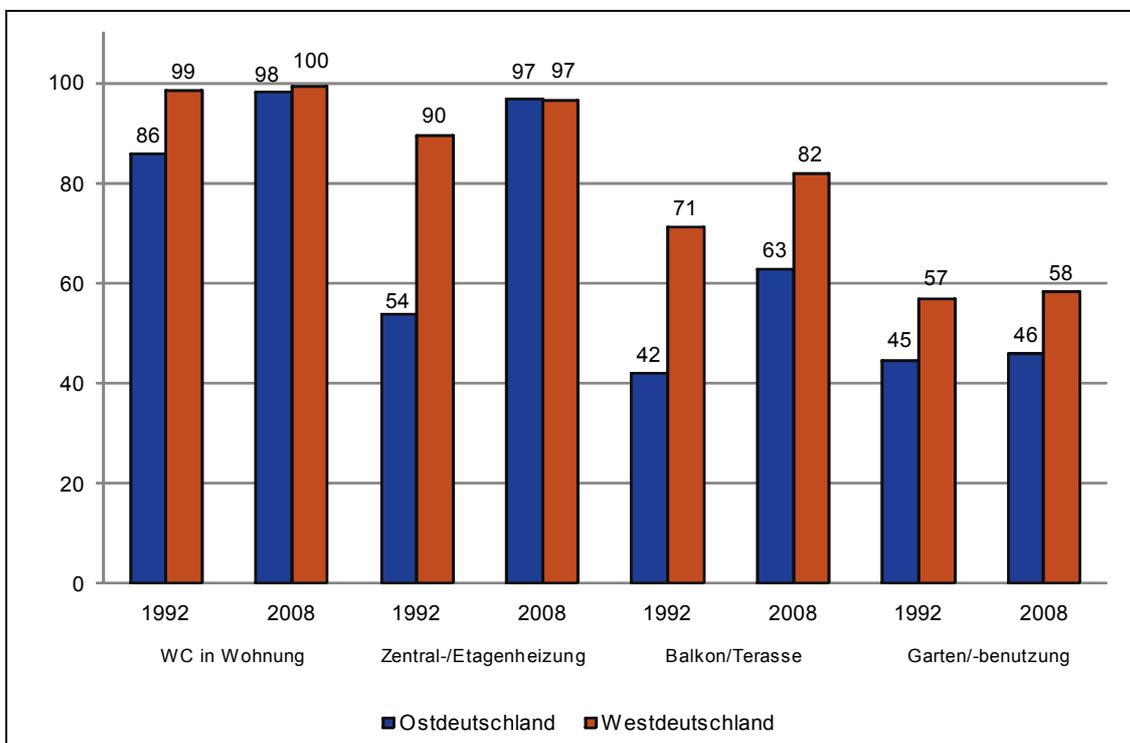
Die Diskussion um mehr Energieeffizienz im Wohnraumbestand wird bereits seit Ende der 70er Jahre geführt. Standen damals, vor dem Hintergrund der Ölkrise, vor allem Überlegungen zur Ressourcenschonung im Vordergrund, so sind es aktuell klimapolitische Motive, die zu einer Forcierung der energetischen Wohnraumsanierung geführt haben. Ein neues Instrument ist dabei der seit dem 01.01.2009 für alle gehandelten Wohnimmobilien verpflichtend eingeführte Energieausweis, der Aufschluss über den Energiebedarf des betreffenden Gebäudes geben soll.

Berechnungen auf Grundlage von Daten des Messdienstleistungsunternehmens ista für rund 257 000 Mehrfamilienhäuser (Abrechnungsperiode 2007) lassen auf deutliche räumliche Unterschiede in der Energieeffizienz des Mehrfamilienhausbestands schließen. Der *ista-IWH-Energieeffizienzindex* zeigt, dass mit Ausnahme Berlins alle ostdeutschen Raumordnungsregionen einen – gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt – geringeren Bedarf für Heizenergie aufweisen. Durchschnittlich werden je Quadratmeter in den Neuen Ländern rund 126 Kilowattstunden pro Jahr benötigt. In Westdeutschland liegt dieser Wert bei 142 kWh, deutschlandweit bei 138 kWh. Die Ursachen können einerseits in der unterschiedlichen Gebäudestruktur gesucht werden: So sind in den Neuen Ländern in den 70er und 80er Jahren in erster Linie große Gebäude in Plattenbauweise errichtet worden, deren energetische Sanierung in den Nachwendejahren mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich war. Weiterhin sind die Sanierungen ostdeutscher Immobilien aufgrund des staatlich induzierten Investitionsbooms der 90er Jahre überwiegend jüngeren Datums. Allein die Einhaltung gesetzlich vorgeschriebener Standards zum Zeitpunkt der Baumaßnahmen hat bei der weitgehenden Grundsanierung des Immobilienbestands in Ostdeutschland, verglichen mit westdeutschen Immobilien, zu einer höheren Energieeffizienz geführt.

Andere Ursachen sind für das Nord-Süd-Gefälle in den Alten Ländern zu suchen. Erste Auswertungen legen hier einen deutlichen Einfluss regionaler Immobilienmarktbedingungen nahe. So ist beispielsweise die Quote selbstnutzender Eigentümer in Mehrfamilienhäusern stark negativ mit dem regionalen Energiekennwert korreliert. Diese scheinen daher größere Anstrengungen hinsichtlich der energetischen Gebäudesanierung zu unternehmen, als dies bei Vermietern der Fall ist. Vor allem im süddeutschen Raum liegen die Anteile von Wohnungseigentümern im Mehrfamilienhausbestand über der durchschnittlichen 20%-Marke. Für den deutlich höheren Energieverbrauch in den nordwestlichen Regionen kann unter anderem der dort hohe Anteil von Gebäuden mit einem Errichtungsdatum zwischen 1948 und 1978 angeführt werden. Dies trifft vor allem auf die Raumordnungsregionen im Rheinland und dem Ruhrgebiet zu. Hingegen wirkt sich ein hoher Anteil von Gebäuden mit jüngerem Baualter ab 1979 positiv auf den regionalen Energiekennwert aus. Auch hier sind überdurchschnittliche Werte vor allem für den Süden Deutschlands festzustellen. Ab 1979 wurden mit der Einführung der Wärmeschutzverordnung (WärmeschutzV) energetische Standards für den Neubau von Immobilien erstmalig verbindlich vorgeschrieben.

6.24 Wohnungsausstattung in Ost- und Westdeutschland: Weniger Komfort in Ostdeutschland?

Anteil der Wohnungen nach Ausstattungsmerkmal^a
- in % des Gesamtwohnungsbestandes -



^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

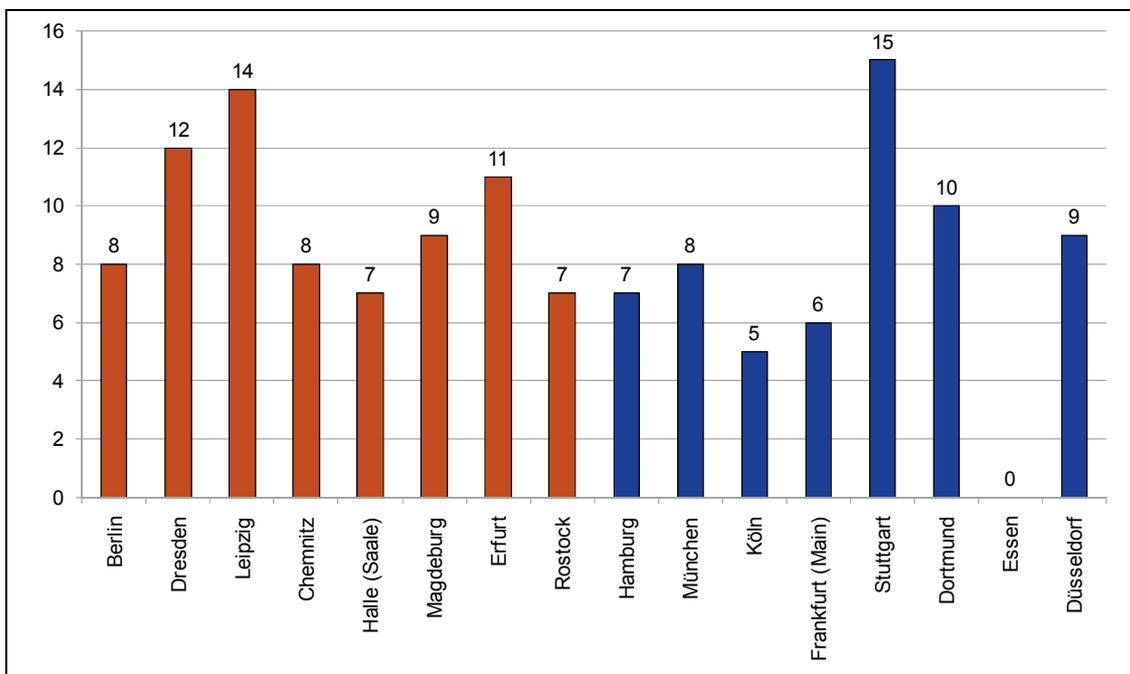
Obwohl die Unterschiede bei vielen Ausstattungsmerkmalen nicht groß sind, ist die Ausstattung ostdeutscher Wohnungen im Durchschnitt trotz umfangreicher Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen schlechter als bei westdeutschen Wohnungen. Die Abbildung bringt diese Unterschiede jedoch nur sehr verdeckt zum Vorschein, weil sie qualitative Aspekte in der Wohnungsausstattung teilweise unberücksichtigt lässt. Im Vergleich zu 1992 hat sich die ostdeutsche Ausstattung bezüglich WC und Heizung 2008 weitgehend den westdeutschen Verhältnissen angepasst.

Bei Terrasse und Garten gibt es auch 2008 noch große Unterschiede, wobei sich 2008 im Bereich Balkon/Terasse der Unterschied noch verschärft hat. 1992 gab es in diesem Bereich kaum Unterschiede. Eine deutliche Verbesserung ist für 2008 im Bereich „Balkon/Terasse“ für Ostdeutschland zu verzeichnen. Gegenüber 42% können 2008 bereits 71% der Wohnungen eine Balkonnutzung anbieten. Allerdings ist dies immer noch weniger als für westdeutsche Verhältnisse.

Beim Ausstattungsmerkmal „Garten/-benutzung“ haben sich zwischen 1991 und 2008 plötzlich keine Veränderungen ergeben – weder in den Anteilen noch in den West-Ost-Differenzen.

6.25 Gleichstand ostdeutscher Städte beim Zugang zum Autobahnnetz

Erreichbarkeit von Autobahnen 2006^a



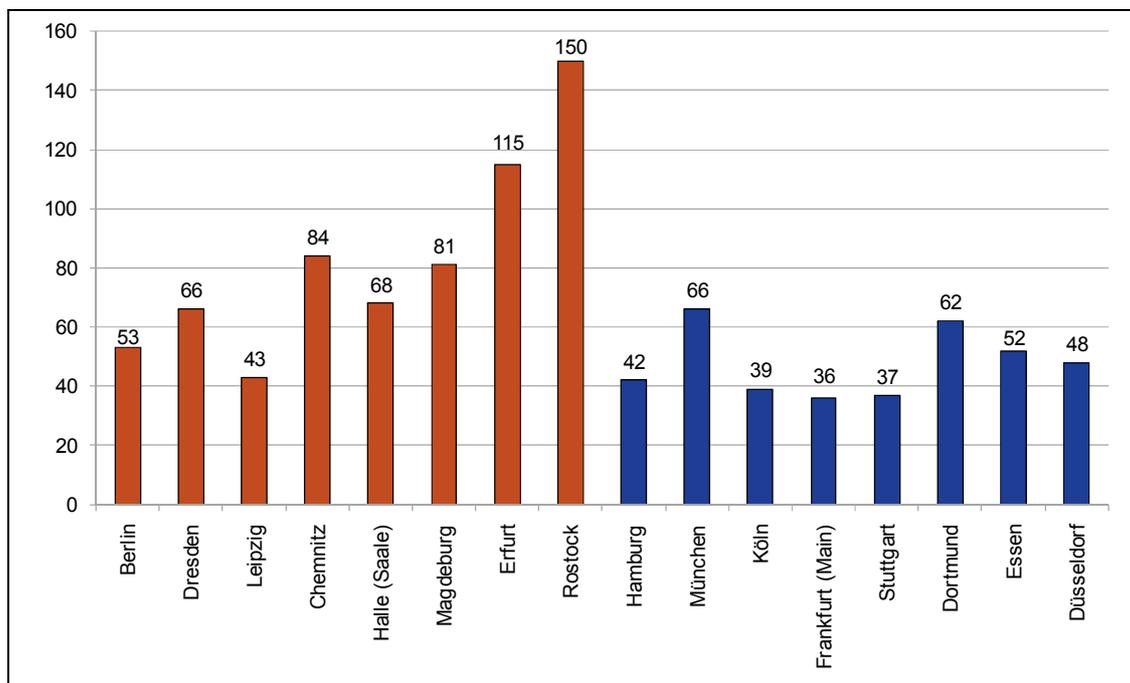
^a Es handelt sich um den flächengewichteten Durchschnittswert der Pkw-Fahrtzeiten aller Verbandsgemeinden eines Kreises zur nächsten Bundesautobahnanschlussstelle. Die Erreichbarkeitsberechnungen des motorisierten Individualverkehrs basieren auf Routensuchen in einem Straßennetzmodell. Die Ermittlung der für Straßentypen zugrunde gelegten Pkw-Geschwindigkeiten erfolgt in Abhängigkeit von Ausbaustand sowie siedlungsstrukturellen und topographischen Gegebenheiten in Relation zu den Steuereinnahmen (in der Abgrenzung der Finanzstatistik).

Quellen: INKAR BBR, Ausgabe 2007.

Berufspendler, Speditionen, Handwerksbetriebe und viele andere Unternehmen sind auf ein gut ausgebautes Straßen- und Autobahnnetz angewiesen, um ihre Ziel- und Einsatzorte rechtzeitig zu erreichen. Zudem stellt die hohe Netzdichte der Autobahnen einen wichtigen Standortvorteil bei der Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe dar. Mit Hilfe des Programms „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ sind seit Mitte der 90er Jahre rund 1 200 km neue Autobahnen zum bestehenden Netz von insgesamt rund 12 500 km hinzugekommen. Dies hat zur Folge, dass inzwischen in keiner der größeren ostdeutschen Städte die Autofahrer mehr als 15 Minuten bis zur nächsten Autobahnauffahrt benötigen. Somit sind Ost-West-Unterschiede bei dieser Ausstattung mit Straßenverkehrsinfrastruktur nicht mehr auszumachen.

6.26 Defizite ostdeutscher Städte bei der Bahnanbindung

Erreichbarkeit von Agglomerationszentren im öffentlichen Personenverkehr 2006^a



^a Durchschnittliche Fahrzeit zu den nächsten drei Agglomerationszentren in Deutschland und dem benachbarten Ausland im Bahnverkehr. Folgende Agglomerationszentren im In- und benachbarten Ausland werden berücksichtigt: Berlin, Bremen, Dresden, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Amsterdam, Antwerpen, Basel, Brüssel, Den Haag, Eindhoven, Genf, Kopenhagen, Liège, Lille, Łódź, Lyon, Mailand, Paris, Prag, Rotterdam, Stettin, Straßburg, Turin, Utrecht, Venedig, Wien, Zürich.

Quellen: INKAR BBR, Ausgabe 2007.

Schnelle Verbindungen in andere Städte sind für Führungskräfte und Experten von Unternehmen von Bedeutung, um zeitsparend Messen und Kongresse besuchen zu können, Geschäftskontakte aufzubauen und zu pflegen sowie sich über komplexe Sachverhalte mit anderen Experten persönlich auszutauschen. Dazu trägt auch das Zugangebot der Deutschen Bahn im Fernverkehr bei. In Ostdeutschland sind im Rahmen des Programms „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ zahlreiche Bahnstrecken für einen beschleunigten Zugverkehr ertüchtigt worden, und einige neue Strecken ergänzen das bestehende Streckennetz. Hier sind insbesondere der Bau eines neuen Hauptbahnhofs in Berlin und der damit verbundene Streckenneubau zu nennen. Trotz dieser Maßnahmen benötigen die Bahnfahrer, die am Bahnhof einer größeren ostdeutschen Stadt den Zug besteigen, im Schnitt längere Fahrzeiten, um die nächstgelegenen größeren Städte zu erreichen, als Bahnfahrer, die ihre Reise an den Bahnhöfen großer westdeutscher Städte beginnen. Der in der Abbildung dargestellte Indikator misst die durchschnittliche Reisezeit von der betreffenden Stadt zu den drei zeitz nächsten Agglomerationszentren in Minuten Bahn-Reisezeit. Dieser Ost-West-Unterschied dürfte auch mit vom Zugangebot abhängen: Städte wie Chemnitz, Magdeburg, Halle (Saale) oder Rostock werden von den schnellen ICE-Zügen entweder gar nicht oder nur in sehr geringer Frequenz angefahren.

7 Haushalte und Familien/Lebenslagen, Lebensformen und -gemeinschaften

Haushalte sind die sozioökonomische Einheit, in der die Individuen zusammen leben und wirtschaften. So kann der Haushalt einmal als zentrale Institution der Wohlfahrtsproduktion betrachtet werden. Lohnersatzleistungen, Steuern und Abgaben werden über den Haushaltskontext berechnet und verteilt. Zugleich lässt sich an der Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern der Lebensstandard messen. Darüber hinaus kann der Haushalt jederzeit an einen anderen, adäquateren Platz verlegt werden. In diesem Sinne ist der Haushalt ein Mikrokosmos der Gesellschaft und eignet sich hervorragend als Grundlage für die Analyse der sozialen und ökonomischen Lage der Bevölkerung. Dies gilt ganz besonders in Zeiten eines Umbruchs. Die ostdeutschen Privathaushalte mussten eine große Anpassungsleistung in und nach der Systemtransformation vollbringen. In der DDR waren sie im Hinblick auf die Lebensbedingungen weitgehend nivelliert. Konsumstau, Mangelwirtschaft und staatliche Zuweisung von bestimmten Gütern (z. B. Kinderbetreuung, Urlaubsplätze) schränkten den Spielraum zur eigenständigen Gestaltung der sozialen Lage stark ein. Deshalb darf es nicht verwundern, dass sich nach der deutschen Vereinigung eine Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse über eine stärkere Ausdifferenzierung der Lebensbedingungen in den ostdeutschen Haushalten und damit eine Zunahme von sozialer Ungleichheit vollzogen hat. Inzwischen lassen sich die Unterschiede in der sozioökonomischen Lage der Haushalte nicht mehr damit erklären, ob der betreffende Haushalt ein ostdeutscher oder ein westdeutscher ist, sondern ob der Haushaltsvorstand erwerbstätig oder arbeitslos ist, welchen Bildungsabschluss die Haushaltsmitglieder haben oder ob Kinder vorhanden sind. Die Einkommensverhältnisse und der Lebensstandard in den ostdeutschen Haushalten haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verbessert. Dennoch bleiben beachtliche Abstände bei Einkommen und Vermögen zu den westdeutschen Privathaushalten bestehen.

Der private Haushalt ist andererseits auch die Form, in der Menschen zusammen leben. Früher war das legitimiert durch die Eheschließung und Familiengründung. Heute sind alle Formen des Zusammenlebens in einem Haushalt möglich und akzeptiert: mit Trauschein und ohne oder auch in gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen. Die Individualisierung von Lebensformen und die Pluralisierung von Lebenslagen haben diese Alternativen hervorgebracht, was nicht ohne Auswirkungen auf die Anzahl der Eheschließungen und Ehescheidungen geblieben ist.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Cornelia Lang (7.12, 7.14)

Cornelia.Lang@iwh-halle.de

Birgit Schultz (7.1, 7.4, 7.5, 7.7, 7.9)

Birgit.Schultz@iwh-halle.de

Marco Sunder (7.16)

Herbert.Buscher@iwh-halle.de

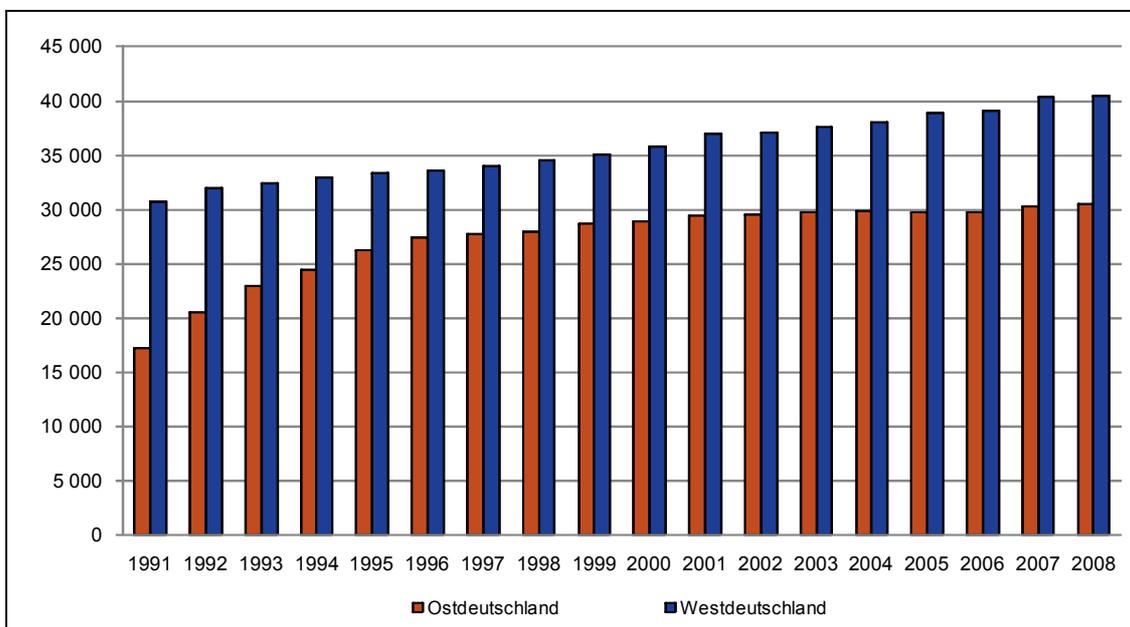
Die verbleibenden Themenbereiche wurden von den Herausgebern bearbeitet. Für Rückfragen steht ***Herbert S. Buscher*** zur Verfügung (Herbert.Buscher@iwh-halle.de).

Kapitelübersicht

7.1	Verfügbares Einkommen: Keine Anpassung an westdeutsches Niveau	172
7.2	Haushaltsgrößen im Vergleich: Zusammenleben bevorzugt	173
7.3	Haushaltseinkommen 2006: Ostdeutsche kommen schlechter zurecht als Westdeutsche	174
7.4	Private Konsumausgaben: Abnahme in Ostdeutschland – Konstanz in Westdeutschland	176
7.5	Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern: Ostdeutschland holt auf	177
7.6	Pkw-Bestand: Das liebste Kind der Deutschen in Ost- und Westdeutschland	178
7.7	Vermögen der privaten Haushalte: Westdeutsche sind besser abgesichert	179
7.8	Ersparnis der privaten Haushalte: Ostdeutschland spart weniger	180
7.9	Verschuldung der privaten Haushalte: Deutlich höhere Verschuldung in Westdeutschland	182
7.10	Kreditmarktschulden der Länderhaushalte pro Einwohner: Kräftiger Anstieg in Ostdeutschland bis 2006	183
7.11	Rentnereinkommen in West- und Ostdeutschland: Hohe Einkommen auch im Ruhestand	184
7.12	Beschäftigung von Frauen: Erwerbsmuster der Frauen gleicht sich an	186
7.13	Bereitschaft zur Ehe gleicht sich in Ost- und Westdeutschland an	187
7.14	Nicht eheliche Lebensgemeinschaften: Kinder ändern Lebensformen	188
7.15	Ehescheidungen: Nur noch geringe Ost-West-Unterschiede	190
7.16	Ost-West-Abstand bei Bewertung der Zufriedenheit relativ stabil	191

7.1 Verfügbares Einkommen: Keine Anpassung an westdeutsches Niveau

Verfügbares Einkommen (nominal) je Haushalt und Jahr^a
- in Euro -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die ostdeutschen Haushaltseinkommen betragen im Jahr 1991 nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben 17 198 Euro und entsprachen somit 56% der Haushaltseinkommen in Westdeutschland. Die Jahre bis 1996 waren geprägt von einem stetigen Aufholprozess. In dieser Periode wurden durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von 12% erzielt. 1996 betragen die verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland bereits mehr als 80% des westdeutschen Wertes.

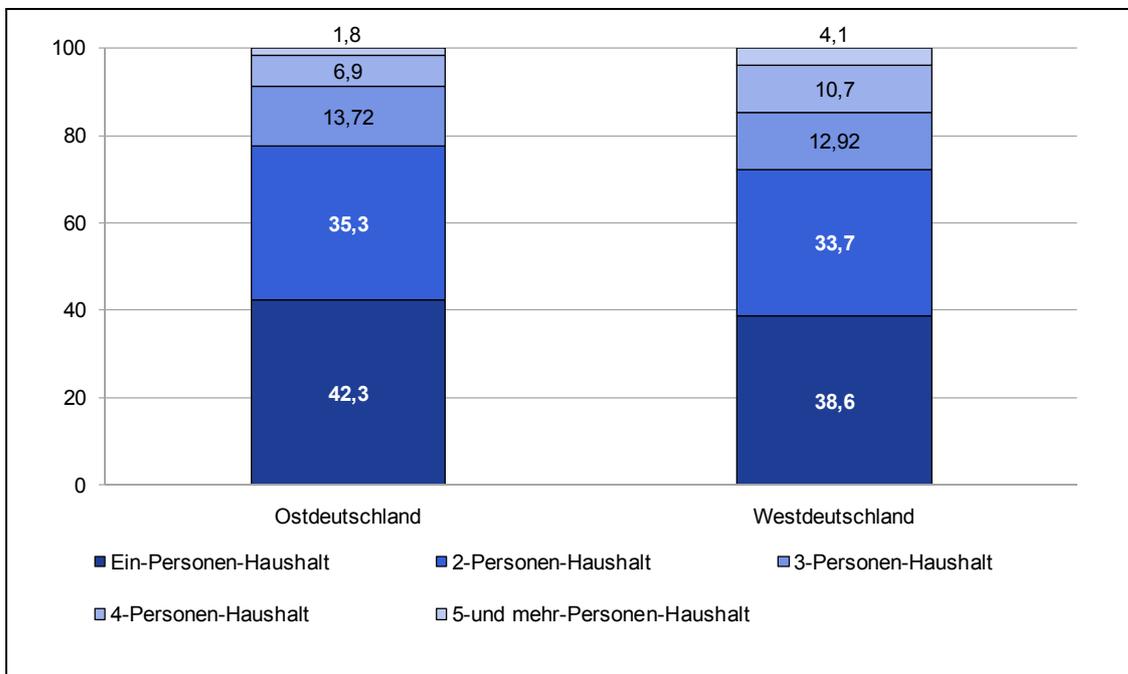
In den Jahren 1997 bis 2003 verlangsamte sich der Anstieg der ostdeutschen Haushaltseinkommen. Den westdeutschen Haushalten hingegen gelang es in diesen Jahren, ihre Einkommen weiter kräftig anwachsen zu lassen. Damit stockte die Angleichung der Ost-Einkommen an das Westniveau und der Abstand vergrößerte sich wieder.

Seit 2004 sind die ostdeutschen Haushaltseinkommen sogar wieder leicht rückläufig, die westdeutschen stiegen hingegen weiter an. Die Lücke zwischen den verfügbaren Einkommen öffnet sich dadurch noch stärker als in den Jahren zuvor. 2008 verfügten die privaten Haushalte in Ostdeutschland über 30 456 Euro. Dies entspricht lediglich 75% des Einkommens westdeutscher Haushalte.

7.2 Haushaltsgrößen im Vergleich: Zusammenleben bevorzugt

Anteile der Haushaltsstrukturen 2008^a

- in % -



^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

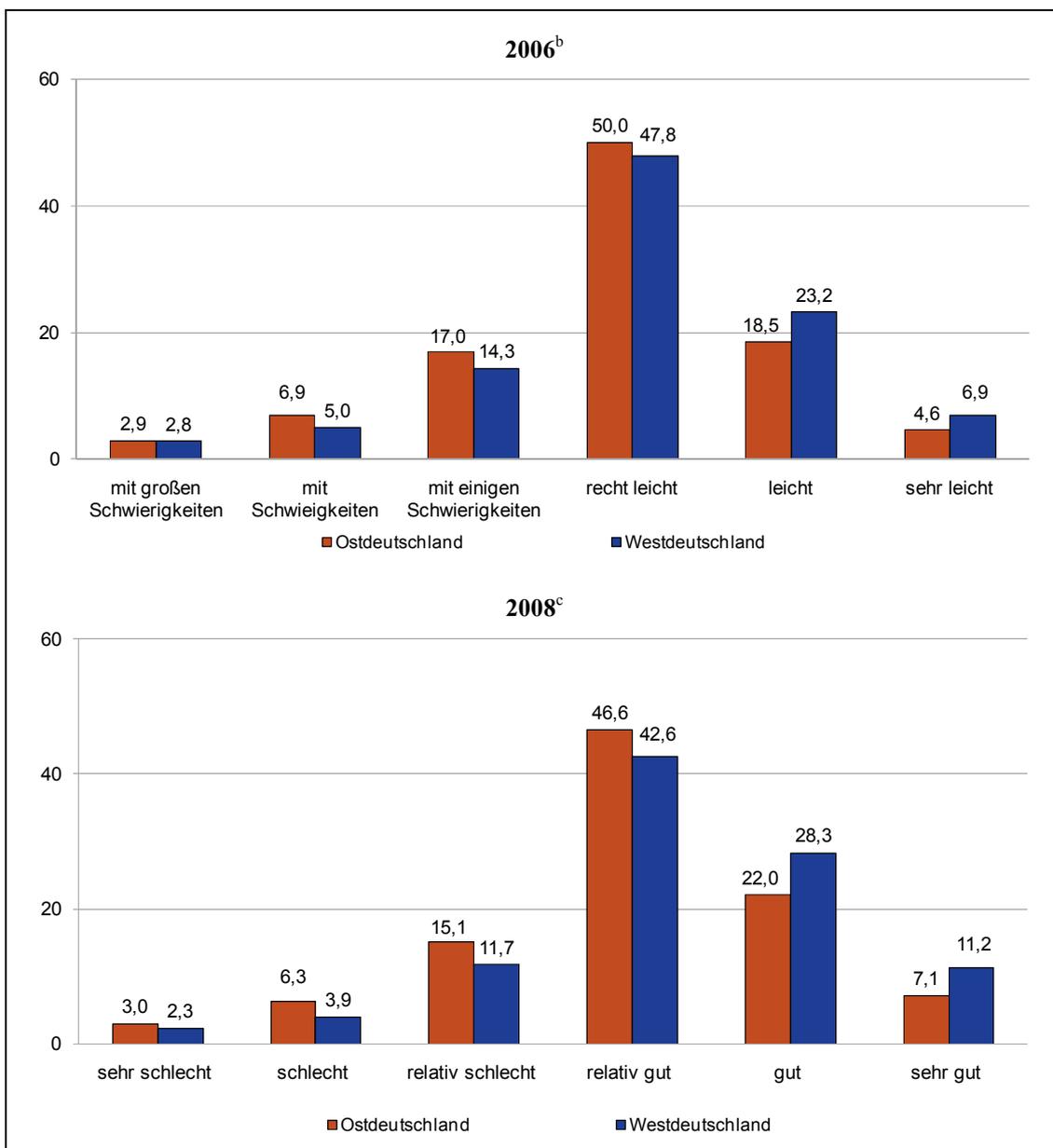
Die dominierenden Formen der Haushaltsgrößen im Jahr 2008 sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland Ein- und Zwei-Personen-Haushalte. Reichlich drei Viertel (77,6%) der Ostdeutschen und 72,3% der Westdeutschen leben in solch einem Haushalt. Der Anteil von Singlehaushalten ist dabei in Ostdeutschland geringfügig höher als in Westdeutschland. Beim Anteil von Zwei- und Drei-Personen-Haushalten unterscheiden sich beide Landesteile kaum, noch größere Haushalte hingegen finden sich in den Alten Bundesländern etwas häufiger als in den Neuen.

Zu berücksichtigen ist, dass es sich bei der Anzahl der Personen in einem Haushalt einerseits um unterschiedliche verwandtschaftliche Beziehungen handeln kann, andererseits ein Zwei-Personen-Haushalt nicht notwendigerweise auf eine partnerschaftliche Beziehung schließen lässt, da auch Alleinerziehende mit einem Kind hierunter fallen. Vergleichbares gilt auch für die Ein-Personen-Haushalte: Hierunter fallen sowohl „Singles“ als auch verwitwete Personen. Nicht erfasst sind Personen, die in Heimen bzw. Anstalten leben.

7.3 Haushaltseinkommen 2006: Ostdeutsche kommen schlechter zurecht als Westdeutsche

Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen ... zurecht^a

- in % -



Abweichungen durch Rundung möglich. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Im Jahr 2006 ging die Skala „Zurechtkommen mit dem Einkommen“ von „mit großen Schwierigkeiten“ bis „sehr leicht“ – ^c Im Jahr 2008: „Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen ... zurecht“ von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ – Für einen besseren Vergleich wurde die aktuelle Skala von 2008 verwendet.

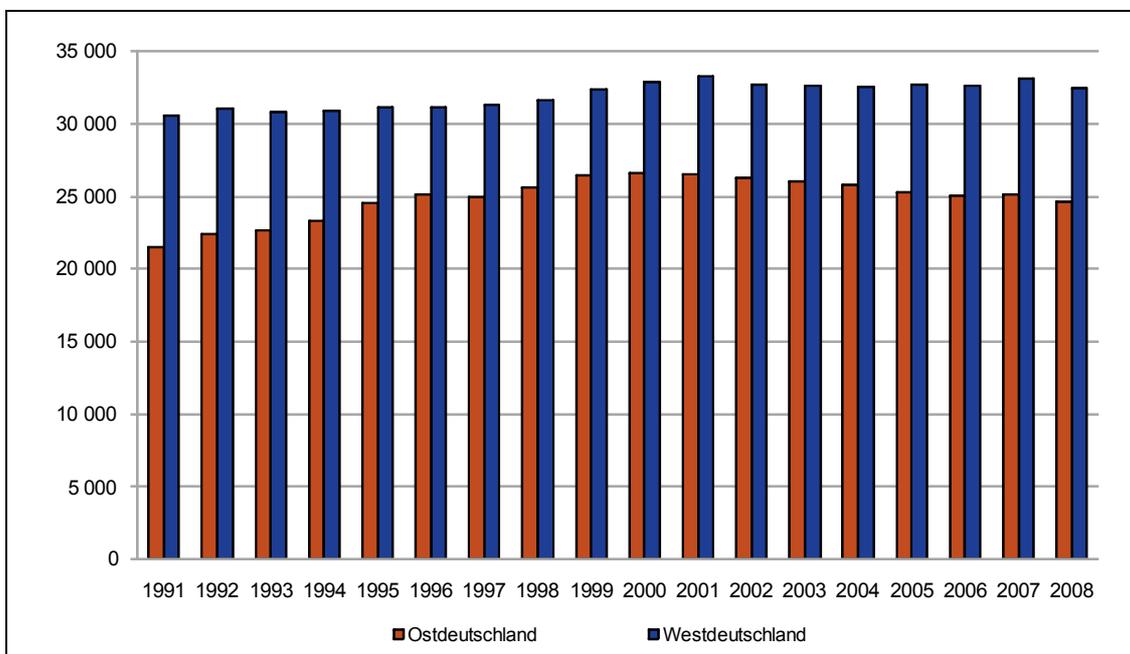
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wenn es kein Auskommen mit dem Einkommen gibt, kann das u. a. an zu geringem Einkommen, zu hohen Ansprüchen, aber auch schlechtem Wirtschaften mit dem Vorhandenen liegen. Es handelt sich also dabei um individuelle, subjektive Bewertungen. Allerdings muss auch in Rechnung gestellt werden, dass es regionale Preisunterschiede gibt, beispielsweise bei der Kaltmiete und den Mietnebenkosten.

Ein West-Ost-Vergleich, wie gut die Haushalte mit ihrem Einkommen auskommen, zeigt, dass auch 2008 gegenüber 2006 die ostdeutschen Haushalte weniger gut zurechtkommen als die westdeutschen. Knapp ein Viertel der ostdeutschen Haushalte kommt 2008 sehr schlecht, schlecht oder relativ schlecht mit dem Einkommen klar gegenüber 17,9% in Westdeutschland. Gegenüber 2006 jedoch ist der Anteil für Ostdeutschland von 26,8% auf 24,4% gesunken. Dem steht auf der anderen Seite ein deutlicher Anstieg der Haushalte sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland gegenüber, die gut oder sogar sehr gut mit dem Einkommen auskommen.

7.4 Private Konsumausgaben: Abnahme in Ostdeutschland – Konstanz in Westdeutschland

Private Konsumausgaben (real) je Haushalt und Jahr^a
- in Euro -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In den 90er Jahren nahmen die Geldausgaben der privaten ostdeutschen Haushalte kräftig zu. So hatten die Konsumausgaben der ostdeutschen Haushalte im Jahr 1991 ein Niveau von 70% der westdeutschen. In den folgenden Jahren kam es zu einer deutlichen Verringerung des Abstandes bei den Konsumausgaben. Ausschlaggebend dafür dürften einerseits die kräftigen Anstiege beim verfügbaren Einkommen sowie andererseits der Nachholbedarf bei der Ausstattung mit Konsumgütern in Ostdeutschland gewesen sein.

Ab dem Jahr 2000 änderte sich jedoch das Konsumverhalten der Ostdeutschen. Anstatt ihre Ausgaben weiter zu erhöhen und sie dem westdeutschen Niveau anzugleichen, verringerten die ostdeutschen Haushalte bis zum Jahr 2008 ihren Konsum um fast 8%. Im Jahr 2008 wurden in den ostdeutschen Haushalten durchschnittlich nur noch 24 654 Euro für den Konsum verwendet. Dies entspricht knapp 76% der Konsumausgaben eines westdeutschen Haushaltes.

7.5 Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern: Ostdeutschland holt auf

Ausstattungsgrad^a

- in % -

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	2003	2008	2003	2008
Pkw	71,9	73,3	78,0	77,9
<i>davon: fabrikneu</i>	33,6	30,3	35,2	31,5
Flachbildschirmfernseher	*	15,2	*	15,8
DVD-Player	22,7	68,2	28,1	69,3
PC	57,2	71,5	62,4	76,3
Internetanschluss	40,7	57,6	47,3	65,9
Gefrierschrank	57,3	43,0	68,0	54,6
Geschirrspülmaschine	46,4	55,0	59,0	64,2
Mikrowellengerät	60,3	70,2	63,2	69,5
Wäschetrockner	20,1	22,1	40,4	42,3

Mit * gekennzeichnete Angaben wurden im betreffenden Jahr nicht erfragt. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Wesentliche Unterschiede in der materiellen Lage von ost- und westdeutschen Haushalten lassen sich über den Ausstattungsgrad (Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende Gebrauchsgüter vorhanden sind) bei vielen Gebrauchsgüterarten nicht mehr feststellen. So ist der Anteil der ostdeutschen Haushalte, die im Besitz von Statussymbolen wie Pkw oder Flachbildschirmfernsehern sind, kaum geringer als in Westdeutschland. Auch bei anderen Gütern der Unterhaltungs- und Informationselektronik sind ostdeutsche Haushalte nur minimal oder gar nicht mehr schlechter ausgestattet. Abgesehen von den technischen Standardgeräten der Haushaltsführung wie Kühlschrank, Herd oder Waschmaschine, die sich in Ost- als auch Westdeutschland in fast jedem Haushalt befinden, sind Geräte wie Gefrierschränke oder Wäschetrockner in Deutschland insgesamt eher selten zu finden. In Ostdeutschland ist zudem bei diesen Haushaltsgeräten der Ausstattungsgrad geringer als in Westdeutschland.

Unterschiede lassen sich hingegen eher bezüglich des Ausstattungsbestands – also der Anzahl der in den Haushalten vorhandenen Gebrauchsgüter – beobachten. Er ist in westdeutschen Haushalten in der Regel höher als in den ostdeutschen.

7.6 Pkw-Bestand: Das liebste Kind der Deutschen in Ost- und Westdeutschland

Angemeldete und vorübergehend stillgelegte Pkw in Deutschland^a

	2006	2007	2008	2009
Bestand an Pkw insgesamt	46 090 303	46 569 657	46 755 936	46 896 203
Bestand an Pkw in Ostdeutschland	8 516 574	8 583 336	8 590 945	8 584 361
Bestand an Pkw in Westdeutschland	37 573 729	37 986 321	38 164 991	38 311 842
Pkw/Einwohner in Ostdeutschland	0,5	0,5	0,5	0,5
Pkw/Einwohner in Westdeutschland	0,6	0,6	0,6	0,6

Einschließlich vorübergehende Stilllegungen. – ^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

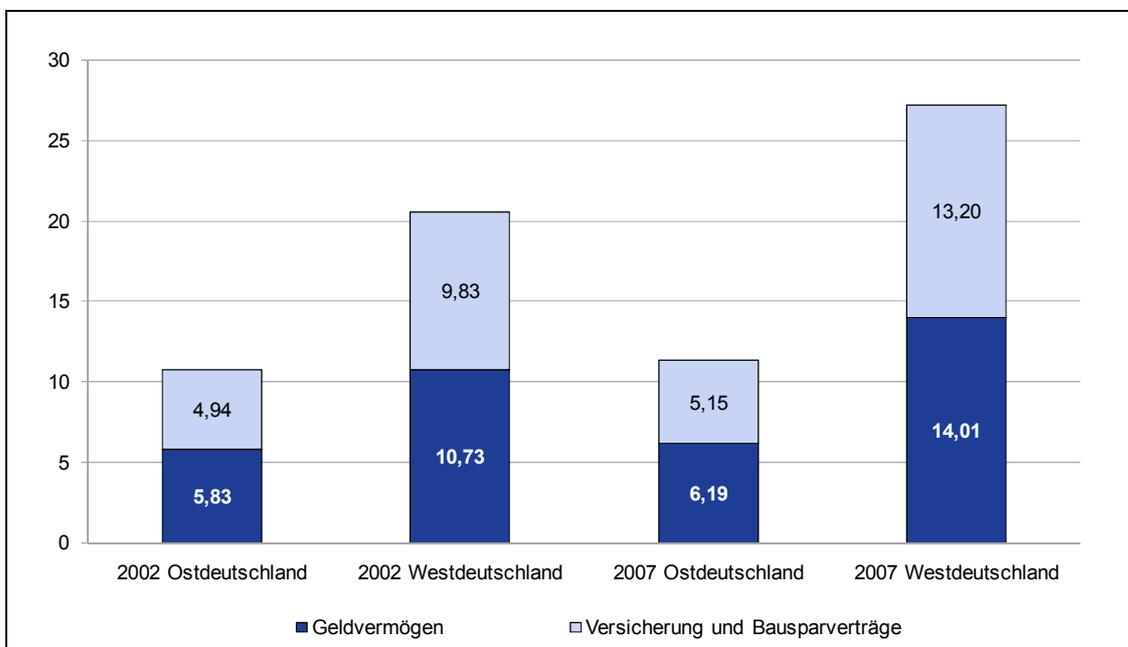
Quellen: Kraftfahrt-Bundesamt; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Insgesamt sind nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamts in Flensburg 2009 knapp 47 Mio. Personenkraftwagen angemeldet. Von diesen knapp 47 Mio. Pkw entfielen mit 8,6 Mio. Pkw 18,3% auf Ostdeutschland. Pro Einwohner gerechnet bedeutet dies, dass in Ostdeutschland auf einen Einwohner seit 2006 ein halber Pkw entfällt, während der entsprechende Vergleichswert für Westdeutschland 0,6 beträgt. Diese recht konstanten Größen verbergen jedoch, dass zwischen 2006 und 2009 mehr als 800 000 Pkw in Deutschland zugelassen wurden. Zwischen 2006 und 2009 hat sich der Pkw-Bestand in Westdeutschland um 1,9% erhöht, in Ostdeutschland hingegen nur um 0,79%.

Die Bestandszahlen in der Tabelle bedeuten nicht, dass es sich hierbei ausschließlich um Neuwagen handelt, da auch aus dem Ausland eingeführte Pkw angemeldet werden müssen. Allerdings sind in den Zahlen die vorübergehend stillgelegten Pkw enthalten.

7.7 Vermögen der privaten Haushalte: Westdeutsche sind besser abgesichert

Geldvermögen^a und Höhe von Versicherung und Bausparverträgen^b (pro Person)^c
- in 1 000 Euro-



^a Durchschnittlich; Geldvermögen = Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile. – ^b Durchschnittliche Höhe der Rückkaufwerte von Lebensversicherungen, Rentenversicherungen und angesparten Beträgen in Bausparverträgen. – ^c Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin..

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Geldvermögen der Westdeutschen wächst schneller als das der Ostdeutschen:

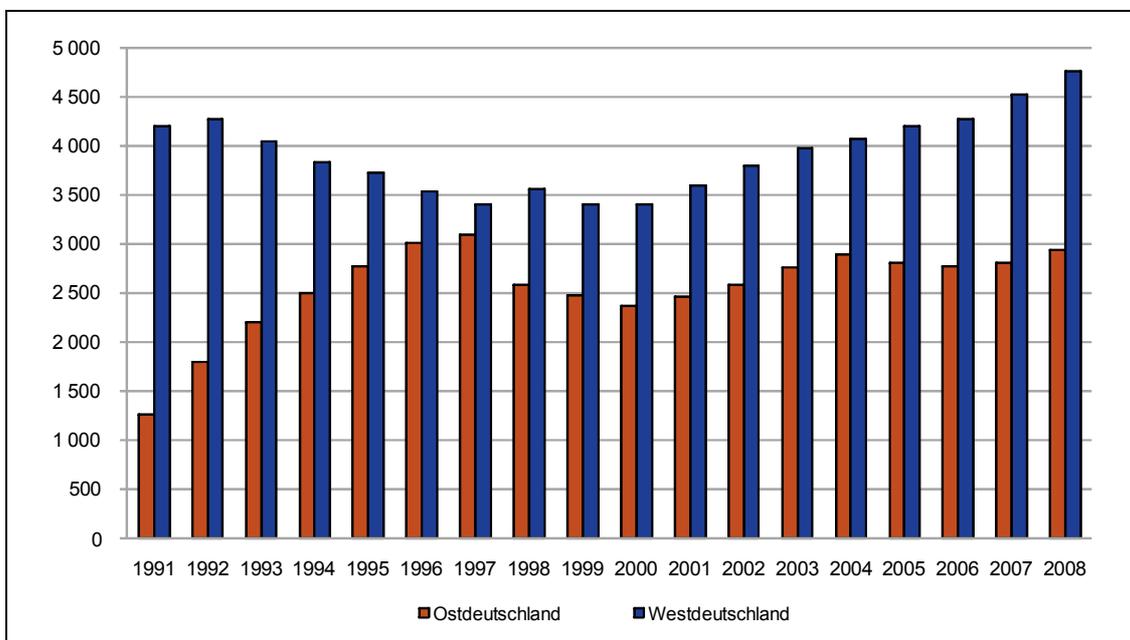
Personen in Ostdeutschland besaßen im Jahr 2007 durchschnittlich Geldanlagen, Renten- und Lebensversicherungen sowie Bausparverträge in Höhe von 11 348 Euro. Im Jahr 2002 war dieser Wert noch 5% niedriger. Westdeutsche hatten hingegen derartige Vermögenswerte in Höhe von 27 210 Euro. Diese konnten sie gegenüber 2002 um 32% steigern.

Die Unterschiede der Vermögen in Ost- und Westdeutschland resultieren sowohl aus dem niedrigeren Ausgangswert an Geldvermögen der Ostdeutschen nach der deutschen Vereinigung als auch aus der geringeren ostdeutschen Sparquote. Hinzu kommt, dass die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland, die die Grundlage für den Vermögensaufbau darstellen, im Durchschnitt wesentlich geringer als in Westdeutschland sind.

7.8 Ersparnis der privaten Haushalte: Ostdeutschland spart weniger

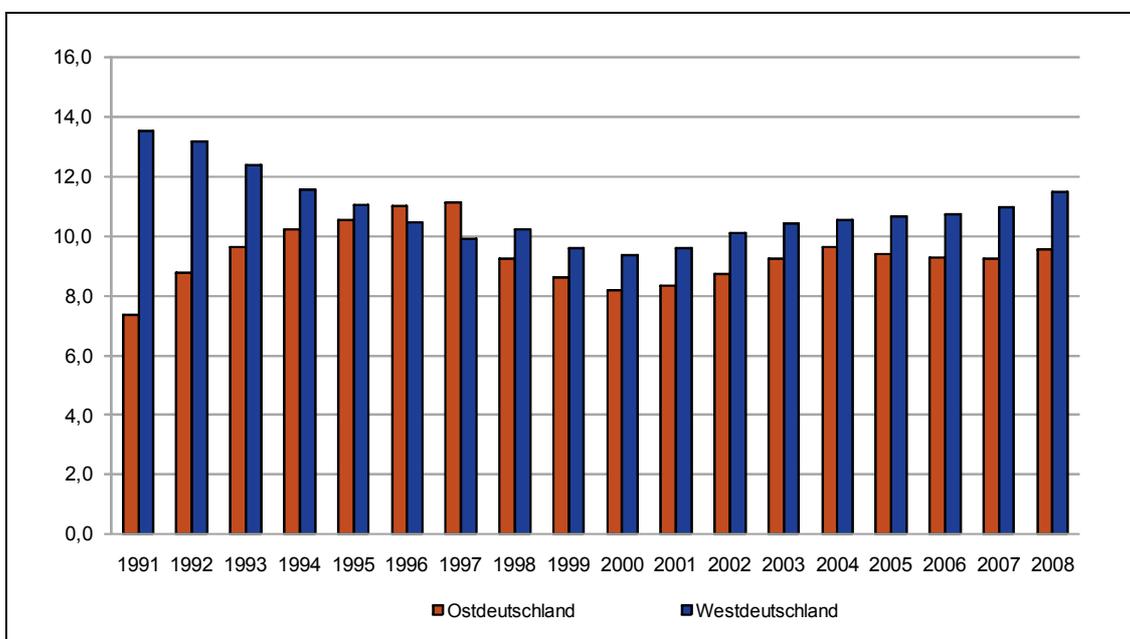
Ersparnis je Haushalt und Monat^a

- in Euro -



Sparquote des verfügbaren Einkommens^a

- in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung war sowohl die Ersparnis als auch die Sparquote der ostdeutschen Haushalte auf einem sehr niedrigen Niveau und damit wesentlich geringer als in Westdeutschland. Dafür ursächlich waren sowohl die niedrigen verfügbaren Einkommen als auch der Nachholbedarf bei den Gebrauchsgütern, sodass der Anteil der Ausgaben für den privaten Konsum in dieser Phase höher war und das Sparpotenzial belastete.

In den folgenden Jahren bis 1997 stieg die Ersparnis der ostdeutschen Haushalte stark an. Auch die ostdeutsche Sparquote näherte sich schnell der westdeutschen – allerdings basierend auf einem immer noch niedrigeren verfügbaren Einkommen.

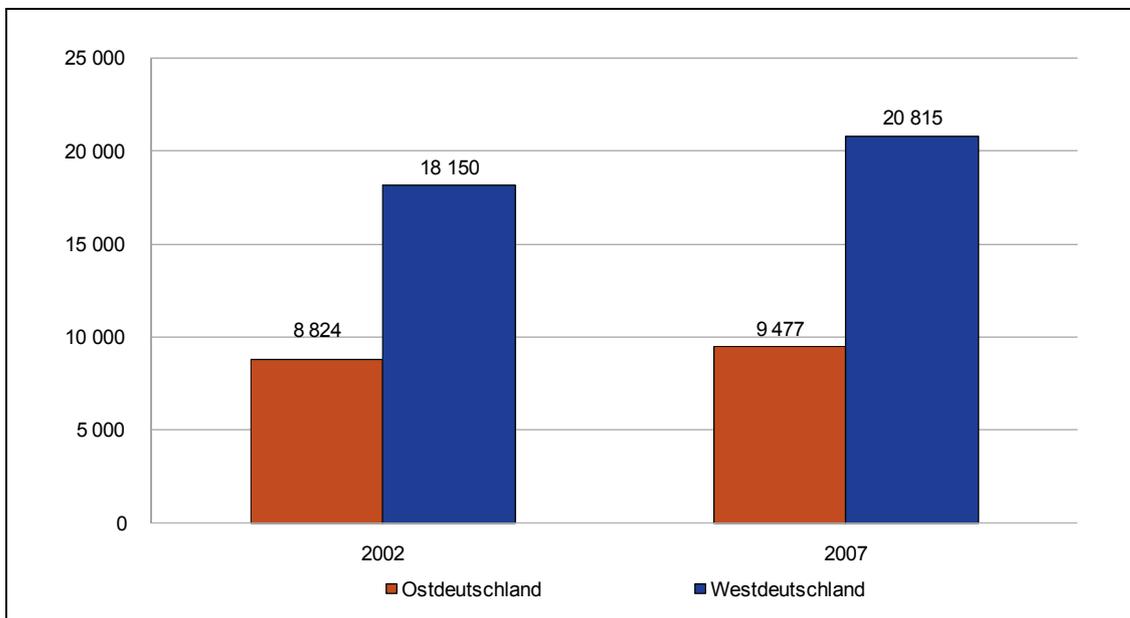
Nach 1997 sanken sowohl die Beträge, die gespart wurden, als auch die Sparquote in Ostdeutschland. Die ostdeutsche Sparquote ist seit 1998 um durchschnittlich 1,4 Prozentpunkte niedriger als die westdeutsche. Im Jahr 2006 war der Unterschied zwischen beiden Sparquoten (West: 10,9%; Ost: 9,0%) mit 1,9 Prozentpunkten sogar noch größer.

Seit dem Jahr 2000 stieg in den westdeutschen Haushalten sowohl die Ersparnis als auch die Sparquote kontinuierlich und kräftig an. In Ostdeutschland ist dies nicht in dem Maß zu beobachten. Einer Phase des mäßigen Anstiegs der Ersparnis bis zum Jahr 2004 folgte ein Rückgang derselben. Damit reagieren die ostdeutschen Haushalte auf die verschlechterte Einkommenssituation zugunsten einer teilweisen Stabilisierung ihrer Konsumausgaben. Im Jahr 2008 deutete sich eine leichte Erholung der ostdeutschen Ersparnis an.

7.9 Verschuldung der privaten Haushalte: Deutlich höhere Verschuldung in Westdeutschland

Höhe der Verschuldung pro Person^a

- in Euro -



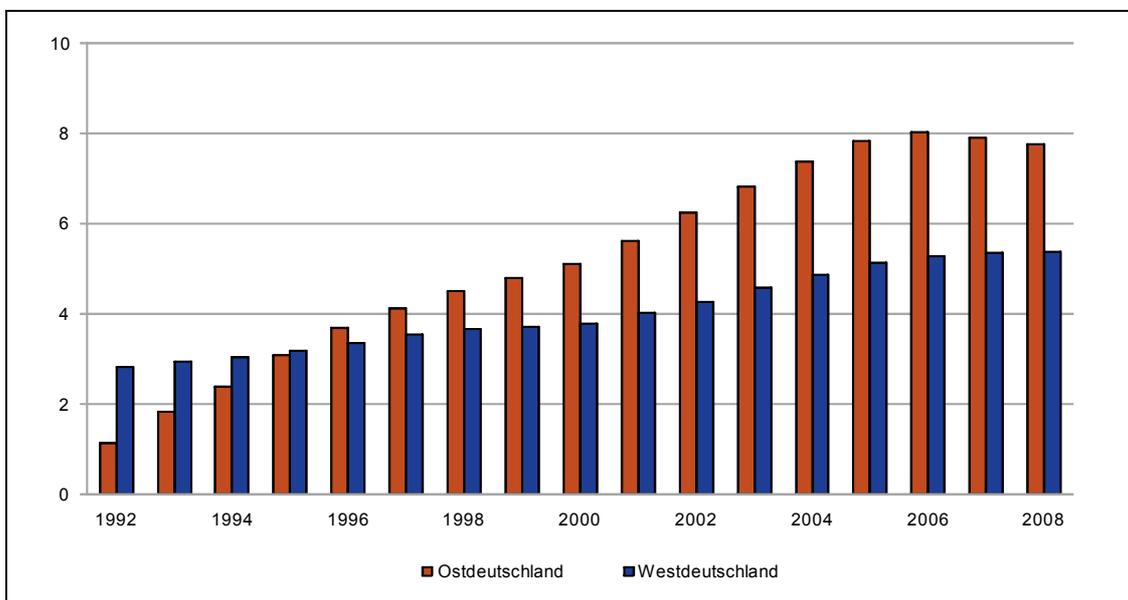
^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Darstellung und Berechnungen des IWH.

Zwischen der Verschuldungssituation in Ost- und Westdeutschland gibt es nach wie vor große Unterschiede. So beträgt die durchschnittliche Verschuldung je Person in Ostdeutschland knapp 50% der westdeutschen. Dies hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Allerdings ist der Anteil der Personen mit Bankschulden in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland. Die Höhe der Bankschulden je Schuldner ist jedoch in Ostdeutschland geringer. Der wesentlich höhere Schuldenstand der westdeutschen Personen ist insbesondere auf Immobilienfinanzierungen zurückzuführen. Ursächlich hierfür dürften die Unterschiede bei den Immobilienpreisen in den beiden Landesteilen sein.

7.10 Kreditmarktschulden der Länderhaushalte pro Einwohner: Kräftiger Anstieg in Ostdeutschland bis 2006

Kreditmarktschulden^a pro Einwohner^b
- in 1 000 Euro -



^a Kreditmarktschulden der Länderkernhaushalte. – ^b Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

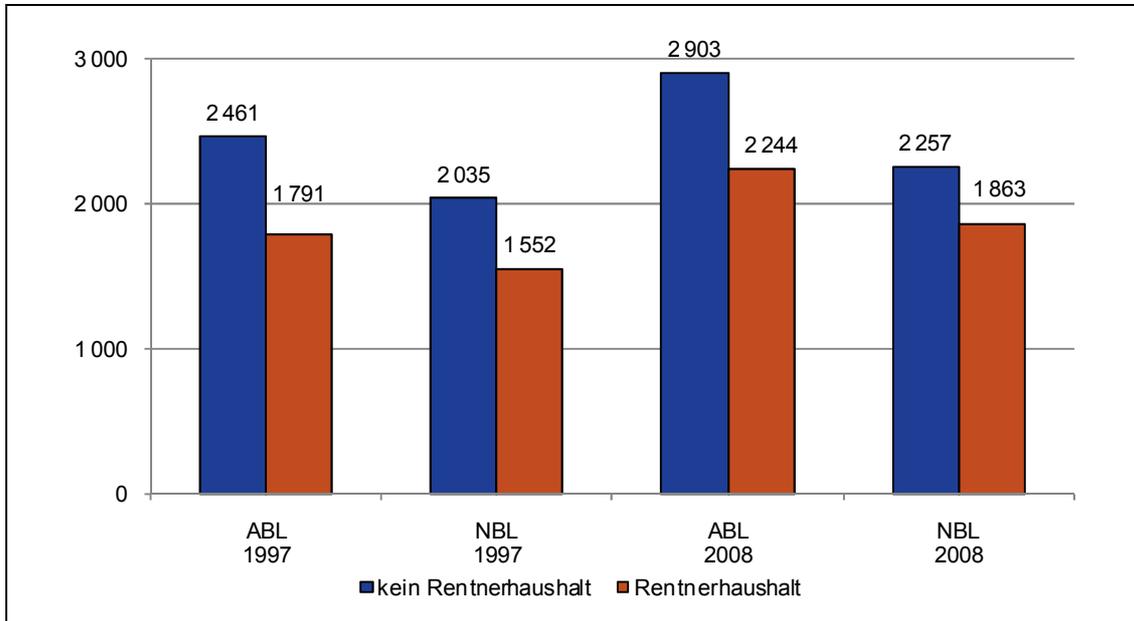
Die Kreditmarktschulden der Länderkernhaushalte pro Einwohner stiegen in Ostdeutschland bis 2006 um über 600% von 1 100 Euro im Jahr 1992 auf 8 000 Euro im Jahr 2006. In Westdeutschland stiegen sie im gleichen Zeitraum um ca. 90% von 2 800 Euro auf 5 300 Euro. Ostdeutschland näherte sich seit 1992 stetig an das westdeutsche Niveau an und überholte Westdeutschland im Jahr 1996. Danach wuchs der Unterschied zwischen beiden Regionen stark an. Betrug die Differenz in beiden Regionen 1992 noch 1 700 Euro pro Einwohner, so belief sie sich im Jahr 2006 bereits auf 2 700 Euro.

Im Jahr 2007 sind die Kreditmarktschulden der Länderkernhaushalte pro Einwohner in Westdeutschland auf dem gleichen Niveau wie 2006 stehen geblieben und steigen im Jahr 2008 auf 5 400 Euro. In Ostdeutschland ist dagegen ein Rückgang von 2006 zu 2008 um über 2% von 8 000 Euro auf 7 800 Euro zu verzeichnen.

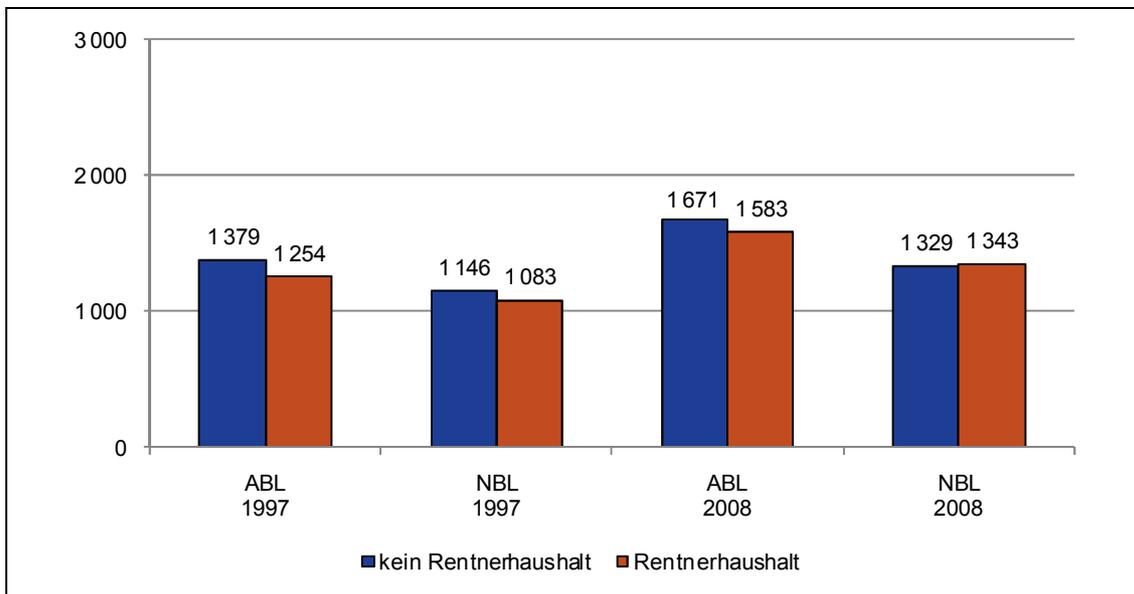
Zu den Kreditmarktschulden der Länderkernhaushalte zählen alle bei inländischen Kreditinstituten, Individualversicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung und im Ausland direkt aufgenommene Darlehen und Wertpapiersschulden, wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, die zur Finanzierung von nicht durch eigene Einnahmen des Haushalts gedeckten Ausgaben dienen, sowie Ausgleichsformen. Nicht enthalten sind Nebenhaushalte der Länder sowie Gemeindehaushalte.

7.11 Rentnereinkommen in West- und Ostdeutschland: Hohe Einkommen auch im Ruhestand

Haushaltsnettoeinkommen



Äquivalenzeinkommen der Haushalte^a



NBL = Neue Bundesländer; ABL = Alte Bundesländer. – NBL mit Berlin-Ost, ABL mit Berlin-West – ^a Äquivalenzeinkommen nach OECD-Skala berechnet.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, 2009; Berechnungen und Darstellung des IWH.

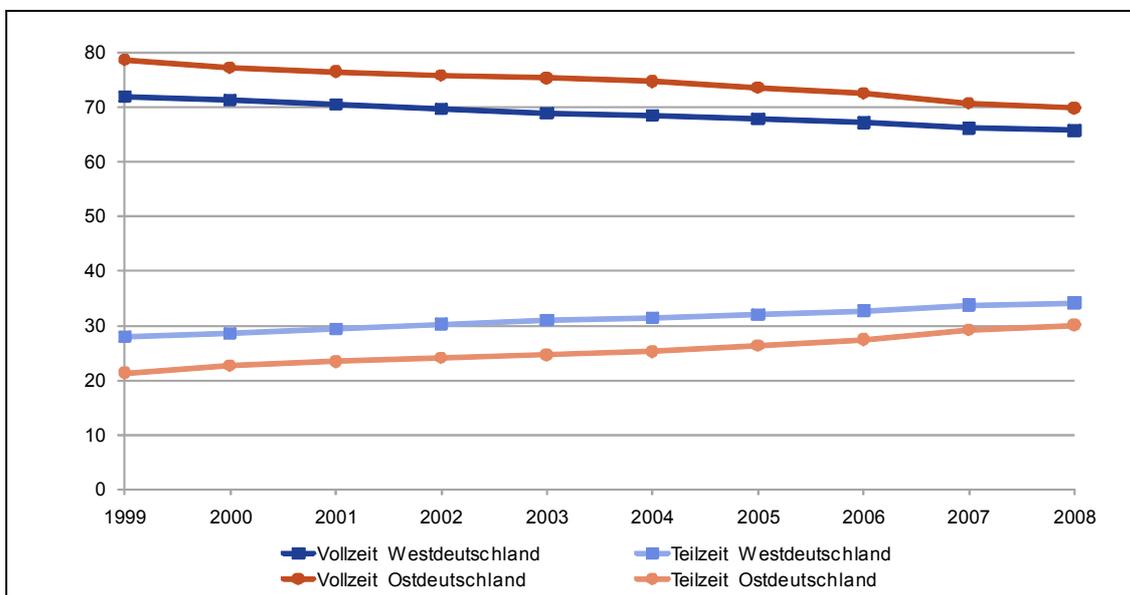
Von wenigen Ausnahmen abgesehen verfügen Rentnerhaushalte im Durchschnitt über ein geringeres (Haushalts-)Nettoeinkommen als Haushalte, in denen mindestens eine Person erwerbstätig ist. Dies gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland, wie die obere Abbildung zeigt. Während Haushalte, die keine Rentnerhaushalte sind, in Westdeutschland im Durchschnitt über monatlich etwa 600 Euro netto mehr verfügen können als in Ostdeutschland, sind die Einkommensunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Rentnerhaushalten 2008 mit einer Differenz von 381 Euro pro Monat deutlich geringer. Aber auch prozentual stehen sich Rentnerhaushalte in Ostdeutschland 2008 etwas besser als vergleichbare westdeutsche Rentnerhaushalte: Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen verfügt ein westdeutscher Rentnerhaushalt 77,3% des Einkommens eines Nicht-Rentnerhaushalts, während die vergleichbare Zahl für Ostdeutschland 82,5% beträgt.

Betrachtet man nicht die Familieneinkommen, sondern die nach der Personenanzahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder gewichteten, so genannten Äquivalenzeinkommen (untere Abbildung), dann zeigt sich jedoch dass Rentnerhaushalte über ein fast identisches Einkommen verfügen als Nicht-Rentnerhaushalte. Eine Erklärung hierfür liegt darin, dass in Nicht-Rentnerhaushalten auch Kinder und Jugendliche leben, die noch über kein eigenes Einkommen verfügen, wodurch sich das Äquivalenzeinkommen dem von Rentnerhaushalten angleicht.

Das Äquivalenzeinkommen ist ein Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Mit Hilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet. Der Grund hierfür ist, dass die Einkommen von Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, nicht miteinander vergleichbar sind, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten.

7.12 Beschäftigung von Frauen: Erwerbsmuster der Frauen gleicht sich an^a

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen^b
- in % -



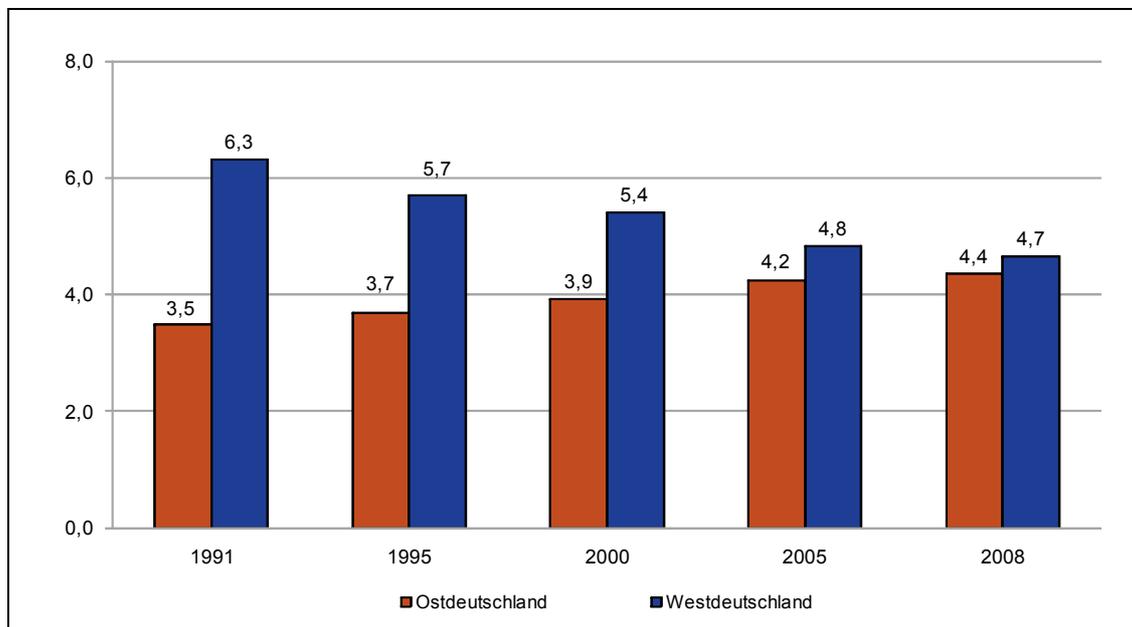
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Wert jeweils Ende September.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Zeitreihen ab Juni 1999; Berechnung und Darstellung des IWH.

Die unterschiedlich hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ist eine der auffälligsten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, und dies seit Beginn der Transformation. In der DDR war die voll erwerbstätige (Ehe)Frau (und Mutter) ein Leitbild, in der Alten Bundesrepublik galt eher das Alleinverdienermodell der Hausfrauenehe, und Frauen waren deutlich geringer in den Arbeitsmarkt integriert als in der DDR. Inzwischen – so zeigt es die Abbildung – haben sich die Muster fast angeglichen. In beiden Landesteilen ist der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen rückläufig und im Gegenzug nimmt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung zu. Doch im gesamten Zeitraum ist die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen höher. Neben der nach wie vor höheren Erwerbsorientierung der Frauen in den Neuen Bundesländern können dafür auch solche Faktoren wie die besser ausgebaute Kinderbetreuung, die höhere Arbeitslosigkeit unter den Partnern und die geringeren Einkommen der Haushalte eine Rolle spielen.

7.13 Bereitschaft zur Ehe gleicht sich in Ost- und Westdeutschland an

Eheschließungen pro 1 000 Einwohner^a



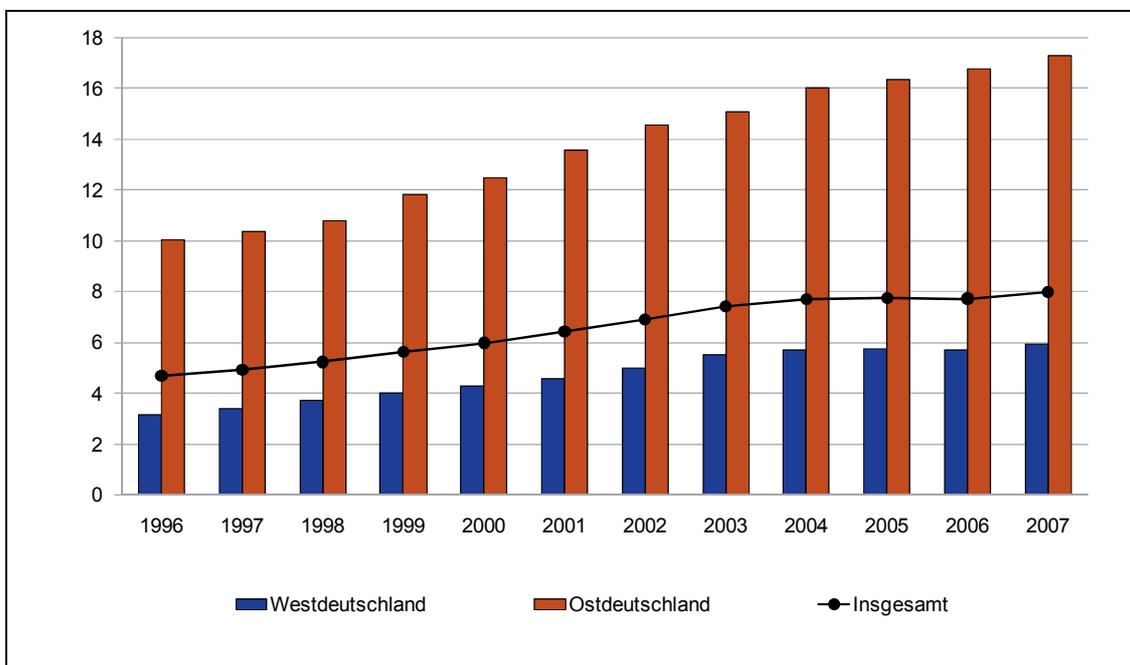
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

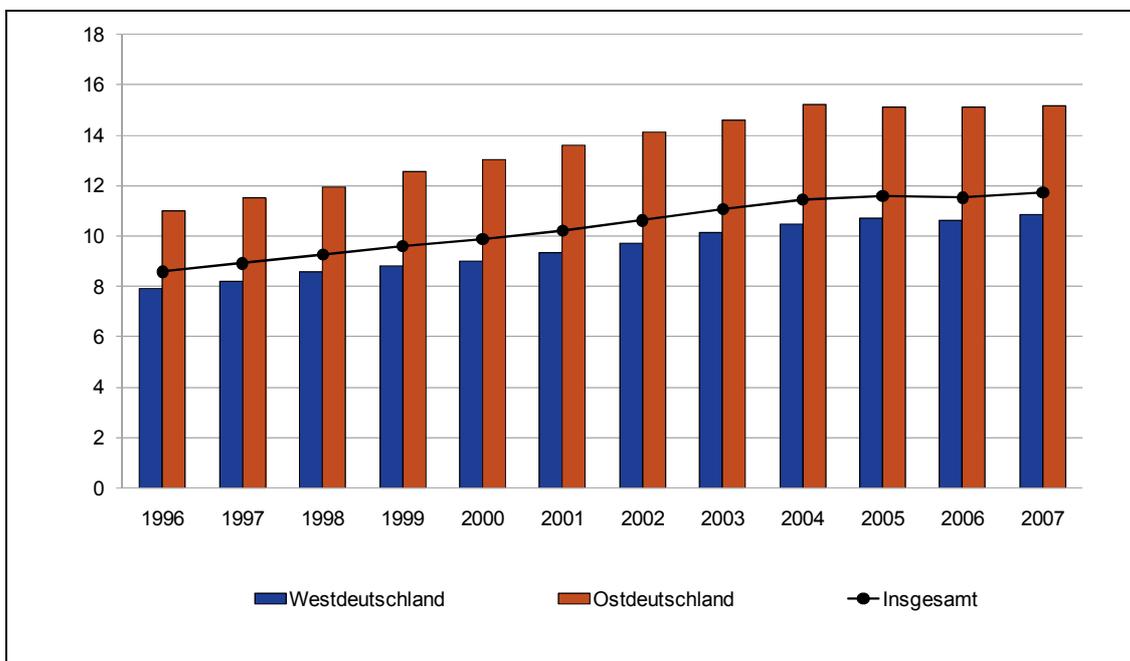
Lebensmodell Ehe: In den Neuen Bundesländern ist die Zahl der Eheschließungen in der Zeit der Wende schlagartig eingebrochen. Lag sie vor der Wende noch deutlich über dem westdeutschen Niveau, so erreicht die Heiratsintensität 1991 nur noch etwas mehr als die Hälfte des entsprechenden westdeutschen Werts. Ab 1995 vollzieht sich langsam eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, was allerdings auf zwei gegenläufigen Trends beruht: Während die Eheschließungen in Westdeutschland deutlich zurückgehen, nehmen sie in den Neuen Bundesländern wieder leicht zu. 1995 wurden pro 1 000 Einwohner in Westdeutschland noch 5,7 Ehen geschlossen, gegenüber nur 3,7 in Ostdeutschland. Doch 2008 haben sich die Verhältnisse weitgehend angepasst. Auf 1 000 Einwohner kommen 4,4 Eheschließungen in Ost- und 4,7 in Westdeutschland.

7.14 Nicht eheliche Lebensgemeinschaften: Kinder ändern Lebensformen

Anteil nicht ehelicher Lebensgemeinschaften mit Kind an allen Paaren mit Kind^a
- in % -



Anteil aller nicht ehelichen Lebensgemeinschaften an allen Paaren
- in % -



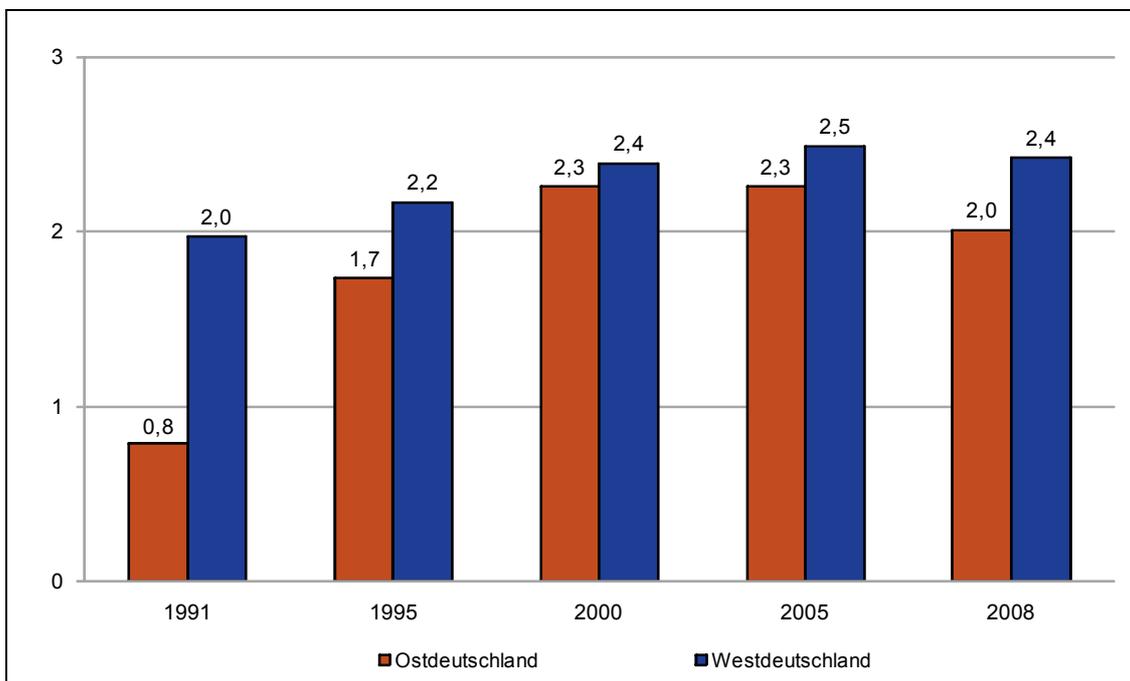
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wenn sich gesellschaftliche Strukturen ändern, dann verändern sich auch private Lebensformen. In den letzten Jahrzehnten gab es eine Entwicklung, die als Individualisierung bezeichnet wird und u. a. durch eine Pluralisierung von Lebenslagen und -stilen gekennzeichnet ist. Im Bereich des Zusammenlebens der Menschen äußert sie sich im Rückzug der Normalfamilie und einer zunehmenden Tendenz der Entkopplung von Elternschaft und Ehe. Der Anteil von Paaren, die ohne Trauschein zusammenleben (nicht eheliche Lebensgemeinschaften, NLG), hat in jüngster Vergangenheit kontinuierlich zugenommen. In den Neuen Bundesländern liegt er deutlich über dem Wert der Alten Bundesländer. Besonders groß ist die Differenz, wenn unterschieden wird, ob es sich um eine NLG mit Kind oder um kinderlose Gemeinschaften handelt. Nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kind finden sich in den Neuen Ländern dreimal so häufig wie in den Alten.

7.15 Ehescheidungen: Nur noch geringe Ost-West-Unterschiede

Ehescheidungen pro 1 000 Einwohner^a



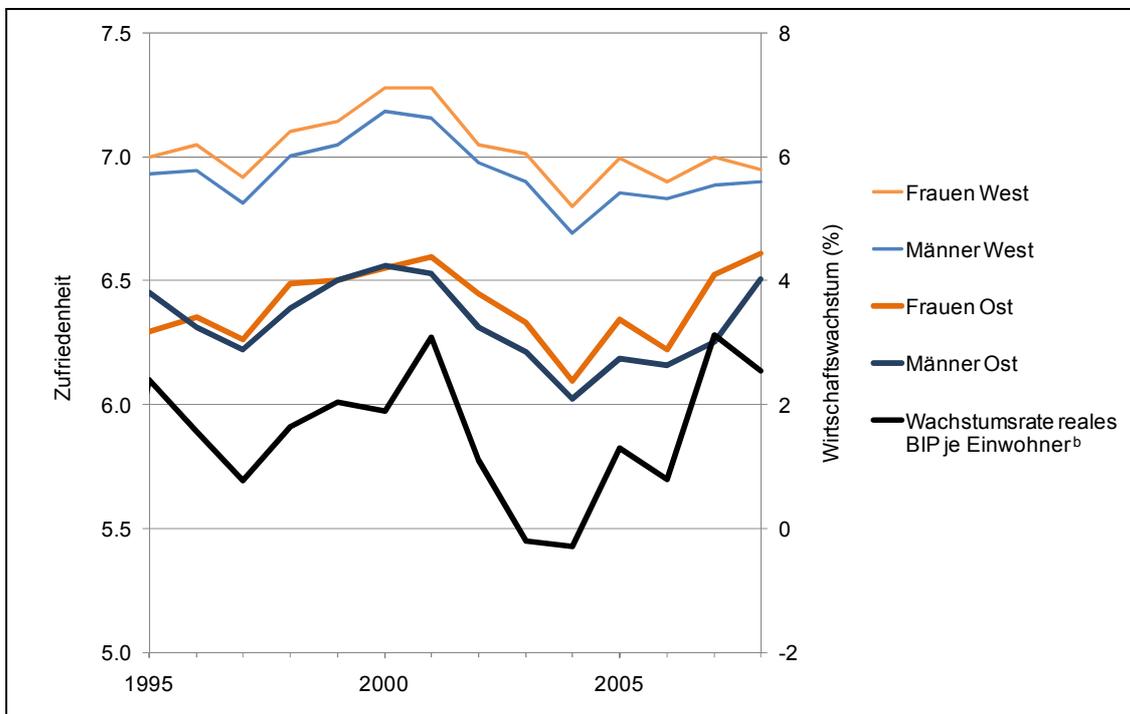
^a Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Noch drastischer als die Zahl der Eheschließungen ist in Ostdeutschland die Zahl der Ehescheidungen in der Zeit der Wende zurückgegangen. Dies dürfte maßgeblich dem Wunsch nach Sicherheit der Lebensumstände in Phasen großer Unsicherheit und Umbrüche geschuldet sein. Hinzu kam das veränderte Scheidungsrecht. Dessen ungeachtet stieg die Zahl der Ehescheidungen pro 1 000 Einwohner von 1991 bis 2005 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ständig an, in Ost- deutlich stärker als in Westdeutschland. Während in diesem Zeitraum die Ehescheidungen in Westdeutschland von 2,0 auf 2,5 stiegen, verdreifachte sich die Zahl für Ostdeutschland und erreichte mit 2,3 Ehescheidungen im neuen Jahrtausend zunächst einmal einen Höhepunkt. Für 2008 ist für beide Landesteile ein Rückgang der Ehescheidungen festzustellen.

7.16 Ost-West-Abstand bei Bewertung der Zufriedenheit relativ stabil

„Zufriedenheit mit dem Leben“ und Wirtschaftswachstum^a



^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West. – ^b Da die meisten Interviews in den ersten Monaten eines Jahres stattgefunden haben, wurde das Wirtschaftswachstum um ein Jahr verzögert dargestellt.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wie zufrieden sind die Deutschen eigentlich? Am Ende des Interviews zum Sozio-oekonomischen Panel wird dazu ganz direkt gefragt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ Die Teilnehmer können einen Wert auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) angeben.

Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Antwortverhalten in der Gruppe der 20- bis 65-Jährigen. Bemerkenswert dabei ist, dass die Menschen in den Neuen Bundesländern im betrachteten Zeitraum im Schnitt jeweils niedrigere Werte angegeben haben als diejenigen in den Alten Bundesländern, wobei sich der Abstand zuletzt verringert hat. Neben dem Niveau-Unterschied fällt auf, dass die Zufriedenheit über die Jahre leicht schwankt, und das in den vier dargestellten Gruppen recht gleichmäßig. Möglicherweise spiegelt sich darin – neben vielen weiteren Faktoren – auch die wirtschaftliche Entwicklung wider, wie der Vergleich mit der Wachstumsrate des realen BIP je Einwohner nahelegt.

„Happiness“-Forscher haben allerdings herausgefunden, dass sich die Menschen relativ bald an das Erreichte gewöhnen. Deshalb macht uns das Wirtschaftswachstum eines Jahres nicht *dauerhaft* zufriedener.

8 Ostdeutschland und die neuen EU-Länder im Vergleich

Die Transformation von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft erfolgte ohne Blaupause. Ostdeutschland stellt mit seinem Beitritt zur marktwirtschaftlich verfassten Bundesrepublik Deutschland einen Sonderfall der Systemtransformation dar. Durch den gleichzeitig erfolgten Beitritt zur Europäischen Union wurde die ostdeutsche Wirtschaft unvermittelt der Konkurrenz des Weltmarkts ausgesetzt. Die negativen Schockeffekte mussten durch massive Transferzahlungen gemildert werden. Die Mittelzuflüsse nach Ostdeutschland setzten auch ein anderes Wachstumsmuster in Bewegung: Investitionen in die Infrastruktur verbesserten die Attraktivität der Regionen für Direktinvestitionen aus den Alten Bundesländern und dem Ausland, die ein Vielfaches dessen darstellten, was die anderen Transformationsländer zunächst erhielten. Die anderen Transformationsländer im heutigen EU-Raum kehrten vor allem durch eine Abwertung ihrer Währung und eine graduelle außenwirtschaftliche Öffnung auf einen Wachstumspfad zurück, wovon die Produktion international handelbarer Güter im Verarbeitenden Gewerbe profitierte. Erst später kamen die zehn mittel- und osteuropäischen Länder in den Genuss jener Vorteile, die eine EU-Mitgliedschaft bietet: unbeschränkter Zugang zu den Gütermärkten und zu Mitteln aus dem Struktur- und Regionalfonds. Die folgenden Indikatoren beschreiben einige Konvergenz- und Divergenzprozesse zwischen Ostdeutschland und den zehn neuen EU-Ländern. Bereits der einfache Vergleich der Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts macht einige Unterschiede im Erholungs- und Wachstumsprozess deutlich, beispielsweise die seit 1999 überwiegend höhere Wachstumsrate in den neuen EU-Ländern. Abbildung 8.2 zeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung – gewöhnlich der Maßstab für reale Konvergenz – in den neuen EU-Ländern und Ostdeutschland im Vergleich mit der „alten“ EU-15, aber auch untereinander entwickelt hat. Eine weitere Abbildung zeigt, wie sich nach den anfänglichen hohen Transferzuflüssen nach Ostdeutschland inländische Produktion und Verwendung langsam angeglichen und bereits eine Relation erreicht haben, die typisch für die neuen EU-Länder war und ist. Dies ist, wie Abbildung 8.4 zeigt, auch sehr stark durch eine zunehmende Exportorientierung der ostdeutschen Wirtschaft erreicht worden. Diese wiederum basiert nicht nur, aber auch auf der wachsenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Produkte: Die Lohnstückkosten in den neuen EU-Ländern sind im Vergleich zu Ostdeutschland deutlich schneller gestiegen. Die letzte Abbildung schließlich beschreibt, wie weit die neuen EU-Länder bereits auf dem Weg der nominalen Konvergenz vorangekommen sind, die ja entscheidend für die Aufnahme zum Euroraum ist – eine Testphase, die Ostdeutschland durch seinen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nicht durchlaufen musste.

Bearbeiter ausgewählter Themenbereiche und Ansprechpartner

Hubert Gabrisch (8.2, 8.3, 8.4, 8.6)

Hubert.Gabrisch@iwh-halle.de

Martina Kämpfe (8.1)

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Simone Lösel (8.2, 8.3, 8.4, 8.6)

Simone.Loesel@iwh-halle.de

Brigitte Loose (8.5)

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Udo Ludwig (8.5)

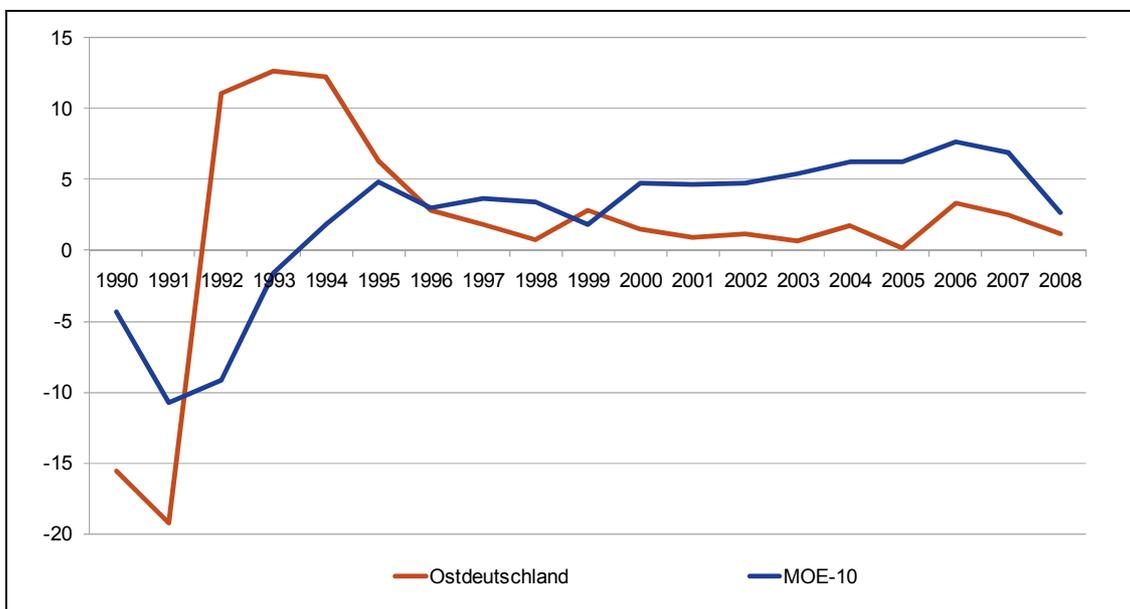
Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Kapitelübersicht

8.1	Höheres Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Ländern seit 1999	196
8.2	Reale Konvergenz zwischen Ostdeutschland, den MOE-Staaten und der „alten“ EU	197
8.3	Ostdeutschlands Lücke zwischen Produktion und Verbrauch entspricht bereits dem üblichen Post-Transformationsniveau	198
8.4	Exportorientierung Ostdeutschlands hat im Vergleich zugenommen	199
8.5	Industrielle Arbeitskostenvorteile der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer haben sich verringert	200
8.6	Nominale Konvergenz im Jahr 2008	202

8.1 Höheres Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Ländern seit 1999

Bruttoinlandsprodukt der neuen EU-Mitgliedsländer (MOE-10) und Ostdeutschlands
- Veränderungsrate zum Vorjahr in % -



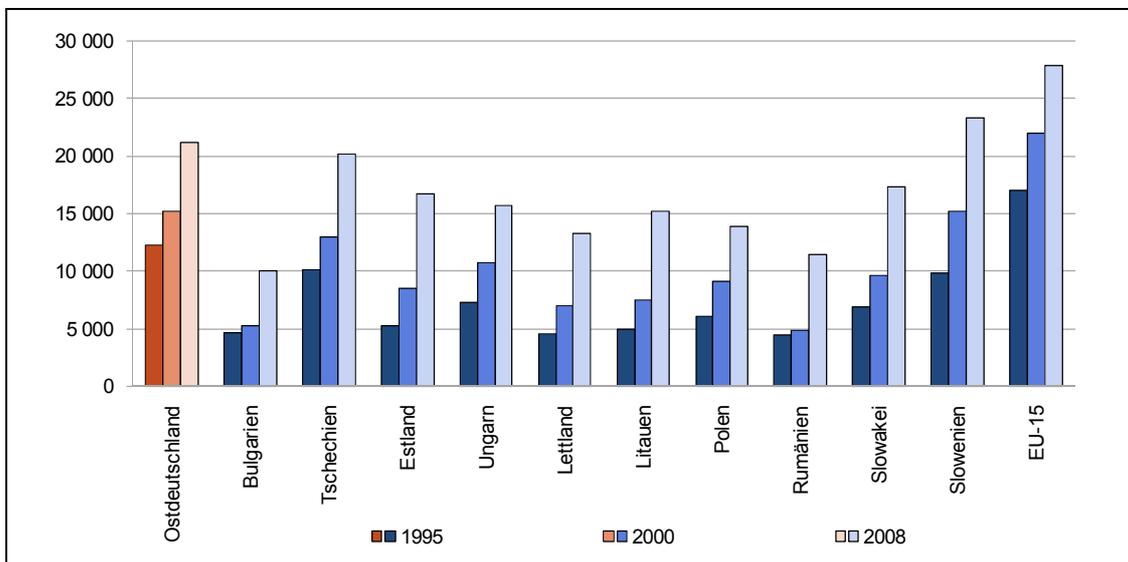
Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: WIIW; Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung vergleicht die ostdeutsche Wachstumsrate des realen BIP mit dem ungewichteten Durchschnitt der Wachstumsraten in den zehn neuen EU-Ländern. Während der Produktionsrückgang am Beginn der Transformation in Ostdeutschland stärker ausfiel, jedoch vergleichsweise kurz war, fiel er in den mittel- und osteuropäischen Ländern allgemein schwächer aus, zog sich jedoch über einen längeren Zeitraum hin. Erst ab 1999 liegt die Wachstumsrate in den neuen EU-Ländern deutlich oberhalb derjenigen Ostdeutschlands. Hinter dem ungewichteten Mittel verbergen sich durchaus erhebliche Länderunterschiede: Einige Länder begannen mit der Systemtransformation später (Bulgarien, Rumänien, baltische Länder); auch Slowenien, Tschechien und die Slowakei hatten die diversen Kosten neuer staatlicher Unabhängigkeit zu tragen. Das größte Land der Region – Polen – verzeichnete bereits ab Mitte 1991 eine Erholung. Die massiven Transferzahlungen nach Ostdeutschland setzten hier ein Wachstumsmuster in Bewegung, das sich von dem der zehn späteren EU-Länder unterschied: Die rasche wirtschaftliche Erholung in Ostdeutschland erfolgte vor allem über den Ausbau der Infrastruktur und den damit verbundenen Aufschwung des Bausektors; im späteren Verlauf erwiesen sich die dabei entstandenen Überkapazitäten jedoch eher als nachteilig für die weitere Wirtschaftsentwicklung. Die anderen Transformationsländer kehrten vor allem durch die Abwertung ihrer Währung und eine wachstumsfördernde Geld- und Währungspolitik auf einen Wachstumspfad zurück, wovon vor allem die Produktion international handelbarer Güter im Verarbeitenden Gewerbe profitierte.

8.2 Reale Konvergenz zwischen Ostdeutschland, den MOE-Staaten und der „alten“ EU

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro nach Kaufkraftparitäten (konstante Preise)



Ostdeutschland ohne Berlin.

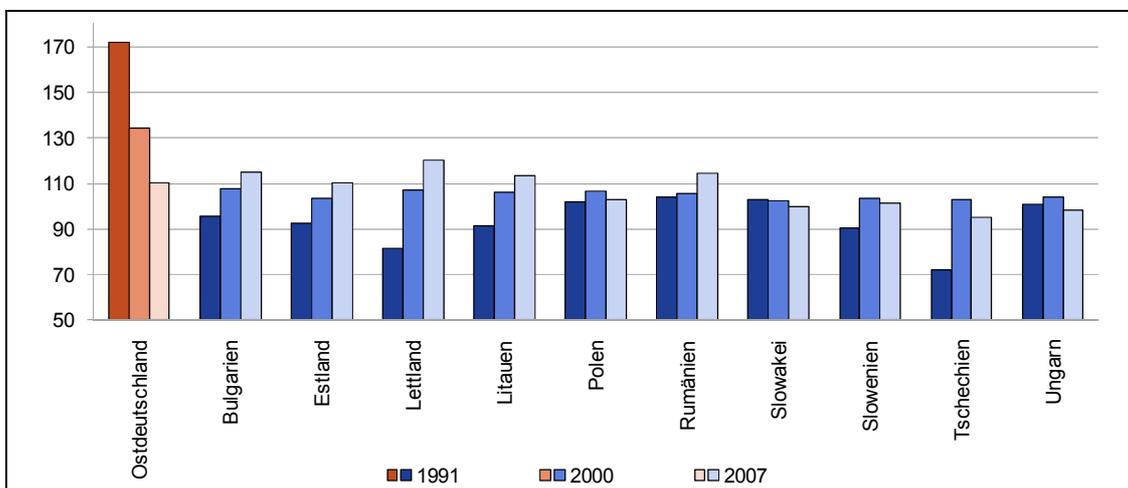
Quellen: Eurostat; statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Zielgröße der Wirtschaftspolitik. Allerdings wird die Prosperität eines Landes nicht an seinem gesamten Bruttoinlandsprodukt oder dessen Wachstumsrate gemessen. Wenn das Ziel der Wirtschaftspolitik die Verbesserung des materiellen Wohlstands der Individuen auch in internationaler Perspektive ist, dann ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten der beste Indikator. Für den internationalen Vergleich muss das BIP pro Kopf in eine vergleichbare Währung umgerechnet werden. Kaufkraftparitäten berücksichtigen im Unterschied zu Wechselkursen auch den Verbrauch nicht handelbarer Güter; gleichzeitig schalten sie den Einfluss von Finanzströmen auf den Wechselkurs aus. Für Ostdeutschland liegen keine amtlichen Angaben zu den Kaufkraftparitäten vor. Deshalb wurden die ostdeutschen Werte geschätzt. Als Grundlage wurde das gesamtdeutsche BIP nach Kaufkraftparitäten genommen und der ostdeutsche Anteil ermittelt, der dann auf die Bevölkerung bezogen wurde. Geht man davon aus, dass die Kaufkraftparitäten in beiden Teilen Deutschlands 2008 bereits weitgehend identisch waren, dürfte ein internationaler Vergleich für dieses Jahr nicht allzu riskant sein. Diese Annahme ist jedoch etwas gewagt für das Jahr 1995, da die Lebensverhältnisse in den Alten und Neuen Bundesländern noch sehr differierten. Gleichwohl lässt die Abbildung vermuten, dass alle neuen EU-Länder seit 1995 einen enormen Wohlstandsanstieg zu verzeichnen haben, auch in Relation zu der damaligen EU-15 (= reale Konvergenz). Auffallend ist jedoch auch, dass Ostdeutschland und Tschechien, welche 1995 noch das höchste BIP pro Einwohner aufwiesen, diese Führungsrolle 2008 an Slowenien als konvergenzstärkstes Land verloren haben. Gleichwohl sollte beachtet werden, dass das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland aufgrund der nach wie vor fließenden Einkommenstransfers höher als hier abgebildet ist.

8.3 Ostdeutschlands Lücke zwischen Produktion und Verbrauch entspricht bereits dem üblichen Post-Transformationsniveau

Inlandsverwendung

- in % des Bruttoinlandsprodukts -



Ostdeutschland ohne Berlin.

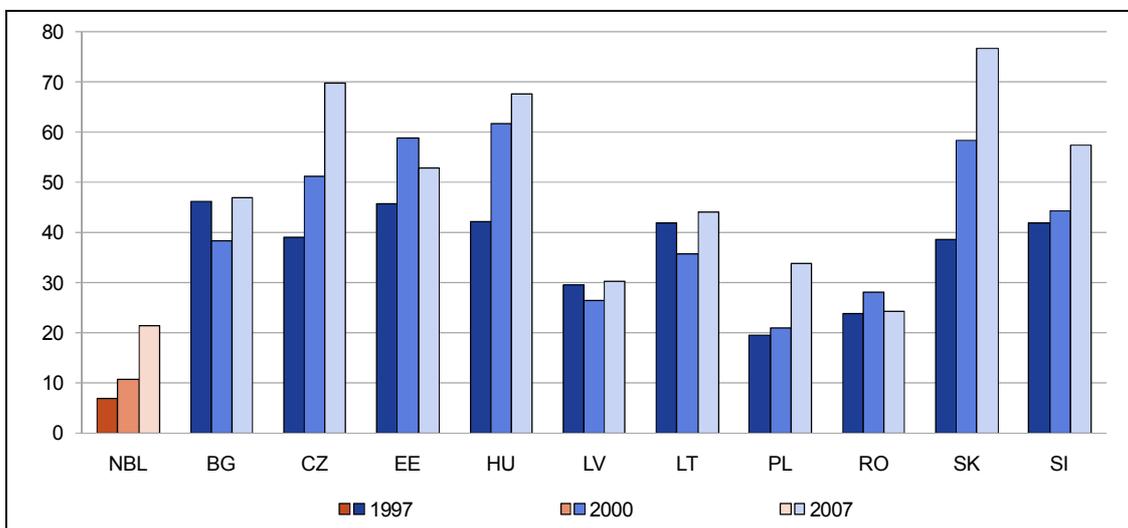
Quellen: WIIW; IMF-International Financial Statistics; IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2008, S. 227.

Die Inlandsverwendung umfasst den privaten und öffentlichen Konsum und die Kapitalbildung (= Absorption). Für Ostdeutschland enthalten die Angaben lediglich die Anlageinvestitionen, d. h. keine Vorratsänderungen. Diese nehmen jedoch erfahrungsgemäß nur einen geringen Anteil (bis zu $\pm 5\%$) am Bruttoinlandsprodukt ein. Übersteigt die Inlandsverwendung das Bruttoinlandsprodukt, so weist ein Land ein Defizit im Außenhandel auf. Seine Finanzierung kann über die Kapitalbilanz mit dem Ausland erfolgen, aber auch durch Transferzahlungen und Nettofaktoreinkommen. Im Fall Ostdeutschlands führten Transferzahlungen und Direktinvestitionen in den 90er Jahren zu einer riesigen Lücke zwischen Verbrauch und Produktion. In den Transformationsländern trat eine viel geringere Lücke zwischen inländischer Produktion und Verwendung auf, und sie wurde vorwiegend über Direktinvestitionen und Kredite geschlossen. Trotz einiger statistischer Unsicherheiten lässt die Abbildung den Schluss zu, dass die Bedeutung der Einkommenstransfers für Konsum und Kapitalbildung in Ostdeutschland erheblich abgenommen hat. Ostdeutschlands verfügbare Einkommen waren im Jahr 2007 bereits weniger von externer Finanzierung abhängig als die Lettlands, Litauens, Bulgariens und Rumäniens. In diesen Ländern ist es in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund des Zuflusses von ausländischem Investitionskapital zu einer stetigen Vergrößerung des Leistungsbilanzdefizits gekommen. Mit anderen Worten: Die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch hat sich in Ostdeutschland auf ein für „Post-Transformationsökonomie“ übliches Niveau eingespielt. Auch deshalb eignen sich die BIPs je Einwohner in Abbildung 8.2 immer besser als Indikator für einen Vergleich des Wohlstands zwischen den Ländern und Ostdeutschland.

8.4 Exportorientierung Ostdeutschlands hat im Vergleich zugenommen

Exportquoten

- in % -



NBL: Ostdeutschland ohne Berlin (nur Warenexporte). BG: Bulgarien, CZ: Tschechien, EE: Estland, HU: Ungarn, LV: Lettland, LT: Litauen, PL: Polen, RO: Rumänien, SK: Slowakei, SI: Slowenien.

Quellen: Sonderauswertung des statistischen Bundesamtes; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ist die Exportorientierung der ostdeutschen Wirtschaft ausreichend? Diese Frage ist nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus statistischer Sicht schwer zu beantworten. Denn im Unterschied zu den neuen EU-Ländern ist die Erfassung der Außenhandelsumsätze problematisch. Ostdeutschland ist Teil eines größeren Staatsgebiets mit Außengrenzen, die anderen Länder stellen jedoch gerade geschlossene Staatsgebiete dar. Aus ökonomischer Sicht würde man vermuten, dass ein kleines „Land“ wie Ostdeutschland viel größere Exportquoten aufweisen müsste. Allerdings erfasst die Statistik nur jene Exporte, die die gesamtdeutschen Außengrenzen überschreiten, nicht aber die Umsätze in den Alten Bundesländern. Polnische Exporte in die Alten Bundesländer sind natürlich in den Zahlen für Polen enthalten. Deshalb ist ein Vergleich der Länder zu einem der drei Zeitpunkte nicht aussagekräftig. Interessanter ist die Entwicklung in der Zeit. Dabei zeigt sich, dass sich die Exportquote Ostdeutschlands innerhalb von zehn Jahren verdoppelt hat. Dies gilt nicht für die neuen EU-Länder. Hier gibt es sogar Länder, in denen die Exportquote gesunken ist: Rumänien und Estland. Ein Schluss könnte hier gezogen werden, wenn man die Zahlen der Abbildung 8.3 über Leistung und Verbrauch heranzieht: Die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch wurde in Ostdeutschland offenbar auch über eine verstärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit verkleinert. In Estland dagegen ist diese Lücke wohl ebenso durch eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit größer geworden.

8.5 Industrielle Arbeitskostenvorteile der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer haben sich verringert

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1996, 2000 und 2006 im Vergleich mit mittel- und osteuropäischen Ländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer			Bruttowertschöpfung je Arbeitnehmer			Lohnstückkosten ^a		
	1996 ^b	2000 ^c	2006	1996 ^b	2000 ^c	2006	1996 ^b	2000 ^c	2006
Neue Bundesländer ^d	27 626	28 965	32 463	35 852	47 200	58 156	77,1	61,4	55,8
Bulgarien	1 233	2 006	2 566	2 661	3 210	5 584	72,6	62,5	46,0
Tschechien		6 716	11 100		11 953	21 618		56,2	51,3
Ungarn	5 073	5 743	10 379	10 239	12 456	23 061	49,5	46,1	45,0
Polen	4 618	6 903	8 921	9 245	14 458	20 145	50,0	47,7	44,3
Rumänien	1 508	2 081	4 107	3 098	3 709	7 054	48,7	56,1	58,2
Slowakei	3 506	4 741	8 559	5 122	7 453	16 886	68,5	63,6	50,7
Slowenien	10 194	12 674	17 828	11 797	15 872	28 587	86,4	79,9	62,4

^a (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Arbeitnehmer) * 100. – ^b Bulgarien: 1999, Ungarn: 1998, Rumänien: 1997. – ^c Tschechien: 2001. – ^d Daten laut Kostenstrukturerhebung für Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

In den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern (MOE-Länder) ist die Industrie mit deutlich niedrigeren Arbeitskosten in die Marktwirtschaft gestartet als in Ostdeutschland. Allerdings bestand auch ein Produktivitätsrückstand. Er fiel jedoch geringer als bei den Arbeitskosten aus, sodass die Mehrzahl der Länder hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den Lohnstückkosten, einen Vorsprung hatte. Inzwischen hat sich die Lage geändert. Die Transformationsökonomien in Mittel- und Osteuropa haben bei den Löhnen aufgeholt, und die Nachteile Ostdeutschlands hinsichtlich der Arbeitskosten haben sich gegenüber diesen Ländern deutlich verringert. Der Lohnsatz in der Industrie lag jedoch auch im Jahr 2006 – neuere Daten liegen noch nicht vor – selbst in dem am weitesten fortgeschrittenen Land Slowenien erst bei 55% des ostdeutschen Wertes. In den übrigen Ländern verdiente ein Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2006 sogar nur zwischen einem Zehntel und einem Drittel.

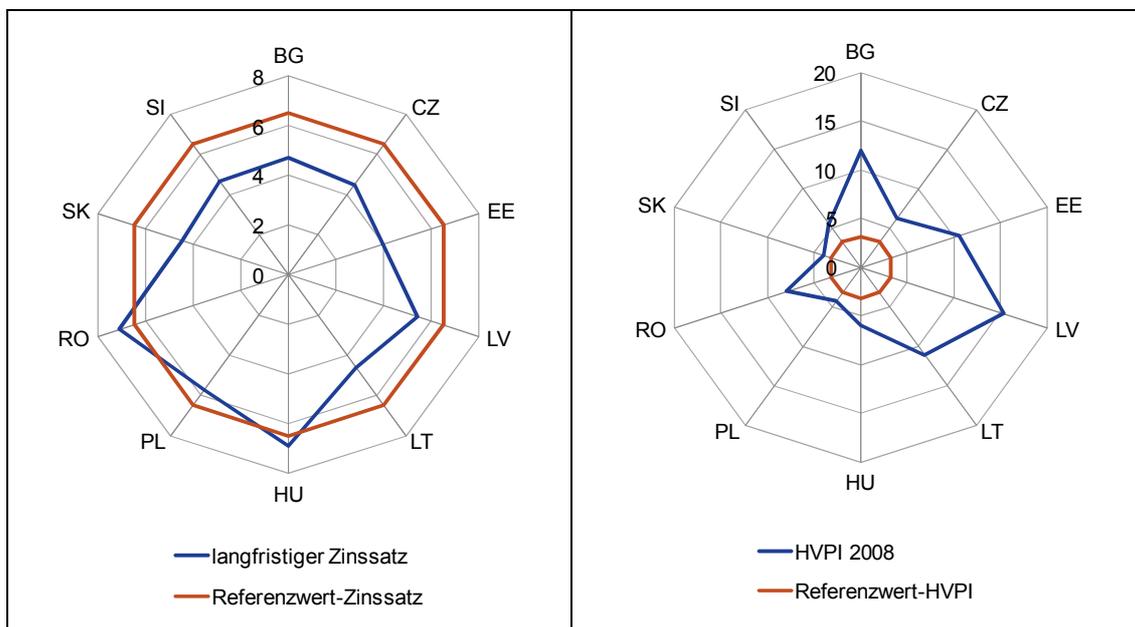
Ein Wettbewerbsvorteil dieser Länder ergibt sich allein aus den niedrigen Arbeitskosten jedoch noch nicht, denn die Produktivitätslücke ist erheblich geblieben. Auch die neuen EU-Länder verzeichneten im zurückliegenden Jahrzehnt einen beträchtlichen Produk-

tivitätsanstieg, der zumeist sogar stärker ausfiel als der Anstieg der Arbeitskosten. Doch in der ostdeutschen Industrie hat sich die Konstellation zwischen diesen Größen noch stärker verbessert. So erreichte die Produktivität in Slowenien 2006 noch nicht einmal die Hälfte des Standes in Ostdeutschland; der Vorteil der ostdeutschen Industrie hinsichtlich der Lohnstückkosten ist hier also geblieben. Auch in Rumänien ist die Produktivitätslücke größer als der Abstand bei den Arbeitskosten. Gegenüber anderen MOE-Ländern wie Ungarn, Polen, der Slowakei und Tschechien hat sich der Kostennachteil der ostdeutschen Industrie verglichen mit den 90er Jahren verringert. Lediglich Bulgarien hat seine Position im Kostenwettbewerb verbessert. Alles in allem war die Lohnkostenbelastung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2006 in Polen, Ungarn sowie Bulgarien um ein Fünftel geringer als in Ostdeutschland und in Tschechien und der Slowakei um ein Zehntel.

8.6 Nominale Konvergenz im Jahr 2008

Preisstabilität

Langfristiger Zinssatz

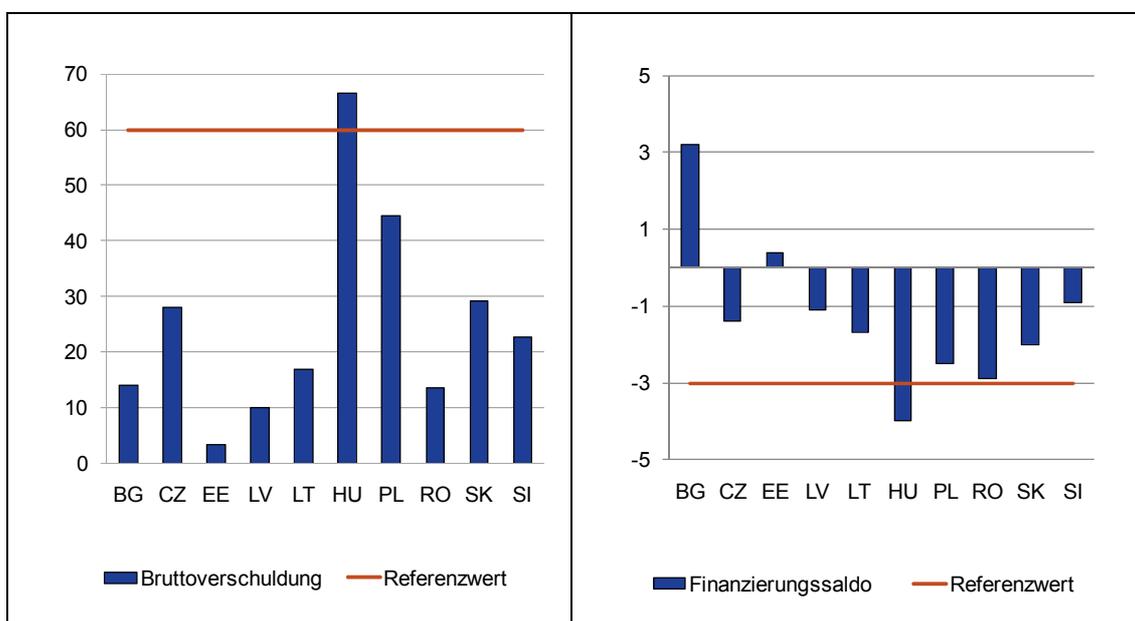


Öffentliche Bruttoverschuldung

Öffentlicher Finanzierungssaldo

- in % des BIP-

- in % des BIP-



BG: Bulgarien, CZ: Tschechien, EE: Estland, HU: Ungarn, LT: Litauen, LV: Lettland, PL: Polen, RO: Rumänien, SI: Slowenien, SK: Slowakei; HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quellen: Europäische Zentralbank; Konvergenzbericht Mai 2008; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ostdeutschland wurde Mitglied der Europäischen Union, als die DDR am 1. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland beitrug. Und als Deutschland 1999 den Euro übernahm, entfiel eine Überprüfung der Maastricht-Kriterien für die Neuen Bundesländer. Die neuen EU-Länder dagegen, die erst im Mai 2004 bzw. Anfang 2007 der EU beitrugen, sind verpflichtet, über kurz oder lang den Euro zu übernehmen, und sie müssen dabei die Konvergenzkriterien – hohe Preisniveaustabilität, geringe öffentliche Nettoneuverschuldung, überschaubare öffentliche Gesamtverschuldung, langfristige Entwicklung der Zinsen und spannungsfreie Wechselkurse – vor der Übernahme des Euro erfüllen. Als Testphase gilt die Mitgliedschaft im so genannten Wechselkursmechanismus (WKM), dem die Neuen Länder mindestens zwei Jahre ohne größere Interventionen ihrer Zentralbanken am Devisenmarkt angehören müssen. Slowenien war der Währungsunion bereits Anfang 2007 beigetreten. Im Jahr 2008 waren fünf Länder im WKM: neben den drei baltischen Ländern auch die Slowakei und Dänemark. Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien und Bulgarien befanden sich noch außerhalb. Beim langfristigen Zinssatz lagen die meisten Länder mit Ausnahme Ungarns unterhalb des damaligen Referenzwerts (6,5%), ebenso bei der öffentlichen Bruttoverschuldung und dem öffentlichen Finanzierungssaldo („Haushaltsdefizit“). Die Inflationsrate war also das Hauptproblem. Im Jahr 2008 lag der Referenzwert bei der Inflationsrate bei 3,2%. Keines der neuen EU-Länder konnte dieses Kriterium zur Aufnahme in den Euroraum erfüllen. Die größten Abweichungen wiesen die drei baltischen Länder mit Inflationsraten von über 10% auf, die geringste Abweichung die Slowakei, sodass die EU hier auch keine Verletzung der Vorschriften sah. Allerdings überstieg ebenso die Inflationsrate des neuen Euro-Mitglieds Slowenien den Referenzwert, was die Frage aufwirft, wie diszipliniert ein Land weiterhin ist oder sein kann, wenn es einmal den Euro übernommen hat. Hätte Ostdeutschland die Konvergenzkriterien 2008 erfüllt? Die exakte Ermittlung eigenständiger Werte für Ostdeutschland ist aufgrund der engen wirtschaftlichen gesamtdeutschen Verflechtungen nicht möglich. Die Inflationsrate dürfte unter dem Referenzwert gelegen haben, da die gesamtdeutsche nur 2,6% betrug. Ähnliches dürfte für den langfristigen Zinssatz – gemessen an den Renditen von Kommunalobligationen und Anleihen der Länder mit einer Laufzeit von zehn Jahren – gelten.

Nachwort

Die verdienstvolle Studie des IWH lässt uns die ganze Größe der Herausforderungen erkennen, die mit der Wiedervereinigung verbunden war, aber auch die Erfolge, die in den zurückliegenden knapp 20 Jahren erzielt wurden. *Klaus von Dohnanyi* fasst sie in dem Satz zusammen, es sei eher bewundernswert als unvollkommen, was in der Zeit seit der Wiedervereinigung geleistet worden sei. Die immensen Kraftanstrengungen haben sich gelohnt. Deutschland ist wieder nicht nur eine Nation, geteilt als Folge des Krieges in zwei Staaten, Deutschland ist auch wieder ein Staat.

Dieser Erfolg ist nicht nur Ausdruck einer historisch einmaligen politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Leistung. Sie wären nicht möglich gewesen ohne eine ebenso eindrucksvolle wie ermutigende Solidarität der Deutschen in Westdeutschland und die Bereitschaft der Deutschen in Ostdeutschland, in kurzer Zeit Umbrüche ihres wirtschaftlichen Lebens zu verkraften, ohne in ihrer großen Mehrheit den Mut zu verlieren oder aufzubegehren. Sie wollten die Freiheit und haben dafür ebenso persönliche Opfer gebracht wie die Westdeutschen, die mit ihrer Wirtschaftskraft die materiellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau in Ostdeutschland schufen und mit ihrem Wissen und Können zur großen gemeinsamen Aufgabe beitrugen.

Die Deutsche Einheit war von Anbeginn eine gesamtdeutsche Leistung und Ausdruck gesamtdeutscher Solidarität. Zu keinem Zeitpunkt seit dem Fall der Mauer wäre deshalb der Versuch erfolgreich gewesen, aus den finanziellen Belastungen der Einheit und ihren wirtschaftlichen Folgen politisches Kapital zu schlagen. Diese Solidarität und ihre Ergebnisse bilden die Grundlage für eine erfolgreiche weitere Entwicklung. Auf ihr können wir aufbauen, wenn es in den kommenden Jahrzehnten darum geht, gemeinsam die Herausforderungen zu bestehen, die uns erwarten.

Politisch ist die Wiedervereinigung im Wesentlichen abgeschlossen. Zwar erinnern uns die unterschiedlichen parteipolitischen Strukturen in Ost- und Westdeutschland noch immer an die politischen Folgen der Teilung. Doch die ehemals herrschende SED, die sich in der PDS fortsetzte und nun mit der neuen Linken – unter Führung eines Westdeutschen – auch in Westdeutschland angekommen ist, wird ihre spezifisch ostdeutschen Wurzeln zunehmend verlieren. Sie wird sich als Teil des linken politischen Spektrums entweder neu definieren oder eine politische Randexistenz führen.

Das Erste, was sich nach alledem feststellen lässt, ist, dass wir es in Zukunft nicht mehr allein mit den Ost-West-Aufgaben, sondern mit gesamtdeutschen Aufgaben zu tun haben werden. Sie werden uns aus den Veränderungen erwachsen, die aus den Entwicklungen zwischen Ost und West ebenso herrühren wie aus denen zwischen Nord und Süd. Die Karten werden in ganz Deutschland neu gemischt. Und die Ergebnisse der damit verbundenen Erneuerung stehen keineswegs fest.

Die bei Weitem bedeutsamste Veränderung der kommenden Jahrzehnte, die hier stellvertretend genannt werden soll, wird durch die demographische Entwicklung in Deutsch-

land ausgelöst werden. Sie wird alle Bereiche des Lebens der Deutschen berühren, die persönlichen, die wirtschaftlichen und sozialen ebenso wie die staatlichen Bereiche. Ausgelöst wird sie durch den Umstand, dass die geburtenstarken Jahrgänge rund 30% weniger Kinder und rund 45% weniger Enkel haben werden. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wird dieser dramatische Geburtenrückgang zu tiefgreifenden Verwerfungen führen.

Bereits heute findet in Deutschland und Europa ein Wettbewerb um den ausgebildeten Nachwuchs statt. Dieser Wettbewerb wird sich weiter verstärken. Den Osten Deutschlands wird er vor besondere Schwierigkeiten stellen. Große Anstrengungen werden deshalb erforderlich sein, um eine weitere erfolgreiche Entwicklung der ostdeutschen Länder zu ermöglichen. Wie die Studie des IWH darlegt (S.14), wurde der wirtschaftliche Umbau nach der Wiedervereinigung bis heute bereits durch massive Migrationen begleitet. So wanderten viele Hochqualifizierte in die Alten Bundesländer und wurden damit eine wesentliche Grundlage der wirtschaftlichen Expansion vor allem in den süddeutschen Ländern. Per saldo habe Ostdeutschland „seine sehr positive demographische Reserve letztlich in die süddeutschen Flächenländer ‚exportiert‘ und damit deren Bevölkerungs- und Humankapitalstruktur nachhaltig verbessert“. Ähnliche Wanderungen in die Ballungsräume und die florierenden Wirtschaftsregionen Deutschlands werden derzeit auch zu Lasten der norddeutschen Länder beobachtet.

Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, hätten nicht nur die ostdeutschen Länder und die nördlichen Regionen in Westdeutschland ein Problem, sondern ganz Deutschland. Deshalb ist es sinnvoll, auf gesamtdeutscher Basis nach Möglichkeiten zu suchen, einer Verstetigung dieser Binnenmigration zu begegnen. Dass dabei die Ausbildungs- und Bildungsinvestitionen eine entscheidende Rolle spielen werden, ist inzwischen unstrittig. Nur schlägt sich diese Erkenntnis nicht in einer entsprechenden Allokation personaler und finanzieller Ressourcen nieder. Trotz verdienstvoller Aktivitäten des Bundes im Hochschulbereich und in der Unterstützung der Länder und ihrer Kommunen entspricht der Anteil der Aufwendungen für die Qualifikation der nachwachsenden Generation noch lange nicht den offensichtlichen Notwendigkeiten.

Mit eigenen Initiativen, dem Bildungsnotstand abzuhelpen, haben die ostdeutschen Länder in den vergangenen beiden Jahrzehnten keine ermutigenden Erfahrungen gemacht. Sowohl die Beibehaltung der zwölfjährigen Schulzeit mit achtjährigem Abitur als Beitrag zur Verkürzung der schulischen Ausbildung als auch die Entwicklung der Mittelschule als Kombination von Hauptschule und Realschule stießen in den westdeutschen Bundesländern zunächst auf heftigen Widerstand. Obwohl das Hochschulrahmengesetz in Westdeutschland schon zur Zeit der Wiedervereinigung für weitgehend verfehlt gehalten wurde, wurde seine Anwendung auch von den ostdeutschen Ländern verlangt. Die Wiedervereinigung wurde – wie in zahlreichen anderen Fällen – weder zum Anlass einer Reform genommen, noch wurde den ostdeutschen Ländern gestattet, ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen und auf diese Weise Alternativen zu entwickeln.

Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Wir werden die bestehenden Ausbildungs- und Bildungsdefizite nur überwinden, wenn wir in diesem, für ganz Deutschland existenziellen Zukunftsbereich mehr Wettbewerb zulassen und Innovationen auch gegen den Widerstand mächtiger Bildungsbesitzstände ermutigen. Das schließt ein stärkeres Engagement der kommunalen Ebenen – wie in den Niederlanden – ebenso ein wie die Gleichbehandlung privater Schul- und Ausbildungsprojekte. Die Universitäten müssen mehr Spielraum für Experimente erhalten, wenn sie dafür bereit sind, Leistungsvergleiche zu akzeptieren. Insgesamt müssen Voraussetzungen für regionale Ausbildungs- und Bildungsanstrengungen geschaffen werden. Denn nur durch Wettbewerb lassen sich zukunftsweisende Antworten auf die Fragen finden, die uns der demographische Wandel stellt.

Dabei werden besondere Anstrengungen erforderlich sein, die nach wie vor große Zahl junger Menschen zu verringern, die weder über einen Schulabschluss noch eine abgeschlossene Lehre verfügen und deshalb kaum Chancen haben, eine berufliche Tätigkeit zu finden. Die bisherigen Bemühungen leiden vor allem darunter, dass sie nach einheitlichen Lösungen streben und damit die Mängel in Kauf nehmen, die bei jedem Versuch entstehen, der Vielfalt der Lebensverhältnisse durch zentrale Regelung zu entsprechen. Wie kommunale Initiativen zeigen, gelingt die Befreiung junger Menschen aus der Arbeitslosigkeit und aus „Hartz-IV-Karrieren“ vor allem dann, wenn sich die kommunale Zivilgesellschaft dieser Aufgabe annimmt und dabei von der kommunalen Verwaltung unterstützt wird.

Die bisherigen Erfahrungen legen nahe, dass die Abwanderung junger Menschen und die unzureichende Ausbildung ihrer Altersgenossen vor allem dort auftreten, wo es an ausreichenden Kernen für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen mangelt. Oder anders gewendet: Nur wo neue mittelständische Betriebe und selbstständige Unternehmen entstehen oder wachsen, wächst auch die Bereitschaft, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren und Beiträge zur Entwicklung der kommunalen Ebene zu leisten. Diese Engagements wiederum begründen gesellschaftliche und wirtschaftliche Bindungen, die dem Wunsch oder der Notwendigkeit „auszuwandern“ entgegenwirken können. Sie stärken die Identität der Kommunen oder der Regionen und damit die Bereitschaft, sich mit ihnen zu identifizieren. Nicht nur in West-, sondern auch in Ostdeutschland, vor allem in Mitteldeutschland, sind diese Identitäten stark entwickelt. Sie zu fördern, durch Möglichkeiten zur Eigeninitiative zu stärken, ihre Bedeutung und ihren Wert anzuerkennen, sind wichtige Voraussetzungen für die Stabilität, die wir uns wünschen: nicht nur in den erfolgreichen, sondern in allen Bundesländern als Voraussetzung für eine gute und ausgewogene Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands 20 Jahre nach der Wiedervereinigung.

Dresden, im Juli 2009

Kurt H. Biedenkopf

Anmerkungen

- ¹ Dazu wird üblicherweise auf das Steueraufkommen insgesamt zurückgegriffen. Für den hier vorgenommenen regionalen Vergleich ist ein anderes Vorgehen gewählt worden, denn nicht alle Steuern können dem Entstehungsgrund nach einer Region zugeschrieben werden. So werden Bundessteuern in der Regel dadurch charakterisiert, dass ihr Aufkommen regional stark streut, Tabaksteuer fällt dort an, wo Steuerlager sind, Mineralölsteuer am Ort des Imports. Gleiches gilt für die Zölle und – obwohl keine Bundessteuer – die Einfuhrumsatzsteuer.
- ² Für den hier vorgenommenen regionalen Vergleich werden nur jene Steuern einbezogen, deren Entstehungsgrund einer Region zugeschrieben werden kann.
- ³ Ähnliche Effekte hatte die Einführung der Eigenheimzulage im Jahr 1995, die von den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt wird – allerdings wuchs diese dem Volumen nach stetig über acht Jahre an, sodass sich die Auswirkungen der Förderung auf diesen Zeitraum verteilen.
- ⁴ Für den hier vorgenommenen regionalen Vergleich werden nur jene Steuern einbezogen, deren Entstehungsgründe einer Region zugeschrieben werden.
- ⁵ Der Bestand an qualifizierten Fachkräften bezieht sich dabei auf die Jahresmitte 2007 und damit nicht auf den Beginn des Betrachtungszeitraums.
- ⁶ Betrachtet werden Berufe auf Dreistellerebene gemäß „Klassifizierung der Berufe des Statistischen Bundesamtes in der Fassung für den Mikrozensus Ausgabe 1992“. In diesem Beitrag erfolgt eine Einteilung in Berufe mit einfachen, qualifizierten bzw. hochqualifizierten Tätigkeiten, wenn in Westdeutschland im Jahr 2005 in einem Beruf der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss mindestens 20%, von 5% bis unter 20% bzw. unter 5% betrug.
- ⁷ Berechnet nach: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, März 2009.
- ⁸ Für die Ermittlung der FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors je Erwerbstätigen wurde bei der Darstellung als Nennergröße die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den Neuen bzw. Alten Bundesländern zugrunde gelegt, weil die vorliegenden Erwerbstätigendaten nicht eindeutig nach dem Wirtschaftssektor einerseits sowie Staatssektor und Hochschulen andererseits separierbar sind.
- ⁹ Die Daten über interne FuE-Aufwendungen stammen aus: Grenzmann, C.; Kladoobra, A.; Kreuels, B.: FuE-Datenreport 2009; Tabellen und Daten, in: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Bericht über die FuE-Erhebungen 2007. Essen 2009, S. 53, in: http://www.stifterverband.org/statistik_und_analysen/publikationen/fue_datenreport/fue_datenreport_2009.pdf, Zugriff am 25.03.2010.
- ¹⁰ Das BIP pro Einwohner betrug im Jahr 2006 für Dresden 29 617 Euro und für Chemnitz 26 710 Euro, während Leipzig mit 25 506 Euro und Halle (Saale) mit 22 586 Euro deutlich darunter lagen.
- ¹¹ Somit fiel Stuttgart als westdeutsche Großstadt heraus, da sich außer dem Staatstheater Stuttgart, das in vollständiger Trägerschaft des Landes liegt, dort nur noch eine große Anzahl an Privattheatern befindet. Berlin nimmt, da es Kommune und gleichzeitig Bundesland ist und außerdem die ökonomischen Grenzen Ost- und Westberlins nicht mehr separierbar sind, eine Sonderstellung ein.
- ¹² Mittelwert der Schwerpunktpreise für eine Wohnung mit 75 m², Baujahr ab 1949 in mittlerer Qualität; 175 Städte im Sample, davon 23 in Ostdeutschland. Werte für das Jahr 2004 wurden teilweise durch Interpolation korrigiert.
- ¹³ Schwerpunktpreise für eine Wohnung mit 75 m², Baujahr ab 1949 in mittlerer Qualität.
- ¹⁴ Die Auswahl erfolgte nach Stadtgröße und mit dem Ziel möglichst breiter Datenverfügbarkeit.

Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH

Hausanschrift: Delitzscher Straße 118, 06116 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 16 02 07, 06038 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53 - 60, Telefax: (03 45) 77 53 820

ISBN 978-3-941501-02-7